



Protokoll

der 39. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 6. Dezember 2023, um 9:00 Uhr

Vorsitz: *Claudio Miozzari, Statthalter*
Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung
Abwesende: *Jessica Brandenburger (SP), Erich Bucher (SP), Leonie Bolz (SP)*

Verhandlungsgegenstände:

1.	Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung	2
2.	Entgegennahme der neuen Geschäfte	9
3.	Zuwahl gemäss § 29 GOG im Sinne temporären Erhöhung der Pensen von Dr. iur. Dorrit Schleiminger und lic. iur. Dominik Kiener aufgrund der gesundheitlichen Beeinträchtigung der Arbeitsfähigkeit zweier Präsidienmitglieder am Strafgericht Basel-Stadt, Ratschlag des Gerichtsrates	10
4.	Kantonale Volksinitiative "Erhalt des Musical Theater Basel", Bericht des RR zur rechtlichen Zulässigkeit und zum weiteren Vorgehen	12
5.	Umwidmungen Staatsliegenschaften 2023, Ratschlag des RR	16
6.	Kantonale Volksinitiative "für mehr Musikvielfalt", Fristverlängerung, Bericht der BKK	18
7.	Staatsbeitrag zugunsten Jüdisches Museum der Schweiz für den Zeitraum 2024 bis 2027, Ausgabenbericht des RR	19
9.	Umsetzung des Bundesgesetzes zur Behindertengleichstellung (BehiG) auf dem Tram- und Busnetz des Kantons Basel-Stadt, Bericht der UVEK	22
11.	«Areal Zur Eiche»; Zonenänderung, Festsetzung eines Bebauungsplans, Änderung Lärmempfindlichkeitsstufenplan, Änderung Wohnanteilplan sowie neue Bau- und Strassenlinien und neue Baugrenzen im Bereich Innerer Egliseeweg, Riehenstrasse, Säckingerstrasse, Laufenburgerstrasse, Ratschlag des RR	26
13.	Motion 1 Pascal Pfister und Konsorten betreffend Freiwilligen-Projekte gegen Einsamkeit unterstützen ..	29
14.	Motion 2 Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend ganzheitliche Sexualaufklärung im Kanton Basel-Stadt	29
15.	Motion 3 Tobias Christ und Konsorten betreffend ein gesundes Stadtklima	32



Beginn der 39. Sitzung

Mittwoch, 6. Dezember 2023, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[06.12.23 09:00:08]

Claudio Miozzari, Statthalter: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen: Absenz des Grossratspräsidenten und ausserordentliche Statthalterin: Liebe Mitglieder des Grossen Rates, wie Sie sehen, müssen Sie bei der Sitzungsleitung heute mit dem Statthalter vorliebnehmen, da der Grossratspräsident zusammen mit dem Regierungsrat in Bern ist. Entsprechend müssen wir für den heutigen Tag eine ausserordentliche Statthalterin wählen. Die ehemalige Grossratspräsidentin Jo Vergeat ist, wie Sie sehen, für dieses Amt bereit und stellt sich zur Verfügung. Gibt es andere Kandidaturen oder Widerstand? Eric Weber hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich kriege jeden Tag Hunderte von Nachrichten. Ich möchte kandidieren, vielleicht habe ich eine Chance, dass ich hier oben sitzen kann als Statthalter.

Claudio Miozzari, Statthalter: Wir haben zwei Kandidaturen, Jo Vergeat und Eric Weber. Wir müssen darüber abstimmen.

Abstimmung

Wahl ausserordentliche Statthalterin

JA heisst Jo Vergeat, NEIN heisst Eric Weber

Ergebnis der Abstimmung

74 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002212, 06.12.23 09:02:52]

Der Grosse Rat beschliesst

Jo Vergeat als ausserordentliche Statthalterin zu wählen.

Claudio Miozzari, Statthalter: Sie haben Joe Vergeat als Statthalterin gewählt mit 74 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme. Ich bitte Sie an dieser Stelle, ruhiger zu sein. Es ist sehr laut hier drin. Vielen Dank.

Keine Fahrräder im Innenhof

Wie bereits im E-mail an die Fraktionen kommuniziert, können heute keine Fahrräder im Innenhof abgestellt werden. Falls Sie es trotzdem geschafft haben Ihres im Hof zu parken, empfehle ich Ihnen dieses umzustellen.

Neue Interpellationen

Es sind 10 neue Interpellationen eingegangen.

Die Interpellationen Nr. 148, 154 und 156 werden mündlich beantwortet.

Letzte Sitzung Christian von Wartburg

Heute ist die letzte Sitzung von Guschi von Wartburg. Er ist seit 25. September 2012 Mitglied des Grossen Rates. Seit 2013 ist er Mitglied der GPK und wurde im Februar 2018 deren Präsident. Als Präsident der GPK hat Guschi von Wartburg ebenfalls die PUK Biozentrum geleitet. Die PUK untersuchte die Vorkommnisse zum Bau des Biozentrums von Februar 2020 bis Herbst 2022. Neben der Oberaufsicht war er auch ein aktiver Regiopolitiker. So war er ab 2017 Mitglied der Regiokommission und bis März 2018 deren Präsident. In dieser Funktion war er Mitglied der Schweizer Delegation des Oberrheinrates, Präsident der Schweizer Delegation sowie im Jahr 2021 Präsident des Oberrheinrates.



Ich danke Guschti von Wartburg im Namen des Grossen Rates für seine grossen Verdienste für die Regiopolitik, die Oberaufsicht und unseren Kanton.

[lang anhaltender Applaus]

Kaffespende heute Morgen

Guschti von Wartburg wird uns aufgrund seiner letzten Sitzung heute Morgen Kaffee, Gipfeli und Grättifrauen- und männer offerieren.

Vielen Dank für diese grosszügige Geste.

[Applaus]

Kaffeesspende heute Nachmittag

Joël Thüring feierte gestern einen runden Geburtstag und spendiert aus diesem freudigen Anlass den Kaffee heute Nachmittag.

Im Namen des Grossen Rates gratuliere ich Joël Thüring ganz herzlich zum Geburtstag und bedanke mich für diese grosszügige Geste.

[Applaus]

Jassturnier

Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass am 14.12. abends das bikantonale Jassturnier stattfindet. Anmeldungen sind noch mögliche. Dafür bitte die Organisatoren Tim Cuénod und Daniel Albiets kontaktieren.

Besuch auf der Tribüne

Die Klasse 6b des Wasserstelzenschulhauses in Riehen ist mit der Lehrperson Louis Berger hier bei uns zu Besuch. Wir freuen uns immer sehr, wenn Schulklassen und weitere junge oder auch ältere Menschen zu uns zu Besuch kommen. Ich hoffe, Ihr habt einen schönen Einblick. Herzlich willkommen.

[Applaus]

Feier heute Nachmittag/Abend

Alle, die sich für die Feier heute Nachmittag/Abend angemeldet haben, können die Zugangsbadges bei bei Sabine Canton (Nachname A – H) und Beat Flury (Nachname I – Z) abholen. Wir werden die Sitzung heute um 16:00 pünktlich beenden, damit alle rechtzeitig zu Beginn der Feier um 16:10 Uhr auf den Marktplatz kommen.

Das waren meine Mitteilungen.

Wir kommen damit zur Tagesordnung.

Antrag auf Terminierung des Ratsbüros: Wie bereits kommuniziert, beantragt Ihnen das Ratsbüro, die Sitzung am Morgen des 13. Dezembers ausfallen zu lassen sowie die Beratung zum Budget 2024 auf den Donnerstag 14. Dezember zu terminieren. Gibt es zu diesem Punkt Wortmeldungen. Eric Weber hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin der Grossrat gewesen, der aufgedeckt hat, was die abgesagte Feier von Eva Herzog letztes Jahr gekostet hat. Ich bin der Zeit voraus. Das hat 80'000 Franken gekostet, meine Damen und Herren, und ich habe das aufgedeckt als Grossrat. Ich habe auch letztes Jahr gesagt, wir müssen mit dieser Spielerei aufhören. Ich rede sonst nachher nicht mehr, aber zu dieser Sache muss ich reden, weil mich das massiv beschäftigt. Ich stelle Antrag, dass wir am 13. Dezember normal tagen, von 9 Uhr morgens bis um 12 Uhr mittags und von 3 Uhr bis um 6 Uhr nachmittags. Schon letztes Jahr wurde der Grosse Rat abgesagt und Eva Herzog, tief verbittert, ist nicht gewählt worden.

Es kann nicht sein, dass unsere Grossratssitzungen heute abgesagt werden, nächste Woche, das akzeptiere ich nicht, und am Schluss wird eh keiner gewählt. Ich habe es wieder gesagt, ich bin der Zeit voraus und ich rede nachher nicht mehr und ich möchte den Antrag noch begründen. Es kann nicht sein, dass die ganze Regierung sagt, sie fahre mit dem Zug nach Bern, kommen mit drei Flugzeugen von Bern-Belp nach Basel zurück, was nochmal eine halbe Million Franken kostet. Die Regierung kann sich durch den Regierungsrat vertreten lassen. Es ist eine Missachtung gegenüber uns, dem Volk.

Es geht nicht, dass der gesamte Regierungsrat nicht da ist. Wir sind ein Parlament, wir müssen die Regierung kontrollieren und ich beantrage, dass die Sitzung stattfindet, dass wenigstens ein Regierungsrat da ist. Unser Statthalter ist ein guter



Politiker. Er ist das beste Beispiel. Er vertritt jetzt auch unser Grossratspräsident, der in Bern ist, obwohl heute in Bern keine Wahl ist.

Mein Feind ist die Regierung von Basel-Stadt und das werde ich in meinen letzten Monaten als Grossrat ganz klar und deutlich sagen. Es geht nicht, dass ich an die Luxus-Essen nicht kommen darf, dass die Regierung mich auslädt heute Abend und nächste Woche. Viele Grossräte haben mich angesprochen und ich sage das nun als persönliche Erklärung. Ich kandidiere nicht mehr. Ich habe meine Partei an Joël Thüring verkauft und ich kandidiere nicht mehr, und in Kleinbasel habe ich meine Liste an Coronamassnahmegegner verkauft.

Claudio Miozzari, Statthalter: Eric Weber stellt den Antrag, dass wir die Sitzung vom Mittwoch, 13. Dezember am Morgen nicht ausfallen lassen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

Antrag Eric Weber: Sitzung vom 13. Dezember nicht ausfallen lassen.

JA heisst Zustimmung, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

4 Ja, 74 Nein, 13 Enthaltungen. [*Abstimmung # 0002214, 06.12.23 09:13:25*]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Sitzung vom 13. Dezember am Morgen ausfallen zu lassen

Claudio Miozzari, Statthalter: Sie haben entschieden, die Sitzung abzusagen mit 74 Nein-Stimmen zu 4 Ja-Stimmen bei 13 Enthaltungen.

Antrag auf dringliche Traktandierung einer Motion der Fraktion SVP: Die Fraktion SVP beantragt, die Motion Pascal Messerli betreffend Volksentscheid akzeptieren, keine Durchlegung durch Freizeitgartenareale als dringlich zu traktandieren. Dafür ist ein Zweidrittelmehr notwendig. Möchte der Motionär begründen? Er möchte und hat das Wort.

Pascal Messerli (SVP): Ich bin normalerweise nicht ein grosser Fan davon, Motionen dringlich zu traktandieren. Man erwischt sich immer selbst dabei, dass das eigene Anliegen etwas wichtiger ist als das andere. Da aber der Bau jetzt schon unmittelbar bevorsteht oder schon begonnen hat, war es das einzige Instrument auf der politischen Ebene, das man einreichen konnte um diese Durchwegung durch das Freizeitgartenareal West noch zu verhindern.

Sie erinnern sich, am 25. September 2022 hat die Stimmbevölkerung ganz klar Nein gesagt mit 53 Prozent zum neuen Freizeitgartengesetz. Ich kann noch genau zitieren, wie die Gesetzesbestimmung zur Durchwegung lautete: Kanton und Gemeinde bezeichnen in den Freizeitgartenarealen nach Anhörung der Freizeitgartenvereine, die der Durchwegung dienenden öffentlich zugänglichen und nicht öffentlich zugänglichen Bereiche. Man muss hier ganz klar festhalten, dass ein deutlicheres Nein zur Durchwegung der Bevölkerung gar nicht signalisiert werden kann. Wenn der Regierungsrat vielleicht damit argumentiert, dass es im 2018 einen Ratschlag gegeben hat, mit dem man diese Durchwegung prüfte, muss man auch hier dem Regierungsrat widersprechen, weil dem damaligen Ratschlag stand nur, dass im Rahmen der Freizeitstrategie geprüft wird, ob Öffnungen von Freizeitgartenarealen möglich sind. Später ist man dann zum Entschluss gekommen, dass die Freizeitgartenstrategie sich nur basierend auf einem neuen Freizeitgartengesetz entwickeln kann, und dieses Freizeitgartengesetz, welche diese Öffnung wollte, hat dann die Bevölkerung abgelehnt.

Ich bitte Sie deshalb, diese Motion dringlich zu traktandieren, damit das Parlament den Endentscheid hat in diesem Bereich. Denn der Volksentscheid ist eigentlich klar. Und wenn jetzt der Regierungsrat argumentiert, dass es sich hier um ein grosses trinationales, grenzübergreifendes Projekt handelt, dann ist es ja schon fragwürdig, warum aus Frankreich immer noch keiner Bewilligung vorliegt für die Weiterführung dieses Veloweges. Wir hätten ja auch noch genügend Zeit, zu einem späteren Zeitpunkt zu bauen, wenn hier diese Motion dann doch abgewiesen wird. Aber wir erachten es als notwendig, über die dringliche Traktandierung zu diskutieren, und dementsprechend bitte ich Sie, diese Motion dringlich zu traktandieren.

Claudio Miozzari, Statthalter: Es hat sich Stefan Wittlin für eine Wortmeldung eingetragen. Sie haben das Wort.



Stefan Wittlin (SP): Man muss kurz einordnen, worum es geht. Es geht um die Umsetzung einer Massnahme, die der Grosse Rat am 14. November 2018 hier beschlossen hat mit dem Ausgabenbericht betreffend Realisierung des Landschaftsparks Parc des Carrières.

Teil dieses Ausgabenberichts war auch dieser nun von der SVP in Frage gestellte Erschliessungsweg. Die SVP hatte sich damals nicht entgegengestellt und auch Sie, Pascal Messerli, haben diesem Ausgabenbericht zugestimmt. Jetzt kommen Sie mit ganz viel Polemik und behaupten, die Bevölkerung habe sich mit dem Nein zum revidierten Freizeit Gartengesetz gegen derartige Wege ausgesprochen. Sie hatten es im Abstimmungskampf geschafft, so lange zu behaupten, dass es um die Öffnung der Freizeitgärten gehe, bis Ihnen alle Medien das nachgeplappert haben und sogar Regierungsrätin Esther Keller sich auf diese Diskussion eingelassen hat. Sie wissen ganz genau, dass auch das alte Gesetz solche Durchwegungen zulässt. Dieser Weg ist ein 67 Meter langer Teil einer Route, die im Teilrichtplan Velo behördenverbindlich festgelegt ist. Es gibt keinen Grund, dagegen nun Politik zu machen. Bitte lehnen Sie diesen Antrag auf Dringlichkeit ab.

Claudio Miozzari, Statthalter: Es liegt eine Zwischenfrage von Pascal Messerli vor. Sie wird angenommen.

Pascal Messerli (SVP): Haben Sie den Ratschlag von 2018 gelesen? Dort steht nicht, dass ein Weg kommt, sondern dass es geprüft wird. Ist es nicht so, dass der Volksentscheid der neuere Entscheid ist gegenüber dem Entscheid von 2018?

Stefan Wittlin (SP): Es geht bei diesen beiden Fragen um verschiedene Dinge. Und im Ausgabenbericht von 2018 ist dieser Weg sogar auf einem Plan markiert.

Claudio Miozzari, Statthalter: Nächste Fraktionssprecherin ist Raffaella Hanauer.

Raffaella Hanauer (GAB): Wir sehen in dieser Motion überhaupt keine Dringlichkeit. Der Veloweg von und zum Parc des Carrières ist eine behördenverbindlich festgelegte Route im Teilrichtplan Velo. Das ist der erste Grund, weshalb ganz klar ist, dass diese Route kommen muss und es hier keine Dringlichkeit gibt. Der zweite Grund ist, dass wir 2018 646'000 Franken bereits für Bau und Planung dieses Weges plus eines zweiten Weges bewilligt haben. Das ist Alinea 2 des damaligen Grossratsbeschlusses, den ich Ihnen gerne kurz Vorlese: 646'000 Franken einmalig für die Planung und den Bau der Teilprojekte 1 und 2 Anschlusswege Basel Abschnitt 1 Belforterstrasse im Bereich Bachgraben bis Landesgrenze Rue de Bâle durch das Freizeitgartenareal Basel West.

Damit ist für mich klar, dass dieser Weg bereits geplant werden muss, dass es logisch ist, dass er nun auch gebaut wird. Er wurde 2018 bewilligt. Er wurde auch von der SVP genehmigt. Daher bitte ich die SVP, das nächste Mal ihre Arbeit dann zu machen, wenn die Projekte hier in den Rat kommen und nicht, wenn Sie realisieren, was sie eigentlich vor fünf Jahren entschieden haben. Der Bau ist gesetzt, das haben wir bewilligt. Das neue Gesetz wäre nicht ausschlaggebend gewesen für den Bau oder die Planung dieses Weges.

Daher bitte ich Sie, die Behandlung der Motion nicht als dringlich zu erklären.

Claudio Miozzari, Statthalter: Nächste Sprecherin ist Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Wir Grünliberalen möchten Sie bitten, die Motion als nicht dringlich zu traktandieren, da ein Baustellenstopp nicht nötig ist. Es handelt sich hier um ein Geschäft, das im November 2018 vom Grossen Rat bewilligt wurde. Stefan Wittlin und Raffaella Hanauer haben es bestens erläutert. Es ist ein Projekt, das jetzt zur Umsetzung gelangt, das alle politischen Prozesse durchlaufen hat. Wir bitten Sie deshalb, diese Motion als nicht dringlich zu traktandieren.

Claudio Miozzari, Statthalter: Wie bereits erläutert, braucht es für eine dringliche Traktandierung ein Zweidrittelmehr.

Wir stimmen ab über die dringliche Traktandierung der Motion der Fraktion SVP.



2/3-Abstimmung

Dringliche Traktandierung Motion Pascal Messerli

JA heisst dringliche Traktandierung, NEIN heisst keine dringliche Traktandierung

Ergebnis der Abstimmung

14 Ja, 75 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002216, 06.12.23 09:22:39]

Der Grosse Rat beschliesst

keine dringliche Traktandierung

Claudio Miozzari, Statthalter: Sie haben die dringliche Traktandierung mit 75 Nein-Stimmen gegen 14 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Der Regierungsrat beantragt weitere Änderungen zur Tagesordnung. Die Anträge liegen Ihnen vor. Das Ratsbüro hätte es begrüsst, wenn der Regierungsrat vorgängig solche Wünsche angemeldet hätte und man das vor der Publikation der Tagesordnung hätte bereinigen können.

Zuerst behandeln wir die Verschiebung von Traktandum 8 Einführung einer Klimawirkungsschätzung auf Januar 2024. Gibt es andere Anträge als die Verschiebung? Pascal Messerli hat sich eingetragen, er hat das Wort.

Pascal Messerli (SVP): Ich spreche zur jetzigen Verschiebung und zur Verschiebung von Traktandum 10.

Die SVP-Fraktion ist nicht dafür, dass diese Traktanden verschoben werden. Heute Abend haben viele, die hingehen, ein Mehrgängemenu à la carte des Regierungsrats, mehr Menüs des Regierungsrates im Zug der Traktandenliste braucht es nun wirklich nicht. Der Regierungsrat und das Ratsbüro haben die Traktandenliste einvernehmlich genehmigt. Wir möchten schon noch daran erinnern, dass wir hier ein kantonales Parlament sind, die höchste politische Institution nach der Bevölkerung, und hier ist schon eine gewisse Respektlosigkeit des Regierungsrates vorhanden, wenn man hier jetzt zahlreiche Traktanden verschieben will und am Schluss gar nicht mehr versteht, was dann wann traktandiert wird und wir am Schluss sogar noch Leergänge haben und überhaupt nicht effizient arbeiten können.

Wir wollen im Grossen Rat effizient arbeiten. Es sind auch sehr wichtige Traktanden. Wir haben diese Motion und diesen Ratschlag bei der Klimafolgeabschätzung. Dahinter steckt viel Arbeit, bei den Motionären, in der Kommissionsarbeit. Wir haben ein Areal Horburg, das sehr viele Menschen persönlich auch betrifft und hier jetzt einfach zu sagen «wir sind jetzt gerade in Bern, wir wollen jetzt nicht an der Grossratssitzung teilnehmen, verschiebt es doch bitte», erachtet die SVP-Fraktion als Respektlosigkeit gegenüber dem Parlament. Der Regierungsrat muss nicht dabei sein, es ihm freigestellt, aber wenn er mitdebattieren möchte, wenn er hier seine Anträge einbringen möchte, soll er gefälligst auch hier sein und mitdebattieren.

Weiter sind wir der Meinung, dass der Grosse Rat die Traktandenliste vorgibt und auch die Terminierung vorgibt. Die Terminierung war vereinbart mit dem Regierungsrat. Zusätzliche à-la-carte-Wünsche sind deshalb aus Sicht der SVP nicht notwendig und deshalb bitten wir Sie, diese beiden Traktanden 8 und 10 nicht zu verschieben.

Harald Friedl (GAB): Ich möchte es ganz kurz machen. Eigentlich waren wir auch bei uns in der Fraktion klar der Meinung, dass wir diese Anträge nicht unterstützen sollten. Das sehen Sie auch so in der Kreuztabelle. Jetzt haben wir bei Traktandum 8 zur Klimafolgenabschätzung unsere Meinung kurzfristig geändert. Der Grund ist, dass wir jetzt gesehen haben, dass der Regierungsrat einen Antrag stellt zu diesem Geschäft. Der war uns bis zur Fraktionssitzung nicht bekannt. Deshalb wollen wir das gerne noch diskutieren bei uns in der Fraktion und würden den Antrag, das Traktandum 8 in den Januar zu verschieben, unterstützen. Aber beim Traktandum 10 werden wir darauf beharren, dass das jetzt im Dezember behandelt wird, wie es ursprünglich traktandiert wurde.

Claudio Miozzari, Statthalter: Nächster Sprecher ist Eric Weber.



Eric Weber (Fraktionslos): Mein Vorredner Pascal Messerli von der SVP hat richtig gesagt, es ist respektlos vom Regierungsrat. Ich möchte Sie daran erinnern, Ihre Hauptaufgabe als Grossrat ist, die Regierung zu kontrollieren. Wir dürfen uns nicht von der Regierung vorführen lassen. Es geht um Traktandum 8 und es geht um Traktandum 10. Ich muss die SVP unterstützen und ich werde mit der SVP abstimmen.

Ich finde es auch respektlos von der Regierung. So macht man keine Politik. Das geht auf keinen Fall, und darum werde ich die Regierung jetzt bekämpfen und die Regierung ist jetzt in meinen letzten Monaten mein Hauptfeind. Und das sage ich ganz klar ja. Darum stimmen Sie bitte mit der SVP. Die SVP schaut dem Volk auf den Mund.

David Jenny (FDP): Pascal Messerli hat die grundrechtlichen Grundlagen erwähnt. Ich habe jetzt das nachgelesen: In § 27 GO Teilnahme des Regierungsrates: Die Mitglieder des Regierungsrates vertreten die Geschäfte ihrer Departemente im Grossen Rat Sie nehmen nach Möglichkeit auch an den übrigen Verhandlungen des Rates Teil.

Dies heisst, diese Verschiebung, weil einzelne Mitglieder des Regierungsrates ihre Geschäfte, die für heute in Absprache mit dem Regierungsrat traktandiert worden sind, nicht vertreten wollen, weil sie lieber in Bern sind, widerspricht dem Gesetz. Das ist klar. Die anderen sollten teilnehmen sollten, sie sind nicht verpflichtet.

Bei den Debatten über die Änderung der GO war ja auch eine Bestimmung in Diskussion, die das verschärft hätte. Damals habe ich gesagt, man kann die Mitglieder des Regierungsrates nicht *manu militari* vorführen. Aber wenn jetzt die Begründung für die Verschiebung alleine die frei gewählte Abwesenheit ist, dann ist die nicht zulässig. Da bin ich schon gespannt auf die Ausführung von Tanja Soland.

Ja, das Verhalten des Regierungsrates bei den Abläufen in der Dezember-Sitzung ist nicht von höchstem Respekt gegenüber dem Parlament geprägt.

Claudio Miozzari, Statthalter: Nächste Sprecherin ist Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich wollte vor allem etwas sagen, bevor der nächste kommt und sagt, wir fliegen mit dem Flugzeug zurück. Das ist mir noch nicht zu Ohren gekommen. Es geht der Zug nach Bern, es geht der Zug wieder zurück nach Basel. Es tut mir leid, dass wir anscheinend unsere Anträge zu spät gestellt haben, das war wahrscheinlich ein Versehen in der Hitze des Gefechts. Aber ich möchte entschieden entgegnetreten, dass wir Ihnen gegenüber respektlos sein wollen. Wir gehen heute aus Respekt vor dem höchsten Schweizer, der zweithöchsten Schweizerin, dem Bundesparlament an die Feier. Das machen wir aus Respekt, denn es wäre respektlos, wenn wir heute da nicht erscheinen würden. Es wäre auch respektlos, wenn wir nächste Woche, wenn der Bundesrat gewählt wird und vielleicht ein Mitglied unserer Regierung gewählt wird, nicht anwesend wären. Wir machen das nicht aus Lust und Laune, gerade weil es uns passt, sondern aus Respekt vor den Schweizer politischen Behörden.

Und ja das stimmt, das können Sie so auslegen, dass wir den Grossen Rat als zweitrangig ansehen. Aber das wollten wir eben nicht. Wir haben versucht, es so zu arrangieren, dass es auch möglich ist, hier die Geschäfte weiter zu vertreten. Wir haben heute eine Vertreterin hier, Regierungsrätin Stephanie Eymann, die die Geschäfte vertreten wird, wenn wir nicht anwesend sein können, aber es ist aus unserer Sicht für Sie sinnvoller, wenn Sie den zuständigen Departementsvorsteher, die zuständige Departementsvorsteherin haben bei schwierigen Geschäften. Es ist ein reiner-Antrag an Sie, den Sie selbstverständlich auch ablehnen können. Ich hätte es respektlos gefunden, wenn wir gesagt hätten, es ist uns doch egal wie Sie diskutieren, da brauchen Sie uns nicht. Wir haben versucht, Respekt gegenüber allen politischen Behörden zu zeigen, dazu zählt der National- und Ständerat eben auch, und der Bundesrat auch, der heute in Basel und Liestal anwesend sein wird.

Man kann uns vorwerfen, dass das jetzt nicht perfekt war. Wir haben es versucht und es tut mir leid, wenn wir zu spät waren. Aber ich muss schon sagen, die Region Basel hat heute etwas Einmaliges. Wir haben den höchsten Schweizer und die höchste Schweizerin bei uns, Basel-Landschaft und Basel-Stadt stehen im Rampenlicht. Anstatt sich zu freuen, ärgern wir uns wieder. Nächste Woche gibt es vielleicht die Möglichkeit, dass wir einen Bundesrat haben. Da kann man sich einfach auch freuen, und es hat nichts, wirklich nichts mit Respektlosigkeit Ihnen gegenüber zu tun. Daher bitte ich Sie, das zu bedenken.

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Regierungsrat beantragt wie erläutert die Verschiebung von Traktandum 8 auf Januar. Wir stimmen darüber ab.



Abstimmung

Verschiebung Traktandum 8 auf Januar 2024

JA heisst Verschiebung, NEIN heisst keine Verschiebung

Ergebnis der Abstimmung

76 Ja, 13 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002218, 06.12.23 09:37:34]

Der Grosse Rat beschliesst

Verschiebung von Traktandum 8 auf Januar 2024

Claudio Miozzari, Statthalter: Sie haben sich mit 76 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltung für eine Verschiebung von Traktandum 8 auf Januar entschieden.

Wir kommen zu Terminierung von Traktandum 10 . Gibt es auch hier Wortmeldungen? Das ist der Fall, André Auderset hat das Wort.

André Auderset (LDP): Wir von der liberaldemokratischen Fraktion beantragen Ihnen, durchaus dem Regierungsrat zuzustimmen mit der Verlegung, aber es auch konkret zu terminieren, nämlich auf den 14. Dezember um 15 Uhr. Warum dies? Es ist ja eigentlich unschön, weil eventuell wird dann die Budgetdebatte kurzzeitig unterbrochen (im Normalfall reicht doch ein halber Tag für das Budget). Das mag unschön sein. Wir möchten eines verhindern, dass auch dieses Geschäft noch in die Januar-Sitzung verschoben wird, wir wollen, dass dies vor Weihnachten beschlossen wird, egal auf welche Art.

Warum? Es ist ein sehr emotionales Geschäft, das vor allem in Kleinbasel sehr hohe Wellen wirft und das auch eine gewisse Präcedenzwirkung für die Investoren hat. Wir wollen, dass noch vor Jahresende hier eine gewisse Rechtssicherheit eintritt, dass nämlich zum einen die Anwohnenden dort wissen, ob dieser Bebauungsplan jetzt kommt oder nicht, ob sie sich auf das Hochhaus einstellen müssen oder nicht, und wir möchten auch, dass die Investoren wissen, was für sie zählen wird im kommenden Jahr, damit sie dann auch ihre Planung in Angriff nehmen können.

Gleichzeitig wollen wir verhindern, gerade weil es so eine emotionale Angelegenheit ist, dass dann die Anwohnenden und überhaupt die Parlamentarier auch unter uns, die engagiert sind, dann noch über die ganze Vorweihnachtszeit mit allen möglichen Pamphleten belästigt werden von Befürwortern und Gegnern, weil im Moment die Meinungen sowieso gemacht sind und auch alles schon geschrieben ist, was man darüber schreiben konnte.

Also wir widersetzen uns vorerst nicht dem Antrag der Regierung auf einer Verschiebung auf den 14. Dezember, aber wenn wir verschieben dann – das ist unser Antrag – mit einer klaren Terminierung auf 15 Uhr, auch wenn ein gerade in Beratung sich befindliches Geschäft unterbrochen werden muss. Warum? Weil wir sicher sein wollen, dass das Geschäft noch vor Jahresende behandelt wird. Sollte diesem Antrag nicht stattgegeben werden – und dass keine Drohung, sondern auf eine Ankündigung – wird wahrscheinlich ein grösserer Teil der LDP-Fraktion der Verschiebung nicht zustimmen. Dann lieber ohne Regierungsrätin Esther Keller und halt früher als gar nicht oder erst im Januar.

Claudio Miozzari, Statthalter: Nächster Sprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Jetzt kommen ja ganz viele kreative Gene. Wir können auch bei Traktandum 17 bei der dritten Wortmeldung unterbrechen und dann mit Traktandum 38 anfangen und so die Grossratssitzung komplett über den Haufen werfen. Ich bitte Sie, diesem Antrag von André Auderset nicht zu folgen. Wir haben die Budgetdebatte terminiert auf Donnerstag, 14. Dezember, 9 Uhr. Ich gehe auch davon aus, dass wir diese Budgetdebatte fertig haben bis dann. Wenn das aber nicht der Fall ist, werden wir also, wenn wir Ihrem Antrag folgen, diese Budgetdebatte unterbrechen. Ich habe bei diesem Horburg-Geschäft keine Emotionen und ich bin auch nicht involviert aber so wie ich Sie spüre, könnte diese Horburgdiskussion länger gehen. Ich weiss nicht, wie viele Anträge gestellt werden, aber es könnte dann vielleicht soweit kommen, dass wir die Budgetdebatte nicht beenden können, weil der 14. Dezember ist die letzte Grossratssitzung in diesem Jahr. Bei aller Liebe und Respekt für neue Ideen und kreative Vorschläge, ich beantrage Ihnen wirklich, diesem Antrag von André Auderset nicht zu folgen. Stimmen Sie für die Verschiebung gemäss Regierungsrat, stimmen Sie für die Verschiebung oder Nichtverschiebung gemäss Antrag Messerli, das ist mir persönlich egal, aber wenn ihr jetzt noch beginnen, weitere Ideen zu wälzen, dann wird es also wirklich absurd, auch wenn wir davon ausgehen können, dass die Budgetdebatte am Donnerstag 14. Dezember bis 12 Uhr vorbei ist. Wir wissen es nicht genau. Deshalb finde ich es schwierig, ein derart



grosses Geschäft wie dieses Horburg-Geschäft dazwischenzuschieben und dann vielleicht die Budgetdebatte nicht beschliessen zu können.

Sie können das neue Jahr ohne diesen Horburg-Entscheid schon in Angriff nehmen, ohne Budget ist das schwierig. Ich bitte Sie also, dem Antrag der LDP nicht Folge zu leisten und sich entweder für den Antrag des Regierungsrates zu entscheiden oder für den Antrag von Pascal Messerli.

André Auderset (LDP): Ich spreche ohne Rücksprache meiner Fraktion, aber ich glaube, ich werde da gleich ein Nicken erhalten. Ich kann diesen Argument nachvollziehen und könnte den Antrag so weit modifizieren, dass wir sagen, wir möchten dieses Geschäft unmittelbar nach der Budgetdebatte behandeln. Wahrscheinlich kommt es auf dasselbe heraus, das wird auch um 15 Uhr sein. Aber damit haben wir dieses Argument bereinigt. Wenn ich jetzt nicht gerade ein Kopfschütteln meiner Fraktion sehe – das sehe ich nicht -, dann modifiziere ich den Antrag der LDP wie folgt: Wir beantragen, dass das Geschäft Nummer 10 unmittelbar nach der Budgetdebatte terminiert wird.

Claudio Miozzari, Statthalter: Wir nähern uns der Abstimmung. Es geht um die Terminierung von Traktandum 10 Areal Horburg Dreirosen auf den 14. Dezember nach der Budgetberatung.

Abstimmung

Terminierung von Traktandum 10 auf nach der Budgetdebatte

JA heisst Terminierung, NEIN heisse keine Terminierung

Ergebnis der Abstimmung

56 Ja, 34 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002220, 06.12.23 09:44:43]

Der Grosse Rat beschliesst

Terminierung von Traktandum 10 auf nach der Budgetdebatte

Claudio Miozzari, Statthalter: Sie haben sich mit 56 Ja-Stimmen gegen 34 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen auf Terminierung nach der Budgetberatung am 14. Dezember entschieden.

Damit haben wir die Tagesordnung bereinigt. Gibt es weitere Anträge? Das ist nicht der Fall. Traktandum 1 ist somit erledigt.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[06.12.23 09:45:20]

Claudio Miozzari, Statthalter: Die UVEK beantragt Mitbericht zum Geschäft Hoffmann-la Roche AG – Bebauungsplan, Grenzacherstrasse-Südareal sowie zweite Grundsatzvereinbarung zwischen dem Regierungsrat und der Hoffmann-la Roche AG. Wünscht der Präsident der UVEK das Wort? Er verzichtet. Gibt es Gegenanträge? Joël Thüring hat das Wort.

Joël Thüring (SVP): Ich bitte Sie im Namen meiner Fraktion, diesem Antrag der UVEK nicht zuzustimmen. Das Geschäft ist der Bau- und Raumplanungskommission zugewiesen. Es ist in erster Linie ein Baugeschäft, kein Verkehrsgeschäft. Es macht Sinn, wenn wir dieses Geschäft bei der Bau- und Raumplanungskommission angesiedelt lassen. Ich habe auch nicht den Eindruck, dass die UVEK zu wenig Arbeit hat momentan. Das soll auch so sein, aber bei diesem Roche-Thema macht es Sinn, dass wir auch relativ zügig vorwärts kommen und hier ist aus meiner Sicht eine Beratung in der Bau- und Raumplanungskommission ausreichend. Deshalb bitte ich Sie, auf diesen Mitbericht zu verzichten.

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Präsident der UVEK hat das Wort.



Raphael Fuhrer (GAB): Wir haben die Vorgängerratschläge zum Umbau des Roche-Areals jeweils auch mit einem Mitbericht begleitet. Wir haben die Verzahnung zum Raum Solitude, dessen Ratschlag wir als UVEK damals bearbeitet haben und auch im Nachgang den Austausch gesucht haben mit dem JSD und dem BVD wegen dieser Situation des Fuss- und Veloverkehrs. Die UVEK hat die Grenzacherstrasse, mit der es mit dem Ratschlag Südareal, dann auch Verzahnung geben wird, bereits behandelt. Also, die UVEK hat bis jetzt immer auch mit der BRK zusammen diese Ratschläge beraten. Das Pendleraufkommen wird sich stark verändern mit diesem Ausbau – mit welchen Verkehrsmitteln aus welcher Richtung angereist wird, wo die Zufahrten am meisten Sinn machen und so weiter. Darum macht es aus unserer Sicht Sinn, wenn wir hier wieder einen Mietbericht machen.

Claudio Miozzari, Statthalter: Wir kommen zur Abstimmung über den Mitbericht.

Abstimmung

Mitbericht der UVEK

JA heisst Zustimmung zum Mitbericht, NEIN heisst keinen Mitbericht

Ergebnis der Abstimmung

67 Ja, 16 Nein, 5 Enthaltungen. [*Abstimmung # 0002223, 06.12.23 09:48:25*]

Der Grosse Rat beschliesst

Die UVEK wird einen Mitbericht verfassen zum Geschäft 23.1509 Ratschlag «Areal F. Hoffmann-La Roche AG - Bebauungsplan Grenzacherstrasse (Südareal)» sowie Zweite Grundsatzvereinbarung zwischen dem Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt und der F. Hoffmann-La Roche AG

Claudio Miozzari, Statthalter: Sie haben sich mit 67 Ja-Stimmen gegen 16 Nein- Stimmen bei 5 Enthaltungen für einen Mitbericht entschieden.

Gibt es weitere Mordmeldungen zur Entgegennahme neuer Geschäfte? Das ist nicht der Fall. Sie haben sie so beschlossen.

3. Zuwahl gemäss § 29 GOG im Sinne temporären Erhöhung der Pensen von Dr. iur. Dorrit Schleiminger und lic. iur. Dominik Kiener aufgrund der gesundheitlichen Beeinträchtigung der Arbeitsfähigkeit zweier Präsidienmitglieder am Strafgericht Basel-Stadt, Ratschlag des Gerichtsrates

[06.12.23 09:48:45, 23.5519.01]

Claudio Miozzari, Statthalter: Die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission beantragt, der Beschlussvorlage gemäss ausgeteilter Tischvorlage zuzustimmen. Für die Kommission hat das Wort deren Präsidentin Barbara Heer

Barbara Heer (SP): Im Namen der JSSKK beantrage ich Ihnen, dem vorliegenden Bericht des Gerichtsrates zuzustimmen und zwar mit dem von der JSSK formell leicht korrigierten Grossratsbeschluss, der Ihnen als Tischvorlage vorliegt. Wir haben lediglich einen Schreibfehler korrigiert und nochmals redaktionell verdeutlicht, dass die Beschlüsse zu unterscheiden sind, also dass der erste Beschluss die temporäre Aufstockung der Stellenprozente beim Strafgericht betrifft, und der zweite Beschluss bezogen auf die konkreten Personen ist. Die Kommission hat beschlossen, dass ich hier mündlich berichte, das Geschäft hat in der Kommission zu wenig Diskussion geführt.

Zu den gesetzlichen Grundlagen möchte ich Sie verweisen auf den Bericht der JSSK vom Jahr 2020 zur Zuwahl am Appellationsgericht aufgrund der Covid-19-bedingten Verzögerungen des Stellenantritts zweier neuer Präsidiumsmitglieder, das wiederhole ich hier jetzt nicht. Wir haben das Geschäft an einer Sitzung diskutiert in Anwesenheit von Stefan



Wullschläger, Vorsitzender des Gerichtsrats, und René Ernst, vorsitzender Präsident des Strafgerichts, und ich möchte mich an dieser Stelle im Namen der Kommission für die gute Zusammenarbeit bedanken.

Ja, es geht um die temporäre Erhöhung der Pensen von Dr. jur. Dorit Schleiminger und lic. iur. Dominik Kiener aufgrund der gesundheitlichen Beeinträchtigung der Arbeitsfähigkeit zweier Präsidienmitglieder am Strafgericht. Von gesundheitlicher Beeinträchtigung betroffene Präsidiumsmitglieder amten am Strafgericht als Gerichtspräsidium mit einem Teilzeitpensum von 70 Prozent respektive die zweite Person in einem Vollzeitpensum. Das Präsidium in einem Teilzeitpensum von 70 Prozent war vom 21. Juni bis zum 13. August zu 100 Prozent arbeitsunfähig und konnte dann seine Tätigkeit wieder mit einem Pensum von 35 Prozent aufnehmen. Die Kommission wurde dann im Rahmen der Beratung vom Gerichtsrat informiert, dass die betroffene Person seit kurzem zum Glück wieder voll arbeitsfähig ist, was die Kommission natürlich gefreut hat. Das Präsidiumsmitglied mit dem Vollzeitpensum ist seit dem 11. September teilweise krankgeschrieben und ist nur mit einem Pensum von 40 Prozent arbeitsfähig. Diese Situation hält bedauerlicherweise noch an und eine Änderung war Stand Kommissionsberatung noch nicht absehbar.

Um das in Zahlen zusammenzurechnen bedeutet das, dass das Strafgericht seit dem 21. Juni verschiedene Ausfälle kompensieren musste. In der ersten Phase, also 21 Juni bis 13. August, waren es 70 Stellenprozente, die fehlten vom 13. August bis 11. September waren es 35 Stellenprozente, vom 1. September an Kumulierten sich dann die Ausfälle der zwei Präsidien auf 95 Stellenprozente und jetzt gab es eben durch die glückliche vollständige Arbeitswiederaufnahme der einen Person eine Entlastung. Aktuell fehlen noch 60 Stellenprozente auf aktuell unbestimmbaren Zeit.

Der Gerichtsrat hat uns dann nachvollziehbar aufgezeigt, dass der Arbeitsausfall kurzfristig durch andere Präsidien des Strafgerichts aufgefangen werden konnte, dies aber mittel- und längerfristig schwierig ist und eben die zusätzliche Arbeitsbelastung in den normalen Pensen so eigentlich nicht stemmbar ist. Deswegen kommt es zu diesem Antrag auf eine temporäre Erhöhung um 45 Stellenprozente. Diese 45 Stellenprozente entsprechen dem Umfang, den vorübergehend aufzustoeken es den zwei anderen Präsidiumsmitgliedern eben möglich ist.

Nun zum konkreten Antrag der Zuwahl: Es geht darum, dass wir den Präsidien Dr. iur. Dorit Schleiminger und dann eben lic. iur. Dominik Kiener diese zusätzlichen Stellenprozente zuweisen, also das eine Pensum von 50 auf 85 Prozent erhöhen und dann die zweite Person von 80 Prozent auf 100 Prozent. Wichtig ist sicher noch die Ergänzung im Grossratsbeschluss zu erwähnen. Wenn die Genesung der Präsidiumsmitglieder so weit fortschreitet, dass die Reduktion der Arbeitspensen 45 Stellenprozente unterschreiten, dann ist Teil des Grossratsbeschlusses, dass zuerst beim Präsidenten lic. iur. Dominik Kiener und dann zweitens bei Präsidentin Dr. iur. Dorit Schleiminger die zugewählten Stellenprozente in gleichem Masse wieder reduziert werden. Mit dieser Lösung soll es dann dem Strafgericht zumindest teilweise möglich sein, die anfallenden Aufgaben zu erledigen, die Verfahren zeitnah voranzutreiben und somit ihren gesetzlichen Auftrag zu erfüllen.

Noch zu ergänzen ist folgendes: Es ist anzunehmen, dass die finanzielle Mehrbelastung, die dadurch entsteht, durch die Krankentaggelder wieder ausgeglichen werden dürfte.

Aus Sicht der Kommission ist die Notwendigkeit für die Erhöhung der Pensen unbestritten. Die temporäre Erhöhung ist aus Sicht der Kommission genügend begründet und fällt auch tiefer aus als der eigentliche Ausfall, der entstanden ist, was durchaus auch als eine gewisse Zurückhaltung gewertet werden kann. Es ist wichtig, dass die langen Verfahrensdauern nicht verlängert werden, was dann eben klar für diese temporäre Aufstockung der Präsidien spricht. Mit grundsätzlicheren Fragen der Arbeitsbelastung im Strafgericht wird sich dann die JSSK in Bälde im Rahmen der Beratung des Antrags des Gerichtsrats auf ein zusätzliches Präsidium am Strafgericht auseinandersetzen und dann auch dem Grossen Rat wieder berichten.

Die Kommission empfiehlt Ihnen also einstimmig, die vorliegenden Grossratsbeschlüsse anzunehmen. Ich wünsche aber zum Abschluss auch noch im Namen der Kommission den betroffenen Präsidien beste Genesung respektive gute Erholung und bedanke mich auch bei den Strafgerichtspräsidien, dass sie diese Ausfälle kompensiert haben, und auch bei jenen, die es jetzt möglich machen, temporär ihre Pensen zu übernehmen und eben noch mehr von diesen Ausfällen zu kompensieren. Besten Dank.

Stephan Wullschleger: Die Vorlage wurde trefflich präsentiert von der Kommissionspräsidentin, dem habe ich nichts anzufügen, ausser auch meinerseits den Dank für die gute Zusammenarbeit zu erwidern.

Claudio Miozzari, Statthalter: Es haben sich keine Fraktions- und Einzelsprechende eingetragen. Damit nähern wir uns den Beschluss. Eintreten wurde nicht bestritten. Rückweisung wurde nicht beantragt



Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

86 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002226, 06.12.23 09:57:35]

Der Grosse Rat beschliesst

I.

1. Gestützt auf § 29 Abs. 1 GOG wird die Erhöhung der Pensen zweier amtierender Präsidien am Strafgericht Basel-Stadt ab sofort bis zur Wiedererlangung der vollständigen Arbeitsfähigkeit zweier Präsidiumsmitglieder des Strafgerichts Basel-Stadt um insgesamt 45 Stellenprocente bewilligt. Bei Dr. iur. Dorrit Schleiminger erfolgt die Erhöhung von 50 Stellenprozenten auf 80 Stellenprocente und bei lic. iur. Kiener von 85 Stellenprozenten auf 100 Stellenprocente. Vorbehalten bleibt die Reduktion der Stellenprocente gemäss Ziffer 2 dieses Beschlusses.

2. Sollte die Genesung der beiden Präsidiumsmitglieder mit krankheitsbedingt reduzierten Arbeitspensen soweit fortschreiten, dass die Reduktion der Arbeitspensen 45 Stellenprocente unterschreitet, so werden zuerst bei Präsident lic. iur. Dominik Kiener und dann bei Präsidentin Dr. iur. Dorrit Schleiminger die zugewählten Stellenprocente in gleichem Masse reduziert.

3. Gestützt auf § 29 Abs. 1 GOG wird Dr. iur. Dorrit Schleiminger als Präsidentin am Strafgericht ab sofort bis zur Wiedererlangung der vollständigen Arbeitsfähigkeit eines Präsidiumsmitglieds - unter Vorbehalt von Ziffer 2 dieses Beschlusses - mit einem Pensum von 30 Stellenprozenten (vorübergehende Erhöhung der derzeit 50 Stellenprocente auf 80 Stellenprocente) gewählt.

4. Gestützt auf § 29 Abs. 1 GOG wird lic. iur. Dominik Kiener als Präsident am Strafgericht ab sofort bis zur Wiedererlangung der vollständigen Arbeitsfähigkeit eines Präsidiumsmitglieds - unter Vorbehalt von Ziffer 2 dieses Beschlusses - mit einem Pensum von 15 Stellenprozenten (vorübergehende Erhöhung der derzeit 85 Stellenprocente auf 100% Stellenprocente) gewählt.

II.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Statthalter: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 86 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme und einer Enthaltung.

4. Kantonale Volksinitiative "Erhalt des Musical Theater Basel", Bericht des RR zur rechtlichen Zulässigkeit und zum weiteren Vorgehen

[06.12.23 09:57:51, 23.1354.01]

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Regierungsrat beantragt, die Initiative Erhalt des Musicaltheater Basel als rechtlich zulässig zu erklären. Zudem beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, ihm die Berichterstattung zu übertragen. Für den Regierungsrat hat Regierungsrätin Tanja Soland das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wir wären sehr froh, wenn Sie die Berichterstattung an uns überweisen würden. Wie Sie gesehen habe, gibt es einige hängige Vorstösse. Wir haben auch eine Vorlage zum bestehenden Musicaltheater und wir versuchen, das zu koordinieren. Die Idee wäre, die Berichterstattung zur Initiative zusammen mit dem Projektierungskredit für das Hallenbad am gleichen Standort zu bringen, damit Sie das zeitgleich beraten können und auch alle Informationen haben.

Wenn wir das nicht so machen, dann besteht die Gefahr, dass es eine Abstimmung über die Initiative geben könnte. Wenn die angenommen wird und nachher auch das Hallenbad am gleichen Standort, dann haben wir doch eine Interessenkollision



und wir wollen das vermeiden. Wir wollen, dass Sie beide Vorlagen haben, alle Informationen dazu. Daher werden wir die Frist hier auch nicht ausnutzen. Wir möchten das Anfang Jahr vorlegen. Wir möchten es aber auch nicht verbinden. Wir machen also nicht einen Gegenvorschlag mit dem Hallenbad zu dieser Initiative, denn das sind komplett andere Dinge. Aber Sie sollen es gleichzeitig vorliegen haben und gleichzeitig darüber beraten können, damit wir dafür sorgen können, dass es mit den Abstimmungen und einem allfälligen Referendum keine Schwierigkeiten gibt. Das haben wir Ihnen auch offengelegt und ich bitte Sie daher, uns das Geschäft überweisen, damit wir Ihnen Anfangs Jahr beide Berichte vorlegen können.

Claudio Miozzari, Statthalter: Sprecher für die SVP ist Stefan Suter.

Stefan Suter (SVP): Selbstverständlich ist die Initiative rechtlich zulässig. Wir möchten Ihnen indessen beantragen, die Initiative direkt dem Volk vorzulegen. Dann herrscht Klarheit darüber, was gewollt ist. Die Initiative will das Musicaltheater erhalten, und da braucht man eigentlich keinen Bericht über das Schwimmbad, sondern man braucht einen Entscheid, aus dem man dann eben ableiten kann, wie es weitergeht.

Wir möchten den Entscheid direkt vom Volk erfahren.

Claudio Miozzari, Statthalter: Für die SP-Fraktion hat das Wort René Brigger.

René Brigger (SP): Diesem Bericht können wir zustimmen. Den Antrag, die Initiative direkt dem Volk vorzulegen, haben wir fraktionsintern nicht abgesprochen. Ich persönlich hätte da eigentlich eine Präferenz, aber ich kann das jetzt nicht entscheiden. Entscheidend wird sein, was die Regierung in ihrem Ratschlag anfangs 2024 bringen wird. Die Ausführung von Regierungsrätin Tanja Soland sind ja so, dass derzeit ein Ratschlag zur Projektierung des Hallenbades erarbeitet wird und da werden, wie ich es verstehe, die Machbarkeit am Ort des Musicaltheater und die Kosten grob geschätzt und auch die Sanierung des Musicaltheaters grob geschätzt. Dann wird geprüft und ein Antrag gestellt. Weiter kommen zusätzliche Informationen zu alternativen Standorten. Das scheint mir der wichtige Punkt zu sein. Ich habe doch eine längere Bauerfahrung, ich kann das eigentlich vom Schiff aus beurteilen. Es ist fast nicht möglich, ein Theater einigermassen kostengünstig von der Funktion her vollkommen auszuhöhlen und einer anderen Funktion, einem Hallenbad, zuzuführen. Das wird erstens nach allen Erfahrungen teurer als ein Neubau, und zweitens wird es nicht die gleich gute Funktion wie bei einem Neubau des Hallenbads haben.

Entscheidend ist auch mit Blick auf die Motion von Johannes Sieber, dass wir ein Problem haben. Ende 2024 wird das Musicaltheater geschlossen respektive der Pachtvertrag wurde gekündigt. Wir haben ein zeitliches Problem. Das Booking für die Jahre 2025 und 2026 läuft jetzt. Für 2024 und 2025 kann man grosse Produktionen bereits nicht mehr buchen, diese sind bereits vergeben. Es ist ganz wichtig, dass da entschieden wird. Eine Zwischenlösung braucht es auf jeden Fall. Bezüglich der Kosten der Sanierung gilt immer die Frage, welche Sanierung auf welchem Level man will. Meine Informationen von Künstlerseite und auch von Betreiberseite sind, dass das Musicaltheater eine gute Location ist, das Musicaltheater ist momentan auch zum Teil nicht ausgenützt. Man könnte auch Büroräumlichkeiten schaffen. Das wird nicht gemacht. Die Künstlerinnen und Künstler haben Freude an diesem Musicaltheater, es ist eine grosszügige Sache.

Es braucht meines Erachtens alles eine Auffrischung für ein paar Millionen Franken, aber es braucht keine Totalsanierung. Anstatt eine lange pendente Situation zu schaffen, muss man vorwärts machen. Ich bin gespannt auf diesen Ratschlag, aber was klar sein muss ist, dass eine Antwort kommen muss, was ab 2025 passiert. Meines Erachtens ist gar keine Sanierung nötig, um einen weiteren Betrieb von zwei bis drei Jahren festzusetzen.

Ich plädiere an die Regierung, wirklich mit offenem Visier und Fokus die Sache an die Hand zu nehmen. Das Projekt, das Hallenbad, das es wirklich braucht und das kommen muss, unbedingt an dieser Kulturstätte ohne Ersatz für die Kulturstätte zu schaffen, erachte ich als verwegen und ist, vorsichtig ausgedrückt, auch baulich und finanziell suboptimal.

Zum Antrag, die Initiative dem Volk direkt zur Abstimmung vorzulegen, kann ich keinen Gegenantrag stellen, da wir das in der Fraktion nicht diskutiert haben. Aber vielleicht kommen wir in den nächsten paar Minuten zu einem Beschluss.

Claudio Miozzari, Statthalter: Nächster Fraktionssprecher ist André Auderset für die LDP.

André Auderset (LDP): Ich habe schon eine kleine Umfrage bei unserer Fraktion gemacht und es gibt viel Sympathie dafür, die Initiative direkt dem Volk vorzulegen. Warum? Die einen wollen ein Schwimmbad, die anderen wollen das Theater behalten. Die Meinungen sind gemacht. Was soll denn nun die Regierung in einem Bericht noch schreiben, und dass der



Regierungsrat dort ein Schwimmbad möchte, das hat er uns ja bereits erklärt. Ich nehme nicht an, dass irgend jemand hofft, dass der Regierungsrat jetzt plötzlich etwas anderes will, oder ein Schwimmbad unter dem Theater oder ein Theater über dem Schwimmbad.

Lass wir das Volk entscheiden, dann wissen wir, wie es weitergeht. Und ausserdem streiten wir uns schon so lange darum, jetzt soll mal eine Entscheidung fallen und dann wissen wir, woran wir sind. Die liberaldemokratische Fraktion wird sich für eine Überweisung direkt an das Volk ohne weiteren Bericht der Regierung aussprechen.

Noch eine Klammer: Im Abstimmungskampf haben sowohl der Regierungsrat wie auch alle anderen Interessenten die Möglichkeit, zu sagen, was genau sie wollen, um so Einfluss auf die Abstimmenden zu nehmen. Also, bringen wir das Ganze direkt vors Volk.

Claudio Miozzari, Statthalter: Ich habe keine weiteren Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher eingetragen. Erster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich fände es sehr peinlich, wenn aus dem tollen Musicaltheater ein Schwimmbad gemacht würde. Ich erinnere Sie daran, der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder war auch in dem Musicaltheater. Er hatte viel Spass mit seiner Frau, wurde dann mit seiner Eskorte zurückgefahren vor das Hotel Drei Könige. Sie sehen, das Musicaltheater ist nicht nur beim einfachen Volk beliebt, sondern auch beim ehemaligen deutschen Bundeskanzler Gerhard Schröder.

Es ist peinlich, dass dort ein Schwimmbad geschaffen werden soll. Das Musicaltheater soll erhalten bleiben. Ich stelle einfach immer wieder fest als Grossrat, für alles ist in Basel Geld da, für alles Mögliche, aber am Schluss wird am eigenen Ast gesägt. Wir sind eine Kulturstadt, und dann kann man nicht plötzlich das Musicaltheater wegradieren.

Ich bin traurig, was hier gemacht wird. Als ich das erste mal in der Zeitung darüber gelesen habe, dachte ich, es handle sich um einen Aprilscherz. Dann habe ich aber gemerkt, dass es wahr sein könnte. Aber ich habe mich gefragt, ob das noch ganz normal ist. Ein Schwimmbad kann man auf der grünen Wiese bauen. Es gibt vermutlich schon genügend Schwimmbäder in Basel.

Claudio Miozzari, Statthalter: Nächste Einzelsprecherin ist die Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Ich möchte das noch kurz klären, falls es für Irritationen gesorgt hat. Die Fraktion der SP möchte die Initiative gerne zur Berichterstattung an die Regierung überweisen und sie nicht direkt vor das Volk bringen.

Claudio Miozzari, Statthalter: Nächster Einzelsprecher ist Franz-Xaver Leonhardt.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Ich rede als Einzelsprecher. Ich finde es besser, wenn wir die Initiative der Regierung zur Berichterstattung überweisen, denn ich bin der Meinung, dass es für die Abstimmung entscheidend ist zu wissen, ob wir einen alternativen Standort für die Schwimmhalle haben. Und das kann ja relativ schnell passieren. Warten wir also noch diese kurze Zeit. Ich hoffe, die Regierung geht zügig voran, und dann können wir sehen, wie das Volk entscheiden wird.

Claudio Miozzari, Statthalter: Nächster Einzelsprecher ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GAB): Sie haben sich schon einmal dafür ausgesprochen, dass der Regierungsrat die Termine für die Abstimmung jeweils drei Monate im Voraus ansetzen soll. Dies aus gutem Grund, weil das für die Meinungsbildung unter anderem in den Parteien wichtig ist. Mit dem jetzigen Wahlgesetz wäre die Ansetzung auf den 3. März wahrscheinlich noch möglich. Ich gehe jetzt aber davon aus, dass die Regierung nicht auf dem 3. März ansetzen würde. Das heisst, die Abstimmung würde im Juni kommen. Das wäre ein halbes Jahr. Die Regierung hat gesagt, sie bringt im Frühjahr einen Bericht. Warum also nicht den Bericht, der sowieso in Bearbeitung ist, noch abwarten? Das verstehe ich ehrlich gesagt nicht.

Deshalb würde ich Sie bitten – nicht im Namen meiner Fraktion, deren Haltung dazu ich nicht kenne –, dem Regierungsrat die Chance zu geben, den Bericht jetzt noch schnell vorlegen zu können.



Claudio Miozzari, Statthalter: Es haben sich keine weiteren Einzelsprechenden eingetragen. Damit hat Regierungsrätin Tanja Soland in der zweiten Runde das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: André Auderset hat gesagt, dass die LDP nichts mehr wissen müsse, es sei ja alles klar. Da möchte ich Sie daran erinnern, dass vielleicht die Kosten noch relevant wären. Damit meine ich nicht nur die Kosten für die Sanierung. Wir haben schon einmal saniert, wir haben schon einmal viel Geld in das Musicaltheater gesteckt. Man kann sagen, das ist einmalig, wir wollen das. Aber das Problem ist ja, dass der Betrieb nicht wirtschaftlich ist. Und am Ende wird es darauf hinauslaufen, dass man sich überlegen muss, das staatlich zu finanzieren, vor allem teilsubventionieren.

Das wird man sich überlegen müssen. Das ist ja der Hauptgrund, warum das Gebäude überhaupt in Frage kommt. Wenn jeden Abend ein Konzert oder ein Musical aufgeführt würde und ausgelastet wäre und Geld spriessen würde, dann wäre das keine Frage. Aber das Problem ist, dass es nicht wirtschaftlich zu betreiben ist. Und ich finde, der Grosse Rat sollte wirklich mit offenen Augen in diese Abstimmung gehen und das auch der Bevölkerung so vorlegen. Ob Sie dann am Ende dort ein Hallenbad wollen oder nicht, ist dann noch eine andere Frage. Da kann man auch getrennt darüber entscheidender Meinung sein. Aber die Kosten möchten wir Ihnen gerne offenlegen. Falls es vertraulich sein muss, werden wir das in der Kommission machen. Wir sind wirklich bereit, Ihnen die Zahlen, die wir wissen, offenzulegen. Das erscheint mir wichtig zu sein.

Daher bitte ich Sie, uns die Initiative zur Berichterstattung zu überweisen. Ich verspreche Ihnen, wir sind daran, wir beeilen uns, damit das nicht erst im Frühjahr kommt. Ich hoffe, dass wir das schon etwas früher, wenn es noch kalt ist, vorlegen können.

Claudio Miozzari, Statthalter: Möchten Sie die Zwischenfragen von André Auderset und René Brigger annehmen? Sie werden angenommen Zuerst hat das Wort André Auderset.

André Auderset (LDP): Frau Regierungsrätin, selbstverständlich weiss die LDP noch nicht alles, das weiss sie nie. Aber meinen Sie nicht, Sie könnten auch im Abstimmungsbüchlein oder mit sonstiger Medienorientierung all diese Informationen auch so bekanntgeben, und damit uns wie auch das Volk im Abstimmungskampf informieren.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich hoffe, ich sage jetzt nicht Falsches, aber ich glaube, wenn Sie das direkt vor das Volk bringen, dürfen wir dazu gar keine Stellung mehr nehmen. Da sind die uns ja die Hände gebunden. Die Schwierigkeit wäre, dass überdies auch der Grosse Rat sich nicht dazu geäussert hätte.

Claudio Miozzari, Statthalter: Die zweite Zwischenfragen ist von René Brigger.

René Brigger (SP): Ich kann die Befürchtung nachvollziehen, dass ein Musicaltheater nicht kostendeckend betrieben wird, aber wurde schon einmal ausgeschrieben und geprüft, wie viel Miete und vor allem wie viel Baurechtzins bezahlt werden würde für dieses funktionsfähige Musicaltheater? Nur dann kann man sagen, dass es nicht tragbar und nicht führbar sei.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Das werden wir Ihnen dann alles aufzeigen.

Claudio Miozzari, Statthalter: Wir kommen zur Abstimmung.

Eintreten ist obligatorisch.

Abstimmung

Wer dem Beschluss zustimmt, stimmt JA, Wer dem Beschluss nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002228, 06.12.23 10:17:14]



Der Grosse Rat beschliesst

Die mit 3'355 Unterschriften zustande gekommene formulierte kantonale Volksinitiative «Erhalt des Musical Theater Basel» wird für rechtlich zulässig erklärt.

Dieser Beschluss kann beim Verfassungsgericht durch Beschwerde angefochten werden. Die Beschwerde ist innert zehn Tagen seit der Veröffentlichung im Kantonsblatt schriftlich beim Verfassungsgericht anzumelden. Innert 30 Tagen vom gleichen Zeitpunkt an gerechnet, ist die schriftliche Begründung einzureichen, welche die Anträge, die Angabe der Tatsachen und Beweismittel und eine kurze Rechtserörterung zu enthalten hat.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, ihm die Berichterstattung zu übertragen.

Stefan Suter beantragt, die Initiative gemäss § 18 Abs. 3 lit. a IRG sofort den Stimmberechtigten ohne Empfehlung und ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung vorzulegen.

Abstimmung

Wer die Initiative dem Regierungsrat zur Berichterstattung überweisen will, stimmt JA, wer die Initiative sofort dem Volk ohne Gegenvorschlag und ohne Empfehlung zur Abstimmung vorlegen will, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

73 Ja, 15 Nein, 5 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002230, 06.12.23 10:18:18]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Initiative dem Regierungsrat zur Berichterstattung innerhalb von sechs Monaten zu überweisen.

Claudio Miozzari, Statthalter: Sie haben sich mit 71 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen für eine Überweisung an den Regierungsrat zur Berichterstattung entschieden.

5. Umwidmungen Staatsliegenschaften 2023, Ratschlag des RR

[06.12.23 10:18:33, 23.1094.01]

Claudio Miozzari, Statthalter: Die Bau- und Raumplanungskommission beantragt, den Beschlussvorlagen zuzustimmen. Für die Kommission hat das Wort deren Präsident Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Ich freue mich, dass wir auch nach der Verschiebung des Horburg-Parks heute dennoch zwei Geschäfte der BRK diskutieren können. Das erste geht um die Umwidmung von Staatsliegenschaften. Liegenschaften des Kantons werden gemäss § 39 des Finanzhaushaltgesetzes entweder dem Finanzvermögen oder dem Verwaltungsvermögen zugeteilt. Verwaltungsvermögen sind nach unseren Bestimmungen Vermögenswerte, die unmittelbar der Erfüllung öffentlicher Aufgaben dienen. Sie können nicht ohne Beeinträchtigungen der öffentlichen Aufgabenerfüllung veräussert werden. Das Finanzvermögen wird in Abgrenzung dazu definiert. Das Finanzvermögen umfasst alle übrigen Vermögenswerte. Der Zweck der Liegenschaften ist dabei jeweils entscheidend bei der Zuordnung ins Finanz- oder Verwaltungsvermögen. Die überwiegende Nutzung bestimme die Zuteilung. Die finanzrechtliche Zuordnung der Staatsliegenschaften wird regelmässig überprüft und bei Bedarf der Bereinigung vorgeschlagen.

Die Bau- und Raumplanungskommission musste über zwei Umwidmungsgesuche des Regierungsrates beraten. Zum einen handelte es sich um eine Parzelle am Wiesenplatz 8. Die Umwidmung betrifft einen kleinen Teil dieser Parzelle, welche zum Baurest der BVB gehört. Dieses befindet sich im Verwaltungsvermögen. Nun wird ein Teilbereich des BVB-Baurechts, auf welchem ein Wohnhaus für Mitarbeiter der BVB steht, vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen überführt. Die Wohnungen für



die Trämmer werden nicht mehr genutzt, der Rest der Parzelle verbleibt im Verwaltungsvermögen, solange die BVB diese nutze. Das Gebäude wird im kantonalen Inventar der schützenswerten Bauten aufgeführt und ist sanierungsbedürftig. In Analogie zu anderen längerfristig nicht kantonal genutzten Parzellen soll die Parzelle nun ins Finanzvermögen übertragen werden und eine Parzellierung vorgenommen werden. Der Vollzugstermin für die Umwidmung wird auf den 1. Juli 2024 gelegt.

An der Pilgerstrasse 5 soll in die andere Richtung daher vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen umgewidmet werden. Heute ist dort ein Wohnheim «Leben in Vielfalt» beheimatet, welches sich weiterentwickelt hat und künftig auf das Areal Landauer umziehen soll. Im bestehenden Wohnheim sind nun ein Doppelkindergarten und eine Tagesstruktur geplant. Das Erziehungsdepartement weist in diesem Quartier einen grossen Bedarf an Kindergarten- und Tagesstrukturen auf. Da nun der Zweck die Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe beinhaltet, muss die Parzelle nach dem Finanzhaushaltgesetz ins Verwaltungsvermögen überführt werden. Der Vollzugstermin für diese Umwandlung wird auf den 1. Januar 2024 gelegt.

Die BRK heisst den Ratschlag betreffend Umwidmungen Staatsliegenschaften 2023 einstimmig mit 11 Stimmen gut und bittet den Grossen Rat, der Kommission zu folgen.

Claudio Miozzari, Statthalter: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrätin Tanja Soland. Sie verzichtet. Damit kommen wir zu den Fraktionsprechenden. Patrizia Bernasconi hat sich für das GA B eingetragen.

Patrizia Bernasconi (GAB): Ich möchte Sie bitten, dem ersten Beschluss betreffend Entwidmung einer Liegenschaft am Wiesenplatz nicht zuzustimmen. Grundsätzlich hätten wir nichts dagegen gehabt, eine Liegenschaft, die als Verwaltungsgebäude für die BVB oder wen auch immer dient, dem Finanzvermögen zu entwidmen, wenn wir im Bericht nicht gelesen hätten, dass diese Liegenschaft von der Sozialhilfe zwischengenutzt wird.

Die Notschlafstelle der Frauen muss in den nächsten Wochen für zwei oder drei Monate, vielleicht auch länger, ins Hotel du Commerce und danach an einen neuen Standort in Grossbasel umziehen. Die jetzige Notschlafstelle der Frauen wird in Zukunft von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchendem belegt werden. Darüber konnten wir heute in der BZ lesen.

Es kommt hinzu, dass der Kanton noch kein Haus für das Stadthotel gegen Obdachlosigkeit beziehungsweise kein Haus für Housing First Plus gefunden hat. Es gibt also aus unserer Sicht genügend Gründe, die Liegenschaft in Verwaltungsvermögen zu halten. Es braucht immer wieder Räumlichkeiten für soziale Projekte.

An dieser Stelle möchte ich etwas klarstellen: Uns geht es nicht darum, Kleinhüningen zu belasten. Für uns ist es aber unverständlich, dass der Kanton bei Privaten Räume für öffentliche Aufgaben mietet, wenn im eigenen Portfolio Liegenschaften vorhanden sind und gleichzeitig Aufgaben im sozialen Bereich längst noch nicht erledigt worden sind.

Claudio Miozzari, Statthalter: Es haben sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben. Damit kommen wir nochmals zu Regierungsrätin Tanja Soland. Sie wünscht das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich glaube, das ist ein Missverständnis. Wir haben nicht vor, die Umwidmung zu machen, damit wir die Nutzung der Sozialhilfe verändern können. Das hat keinen Einfluss. Bei uns ist sogar die Notschlafstelle im Finanzvermögen. Bei uns sind alle Wohnungen, die wir der Sozialhilfe vermieten, im Finanzvermögen. Der Grund ist, dass eine Wohnnutzung eine normale Nutzung ist und wir daher diese alle im Finanzvermögen halten.

Also, es geht nicht darum, dass wir das ändern wollen. Es würde genau gleich bleiben. Zwischengenutzt wird, weil man es irgendwann sanieren muss. Selbstverständlich werden wir dann niemanden auf die Strasse stellen. Wir sind dabei, andere Orte zu finden, andere Liegenschaften anzuschauen. Da ist Immobilien Basel-Stadt wirklich dran, diese auch zu kaufen, falls es möglich wäre. Also das hat wirklich keinen Einfluss.

Der Grund für die Umwidmung ist ja, dass die Liegenschaft bei der BVB war und somit im Verwaltungsvermögen. Wenn wir es dabei belassen würden, dann dürften sie über die Sanierung bestimmen. Aber für die Nutzung für die Sozialhilfe hat es keinen Einfluss. Das ändern wir nicht, die bleiben dort, bis wir andere Orte haben und alle Wohnungen, die wir haben, die wir an die Sozialhilfe vermietet haben, sind alle im Finanzvermögen. Das war bisher so und ist unserer Ansicht nach korrekt.

Claudio Miozzari, Statthalter: In der zweiten Runde verzichtet der Kommissionspräsident Michael Hug auf ein Votum. Damit kommen wir zur Beratung des Grossratsbeschlusses 1 Eintreten wurde nicht bestritten. Rückweisung wurde nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 1 Seite 7 des Ratschlags



Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

78 Ja, 12 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002232, 06.12.23 10:27:36]

Der Grosse Rat beschliesst

Eine Teilfläche von 627m² der Parzelle Nr. 0134, Sektion 9C, Wiesenplatz 8 ist vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen zu übertragen (Entwidmung). (Inkraftsetzung per 1. Juli 2024).

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Statthalter:

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 2 Seite 8 des Ratschlags

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002234, 06.12.23 10:28:26]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Parzelle Pilgerstrasse 5 Sektion 2 Nr. 3088 ist vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen zu übertragen (Widmung). (Inkraftsetzung per 1. Januar 2024).

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Statthalter: Sie haben dem Grossratsbeschluss 2 ebenfalls zugestimmt mit 89 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme und keiner Enthaltung.

6. Kantonale Volksinitiative "für mehr Musikvielfalt", Fristverlängerung, Bericht der BKK

[06.12.23 10:28:40, 22.0980.03]



Claudio Miozzari, Statthalter: Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsidentin Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Sie haben eine Tischvorlage mit einem neuen Beschluss und ich entschuldige mich für die Konfusion, die da entstanden ist. In der BKK haben wir eine Fristverlängerung beschlossen bis September 2024. Die Staatskanzlei hat uns danach darüber informiert, dass es Usanz ist, dass vor kantonalen Wahlen keine kantonale Abstimmung stattfinden soll. Wir haben mit dem Initiativkomitee nochmals Kontakt aufgenommen und sie gebeten oder gefragt, ob sie auch einverstanden sind, die Frist bis zum 24. November nach den kantonalen Wahlen zu verlängern. Sie sind einverstanden und ich bitte Sie, das so zu machen.

Claudio Miozzari, Statthalter: Besten Dank für den Regierungsrat hätte das Wort Regierungsrätin Stefanie Eymann. Sie verzichtet. Niemand hat sich für eine Wortmeldung eingetragen.

Grossratsbeschluss

(Seite 2 der Tischvorlage)

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002236, 06.12.23 10:30:59]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Frist zur Berichterstattung zur kantonalen Volksinitiative «für mehr Musikvielfalt» wird bis zum 27. Juni 2024 verlängert. Die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung wird somit bis zum 24. November 2024 verlängert.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Statthalter: Sie haben der Fristverlängerung zugestimmt mit 85 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei keinen Enthaltungen.

7. Staatsbeitrag zugunsten Jüdisches Museum der Schweiz für den Zeitraum 2024 bis 2027, Ausgabenbericht des RR

[06.12.23 10:31:13, 23.1320.01]

Claudio Miozzari, Statthalter: Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, Staatsbeiträge in der Höhe von 560'000 Franken zu bewilligen. Für die Kommission hat das Wort Vizepräsidentin Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Beim vorliegenden Ratschlag handelt es sich um die Erneuerung der Finanzhilfe an das Jüdische Museum der Schweiz für den Zeitraum 2024 bis 2027. Die BKK hat sich an einem Hearing mit dem Vorsteher des Präsidialdepartements, dem Stellvertreter der Abteilung Kultur und der Leiterin Kulturinstitutionen über den Ratschlag informieren lassen und kann diesem einstimmig zustimmen.



Das Jüdische Museum der Schweiz in Basel ist das älteste jüdische Museum im deutschsprachigen Raum nach 1945 und das einzige seiner Art in der Schweiz. Die heutige Sammlung umfasst 1'800 Objekte und weist einen starken Bezug zur Stadt und Region Basel aus. Sie beherbergt eine der qualitativsten Judaica-Sammlungen im deutschsprachigen Raum. Insgesamt leistet das jüdische Museum einen wichtigen Beitrag zur Geschichte der Juden in der Region und in der Schweiz, und ermöglicht vielfältige Einblicke in das jüdische Leben.

Es ist ein Ort der Vermittlung der Geschichte der Shoa. Gerade die jüngsten Ereignisse im Nahen Osten erfordern Aufklärung und Sensibilisierung gegenüber dem wieder aufkeimenden Antisemitismus. Das Museum hat sich daher zum Ziel gesetzt, seine Vermittlungstätigkeit auszubauen und neue Wege zu finden, um Menschen anzusprechen. Ein neuer Webauftritt sowie ein Digitalisierungsprojekt sollen dazu beitragen, das Museum noch sichtbarer zu machen und Leute anzusprechen, die die jüdische Kultur nicht kennen. Die Präsenz auf Social-Media soll ebenfalls verstärkt werden.

Auch das Thema Sicherheit wurde angesprochen. Die Verantwortlichen des jüdischen Museums sind verunsichert, wenn sich das Weltgeschehen auf die Sicherheit der Juden auswirkt. Wenn das Museum aus Sicherheitsgründen geschlossen werden müsste, würde das Kosten verursachen. Ein konkreter Antrag auf Sicherheitsmassnahmen liegt nicht vor. Für Sicherheitsmassnahmen ist das JSD zuständig. Das PD steht in Kontakt mit den Verantwortlichen des Museums.

Das Museum wird gut besucht. Bis Ende Jahr rechnet das Museum mit 7'500 Besucherinnen und Besuchern. Darunter sind auch Schulklassen, die das Museum ausserhalb der Öffnungszeiten besuchen können. Finanziell hat sich das Museum seit 2014 dank des grossen Engagements der privaten Trägerschaft und eines erfolgreichen Fundrisings stark entwickelt, dies vor allem dank grosszügiger Spenden der Vereinspräsidentin, der Familie Guth sowie eines Legats von Dr. Katia Guth-Dreyfus.

Die Fundraising-Aktivitäten dienen in erster Linie dem geplanten Umzug an den Standort Vesalgasse. Der Umbau des Museumsgebäudes durch Diener und Diener ist für Anfang 2024 geplant, die Wiederöffnung auf Ende 2025. Der Kanton Basel-Stadt unterstützt den Umbau mit einem einmaligen Betrag von 2,8 Millionen Franken. Die Gesamtkosten des Umbaus betragen 10 Millionen Franken. Allfällige Mehrkosten des Standortwechsels sollen von der privaten Trägerschaft getragen werden. Mit dem Umzug an die Vesalgasse soll die langfristige Sicherung des bedeutenden Kulturerbes gewährleistet werden. Der Staatsbeitrag des Kantons macht bei einem Gesamtbudget von 870'000 Franken 16 Prozent der Einnahmen aus.

Wie bereits erwähnt, stimmt die BKK dem Ratschlag einstimmig zu und empfiehlt dem Grossen Rat, es ihr gleich zu tun.

Claudio Miozzari, Statthalter: Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Viel ist schon gesagt worden von der Vizepräsidentin der Kommission. Es steht heute die Erneuerung einer kleinen, aber zugleich äusserst relevanten Institution, des Jüdischen Museums, und seine Förderung durch die öffentliche Hand zur Debatte.

Das Jüdische Museum befindet sich gerade in einer der wichtigsten Phasen seit seiner Gründung 1966. Es zieht nämlich in die Vesalgasse 5 um und eröffnet dort 2025 seinen neuen Standort. Für die Erneuerung seiner Betriebsbeiträge hat die Institution keine Erhöhung beantragt. Der Antrag lautet auf Weiterführung der Staatsbeiträge im Umfang von 140'000 Franken pro Jahr für den Betrieb für die Jahre 2024 bis 2027.

Der aktuelle Beitrag für das Jüdische Museum wurde vom Grossen Rat mit Blick auf die erhöhten Sicherheitsaufwendungen bereits in der noch laufenden Beitragsperiode um 60'000 Franken pro Jahr erhöht. Der Regierungsrat unterstützt die Weiterführung der bestehenden Beiträge gemäss dem Antrag der Trägerschaft vollumfänglich. Er ist überzeugt davon, dass mit diesen Beiträgen eine sehr relevante Basler beziehungsweise Schweizer Institution moderat und sinnvoll unterstützt wird und erkennt ein unbestrittenes öffentliches Interesse. Selbstverständlich stehen wir in den jetzigen Zeiten in in engem Austausch, auch was die Sicherheit betrifft, so wie wir das mit allen jüdischen Einrichtungen tun. Wir beobachten die Situation und die Weltlage sehr genau, um entsprechend Massnahmen zu überprüfen und anzupassen.

Ich bin es sehr erfreut, dass auch die BKK den Antrag einstimmig unterstützt und wir bitten in diesem Sinne um Ihre Zustimmung.

Nicole Kuster-Simon (LDP): Vorliegend handelt es sich um den Staatsbeitrag an das Jüdische Museum in Höhe von insgesamt 560'000 Franken. Dies entspricht der Summe der letzten Staatsbeitragsperiode und ist gemäss Kreuztabelle unbestritten. Jedoch möchte ich im Namen der LDP ein paar Worte zur herausragenden Arbeit und Bedeutung des Museums anfügen.

Das Jüdische Museum ist einzigartig, offen für alle und erzählt und dokumentiert die Kulturgeschichte der Jüdinnen und Juden, was insbesondere im aktuellen Weltgeschehen von grosser Bedeutung ist. Das Jüdische Museum hat seine



Sichtbarkeit und Strahlkraft erhöht und wird neue Räumlichkeiten an der Vesalgasse 5 beziehen. Der Grosse Rat sprach für den Grundausbau und die neue Dauerausstellung bereits 2,8 Millionen Franken. Im neuen Museum wird das kulturelle Erbe einem noch grösseren Publikum sowie auch den Kindern und Jugendlichen noch besser zugänglich gemacht.

Nicht Teil dieses Staatsbeitrages sind die Gelder für die Sicherheit. Diese werden separat beurteilt, wobei sich die LDP seit jeher dafür einsetzt und weiterhin einsetzen wird.

Zusammengefasst darf ich Ihnen im Namen der LDP den Staatsbeitrag zur Zustimmung empfehlen.

Claudio Miozzari, Statthalter: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Auch die SVP-Fraktion bittet Sie, diesem Staatsbeitrag zuzustimmen, wie es auch die BKK einstimmig gemacht hat. Es wurde auch bereits erwähnt, dieses Jüdische Museum der Schweiz ist nicht nur, aber gerade in der jetzigen Zeit ein sehr wichtiges Haus, dient aus unserer Sicht auch zur Aufklärung über die Geschichte der Jüdinnen und Juden, nicht nur seit dem Zweiten Weltkrieg und nicht nur seit der Ankündigung der Gründung eines Judenstaates durch Theodor Herzl in Basel, sondern, wenn wir die Geschichte jüdischen Lebens auf der Welt uns anschauen, auch weit darüber hinaus. Und deshalb ist es ganz wichtig, dass dieses Museum auch vom Kanton entsprechende Staatsbeiträge bekommt und sich auch in diesem Bereich hier weiterhin etablieren kann als Haus der Geschichte des Judentums. Das ist, wenn wir aktuelle Verlautbarungen auch von jungen Menschen sehen, die sich gerne auch auf sozialen Medien leider sehr antisemitisch äussern, wichtiger denn je. Und hier kann das Jüdische Museum einen sehr wichtigen Beitrag leisten.

Wir rufen auch die Schulklassen unseres Kantons dazu auf, gehen Sie in dieses Jüdische Museum, es wäre auch schön, wenn die Regierung, der zuständige Departementvorsteher des ED auch darauf hinwirkt, auch vielleicht als Teil dieser Diskussion, wie wir mit Antisemitismus umgehen. Wir haben ja auch gehört, es gab an den Schulen diverse antisemitische Vorfälle in den vergangenen Wochen. Es wäre wichtig, dass der Besuch dieses Museums ein Schwerpunkt wird in der Schulbildung und dass man vielleicht in den nächsten Jahren eher einen Schulbesuch dort vorsieht als in einem anderen Museum. Denn es erscheint uns wichtig, dass die Geschichte des Judentums auch allen Schülerinnen und Schülern sehr bewusst und auch sehr transparent gemacht werden kann. Hier kann das Museum einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung leisten. Deshalb glauben wir, dass dieser Staatsbeitrag auch ganz generell sehr wichtig ist in diesem aktuellen Kontext.

Zur Sicherheit hat Regierungsrätin Stephanie Eymann, die ja heute »nur« in Vertretung dieses Geschäft vertritt, aber in diesem Punkt wahrscheinlich sogar die richtige Ansprechpartnerin ist, ebenfalls schon sehr viel gesagt. Wir haben ja vor vier Jahren entgegen dem Antrag des Regierungsrates den Staatsbeitrag erhöht. Das war ein Antrag der Bildungs- und Kulturkommission, um das Museum dort auch finanziell zu unterstützen, weil sie aufgrund der geänderten Sicherheitslage auch schon vor Jahren zusätzliche Kosten hatten für diesen externen Sicherheitsdienst, also für den Bereich, den wir nicht über das Budget des Kantons abbilden mit den eigenen Polizeieinsatzkräften.

Wir sind der Meinung, das war damals der richtige Entscheid. Wir wären sicher auch bereit dazu, wenn das Jüdische Museum hier in absehbarer Zeit wieder auf finanzielle Nöte stossen würde, den Staatsbeitrag noch einmal anzuschauen, wenn der ein eigene Anteil an diesen Sicherheitskosten auch noch einmal überproportional ansteigen würde. Das ist sehr wichtig und wird dann sicher auch ein Thema werden am neuen Standort an der Vesalgasse.

Wir freuen uns auf diesen Wechsel an den neuen Standort, weil es an der Kornhausgasse zumindest was die Eingangsmöglichkeit anbelangt nicht gerade sonderlich attraktiv ist. Ich glaube, das kann man an einem neuen Ort sicher viel besser gestalten, um dem Jüdischen Museum noch mehr Publizität und Zugänglichkeit zu verschaffen.

Insofern freuen wir uns sehr, dass dieser Staatsbeitrag unbestritten war und bitten Sie, ihm so wie er vorliegt, auch zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Statthalter: Für die Fraktion GAB hat Oliver Thommen das Wort.

Oliver Thommen (GAB): Den ausführlichen Worten meiner Vorrednerinnen und Vorrednern bleibt mir eigentlich nicht viel anzufügen. Sie haben die Bedeutung dieses Museums zur Genüge ausgeführt. Das GAB bittet Sie, dem Beschluss zuzustimmen und ich freue mich, Sie dann vielleicht auch mal in einer der ausgezeichneten Ausstellungen zu treffen.

Claudio Miozzari, Statthalter: Für die SP hat das Wort Sacha Mazzotti.



Sasha Mazzotti (SP): Einige Städte in der Schweiz haben ein Kunstmuseum oder ein Naturhistorisches Museum, aber mit dem Jüdischen Museum Schweiz beherbergen wir das einzige dieser Art in der Schweiz. Dass das Museum schweizweit einzigartig ist, zeigt sich wahrscheinlich auch, dass die Besuche von Schulen aus Basel-Stadt und aus der restlichen Schweiz im Verhältnis 50 zu 50 sind.

In dem Ratschlag lesen Sie über Ausstellungen, Veranstaltungen und die Arbeit bei der Vermittlung. Die Vizepräsidentin hat es ebenfalls erwähnt. Um mehr herauszufinden, was sie tun oder was da läuft, empfehle ich Ihnen die Webseite, denn es lohnt sich herauszufinden, was dort alles läuft. Und daraus werden Sie auch erkennen, wie engagiert die Leute rund um das Museum sind. Ich möchte an dieser Stelle der Museumsleitung und ihrem Team für die hervorragende engagierte Arbeit danken.

Das Museum ist notwendig, darin sind wir uns alle einig und unsere Beiträge von 140'000 Franken pro Jahr ebenfalls und nicht umstritten. Als Politikerin bekommt man einen kleinen Einblick in die Arbeit, die so ein Museum im Hintergrund leistet. Darum möchte ich hier kurz auf das Engagement der Menschen rund ums Museum eingehen. Sowohl für den Betrieb wie auch den Nebenbau, Regierungsrätin Stephanie Eymann hat es erwähnt, konnte und kann das jüdische Museum immer wieder Drittmittel generieren. Die Ausstellungen und Veranstaltungen greifen die unterschiedlichsten Themen und Aspekte auf, historisch und aktuell.

Ich danke meinen Kolleginnen und Kollegen für die Zustimmung zum Ratschlag und einen baldigen Besuch im Jüdischen Museum der Schweiz.

Claudio Miozzari, Statthalter: Es haben sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben. Regierungsrätin Stephanie Eymann und Kommissionsvizepräsidentin Catherine Alioth verzichten auf ein Votum. Eintreten wurde nicht bestritten. Rückweisung wurde nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 14 des Ausgabenberichts)

Titel und Ingress

Einzigster Absatz

Publikationsklausel

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002238, 06.12.23 10:47:20]

Der Grosse Rat beschliesst

Für das Jüdische Museum der Schweiz werden Ausgaben in Höhe von Fr. 560'000 (Fr. 140'000 p.a.) für die Jahre 2024 bis 2027 bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Statthalter: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 90 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei keinen Enthaltungen.

9. Umsetzung des Bundesgesetzes zur Behindertengleichstellung (BehiG) auf dem Tram- und Busnetz des Kantons Basel-Stadt, Bericht der UVEK

[06.12.23 10:47:37, 23.0740.02]



Claudio Miozzari, Statthalter: Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsident Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): In diesem Geschäft geht es im Wesentlichen um drei Sachen. Erstens um den Statusbericht per Ende 2021, von dem der Grosse Rat Kenntnis nehmen kann oder auch nicht. Zweitens um eine Ausgabenbewilligung von gut 5 Millionen Franken für den Zeitraum 2023 bis 2028. Das wird ein Beschluss sein, es geht also darum, zuzustimmen oder nicht zuzustimmen. Und dann drittens ein Vorschlag von der UVEK zum Berichterstattungsrythmus. Die UVEK beantragt, dass dieser in Zukunft zweijährig sein wird, und dass Zusammenlegungen von Haltestellen in einem separaten Schreiben vor den Grossen Rat kommt.

Das nationale Gesetz der Behindertengleichstellung ist seit 2004 in Kraft und sieht eine Frist Ende 2023 vor. In Bezug auf den öffentlichen Verkehr heisst diese Frist, dass dann ein autonomer Zugang zum öffentlichen Verkehr an allen Haltestellen entlang der vollen Länge der Haltestelle möglich sein muss. In Basel-Stadt kam 2012 ein erster Ratschlag und 2017 ein zweiter Ratschlag in den Grossen Rat. Darin wurden die Grundsätze des Vorgehens festgelegt, nämlich die Mittel über eine Rahmenausgabenbewilligung für die Bauprojekte sowie die vom Grossen Rat geforderte jährliche Berichterstattung.

Der dritte nun vorliegende Ratschlag sieht Mittel vor für die Gesamtkoordination, für die Planung und für die Projektierung. Da geht es um 5,3 Millionen Franken zusätzliche Ausgaben für die nächsten Jahre. Die Gelder für die eigentliche Umsetzung, also für die Bauprojekte, sind noch ausreichend vorhanden bis etwa 2026. Da müssen wir jetzt also nichts zusätzlich sprechen. Für die folgenden Mittel wird es einen zweiten Ratschlag geben in den nächsten Monaten.

Die UVEK hat sich mit diesem Geschäft von August bis Oktober beschäftigt. Ich danke an dieser Stelle für die Begleitung durch das Bau- und Verkehrsdepartement. Sie beantragt Kenntnisnahme zum Statusbericht sowie dem Ausgabenantrag des Regierungsrats zu folgen und sie ändert die Berichterstattung. Per Ende 2021 sieht es im Kanton Basel-Stadt folgendermassen aus: Von den bewilligten rund 30 Millionen Franken für den Umbau der Haltestellen sind rund 9,5 Millionen Franken ausgegeben worden. Rund 27 Prozent der Tram- und Kombi-Haltestellen sind so umgebaut worden, dass ein autonomer Ein- und Ausstieg möglich ist und bei den Bushaltestellen sind es per Ende 2021 15 Prozent. Die Prognose, die uns während der Beratung gegeben wurde, ist die folgende, dass bis Ende Jahr, also bis in ein paar Tagen, rund ein Drittel der Tram- und Kombi-Haltestellen so ausgestattet sein werden, dass ein autonomer Ein- und Ausstieg möglich ist und bei den Bushaltestellen erst rund ein Viertel. Es gibt dann als Alternative die Variante mit der Klapprampeam Fahrzeug ein- und auszusteigen. Das ist aber kein autonomer Ein- und Ausstieg, weil das Personal zur Hilfe kommen muss. Wenn man aber diese Variante dazu zählt, dann sind bei rund 80 Prozent der Tram- und bei rund 90 Prozent der Bushaltestellen ein Einstieg möglich.

Der Regierungsrat legte bereits 2018 den Fahrplan vor bis 2028. Auch gegenüber diesem Fahrplan sind wir im Rückstand. Gegenüber dem BehiG sind Sie ja sowieso in Rückstand, das wurde jetzt offensichtlich, aber auch gegenüber dem Fahrplan sind wir aktuell rund 20 bis 30 Prozent hinter den Zielen. Die UVEK ist unzufrieden mit dem aktuellen Stand. Sie findet die Behindertengleichstellung wichtig. Es ist vital. Mobilität muss für alle Personen zugänglich sein. Die Verzögerung ist aus Sicht der UVEK zwar nachvollziehbar. Es stehen aufwendige Bewilligungsprozesse dahinter. Zum Teil müssen hier auch Bundesbehörden im Rahmen von einem Plangenehmigungsverfahren ihr grünes Licht dazu geben. Trotzdem ist sie störend. Der Grundsatzentscheid damals, dass man die Projekte mit dem Erhaltungsbedarf abstimmt, ist zwar nachvollziehbar, ist im Grundsatz auch nicht falsch, rückblickend muss man sich aber schon die Frage stellen, ob es in jedem Fall wirklich gerechtfertigt war. Die UVEK unterstützt darum den Antrag des Regierungsrates auf zusätzliche Stellenprozente, um wenigstens diese Arbeiten, die in Kompetenz des Kantons sind, zu beschleunigen. Das sind also die Koordination, die Planung und vor allem auch die bauliche Umsetzung der Umgestaltungsprojekte.

Und um nochmals auf dieses Thema Erhaltungsplanung und BehiG zu kommen: Die UVEK stellt fest, dass im Rückblick wahrscheinlich gewisse vorgezogene Umbauten richtig gewesen wären, weil angesichts dieser langen Verzögerungen einzelner Projekte sich ein Vorziehen damals gelohnt hätte. Auch heute wäre das im Einzelfall angezeigt, die UVEK hätte bei einem solchen Vorgehen durch das BVD nichts dagegen. Die UVEK nimmt Kenntnis davon, dass das Ersatzangebot, das ja ab 1. Januar 2024 auch greifen muss, weil ab dann man ja das Recht hat, an jeder Haltestelle einsteigen zu können, durch das Bau- und Verkehrsdepartement aufgegleist wurde.

Soviel zum Statusbericht 2021. Insgesamt ist die UVEK sehr unzufrieden damit. In gewissen Teilen kann sie nachvollziehen, dass es zu diesen Verzögerungen gekommen ist und stützt voll die Mehrausgaben für diese Stellenprozente, um diese Beschleunigung doch noch im Rahmen der kantonalen Kompetenz machen zu können.

Ein zweites Thema, das die UVEK sehr intensiv diskutiert hatte, ist das Thema BehiG und Velo. Die UVEK ist bereits in ihrem Bericht zur Hardstrasse 2020 darauf eingegangen sowie dann auch bei der Trambeschaffung in diesem Jahr. Dort wurden dann ja auch neue Kriterien für Velomassnahmen vom Grossen Rat so zur Kenntnis genommen und verabschiedet. Der Umgang mit den neuen Kriterien wird in unserem Bericht in Kapitel 2.2 detailliert ausgeführt. Die UVEK möchte dem BVD danken für diese Arbeitsgruppe, die eingesetzt werden wird. Damit sollen neue Kriterien auf alle Projekte bis und mit Vorprojekt angewendet werden. Die neuen Kriterien sollen bei Projekten vor dem Plangenehmigungsverfahren ebenfalls



angewendet werden, ausser der Aufwand zum Ertrag ist unangemessen. Und bei bestehenden Haltestellen gibt die UVEK als Anregung mit, dass man über eine Optimierung nachdenken soll, wie der Grosse Rat das mit einem Anzug zum Beispiel beim Wiesenplatz gemacht hat.

Ein weiteres Thema ist Tempo 30 bei Kaphaltestellen mit Veloverkehr. Dazu verweise ich auf das Kapitel 2.3 die Uhrwerk ist insgesamt positiv gegenüber Tempo 30 als ergänzende Massnahme zu anderen Massnahmen, die an Kaphaltestellen mit Veloverkehr umzusetzen sind, also zum Beispiel Schiebetritte usw.

Dann noch zum velofreundlichen Gleis: Dieses Projekt ist ja bekanntlich ins Stocken geraten. Die Qualität der Gummifüllung ist ungenügend. Die UVEK begrüsst, dass nun ein neuer Prüfstand für realitätsnähere Versuche zur Verfügung steht. Die Option von kürzeren Gummifüllungen soll geprüft werden am Sevogelplatz, auch das nimmt die UVEK zur Kenntnis. Sie zieht ein vorläufiges Fazit: der Ausgang mit diesem velofreundlichen Gleis ist ungewiss und die UVEK hat sich vorgenommen, von sich aus dem Thema auch nachzugehen.

Nun noch zum letzten Punkt des Berichterstattungsrythmus: Die UVEK ist der Ansicht, dass hier ein zweijähriger Rhythmus reicht, und falls Haltestellen zusammengelegt werden sollen, dann würden wir das in einem separaten Schreiben erhalten und auch die entsprechende Debatte wäre dann möglich.

Die UVEK empfiehlt Ihnen mit 12 zu 0 Stimmen die Annahme des Berichtsentwurfs.

Claudio Miozzari, Statthalter: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ich bedanke mich für die Kommissionsarbeit und die Beschäftigung mit dem Geschäft und den Austausch dazu. Wir haben es vom Präsidenten gehört, es geht um den Statusbericht BehiG und um die Planungsmittel 2023 bis 2028 in der Höhe von 5,3 Millionen Franken.

Es ist dem Regierungsrat wichtig, nochmals zu betonen, dass auch wir bedauern, dass der Ausbau der BehiG-konformen Haltestellen nicht bereits weiter vorangeschritten ist. Die Faktoren, die dazu beigetragen haben, möchte ich nicht wiederholen, wir haben einiges schon vom Präsidenten der UVEK dazugehört. So viel sei jedoch noch gesagt, es ist dem Regierungsrat ein grosses Anliegen, mit diesem Ausbau weiter voranzukommen. Deshalb beantragen wir auch weitere personelle Ressourcen für die Gesamtkoordination, die Planung und die Projektierung. Selbstverständlich werden wir auch Ersatzmassnahmen an nicht zugänglichen Haltestellen anbieten. Basel-Stadt ist Teil des national koordinierten Projekts.

Vielen Dank an dieser Stelle der Kommission für die einstimmige Unterstützung. Der Regierungsrat würde sich über die Zustimmung heute auch von Seiten des Parlaments freuen.

Claudio Miozzari, Statthalter: Erster Fraktionssprecher für die SP ist Georg Mattmüller.

Georg Mattmüller (SP): In Anbetracht der Unbestrittenheit halte ich mich kurz und wiederhole auch keine Informationen, die seitens Kommission oder Regierung schon gesagt wurden. Ich möchte einfach noch auf drei Punkte hinweisen. Auch in Vertretung letztlich von Menschen mit einer Behinderung kann ich das Bedauern der Regierung und die Unzufriedenheit der UVEK auch noch ergänzen mit einer gewissen Verärgerung und einem Unverständnis dafür, weshalb diese 20 Jahre nicht gereicht haben.

Zu den Begründungen, warum man jetzt im Rückstand ist: Die fünf oder sechs Jahre, die wir jetzt anhängen haben wir am Anfang verschlafen. Das ist etwas, was ich einfach hier nochmals deponieren muss und was auch zu einer Verärgerung oder zu einem Unverständnis führen kann seitens der Betroffenen.

Am Samstag hat in diesem Haus das erste kantonale Basler Behindertenparlament stattgefunden. Ergebnis dieses Parlaments war eine Resolution und ein wichtiger Punkt dieser Resolution war eben die schnelle Umsetzung des BehiG-Haltestellen für Bus und Tram. Das ist ein zentrales Anliegen für Menschen mit Behinderung. Insofern begrüsse ich die Beschleunigung im Verfahren.

Und als Letztes möchte ich einen Appell an den Grossen Rat richten. Auch wir haben es in der Hand, sei es in der Kommission oder im Parlament, die Verfahren, die eh schon viel zu lange dauern, noch zu verschleppen. Ich bitte wirklich darum, dass man sich Mühe gibt, nicht mit 1000 Queranträgen diese einzelnen noch kommenden Ratschläge und Vorhaben in die Länge zu ziehen.

In diesem Sinne und mit dieser Bitte möchte ich schliessen und bitte um Zustimmung der Beschlussvorlage.



Claudio Miozzari, Statthalter: Es sind keine weiteren Voten eingetragen. Damit ginge das Wort nochmals an die Vertreterin des Regierungsrats und den Vertreter der Kommission. Sie verzichten. Eintreten wurde nicht bestritten. Rückweisung wurde nicht beantragt.

Detailberatung

des Grossratsbeschlusses (Seite 7 des Berichts)

Titel und Ingress

1. Bewilligung Gesamtbetrag

Allinea 1

Allinea 2

2. Stand Umsetzung Bundesgesetz

3. Berichterstattung an Grosser Rat

4. Information geplante Haltestellenzusammenlegung

Publikations- und Referendums Klausel

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002240, 06.12.23 11:03:18]

Der Grosse Rat beschliesst

1. Es wird ein Gesamtbetrag von Fr. 5'345'000 für die Gesamtkoordination, Planung und Projektierung für die Jahre 2023 bis 2028 für einen hindernisfreien öffentlichen Tram- und Busverkehr nach Vorgaben des Behindertengleichstellungsgesetzes des Bundes (BehiG) bewilligt. Diese Ausgaben teilen sich wie folgt auf:

- Fr. 4'845'000 als Ausgabenbewilligung für die Gesamtkoordination und Planung von Massnahmen zur Umsetzung des BehiG zu Lasten der Erfolgsrechnung des BVD

- Fr. 500'000 als Erhöhung der Ausgabenbewilligung für die Projektierung von Massnahmen zur Umsetzung des BehiG von Fr. 2'310'000 auf Fr. 2'810'000 zu Lasten der Investitionsrechnung des BVD, Investitionsbereich 2 «Öffentlicher Verkehr»

2. Der Grosse Rat nimmt den Bericht zum Stand der Umsetzung des Bundesgesetzes zur Behindertengleichstellung (BehiG) auf dem Tram- und Busnetz des Kantons Basel-Stadt per Ende 2021 zur Kenntnis.

3. Der Regierungsrat erstattet dem Grossen Rat künftig alle zwei Jahre Bericht über den Stand der Umsetzung der Anforderungen des BehiG auf dem Tram- und Busnetz des Kantons Basel-Stadt.

4. Der Regierungsrat informiert den Grossen Rat künftig in separaten Schreiben über geplante Haltestellenzusammenlegungen, die über die Rahmenausgabenbewilligung BehiG finanziert werden.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Statthalter: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 87 Ja-Stimmen ohne Nein-Stimmen und ohne Enthaltungen.



11. «Areal Zur Eiche»; Zonenänderung, Festsetzung eines Bebauungsplans, Änderung Lärmempfindlichkeitsstufenplan, Änderung Wohnanteilplan sowie neue Bau- und Strassenlinien und neue Baugrenzen im Bereich Innerer Egliseeweg, Riehenstrasse, Säckingerstrasse, Laufenburgerstrasse, Ratschlag des RR

[06.12.23 11:03:33, 23.0506.01]

Claudio Miozzari, Statthalter: Die Bau- und Raumplanungskommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidenten Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Die Siedlung zu Eiche wurde 1943/44 von den Architekten Brandenberger und Gürtler für die gleichnamige Genossenschaft entworfen und erbaut. Sie besteht aus zweigeschossigen Reiheneinfamilienhäusern unterschiedlicher Länge sowie einem zentralen Gebäude für einen Kindergarten mit Wohnungen im Obergeschoss. Die Häuser wurden gemäss den damaligen Subventionsvorschriften einfach und effizient gestaltet. Die ursprünglich für den Kindergarten vorgesehenen Räumlichkeiten werden mittlerweile ebenfalls als Wohnraum genutzt. Die Siedlung umfasst heute 38 zweigeschossige Reiheneinfamilienhäuser und fünf Geschosswohnungen im zentralen Bau. Seit ihrer Errichtung hat die Überbauung keine wesentlichen baulichen Veränderungen oder grundlegenden Sanierungen erfahren.

Die 3 1/2- und 4 1/2-Zimmer-Reihenhäuser sowie die Wohnungen sind nach heutigen Standards eher eng geschnitten. Insbesondere der zentrale Bau mit den Geschosswohnungen am inneren Egliseeweg 102 erfordert dringend eine grundlegende Erneuerung. Die Wohngenossenschaft zur Eiche plant daher, den zentralen Bau mit den Geschosswohnungen kurzfristig durch einen Neubau mit grösserem Volumen und barrierefrei erschlossenen Wohnungen zu ersetzen. Dadurch möchte die Genossenschaft ihr Wohnangebot für ältere Bewohnerinnen und Bewohner erweitern und gleichzeitig zur inneren Verdichtung beitragen. Die bestehenden Reiheneinfamilienhäuser in der Siedlung sollen jungen Familien zur Verfügung gestellt werden, ohne dass die älteren Genossenschafter und Genossenschafterinnen ihr gewohntes soziales Umfeld verlassen müssen.

Die vor Ort gültige Zone 2 erlaubt zwar in Verbindung mit den bestehenden Baulinien eine theoretisch deutlich höhere Dichte. Eine sinnvolle für die Genossenschaft praktikable und zum Charakter des Gebiets passende Anordnung neuer Gebäude ist aber nicht möglich. Die Wohngenossenschaft zur Eiche reichte deshalb im Oktober 2020 ein generelles Baubehören ein, um Optionen für einen ökonomisch tragfähigen, tieferen und höheren Ersatzneubau des zentralen Gebäudes Egliseeweg 102 zu prüfen. Konflikte mit dem Baumschutz und der zulässigen Geschosshöhe führten zu keiner Lösung aufgrund des geringen Abstands zur schutzwürdigen Eiche, was einen effizienten barrierefreien Neubau mit Lift verhinderte.

Die Wohngenossenschaft plant nun, Alterswohnungen durch einen Bebauungsplan zu ermöglichen, der eine höhere Bebauung und Verschiebung der Strassenlinie vorsieht. Der Bebauungsplan soll nicht nur den anstehenden Ersatzneubau, sondern auch die langfristige Erneuerung der bestehenden Reiheneinfamilienhäuser berücksichtigen und eine gute städteräumliche Einbettung gewährleisten. Der Plan bietet auch die Gelegenheit, veraltete Baulinien von 1945 zu bereinigen, die nicht mehr zur offenen durchgrünten Bebauung passen.

Ein Studienauftrag des Ateliers Atlas Architektur untersucht die Integration von Alterswohnungen in die bestehende Siedlungsstruktur unter Berücksichtigung der langfristigen Entwicklung. Der städtebauliche Entwurf sieht einen solitären Ersatzneubau als Zentralbau der Siedlung vor, der als Zentrum fungiert. Die Rückfassade bleibt im Westen, um die namensgebende Eiche zu schonen. Als langfristige Option orientiert sich der Entwurf an der bestehenden Zeilenstruktur für eine möglich etappierte Erneuerung. Insgesamt würde die Umsetzung des Studienauftrags eine Zunahme der Bruttogeschossfläche von knapp 5'000 m² auf rund 8'000 m² ermöglichen, während der Freiflächenanteil der Parzelle mit 63 Prozent über dem gesetzlich geforderten Anteil von 50 Prozent bleiben würde.

Die Stadtbildkommission hat den städtebaulichen Entwurf im Rahmen des Studienauftrags begutachtet und stimmt dem gewählten Ansatz zu. Besonders positiv hervorgehoben werden die Fortführung des zeilentypischen Baukonzepts und die Gestaltung des viergeschossigen Ersatzneubaus als Siedlungsmitte. Dieser respektiert nicht nur den Wurzelraum der prägenden Eiche, sondern wendet sich auch mit dem Gemeinschaftsraum dem vorgelagerten Platz zu. Die Gesamtwirkung wird als gelungen betrachtet. Für mögliche Ersatzneubauten in den bestehenden Zeilen wird betont, dass eine gute Gesamtwirkung durch ein Varianzverfahren sichergestellt werden sollte, was im Bebauungsplan berücksichtigt werden soll. Die Siedlung zur Eiche ist im Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz von nationaler Bedeutung. Die Siedlung ist jedoch nicht im Inventar schutzwürdiger Bauten aufgeführt.

Der geplante Ersatzneubau wird als verbesserte Lösung betrachtet, um den erforderlichen barrierefreien Wohnraum zu schaffen, während die offene Bauweise der Siedlung beibehalten wird. Die moderate Weiterentwicklung der Siedlung wird als sinnvoll erachtet, um den Bedarf an Wohnraum gerecht zu werden und die Zersiedelung zu begrenzen. Der Bebauungsplan



ermöglicht zusätzlichen Wohnraum im Agglomerationskern Basel und trägt somit zur Begrenzung der Zersiedlung und zur Eindämmung des CO₂-Ausstosses bei. In ökologischer Hinsicht wird darauf hingewiesen, dass das Areal keine schützenswerten Naturobjekte tangiert und die gesetzlichen Vorgaben für Freiflächen und Grünflächen nicht beeinträchtigt werden. Der Baumschutz wird als massgeblicher Grund für den Bebauungsplan genannt, um die für die Siedlung namensgebende Eiche zu erhalten. Der Plan bietet Spielräume, um die zulässige Ausnützung in die Höhe zu verteilen und grössere Freiflächen bei einer baulichen Nachverdichtung beizubehalten.

Der vorliegende Bebauungsplan gewährleistet, dass über die Restriktionen der Stadt- und Dorfbildschonzone hinaus eine moderate Verdichtung und Erneuerung der Siedlung möglich wird, er setzt dafür aber Rahmenbedingungen, die eine sorgfältige Lösung mit guter städtebaulicher architektonischer und freiraumplanerischer ist Gesamtwirkung sowie die Beachtung des bestehenden Siedlungscharakters erfordern.

Gegen das Vorhaben sind keine Einsprachen eingegangen. Das Projekt stiess in der BRK-Beratung auf grosse Akzeptanz. Einzelne Fragen betrafen die Einwohnerzahl auf dem Areal, welche sich mittelfristig verdoppeln könnte und die damit verbundene Infrastruktur. Die rund zusätzlich 50 Personen seien gemäss Ämterkonsultation jedoch nicht kritisch für die bestehende Infrastruktur. Eine weitere Frage betraf das gewählte Verfahren über einen Studienauftrag und nicht mittels eines Varianzverfahrens. Insbesondere aber wenn die Siedlung erweitert würde, würde man auf ein Varianzverfahren nach SIA setzen. Insgesamt wird der Bebauungsplan als geeignet erachtet, um eine qualitätsvolle und moderate Weiterentwicklung der Siedlung zur Eiche zu ermöglichen, wobei die städtebaulichen, ökologischen und sozialen Aspekte angemessen berücksichtigt werden.

Die BRK genehmigte den Ratschlag Areal zur Eiche einstimmig mit 12 Stimmen und empfiehlt dem Grossen Rat ebenfalls dessen Genehmigung

Claudio Miozzari, Statthalter: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Mit den vorliegenden Nutzungsplanmassnahmen möchte der Regierungsrat der Wohngenossenschaft zur Eiche die kurz- und langfristige Weiterentwicklung ihrer Siedlung ermöglichen. Die 1944 errichtete Siedlung hat sehr beengt geschnittene Wohnungen und es besteht ein dringender Sanierungs- und Erneuerungsbedarf. Die bisher gültige Zone für zweigeschossige Bauten verfügt zwar noch über Ausbaureserven, eine sinnvolle, für die Genossenschaft praktikable Anordnung neuer Gebäude ist aber nicht möglich.

Die neu vorgeschlagene Stadt- und Dorfbildschonzone mit Bebauungsplan erlaubt den gewünschten viergeschossigen Neubau mit altersgerechten Wohnungen. Damit wird mehr Wohnraum geschaffen, ohne den grünen Charakter des Areals zu beeinträchtigen. Durch die neuen Alterswohnungen werden die Reihenhäuser, die zur Siedlung gehören, wieder für Familien frei.

Auf Grundlage eines qualitätssichernden Wettbewerbs oder Studienauftrags ist auch eine langfristige Verdichtung der übrigen Siedlung möglich. In der öffentlichen Planaufgabe sind keine Einsprachen eingegangen. Insgesamt schätzen wir die Weiterentwicklung als eine Chance für Basel ein. Der Regierungsrat beantragt daher, die Vorlage anzunehmen.

Claudio Miozzari, Statthalter: Es wurden keine Fraktionen oder Einzelvoten registriert. Regierungsrätin und Kommissionspräsident verzichten auf ein zweites Votum. Eintreten wurde nicht bestritten. Rückweisung wurde nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses

Titel und Ingress

I Zonenänderung

II. Festsetzung eines Bebauungsplans

1.

2.

Lit a – d

III. Änderung Lärmempfindlichkeitsstufenplan

IV. Änderung Wohnanteilplan

V. Bau- und Strassenlinien, Baugrenzen



VI. Publikation

Rechtsmittelbelehrung

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002242, 06.12.23 11:15:30]

Der Grosse Rat beschliesst

I. Zonenänderung

Der Zonenänderungsplan Nr. 14'400 von Städtebau & Architektur vom 07.11.2022 wird verbindlich erklärt.

II. Festsetzung eines Bebauungsplans

1. Der Bebauungsplan Nr. 14'397 von Städtebau & Architektur vom 07.11.2022 wird verbindlich erklärt.

2. Der Bebauungsplan beinhaltet folgende Vorschriften:

- a. Bei guter städtebaulicher, architektonischer und freiraumplanerischer Gesamtwirkung und unter Beachtung des bestehenden Siedlungscharakters kann die Bewilligungsbehörde über den bestehenden Baukubus gemäss Stadt- und Dorfbild Schonzone hinausgehende bauliche Massnahmen zulassen.
- b. Dabei sind Baukörper bis maximal 4 Vollgeschosse und ein Dachgeschoss, sowie Wandhöhen bis 12 m und Gebäudehöhen bis 17 m zulässig. Die maximal zulässige bauliche Ausnutzung bestimmt sich nur aus der Ausnutzungsziffer und darf den Wert von 1.1 nicht überschreiten.
- c. Zum Nachweis der guten Gesamtwirkung kann die zuständige Stelle ein qualitätssicherndes Varianzverfahren verlangen.
- d. Die Zielwerte des SIA-Effizienzpfads Energie sind einzuhalten. Strengere kantonale Vorgaben gehen diesen Zielwerten vor.

III. Änderung Lärmempfindlichkeitsstufenplan

Der Plan Neue Lärmempfindlichkeitsstufen Nr. 14'404 von Städtebau & Architektur vom 07.11.2022 wird verbindlich erklärt.

IV. Änderung Wohnanteilplan

Der Plan Neuer Wohnanteil Nr. 14'402 von Städtebau & Architektur vom 07.11.2022 wird verbindlich erklärt.

1 SG 730.100.

V. Bau- und Strassenlinien, Baugrenzen

Der Linienplan Nr. 14'398 von Städtebau & Architektur vom 07.11.2022 wird verbindlich erklärt.

VI. Publikation

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum und tritt am fünften Tag nach der Publikation des unbenutzten Ablaufs der Referendumsfrist oder im Falle einer Volksabstimmung am fünften Tag nach Publikation der Annahme durch die Stimmberechtigten in Kraft.

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen diesen Beschluss kann Rekurs beim Verwaltungsgericht erhoben werden. Neue Einwände sind ausgeschlossen, wenn sie bereits im Einspracheverfahren hätten vorgebracht werden können.

Der Rekurs ist innerhalb von zehn Tagen nach der Zustellung dieses Beschlusses beim Verwaltungsgericht anzumelden. Innerhalb von 30 Tagen, vom gleichen Zeitpunkt an gerechnet, ist die Rekursbegründung einzureichen, welche die Anträge der Rekurrentin oder des Rekurrenten und deren Begründung mit Angabe der Beweismittel zu enthalten hat.

Bei völliger oder teilweiser Abweisung des Rekurses können die amtlichen Kosten, bestehend aus einer Spruchgebühr sowie den Auslagen für Gutachten, Augenscheine, Beweiserhebung und andere besondere Vorkehren, der Rekurrentin oder dem Rekurrenten ganz oder teilweise auferlegt werden.



Claudio Miozzari, Statthalter: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 90 Ja-Stimmen ohne Nein-Stimmen und ohne Enthaltungen.

13. Motion 1 Pascal Pfister und Konsorten betreffend Freiwilligen-Projekte gegen Einsamkeit unterstützen

[06.12.23 11:15:45, 23.5542.01]

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend auf die Motion einzutreten und diese dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu überweisen.

14. Motion 2 Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend ganzheitliche Sexualaufklärung im Kanton Basel-Stadt

[06.12.23 11:16:14, 23.5543.01]

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Sie wird bestritten von Adrian Iselin.

Adrian Iselin (LDP): Ich spreche im Namen der LDP- und der SVP-Fraktion.

Selbstverständlich teile ich, wie auch die LDP- und die SVP-Fraktion, die Meinung, dass alle Schülerinnen im Kanton Basel-Stadt ein Recht auf eine ganzheitliche und altersgerechte Sexualaufklärung haben. Das ist auch der Grund, der mich bewogen hatte, diese Motion mit zu unterzeichnen. Die LDP-Fraktion ist aber aus zwei Gründen zum Schluss gekommen, dass die Motion nicht die richtigen Mittel zur Erreichung dieses Zieles vorschlägt. Wir sind insbesondere gegen die Forderung, dass die Sexualaufklärung an externe Stellen delegiert werden soll. Die Motion möchte, dass Lehrpersonen, denen Sexualaufklärung unangenehm ist, diese einfach an externe Stellen delegieren können. Dies soll kostenlos geschehen. Das heisst, die Lehrperson muss nichts bezahlen, aber der Steuerzahler doppelt, nämlich den Lohn der Lehrperson und die externe Stelle. Es kann in diesem und in anderen Bereichen nicht sein, dass wir, beziehungsweise sogar die Lehrperson, nach freiem Ermessen den Unterricht an externe delegieren.

Wir sind ferner der Meinung, dass die Sexualaufklärung in erster Linie Aufgabe der Lehrpersonen ist. Lehrpersonen sind in der Regel am besten in der Lage, die Bedürfnisse und Interessen ihrer Schülerinnen zu verstehen und auf diese einzugehen. Sie sind auch in der Lage, die Sexualaufklärung auf die Bedürfnisse des jeweiligen Schulkontextes abzustimmen. Wir sind uns bewusst, dass die Sexualaufklärung für alle Lehrpersonen eine Herausforderung darstellt. Es ist deshalb wichtig, dass der veraltete Leitfaden Lernziel sexuelle Gesundheit so rasch wie möglich überarbeitet wird.

In diesem Sinne bitten sie die LDP- und die SVP-Fraktion, die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Statthalter: Es liegt eine Zwischenfrage vor von Oliver Bolliger. Nehmen Sie sie an? Sie wird nicht angenommen. Nächste Einzelsprecherin ist Alexandra Dill.

Alexandra Dill (SP): Diese Motion ist enorm wichtig und sie ist sehr notwendig, wenn wir die Ergebnisse des Jugendgesundheitsberichtes anschauen. Diese Ergebnisse lassen darauf schliessen, dass Schülerinnen relevante Informationen wie der Schutz vor sexuell übertragbaren Krankheiten einfach fehlen und das ist nicht ihre Schuld. Es ist die Aufgabe der Gesellschaft und des Lehrplans, die heranwachsenden Generationen zu befähigen, sich selbst und andere zu



schützen. Dies ist auch in den Standards der WHO Europe definiert. Es fehlen aber entscheidende Grundlagen, diese Aufgabe flächendeckend und fundiert zu erfüllen. Und darum eben braucht es diese Motion.

Eine ganzheitliche Sexualaufklärung ist aber nicht nur zu Prävention vor Krankheiten und ungewollten Schwangerschaften essentiell. Sie ist fundamental für die Entfaltung der Jugendlichen, und natürlich nicht nur der Jugendlichen, sondern auch aller anderen Altersgruppen. Verantwortungsbewusst, offen und selbstbestimmt Erfahrung zu sammeln und gesunde Zugänge zur Sexualität zu finden, ist wesentlich für die psychosexuelle Entwicklung.

Und enorm am Herzen liegt mir auch die Prävention sexualisierter Gewalt, die mit einer ganzheitlichen Sexualaufklärung einhergeht. Da sexualisierte Gewalt oft schleichend und im Privaten passiert, ist es eben extrem wichtig, dass an den Schulen aufgeklärt wird. Wissen schützt ganz wesentlich. Und im Privaten kann dieses Wissen gezielt zurückgehalten werden, was wiederum Täter:innen schützt. Auch was Konsens heisst, wie individuelle Grenzen erspürt, kommuniziert und respektiert werden, gehört zur ganzheitlichen Sexualaufklärung. Dass Sex nur Sex ist, wenn alle Involvierten zustimmen, dass Sex vielfältig ist und eine Lebensfreude spendende Ressource, dass Sexualität kein Tabu ist, sondern etwas Grundlegendes wie Essen und Trinken, auch da werden Schülerinnen und Schüler fachkundig über die Gesundheitsaspekte unterrichtet.

Es braucht einen guten und dem aktuellen Stand der Erkenntnisse angepassten Leitfaden für die Lehrpersonen, Weiterbildungen und Angebote, Fachpersonen in den Unterricht einzubeziehen, damit diese für die psychische und physische Grundlage allen Schüler:innen im Kanton zugänglich gemacht wird. Ich danke darum meiner Fraktionskollegin Jessica Brandenburger sehr für diese wichtige Motion und darf im Namen der SP-Fraktion um Überweisung bitten.

Claudio Miozzari, Statthalter: Es liegt eine Zwischenfrage vor von Raoul Furlano. Möchten Sie sie annehmen? Nein.

Damit kommen wir zur nächsten Sprecherin Fleur Weibel.

Fleur Weibel (GAB): Eine ganzheitliche Sexualaufklärung ist von öffentlichem Interesse und ein Muss für die Gesundheit der heranwachsenden Generationen. Sexualaufklärung ist nicht nur wichtig für die Prävention von sexuell übertragbaren Infektionen und für die Vermeidung ungewollter Schwangerschaften, sie ist auch wichtig für die Prävention von sexualisierter Gewalt, was aus meiner Sicht ein ganz zentraler Punkt ist, der manchmal etwas in Vergessenheit gerät.

Eine ganzheitliche Sexualaufklärung informiert und stärkt die individuelle Entfaltung der einzelnen Individuen und trägt dazu bei, dass sie verantwortungsbewusste und selbstbestimmte Erfahrungen sammeln können. Dies leistet einen wesentlichen Beitrag zu ihrer psychosexuellen Entwicklung und einer stabilen psychischen Gesundheit.

Grundsätzlich ist der Auftrag für eine systematische und altersgemässe Bildung zum Thema Sexualität im Lehrplan 21 verankert. Allerdings zeigt der Jugendgesundheitsbericht 2022 des Gesundheitsdepartements auf, dass im Kanton Basel-Stadt über 10 Prozent der Schülerinnen keine Sexualaufklärung erhalten, dies, obwohl die sexuelle Bildung obligatorischer Bestandteil des Unterrichts ist. Hinzu kommt, dass bei einem beträchtlichen Teil der Schüler:innen teilweise falsches Wissen im Bereich sexuelle Gesundheit existiert. So denkt ein Viertel der Befragten zum Beispiel, dass es eine Impfung gegen HIV gibt, was doch ziemlich erstaunlich ist. Die Ergebnisse des Gesundheitsberichts lassen jedenfalls darauf schliessen, dass eine adäquate Sexualaufklärung in den Basler Schulen offenbar nicht flächendeckend sichergestellt ist, obwohl im Lehrplan so vorgesehen.

Aufgrund dieser unzureichenden Situation verlangt die Motion klare Vorgaben zur Umsetzung einer qualitativen und altersgerechten Sexualaufklärung an den Basler Schulen. Lehrpersonen müssen die Möglichkeit haben, sich zum Thema sexuelle Gesundheit weiterzubilden oder sie müssen die Möglichkeit haben, dieses Unterrichtsthema an externe Stellen mit Expertise zu delegieren. Ich persönlich finde diese zweite Variante der Sexualaufklärung durch externe Fachpersonen dabei sehr viel besser und adäquater und kann aus meiner eigenen Erfahrung sagen, dass ich damals im Schulunterricht sehr viel mehr von der Beratung durch eine Person von der Aidshilfe beider Basel mitgenommen habe als durch den Biologieunterricht meines Biolehrers.

Die Möglichkeit, externe Kursangebote zu sexueller Gesundheit von professionellen Fachstellen zu buchen, existiert bereits heute und die Kursangebote sind bei den Lehrpersonen auch sehr beliebt. Allerdings gibt es zu wenig Subventionierung dieser Kurse, sodass die Angebote relativ schnell ausgebucht sind und ausserdem stehen sie fakultativ in einer langen Liste von anderen Kursen zu allen möglichen Themen. Deshalb ist der Zugang zu einer ganzheitlichen Sexualaufklärung an den Basler Schulen aktuell weiterhin unsystematisch, abhängig von den Prioritäten und dem Wissen der Lehrpersonen und bezüglich den externen Angeboten limitiert. Und das möchten wir gerne ändern.

Ich danke deshalb Jessica-Brandenburger für die vorliegende Motion und bitte Sie im Namen der Fraktion GAB, diese zu überweisen.



Claudio Miozzari, Statthalter: Es haben sich keine weiteren Sprechenden eingetragen. Damit geht das Wort an die Motionärin Jessica Brandenburger.

Jessica Brandenburger (SP): Vielen Dank für die angeregte Diskussion. Ich möchte Ihnen kurz den Entstehungsprozess dieser Motion schildern, damit Sie verstehen, wieso ich genau diese Motion zum genau jetzigen Zeitpunkt eingereicht habe. Stellen Sie sich die Motion wie eine mehrstöckige Torte vor. Den ersten Stock, das Fundament, also das, was halten muss, habe ich vor über einem Jahr gebacken. Ich habe im September 2022 eine schriftliche Anfrage eingereicht, in der ich wissen wollte, wie es um die Thematik der sexuellen Aufklärung an unseren Schulen steht. Im Kanton Basel-Stadt bildet er Leitfaden Lernziel sexuelle Gesundheit eine zusätzliche Grundlage für die schulische Sexualaufklärung. Diese Handreichung soll Lehr- und Fachpersonen eine Sicherheit geben, wie und welche Inhalte sie vermitteln können. Weil der aktuelle Leitfaden sehr veraltet ist, hat der Regierungsrat in der Beantwortung meiner schriftlichen Anfrage versprochen, dass im Frühling 2023 eine überarbeitete Handreichung erscheinen soll. Jetzt haben wir Dezember 2023 und erschienen ist immer noch nichts. Das nervt mich ein bisschen. Es geht mir nicht darum, mit dem Finger auf jemandem zu zeigen oder die Arbeit eines Departements schlechter darzustellen, als sie ist. Aber wenn der Regierungsrat sagt, etwas werde bis im Frühling überarbeitet und dann liegt neun Monate später immer noch nichts vor, dann fühle ich mich als Parlamentarierin nicht ernstgenommen. Ich möchte mich darauf verlassen können, dass das, was der Regierungsrat sagt, auch tatsächlich so umgesetzt wird.

Der zweite Stock der Torte, etwas kleiner, war die Lektüre des Jugendgesundheitsberichts 2022 Fleur Weibel hat es erwähnt. Es ist wirklich erschreckend, wie viele Jugendliche in unserem Kanton denken, dass sie gut aufgeklärt sind, über 90 Prozent, und wie viele dann in den Sachfragen keine Ahnung haben, über die Hälfte. Ja man kann sagen, es bestehen Wissenslücken und man kann sich die Frage stellen, wer diese Wissenslücken füllen sollte. Sexualaufklärung beginnt in der Regel im Elternhaus. Je nach Kulturkreis, Familienkonstellation und Bildungshintergrund haben jedoch nicht alle Jugendlichen die gleiche Chance, in der Familie eine offene und wertfreie Sexualaufklärung zu erhalten. Aus diesem Grund ist ein stufengerechter, wertneutraler Sexualkundeunterricht Teil des allgemeinen Bildungsauftrages der Schule und ist fest im Lehrplan verankert. Im Jugendgesundheitsbericht ist dann auch zu lesen, dass die Schule bei den meisten Jugendlichen als Wissensvermittler Nummer 1 gesehen wird, die eine wichtige Funktion hat. Die Eltern kommen nach dem Internet erst auf Rang 3.

Tortenstück Nummer 3 waren dann diverse Medienberichte darüber, dass in der Schweiz die Infektionen mit sexuell übertragbaren Krankheiten rasant zunehmen. Das ist eine Entwicklung, die nicht nur auf persönlicher Ebene für jede erkrankte Person nicht cool ist, sondern auch für uns alle, denn wir alle Zahlen mit unseren Krankenkassenprämien die Gesundheitskosten. Und es ist eigentlich ganz einfach, je mehr Leute krank werden, desto teurer wird es. Die Aidshilfe Schweiz und Fachärztinnen und Fachärzte haben denn auch sehr viele Interviews dazu gegeben und gesagt, wie es ihrer Meinung nach aussehen soll, dass diese Zahlen wieder sinken. Sie haben zwei wichtige Punkte genannt. Das eine ist der Zugang zu Tests, die sollen im Idealfall gratis oder sehr günstig sein. Da haben wir schon eine Motion von Annina von Falkenstein und Michael Hug überwiesen. Und der zweite Stein sind eben Investitionen in Bildung und Prävention.

Darum finde ich es schon komisch, dass gerade die LDP gegen diese Motion ist, denn den ersten Teil, den ersten Baustein haben Sie unterstützt. Der hat auch Geld gekostet, das ist auch nicht gratis. Dass Sie jetzt bei der Bildung und Prävention nicht dabei sind, kann ich nicht verstehen.

Fassen wir zusammen: Wir haben auf der einen Seite nicht besonders gut aufgeklärte Jugendliche, auf der anderen Seite steigende Fallzahlen und eine nicht überarbeitete Handreichung für die Lehrpersonen. Das alles führt mich dazu, dass ich diese Motion sinnvoll finde, dass ich finde, dass sie genau diese Punkte angeht und darum danke ich Ihnen für die Überweisung. Jede Torte braucht eine Kirsche, und die Kirsche wäre natürlich, wenn Sie Ja stimmen zu dieser Motion.

Claudio Miozzari, Statthalter: Es liegt eine Zwischenfrage vor von Raoul Furlano. Sie wird nicht angenommen. Somit kommen wir schon fast zur Abstimmung.

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Das wird bestritten von Adrian Iselin.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

57 Ja, 28 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002245, 06.12.23 11:32:43]



Der Grosse Rat beschliesst

auf die Motion einzutreten und diese dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu überweisen.

Claudio Miozzari, Statthalter: Sie haben sich dafür entschieden, die Motion zu überweisen mit 57 Ja-Stimmen gegen 28 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

15. Motion 3 Tobias Christ und Konsorten betreffend ein gesundes Stadtklima

[06.12.23 11:33:01, 23.5544.01]

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Ich bitte Sie, sich als Einzelsprechende einzutragen. Erster Einzelsprecher ist Daniel Sägesser.

Daniel Sägesser (SP): Das Abstimmungsresultat am 26. November war deutlich. SIs SP-Fraktion anerkennen wir selbstkritisch, dass wir einer deutlichen Mehrheit der Basler Bevölkerung mit den von uns unterstützten Stadtklimainitiativen ganz offensichtlich mehr zugemutet haben, als sie bereit gewesen wäre mitzutragen. Für eine deutliche Mehrheit haben wir wahrscheinlich in zu kurzer Zeit zu viel erreichen wollen. Wohl auch haben unsere Argumente in Bezug auf die befürchtete Baustellenbelastung nicht genügend überzeugt. Diese Ablehnung und diese Sorgen müssen wir ernst nehmen. Ein rascher Umbau der bestehenden Strassenfläche zugunsten von mehr Bäumen und Platz für Langsamverkehr, wie ihn die Initiativen forderten, ist deshalb aktuell nicht angezeigt.

Die SP-Fraktion wird diese und auch die nachfolgende Motion heute dem Regierungsrat überweisen. Im Vorfeld wurde von gewissen Bürgerlichen eine solche Überweisung als Missachtung des Volkswillen bezeichnet. Diesen Vorwurf weisen wir in aller Deutlichkeit zurück. Die SP-Fraktion hat im letzten Sommer diese Vorlagen, damals noch als Gegenvorschläge, abgelehnt, weil sie für uns eben keine Gegenvorschläge waren. Ich möchte Ihnen das anhand einer Grafik kurz erläutern. Die Gute-Luft-Initiative fordert 10 Jahre lang jedes Jahr 24'000 m² des bestehenden Strassenraums zu begrünen, mit Rabatten mit Büschen, mit Bäumen. Der Regierungsrat hat darauf einen Gegenvorschlag formuliert. Darin hat er drei entscheidende in und in deren Summe massive Abschwächungen vorgenommen. Erstens, die Gesamtfläche wurde mehr als halbiert auf noch 10'000 m² pro Jahr. Zweitens sollte von diesem Rest die Hälfte davon nicht im bestehenden Strassenraum erfolgen, sondern in den Entwicklungsarealen, die wir sowieso neu bauen werden. Und gerade dieser Punkt zielt komplett an den Initiativen vorbei. Was bringt es den Hitze geplagten Menschen im St. Johann, im Klybeck oder im Gundeli, wenn es in den Neubauarealen mehr Bäume gibt? Ausserdem müssen die Entwicklungsareale sowieso klimagerecht und -angepasst gebaut werden. Die Stimmbevölkerung hat Netto Null bis 2037 beschlossen, und der Regierungsrat hat das Stadtklimakonzept, welches die klimagerechte Gestaltung der Entwicklungsareale behördenverbindlich vorschreibt, verabschiedet. Und seien wir ehrlich: Heute würde sowieso niemand mehr ein Quartier nach dem Konzept eines Matthäusquartier planen. Und die dritte schwerwiegende Abschwächung im Gegenvorschlag war, dass die kleine Restfläche im bestehenden Strassenraum nicht mehr fix begrünt werden muss, sondern auch nur entsiegelt werden darf, zum Beispiel durch einen Parkplatz mit Betongittersteinen statt einem Baum.

Die nun letzte Säule zeigt, dass die UVEK-Mehrheit diese ohnehin schon sehr kleine Fläche im bestehenden Strassenraum nochmals reduziert hat. Damit die Zahlen dann aber wieder etwas besser ausschauen, wurde noch zusätzliche etwas Fläche in die Entwicklungsarealen reingepackt und der Betrachtungszeitraum wurde auf 14 Jahre verlängert. Unter dem Strich bleibt so also irgend etwas zwischen 10 und 20 Prozent echter Begrünung übrig. Das hatte im letzten Sommer nichts mit den Initiativen zu tun und das hat auch heute nichts mit der Initiative zu tun, sondern das ist das, was wir in den nächsten 14 Jahren zum Beispiel durch die Umsetzung der Motion Fuhrer bezüglich koordinierten Fernwärmebaustellen sowieso machen werden.

Es ist nun legitim zu argumentieren, dass, wenn das, was die Motionen fordern, sowieso gemacht würde, es dann die Motionen auch nicht bräuchte. Wir haben das in der Fraktion auch diskutiert. Wir haben uns aber dennoch entschieden, die Motionen zu überweisen, auch weil seit dem Abstimmungssonntag verschiedene bürgerliche Vertreterinnen und Vertreter nun versuchen, das Abstimmungsresultat umzudeuten und das Rad zurückzudrehen und heute wohl diese Motionen ablehnen, weil sie noch nicht einmal dieses Wenige wollen, was ohnehin schon geplant ist. Die SP-Fraktion möchte nicht Teil eines solches Nein-Lagers sein. Und gerade die Leute, die uns nun undemokratisches Verhalten vorwerfen, möchte ich nochmals daran erinnern: Sie alle haben nun einen ganzen Abstimmungskampf lang behauptet, dass Sie das Anliegen der Initiativen teilen, aber dass es einfach zu schnell und zu viel sei. Sie haben Baumsamen verteilt und den Menschen erklärt, dass sie sich auch bei einem Nein für mehr Bäume einsetzen werden.



Ich möchte Sie im Namen der SP-Fraktion bitten, sich an Ihr eigenes Wort zu erinnern und die beiden Motionen dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Statthalter: Nächste Einzelsprecherin ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Unsere Beurteilung dieser Forderungen hat sich seit dem Juni nicht wirklich verändert. Diese Klimalight-Versionen basieren auf dem, was sowieso geplant wird und damit bringen Sie nachweislich zu wenig, um die Bevölkerung vor den Klimafolgen zu schützen – die Hitzewellen, die wir letzten Sommer hatten, sind nur ein Vorgeschmack dafür – und um die klimafreundliche Mobilität so rasch wie möglich voranzubringen und vor allem Netto Null 2037 zu erreichen.

Mein Vorredner hat das gut ausgeführt, bei der Gute-Luft-Motion, wie sie jetzt vorliegt, stimmt nicht nur das Tempo und die Quantität nicht, sondern eben auch die Qualität, Kies- und Mergelflächen sind eben nicht das gleiche wie Wiesen, Büsche und Bäume. Das heisst, hier geht es deutlich weniger weit als das, was notwendig ist.

Das zweite Problem wurde auch schon ausführlich ausgeführt, ich sage es nur noch mal kurz. Das Problem ist, dass der grösste Teil dieser Motionen in den Transformationsarealen umgesetzt werden könnte, entspricht nicht dem, was notwendig ist. Es bringt den Menschen in den dicht bebauten Quartier nichts, die heute am meisten unter den Hitze Hot-Spots leiden.

Mit der Annahme der Motionen ändert sich eigentlich nichts. Aber es scheint so, dass die Regierung und die Verwaltung diese Vorstösse brauchen, um in die Gänge zu kommen. Wenn das so ist, dann überweisen wir sie halt, aber ganz wichtig ist aus unserer Sicht das Wort mindestens in beiden Motionen. Es ist nämlich eine Untergrenze von dem, was gemacht werden soll. Es braucht definitiv mehr. Wenn Regierungsrätin Esther Keller das hält, was sie im Abstimmungskampf und auch danach versprochen hat, dann werden bis 2037 nämlich deutlich mehr Flächen entsiegelt und begrünt werden müssen, als jetzt in diesen Motionen verlangt wird. Unsere Zustimmung zu den Motionen gilt deshalb nur unter der Bedingung, dass das Stadtklimakonzept endlich vom toten Buchstaben zum Leben erweckt wird und tatsächlich ab jetzt, also nicht erst in fünf Jahren, bei jeder anstehenden Baustelle Verbesserungen für das Stadtklima und für die klimafreundliche Mobilität umgesetzt werden. Das ist bei der aktuell aufgelegten Planung noch nicht der Fall. Es gibt Fernwärmeausbauprojekte, die nächstes Jahr umgesetzt werden sollen, wo keine einzige Begrünung, keine einzige Entsiegelung drin sind. Das geht so nicht weiter. Wir meinen also nicht, dass einfach nur bei zukünftigen Projekten geprüft wird und dann mit fadenscheinigen Argumenten doch jede Begrünungsentwicklung abgelehnt wird, sondern dass es auch tatsächlich umgesetzt wird.

Und jetzt noch zu all den anderen, die vor der Abstimmung behauptet haben, bloss eben gegen diese radikalen Stadtklimainitiativen zu sein, aber grundsätzlich schon für das Stadtklima werben wollen und Begrünung ganz toll finden: Es ist ja leider nicht so selten, dass während Abstimmungskampagnen Sachen versprochen werden, an das sich die Gewinner:innen nachher nicht mehr so gerne erinnern. Aber wenn Sie jetzt diese Motionen ablehnen, dann können Sie sich gleich beim Guinnessbuch der Rekorde melden für die schnellste Abkehr von den eigenen Versprechen. Sie haben versprochen, Stadtbegrünung zu wollen, die Klimaschutz und Lebensqualität vereint aber etwas langsamer vorwärts geht. Hier haben wir jetzt, wie mein Vorredner schön ausgeführt hat, zwei Vorlagen, die nicht nur langsamer sind, sondern sehr, sehr langsam sind und sehr sehr wenig wollen. Also wenn Sie das sogar ablehnen, dann wollen Sie einfach, dass Basel so grau und trist bleibt, wie es ist. Dann sagen Sie das wenigstens und sagen Sie das wenigstens jetzt, wo die Abstimmung vorbei ist, dass Sie das so wollen.

Ich werde zur nächsten Motion nicht mehr sprechen

Claudio Miozzari, Statthalter: Zur Information: Es ist nicht möglich, sich als Regierungsrätin oder Regierungsrat als Einzelsprecherin zu registrieren. Wir haben uns aber notiert, dass Regierungsrätin Stephanie Eymann nach André Auderset drankommt. Das heisst, nächster Einzelsprecher ist Beat Braun.

Beat Braun-Gallacchi (FDP): Ich staune jetzt schon ein bisschen, wie das alles schöneredet wird von rot-grün. Wir hatten zwei Abstimmungen, die mit 57 und 60 Prozent abgelehnt worden sind, was ein unmissverständliches Resultat ist. Die Bevölkerung hat für 2037 der CO₂-Neutralität zugestimmt. Sie kann also absolut differenziert denken. Hier ist sie jetzt einfach kritisch gegenüber der Realisierbarkeit und den Auswirkungen dieser Initiativen. Der Abstimmungskampf von rot-grün hat den Geschmack der Bevölkerung nicht getroffen. Mit den Worten vom Daniel Sägesser: «Wir wollten zu viel in zu kurzer Zeit.»

Warum jetzt die GLP noch vor dem Abstimmungsergebnis diese Motionen einreicht, ohne das Abstimmungsergebnis abzuwarten, kann ich wirklich nicht nachvollziehen. Das ist, als würden Sie Sudoku spielen mit verbundenen Augen und meinen, Sie könnten das richtig lösen. Rot-grün wollte den moderaten Gegenvorschlag dem Volk nicht vorlegen, weil man



glaubte, man gewinne die Abstimmung eindeutig und klar. Nun steht man hier besiegt von der öffentlichen Meinung. Man wollte mit der Bevölkerung nicht differenzierte Antworten diskutieren und man hat sich geweigert, pragmatischere und ausgewogenere Lösungen mit der Bevölkerung zu diskutieren.

Nun haben Sie die Abstimmung verloren und jetzt soll der Gegenvorschlag der UVEK, an dem ich noch selber mitgearbeitet habe und auch befürwortet habe, einfach mit dem Parlament durchgedrückt werden. Wir haben vorher gesagt, es ändert nicht viel, denn es kommt so oder so. Wir lehnen es nicht ab, weil wir finden, es müsste weniger grün sein, denn es wird sowieso gemacht. Aber es ist wirklich politische Zwängerei, dies dem Volk zuerst nicht vorlegen zu wollen und es nun hier durchbringen zu wollen. Das ist ein Spiel mit dem Volkswillen. Das ist wie ein Spieler, der während dem Spiel die Karten einfach neu mischt und findet, jetzt machen wir es doch noch anders. Wenn schon, dann hätte man das vor der Abstimmung machen und den Gegenvorschlag bringen müssen. Solche Manöver können wir von mir aus zwischen den Parteien machen, aber nicht mit dem Volk.

Es wäre meiner Meinung nach wirklich schädlich für die Glaubwürdigkeit unserer Demokratie, wenn wir jetzt so durch die Hintertür die Gegenvorschläge durch die Motionen überweisen. Darum bitte ich Sie wirklich dringlichst, die beiden Motionen abzuweisen.

Claudio Miozzari, Statthalter: Möchten Sie die Zwischenfrage von Johannes Sieber annehmen? Sie wird angenommen.

Johannes Sieber (GLP): Ich bin jetzt nicht ganz sicher, ob das Volk diese Gegenvorschläge abgelehnt hat, die jetzt als Motion vorliegen, oder was genau hat das Volk abgelehnt?

Beat Braun-Gallacchi (FDP): Nicht das Volk hat die Gegenvorschläge abgelehnt. Die GLP wollte ja die Gegenvorschläge vor das Volk bringen, was ich legitim finde. Rot-grün wollte die Gegenvorschläge nicht vor das Volk bringen. Aber nun will man sie im Nachhinein doch befürworten.

Claudio Miozzari, Statthalter: Es gibt eine weitere Zwischenfrage von Raffaella Hanauer. Sie wird ebenfalls angenommen.

Raffaella Hanauer (GAB): Ist Ihnen bewusst, dass wir die Motionen nicht eingereicht haben und auch nicht vorhatten, das zu machen?

Beat Braun-Gallacchi (FDP): Das ist mir bewusst, Sie müssen sie deswegen ja auch nicht unterstützen.

Beat K. Schaller (SVP): Ich spreche hier zu beiden Motionen und Geschäfte. Ja, der Souverän hat gesprochen, die Stadtklimainitiativen sind abgelehnt. Daran gibt es nichts zu rütteln und das Verdikt ist zu respektieren. Wer diesen Gedanken nicht nachvollziehen kann, dem sage ich einfach eines: Das nennt man Demokratie. Vielleicht schlagen Sie dieses Wort bei Gelegenheit einmal nach.

Beide Motionen wurden ja vor der Abstimmung extensiv in der Öffentlichkeit und in den Medien diskutiert. Die Auswirkungen der Initiativen waren bekannt. Ich erspare es Ihnen, hier erneut inhaltlich darauf einzugehen. Es ändert sich nichts, auch wenn jetzt zwei Motionen mit etwas abgeschwächteren Varianten vorliegen. Die Argumente sind die gleichen geblieben.

Wir von der SVP stören uns an der gezeigten Missachtung des demokratischen Prozesses und der Missachtung von Volk und Parlament. Ein Abstimmungsergebnis nachträglich durch die Hintertüre kippen zu wollen, zeugt von einem fragwürdigen Demokratieverständnis. Zur Erinnerung für alle, die es vergessen haben, der Grosse Rat hat die Vorschläge von Regierung, UVEK-Minderheit und -Mehrheit ausgiebig diskutiert. In einem einwandfreien und sauberen demokratischen Prozess, an welcher notabene auch die GLP beteiligt war, wurden die Initiativen parlamentarisch behandelt, das Abstimmungsverfahren demokratisch beschlossen, dem Volk vorgelegt und das Volk hat gesprochen. End of the Story.

Offensichtlich hat die GLP schon im Vorfeld der Abstimmungen mit einer Niederlage gerechnet, sonst hätte sie die beiden Motionen nicht schon vorher gebracht. Zu behaupten, schon im Vorfeld vor der Abstimmung zu wissen, wie denn abgestimmt wird, zeugt von einer gewissen Überheblichkeit. Ich erinnere an den Passus in den beiden Motionen «in der festen Überzeugung, dass sie im Sinne der Mehrheit der Stimmbevölkerung wären». Nein, das waren Sie nicht. Wir empfehlen Ihnen doch etwas vom hohen Ross herunter zu steigen, Parlament und Volkswillen ernst zu nehmen.



Basel-Stadt hat mit der Klimaschutzstrategie, der Mobilitätsstrategie und dem Stadtklimakonzept ausgiebige Klimaschutzmassnahmen aufgegleist. Diese Massnahmen brauchen Zeit, um ihre Wirkung zu entwickeln, und wenige Tage nach der Abstimmung jetzt mit diesen Motionen zu kommen, ist höflich gesagt eine Zwängerei. Was ich wirklich davon halte, sage ich nicht, sonst würde ich mir tatsächlich wieder einen Ordnungsruf einhandeln.

Schauen Sie doch einfach nach Riehen. Riehen hat einen 60-seitigen Klimaschutzbericht entwickelt, der sich jetzt dort im parlamentarischen Prozess befindet. Sagen wir Ja zu diesen Motionen, wird Riehen aus Ressourcengründen ihre wirksameren Massnahmen nicht umsetzen können. Für Details wenden Sie sich bitte an unsere Riehener Vertreter.

Schliesslich und endlich ist das Ganze auch eine Frage des politischen Stils. Es gibt guten Stil und dann gibt es auch noch diese beiden Motionen, die ein schlechter Stil sind. Wer die Motionen überweist, zeigt deutlich, welchen Stil er pflegt.

Diejenigen, welche vor der Abstimmung die beiden Motionen als respektlos bezeichnet haben, respektlos dem Stimmvolk gegenüber, oder diejenigen, welche vor der Abstimmung gesagt haben, die Vorlagen seien Augenwischerei, haben jetzt mit der Abstimmung einen an die Backe bekommen. Und jetzt plötzlich sind sie umgekippt. Es ist nicht mehr respektlos, nicht mehr Augenwischerei. Das ist Opportunismus der übelsten Art. Wohlgermerkt, dem Klima nützen Sie nichts. Sie haben aber sehr deutlich gezeigt, wie sehr Ihnen der Volkswille am Allerwertesten vorbeigeht.

Im Namen der Fraktion der SVP bitte ich Sie, beide Motionen nicht zu überweisen. Ich danke Ihnen, und ich nehme keine Zwischenfragen an.

Daniel Seiler (FDP): Ich habe das Gefühl, ich müsste mich fast entschuldigen für das, was wir nach dem Abstimmungsergebnis gesagt haben, wenn ich Daniel Sägesser zuhöre. Wir haben ein Zahlensalat mit einer Powerpoint-Präsentation vorgelegt bekommen. Ich glaube, wir werden darauf verzichten, jetzt den Abstimmungskampf nochmal zu wiederholen. Es gibt ganz andere Zahlen, vor allem der zweiten Motion. Wir reden nur zur ersten Motion, die von 70 Prozent der Fläche ausgeht. Aber ich glaube, das ist ein Detail.

Wir wollen jetzt nicht nochmal Abstimmungskampf machen, aber über Respekt reden. Wir haben heute Morgen sehr intensiv über Respekt geredet. Ich glaube, was Sie jetzt hier planen mit diesen zwei Motionen zeugt von sehr, sehr wenig Respekt gegenüber dem Souverän, gegenüber dem Stimmvolk. Sie sind schlechte Verlierer. Sehr viele von Ihnen haben sich in der Debatte hier drin verspekuliert. Ich glaube, Sie verspekulieren sich auch jetzt, wenn Sie jetzt die Motionen durchdrücken, ich glaube, das Stimmvolk wird sich daran erinnern, oder wir werden helfen, dass das Stimmvolk sich daran erinnert.

Die zwei Motionen sind eine Zwängerei. Es zeugt auch von einer gewissen Arroganz der Macht und ist wirklich undemokratisch. Das einzige, das Ihnen gelungen ist, ist, mir die Freude über das Abstimmungsergebnis genommen zu haben, dass wir endlich hier drin eine vernünftige Verkehrspolitik machen können und zwar für die ganze Region. Die Freude haben Sie mir genommen, aber den Kampf werden wir selbstverständlich weiterführen.

André Auderset (LDP): Es wurde schon so viel gescholten, dass ich es kurz machen kann. Ich muss aber die Schelte trotzdem auch weiterführen. Der SP-Sprecher hat sich ja sehr beklagt, dass man jetzt so als undemokratisch hingestellt werde. Jawohl, Daniel Sägesser, den Schuh müssen Sie und ihre Kolleginnen und Kollegen sich anziehen, denn es wurde eine klare Abstimmung erreicht, ein klares Abstimmungsergebnis. Ich möchte noch betonen, dass der Regierungsrat, insbesondere Regierungsrätin Esther Keller, im Vorfeld immer wieder gesagt, dass ja nicht nichts geschehe, wenn die beiden Initiativen abgelehnt würden, sondern dass man nach Möglichkeit alles machen möchte, um die Stadt zu begrünen. Anscheinend hat der Souverän genügend Vertrauen in diese Zusagen gehabt, um diese Initiativen nicht durchkommen zu lassen.

An die Adresse von Tonja Zürcher und die, die das auch so sehen: Sie hat gesagt, es ändere sich ja gar nichts, wenn wir die Motionen annehmen. Nun gut, dann bitte ich dem Altmeister Montesquieu zu folgen. Wenn es nicht nötig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es ganz dringend nötig, kein Gesetz zu machen. Dann sind die Motionen schlicht und ergreifend unnötig.

Ich selbst war auch gegen die Gegenvorschläge. Wenn ich etwas zu 100 Prozent nicht richtig finde, dann finde ich es auch zu 85 Prozent nicht richtig. Und auch ich habe Vertrauen in Regierungsrätin Esther Keller, dass, auch wenn wir diese komischen versteckten Gegenvorschläge ablehnen, immer noch ein vernünftiges Ergebnis haben werden und dann das unternehmen können, was eben sinnvoll ist.

Dieser Idee oder diesem Argument ist der Souverän gefolgt und ja, ich finde es ebenso respektlos und ich finde es ebenso sehr seltsam, wenn man nun durch die Hintertür wieder die Gegenvorschläge, die man damals verzockt hat seitens links-grün, wieder einbringen will. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen von SP und Grünen, jetzt haben Sie einmal verloren. Ich verstehe, dass das frustriert, aber zeigen Sie sich nun als gute Demokraten und nicht als schlechte Verlierer.

Schluss der 39. Sitzung



11:56 Uhr



Protokoll

der 40. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 6. Dezember 2023, um 14:00 Uhr

Vorsitz:	<i>Claudio Miozzari</i> , Statthalter
Protokoll:	<i>Beat Flury</i> , I. Ratssekretär <i>Sabine Canton</i> , II. Ratssekretärin <i>Kathrin Lötscher</i> , <i>Andrea Steffen</i> , Texterfassung
Abwesende:	Erich Bucher (FDP), Annina Ineichen (GAB), Melanie Nussbaumer (SP)

Verhandlungsgegenstände:

15.	Motion 3 Tobias Christ und Konsorten betreffend ein gesundes Stadtklima	2
12.1.	Interpellation 148 Pascal Messerli betreffend neuer Direktor der Kunsthalle Basel - Ein mutmasslicher Israelhasser an der Spitze eines vom Kanton alimentierten Betriebs?	9
12.2.	Interpellation Nr. 149 Beat K. Schaller betreffend einseitige Politpropaganda von staatlich finanzierten Institutionen	11
12.3.	Interpellation Nr. 150 Joël Thüring betreffend mutmasslich antisemitische Vorfälle an der Universität, der FHNW, an Schulen und vom Kanton mitfinanzierten Institutionen	11
12.4.	Interpellation Nr. 151 Fina Girard betreffend Unterbringung von Jugendlichen im Gefängnis durch die KESB	12
12.5.	Interpellation Nr. 152 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Stopp der geplanten Verdoppelung der Studiengebühren an der Universität für Langzeitstudierende	12
12.6.	Interpellation Nr. 153 Eric Weber betreffend warum hat unser Kanton die Studie der Lebenserwartung (in der Basel auf Platz 1 in ganz Europa liegt) verschlafen?	13
12.7.	Interpellation Nr. 154 Oliver Bolliger betreffend möglicher Verschiebung der OECD-Mindeststeuer und deren Auswirkungen auf den Kanton Basel-Stadt.....	13
12.8.	Interpellation Nr. 155 Sandra Bothe-Wenk betreffend den verschiedenen Prüfungsformate für die Maturaprüfungen SJ 23/24	15
12.9.	Interpellation Nr. 156 Annina von Falkenstein betreffend Einschränkung des Ruftaxi-Angebots auf dem Areal des Friedhofs Hörnli: Sind dem Bau- und Verkehrsdepartement die Anliegen trauernder älterer und gehbehinderter Menschen egal?	15
12.10.	Interpellation Nr. 157 Lorenz Amiet betreffend Bundesratswahlfeier und ihre Kosten für den Steuerzahler	16
16.	Motion 4 Tobias Christ und Konsorten betreffend eine zukunftsfähige Mobilität	17
17.	Anzug 1 Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend einwandfreie Tramwartehallen erhalten statt verschrotten	18
18.	Anzug 2 Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend Anpassung der Förderbeiträge für erneuerbare Heizlösungen	18
19.	Anzug 3 Luca Urgese und Konsorten betreffend Velospur in der St. Jakobs-Strasse	20
20.	Anzug 4 Beat K. Schaller und Konsorten betreffend der Kannenfeldpark soll wieder eine Erholungszone sein	22
21.	Anzug 5 Heidi Mück und Konsorten betreffend Erweiterung der Zielgruppe für Drug Checking im Rahmen von „Safer Dance Basel“ und dem Drogeninformationszentrum „DIBS“	22



Beginn der 40. Sitzung

Mittwoch, 6. Dezember 2023, 14:00 Uhr

15. Motion 3 Tobias Christ und Konsorten betreffend ein gesundes Stadtklima

[06.12.23 14:00:35, 23.5544.01]

Claudio Miozzari, Statthalter: Wir fahren fort mit mit Traktandum 15. Hier waren wir heute Morgen stehengeblieben. Als nächste Rednerin war eingetragene Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Auch ich erlaube mir gleich zu beiden Motionen Stellung zu nehmen. Der Regierungsrat hat ja stets betont, dass er die Stossrichtung der Stadtklimainitiativen unterstützt, allerdings die kurze Frist für die Umsetzung als nicht realistisch erachtet. Der Regierungsrat hat gestützt darauf entsprechende Gegenvorschläge zu den Initiativen ausgearbeitet, aber Sie haben die beiden Gegenvorschläge abgelehnt.

Nun sind wir ja bekanntlich weiter in der Geschichtsschreibung. Wir haben einen Volksentscheid mit deutlichem Nein zu beiden Initiativen. Die nun in der Gestalt von Motionen vorliegenden Gegenvorschläge waren sehr konkret seitens Regierung als Antwort auf die vom Regierungsrat zur Ablehnung empfohlenen Initiativen gedacht und nicht als eigenständige Vorhaben. Deshalb erachtet es der Regierungsrat nach Ablehnung der Initiativen aus demokratiepolitischen Gründen als nicht richtig, diese Motionen nun zu überweisen.

Der Regierungsrat hat allerdings die Weichen zugunsten von Begrünung und umweltfreundlichem Verkehr mit dem Stadtklimakonzept, der Mobilitäts- sowie der Klimaschutzstrategie gestellt. Anstatt nach dem deutlichen Abstimmungsresultat weiter über abstrakte Ziele zu sprechen, braucht es jetzt konkrete Projekte. Aus diesem Grund möchte der Regierungsrat die Motionen nicht entgegennehmen.

Claudio Miozzari, Statthalter: An dieser Stelle haben wir die Ehre, Besuch auf der Tribüne zu begrüssen und zwar geht es um Schülerinnen und Schüler des KV Liestal mit den Lehrpersonen Herr Tschopp und Frau Ehrensberger, herzlich willkommen bei uns. Wir freuen uns sehr über Ihr Interesse an der Basler Politik. (*Applaus*).

Claudio Miozzari, Statthalter: Nächster Einzelsprecher ist David Wüest-Rudin.

David Wüest-Rudin (GLP): Ich muss nun schon etwas sagen. Ich bin bewegt darüber, wie Sie hier über diese Motionen diskutieren. Heute Morge ist das Wort unanständig in Bezug auf die Motion gefallen. Ich finde es unanständig, wie Sie mit diesen Motionen umgehen. Man kann durchaus diskutieren, wie das jetzt auch Regierungsrätin Stephanie Eymann gemacht hat, ob es jetzt richtig ist, die Motion so kurzfristig nach der Abstimmung wieder zu bringen. Aber es ist nicht eine Missachtung des Volkswillens, meine Damen und Herren. Wir müssen uns nicht einen Schuh anziehen oder uns schlechten Stil vorwerfen lassen, ganz und gar nicht. Ich finde es ungeheuerlich, mit welchen Vorwürfen Sie hier kommen. Sie schaden der Demokratie mit diesen Vorwürfen, denn es ist ein ganz normaler demokratischer Prozess, den wir hier machen. Das Volk hat nicht über die Motionen abgestimmt, sondern das Volk hat über die Initiativen abgestimmt.

Es ist einfach falsch, zu behaupten, dass man jetzt die Initiativen wieder einführen würde. Daniel Sägesser hat ja sehr schön dargestellt, was die grossen Unterschiede sind zwischen den Initiativen und diesen Motionen. Im Gegenteil, es ist eben ein sehr seltsames demokratisches Verständnis, wenn man sagt, das sei nicht zulässig. Über das, was nun vorliegt, konnte das Volk eben nicht abstimmen und man führt jetzt nicht über die Hintertür etwas ein. Es entspricht eben nicht dem Abstimmungsergebnis und Sie haben das verhindert. Sie haben verhindert, dass die Bevölkerung über das, was wir hier vorliegen haben, abstimmen kann. Und jetzt wollen Sie sagen, wir wollen hier nicht mehr darüber beschliessen, weil Sie verhindert haben, dass das Volk darüber abstimmen kann.

Wir von den Grünliberalen haben uns sehr wohl überlegt, wie unsere Position zu den zwei Initiativen ist. Unsere Mitgliederversammlung hat die Initiativen deutlich abgelehnt und hat sich für die Gegenvorschläge ausgesprochen. Und darum haben wir die Gegenvorschläge auch vorbereitet vor der Abstimmung der Initiativen. Es ist ein ganz normaler Prozess, dass man sagt, das hat jetzt vor der Abstimmung keine Mehrheit gefunden im Parlament, also kann man es nach



der Abstimmung im Parlament wieder aufnehmen. Das Parlament ist frei, Entscheide, die es gefällt hat, unter anderen Umständen wieder aufzunehmen und neu aufzurollen. Wir haben immer gesagt, dass unsere Position zwei Mal Nein zu den Initiativen ist, aber wir möchten mehr Grün, wir möchten vorwärts machen. Wir möchten auch dem Regierungsrat einen verbindlichen Auftrag geben. Wir möchten das festhalten, dass alle dabei sind.

Es ist nun schon sehr schade, dass gerade die bürgerliche Seite hier nicht dabei ist. Wir sind gerade auf Sie zugegangen, liebe Kolleginnen und Kollegen der bürgerlichen Seite, und Sie lassen uns jetzt zum zweiten Mal im Regen stehen. Ich gehe davon aus, dass die Fraktion der Grünliberalen sich in Zukunft nicht zwei Mal sondern drei oder vier Mal überlegen wird, ob man mit der bürgerlichen Seite noch versucht, Kompromisse zu schmieden. Ja, Sie lassen uns mehrmals im Regen stehen. Das erste Mal bei der Überweisung. Dann haben Sie verhindert, dass die Gegenvorschläge vor das Volk gebracht werden können und nun sagen Sie, wir wollen gar nichts. Da hat Tonja Zürcher einen Punkt gemacht. Jetzt kommt der Offenbarungseid: War das alles nur taktisches Geplänkel oder wollen Sie wirklich ein Zeichen setzen für mehr Stadtgrün? Wollen Sie wirklich in die Richtung gehen? Wollen Sie die Zielsetzungen festhalten oder nicht? Wenn Sie sagen Nein, das wollen wir nicht, dann ist klar, was Sie wollen. Sie gehören zur Betonfraktion, die hier weiterfahren will wie bisher und die nicht wirklich weiterkommen will in der Stadtbegrünung. Darum ist es uns wirklich ein echtes Anliegen, darum haben wir die Motion vor der Abstimmung eingereicht, weil uns das der pragmatische Weg zu sein schien, so wollen wir weitergehen. Es ist völlig legitim, dass das Parlament auf Entscheide zurückkommt und nochmals in Freiheit entscheidet. Jetzt können Sie entscheiden, ob Sie diesen Weg wollen oder nicht. Heute wird Klarheit darüber bestehen.

Claudio Miozzari, Statthalter: Es gibt zwei Zwischenfragen, von Daniel Seiler und Joël Thüring. Sie werden angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Was meinen Sie, wie hoch der Anteil der Stimmbevölkerung wäre, die verstehen würde, dass diese beiden Motionen überwiesen werden?

David Wüest-Rudin (GLP): Ich schätze, dass das ein hoher Anteil ist. Wir Grünliberalen haben schätzungsweise 8 Prozent Wähleranteil. Wenn man das aufrechnet auf das Abstimmungsergebnis, dann gibt es bereits eine knappe Mehrheit für die Motionen.

Claudio Miozzari, Statthalter: Die nächste Zwischenfrage ist von Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Haben Sie so viel Misstrauen gegenüber ihrer eigenen Regierungsrätin, dass Sie nun einen Vorstoss an sie überweisen möchten, der etwas verlangt in einem Bereich, in dem die Regierung ohnehin etwas unternehmen will? Woher kommt dieses Misstrauen?

David Wüest-Rudin (GLP): Das Misstrauen haben wir nicht gegenüber Regierungsrätin Esther Keller, sondern Ihnen und Ihren bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen gegenüber, weil Sie jetzt das Abstimmungsergebnis so interpretieren wollen, als ob die Bevölkerung gar nichts an Begrünung will. Und das ist eben auch falsch.

Claudio Miozzari, Statthalter: Es gibt noch eine Zwischenfrage von Pascal Messerli. Sie wird auch angenommen.

Pascal Messerli (SVP): Sie haben von der Betonfraktion gesprochen. Wie viele Grünflächen, Stadtrandentwicklung, Freizeitgärten möchte denn Ihre Regierungsrätin abbauen?

David Wüest-Rudin (GLP): Unsere Regierungsrätin hat wesentlich dazu beigetragen, dass wir ein Stadtklimakonzept haben, dass wir das Schwammstadtkonzept haben. Unsere Regierungsrätin will weiter gehen in der Begrünung, das hat es wurde auch von Regierungsrätin Steühanie Eymann bestätigt. Man will vorwärts machen.

Claudio Miozzari, Statthalter: Es gibt eine Zwischenfrage von Eric Weber. Sie wird abgelehnt. Nächster Einzelsprecher ist Adrian Iselin.



Adrian Iselin (LDP): Ich rede auch gerade zu beiden Motionen. Was mir an diesen beiden Vorstössen fehlt, ist das Visionäre. Im einen Vorstoss steht, dass man 65'000 m² Strassen umwandeln will, und im anderen steht, dass man auf 188'000 m² Bevorzugung des Fuss- und Veloverkehrs und des öffentlichen Verkehrs haben will. Wenn man ein bisschen ins Ausland schaut, wenn man Google anschaut, wenn man andere grosse Tech-Konzerne anschaut, wenn man im Silicon Valley unterwegs ist, wenn man in San Francisco auf den Strassen herumgeht, stellt man fest, dass massiv viele Fahrzeuge getestet werden, die selber fahren. Diese Fahrzeuge werden in Zukunft nicht mit Benzin oder mit Diesel betrieben sein. Ob sie elektrisch betrieben werden, bin ich nicht sicher, denn wie nachhaltig die Batterien sind, weiss ich nicht. Ob das Wasserstoff oder was weiss ich was ist, weiss ich auch nicht. Aber ich glaube nicht daran, dass in Zukunft weniger Individualverkehr und vor allem weniger Autoverkehr auf den Strassen wird sein.

Darum frage ich mich, ob wir hier nicht für die nächste Generation in eine Richtung gehen, die gar nicht so gut ist, weil wir jetzt probieren, den Verkehr zu beschränken und alles zu machen für das Klima. Aber wenn wir in 20 Jahren feststellen, dass es mehr Autos gibt und wieder alle Strassen bauen müssen, dann haben wir ein Problem. Dann war das nicht klimaneutral, sondern die ganze Übung war sehr klimaschädlich. Diese Linse fehlt mir in dieser Diskussion. Ich bitte Sie, ein bisschen visionärer in die Zukunft zu schauen und nicht einfach nur zu überlegen, wo man jetzt wie viele Strassen oder Plätze entsiegeln könnte.

Claudio Miozzari, Statthalter: Nächster Einzelsprecher ist Franz-Xaver Leonhardt.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Eigentlich wollte ich nicht sprechen, aber wir haben hier so eine grosse Diskussion, dass es doch gut tun würde, die Meinung meiner Fraktion die Mitte / EVP-Mitte kund zu tun. Wir waren auch dabei, als wir abgestimmt haben für Netto Null 2037. Wir sind heute immer noch bei diesen Zielen. Das ist ganz ganz wichtig. Wir waren auch mehrheitlich für diesen Gegenvorschlag, über den wir jetzt als Motionen wieder abstimmen. Wir sind aber nicht glücklich, dass das so kurz nach einer deutlichen Volksabstimmung gemacht wird. Natürlich ist es uns als Parlament immer erlaubt, diese Sachen zu machen, aber wir sind unglücklich und hier teilen wir die Ansicht der Regierung. Regierungsrätin Stephanie Eymann hat gesagt, es sei demokratiepolitisch fragwürdig. Das ist ein guten Begriff.

Wir gehören nicht zur Betonfraktion. Wir waren gerade vorher als ganze UVEK gemeinsam wunderbar Essen und wir werden auch dieses Problem wieder lösen. Ich bin zuversichtlich, dass wir bei einer Zweitüberweisung, falls es in die Kommission kommt, eine gute Lösung finden werden. Wir wissen, wie das Volk abgestimmt hat und ich bin zuversichtlich, dass wir bald mehr Grün, mehr entsiegelte Fläche und kühlere Temperaturen im Sommer haben.

Claudio Miozzari, Statthalter: Nächster Einzelsprecher ist Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Auch ich habe mir so meine Gedanken gemacht, vor allem auch zur Interpretation des Volksentscheides, und ich möchte auch noch ein bisschen eine philosophische Theorie einbringen. Denn neben den von Daniel Sägesser vorhin schon erwähnten Baumsamen im Abstimmungskampf erinnere ich mich auch noch gut an die Debatte im Juni, als viele von Ihnen Bürgerlichen genau für diese Gegenvorschläge gekämpft haben, die uns nun als Motionen vorliegen und die Sie nun aber ablehnen. Ich unterstelle Ihnen jetzt mal voller Hoffnung, dass die meisten von Ihnen diese Gegenvorschläge nicht nur unterstützen haben, um die Initiativen zu verhindern, sondern um tatsächlich auch deren Anliegen ein bisschen vorwärts zu bringen.

Sie haben auch Ihre Webseite Stadtklimaperspektiven genannt. Aber wenn Sie nun heute plötzlich alle gegen genau diese Perspektiven stimmen, dann finde ich diese Kehrtwende mindestens ebenso erklärungsbedürftig wie die Missachtung des Volksentscheides, welche Sie uns vorwerfen. Es könnte ja sogar sein, dass das Volksmehr genau wegen Ihren Argumenten zustande gekommen ist, also wegen den auch im Abstimmungskampf unaufhörlich wiederholten «grundsätzlich richtigen Stossrichtung, aber nicht so», und nicht, weil 59 Prozent der Bevölkerung unbedingt in der Innenstadt Auto fahren möchten. Das kann ich mir einfach nicht vorstellen. Vielleicht könnten Sie genau mit Ihrem vernünftigen Weg die Wählerinnen und Wähler überzeugen, die sich wohl mehr Begrünung wünschen, aber Bedenken haben wegen den Baustellen und schon den günstigen blauen Parkplatz vor der Haustiere unter einem Bildblumentepich verschwinden sahen.

Und weil wir eben davon ausgehen, dass mehr Verkehrssicherheit und mehr Platz im engen Strassenraum für die meisten Leute okay ist, empfehlen wir Ihnen, diese Motionen zu überweisen. Denn im Stadtraum, auch wenn Adrian Iselin visionär denkt, wird der Platz auch nach dem 26. November weiterhin knapp bleiben. Wir müssen in der Mobilität auf Lösungen setzen, die möglichst wenig Fläche pro transportierte Person brauchen. Dazu gehört der Weg zu Fuss, das Velofahren oder die Nutzung von Tram und Bus.



Unsere grossen Visionen einer Klima angepassten lebensfreundlichen und schnell so verwirklichten Stadt hatten keine Chance. Das müssen wir zugeben und auch akzeptieren. Aber dies nun als Aufforderung zu nehmen, der Stadt tatenlos beim Heisserwerden zuzuschauen, fänden wir nun doch die falsche Reaktion.

Claudio Miozzari, Statthalter: Es gibt eine Zwischenfrage von Beat K Schaller. Sie wird angenommen.

Beat K. Schaller (SVP): Sind Sie sich bewusst, dass das Stimmvolk mit seinem Nein zu den Initiativen implizit Ja gesagt hat zu den Massnahmen des Regierungsrates und gesagt hat, dass diese Massnahmen gut seien und wirksam werden. Es braucht nicht noch weitere Massnahmen.

Jean-Luc Perret (SP): Ja, dessen bin ich mir bewusst und deshalb stimme ich auch für die Motionen, weil sie genau diesen Weg bestätigen und noch verstärken.

Claudio Miozzari, Statthalter: Es ist noch eine Zwischenfrage aufgetaucht von Beat Braun. Sie wird ebenfalls angenommen.

Beat Braun-Gallacchi (FDP): Warum hat man im Juni gegen den Gegenvorschlag gestimmt und jetzt plötzlich dafür?

Jean-Luc Perret (SP): Weil ich davon ausgegangen bin, dass wir die Abstimmungen gewinnen. Jetzt haben wir eine andere Ausgangslage.

Claudio Miozzari, Statthalter: Auch Felix Wehrli möchte Ihnen noch eine Zwischenfrage stellen. Sie wird angenommen.

Felix Wehrli (SVP): Warum haben Sie kein Vertrauen in den Regierungsrat und vor allem in die zuständige Regierungsrätin, die aus Ihrer Partei kommt?

Jean-Luc Perret (SP): *(Lachend)* Ich wechsele die Partei nicht, Felix Wehrli, aber ich kann die gleiche Antwort geben wie David Wüest-Rudin: In die Regierungsrätin habe ich Vertrauen, aber nicht ins Parlament nicht.

Claudio Miozzari, Statthalter: Jetzt ist noch eine Zwischenfrage aufgetaucht von Lorenz Amiet. Sie wird nicht mehr angenommen. Damit hat Eric Weber das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe angesichts der Initiativen gelesen hier grün, dann habe ich gerade zweimal Nein geschrieben. Ich habe es nicht durchgelesen, aber ich habe nur Grün gelesen, dann habe ich gewusst, das reicht nicht. Die Vorredner haben richtigerweise gesagt, die Grünen müssten vom hohen Ross herunterkommen. Es ist auch gesagt worden, dass nichts, was sie sagen, stimme. Ich habe mitgeschrieben. Ich möchte mich als Grossrat gewählt ausdrücken, aber was da abgeht ist Klimawahn.

Beat Schaller, ein altgedienter Grossrat, hat richtigerweise gesagt, er würde gerne noch mehr reden, aber er darf nicht hier reden, weil er Angst hat, dass er einen Ordnungsruf kriegt. Wir haben zwar einen guten Vizepräsidenten, den ich auch sehr schätze.

Zu beiden Motionen muss ich als Grossrat und Präsident der Liste Ausländer stopp Nein sagen. Viele Grossräte würden zu dieser Sache gerne härter reden, aber es geht nicht mehr, weil wir einfach Angst haben davor, die Wahrheit zu sagen. Ich habe das Wort Klimawahn benutzt. Ich möchte keinen Ordnungsruf, aber ich möchte nur ein Wort sagen. In neutralen Tageszeitungen steht teilweise leider auch das Wort Klimaterror. Daniel Seiler hat gesagt, dass in dem Parlament Leute sind, die arrogant sind, mit der Macht, schlechte Verlierer. Was der Daniel Seiler gesagt hat, muss ich vollkommen unterstützen. Auch der André Auderset aus dem Kleinbasel hat gut gesprochen.



Ich muss trotzdem sagen, ganz klar und sachlich, als Grossrat an die Grünen: Ihre Zeit ist vorbei, Ihre Zeit ist abgelaufen. Das zeigt die Nationalratswahl 2023. Ich lasse meine Töchter nicht vor den Karren dieser Motionen spannen. Ich habe die Motionen gelesen und wir haben hier leider wieder eine ideologische Debatte.

Ich bitte Beat Flury, dass man inskünftig solche Motionen nicht mehr annimmt. Man kann nicht zwei Motionen abgeben mit dem gleichen Text. Das geht nicht man.

Claudio Miozzari, Statthalter: Bitte sprechen Sie zu den Inhalten.

Eric Weber (Fraktionslos): Beide Motionen enthalten den gleichen Text, ich lehne beide Motionen ab. Ich muss natürlich noch zu meinen Vorrednern kommen, vor allem auch zu David Wüest-Rudin. Einmal ein klares freundliches Wort an die GLP: Die Bevölkerung sagt, die GLP wähle mal links und mal rechts. Das geht nicht. Meine Zwischenfrage ist natürlich abgelehnt worden. Das ist für mich kein Problem. Aber David Wüest-Rudin, der Wähler wird Ihnen den Tarif durchgeben und der Wähler wird irgendwann einsehen, dass man nicht mal links und mal rechts sein kann. Ich habe grossen Respekt vor der SP, der grössten Partei in Basel, und vor der SVP, der grössten Partei in der Schweiz. Aber Ihre Politik ist ein Schaden der Demokratie. Mir gefällt nicht, dass die GLP seit Jahren in diesem Parlament einmal links und einmal rechts stimmt.

Claudio Miozzari, Statthalter: Ihre Zeit ist abgelaufen.

Claudio Miozzari, Statthalter: Nächster Einzelsprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Diese Diskussion ist schon lustig. Wir sprechen hier heute vor allem über zwei Gegenvorschläge, die jetzt von links plötzlich wieder unterstützt werden. Ich zitiere Lisa Mathys, immerhin die Präsidentin der SP, die gesagt hat, diese beiden Vorstösse seien Augenwischerei. Ich nehme zur Kenntnis, dass eine Mehrheit der Linken bei der Debatte damals diese Gegenvorschläge abgelehnt hat. Ja, Daniel Sägesser hat heute Kreide gefressen, er ist von seinem hohen Ross heruntergefallen und er hat zugeben müssen, dass seine Klimapolitik in diesem Kanton nicht mehrheitsfähig ist. Ich glaube, das müssten wir einmal in dieser Deutlichkeit zur Kenntnis nehmen, Daniel Sägesser, Ihre Politik in diesem Kanton ist mit grosser Mehrheit nicht mehrheitsfähig.

Sie haben Schiffbruch erlitten mit diesen beiden Initiativen, Sie waren zu siegesgewiss – Jean-Luc Perret hat das auch zugegeben. Er ist davon ausgegangen, dass diese beiden Initiativen eine Mehrheit finden. Sie wurden eines besseren belehrt. Und nun hat David Wüest-Rudin in dieser gewohnten Manier des Slaloms, wie wir es uns ja von der GLP schon gewohnt sind, das Argument gebracht, diese Gegenvorschläge seien ja gar nicht zur Abstimmung gelangt, deshalb konnte das Volk dazu gar nicht sagen und deshalb sei es ja jetzt doch korrekt, dass diese Gegenvorschläge in fast gleichem Wortlaut nun hier drinnen noch einmal diskutiert werden. David Wüest-Rudin, ich möchte Sie daran erinnern, dieses Parlament hat Nein gesagt zu diesen Gegenvorschläge und wer hat dieses Parlament gewählt? Das Volk. Also ist es auch legitim, wenn wir jetzt sagen, es ist zu früh, bereits wieder mit etwas zu kommen, das wir hier in diesem hohen Hause verworfen haben.

Nun ist es ja nicht so, dass diese beiden Initiativen mit 51 Prozent der Stimmen abgelehnt worden sind. Dann könnte man vielleicht sogar noch davon sprechen, dass es sich um ein Zufallsresultat handelt. Aber diese beiden Initiativen sind mit einem riesigen Abstand abgelehnt worden. Sie wurden mit 60 Prozent abgelehnt, also sehr deutlich, und dann können Sie nicht sagen, wir bringen jetzt Gegenvorschläge, die eigentlich sich gar nicht so gross unterscheiden von dem, was in den Initiativen gestanden ist. Es stehen etwa 70 Prozent von dem, was in der Initiative gefordert wurde, in diesen Gegenvorschlägen. Nehmen Sie das zur Kenntnis.

Es ist doch völlig absurd, jetzt etwas an den Regierungsrat zu überweisen, nachdem das Volk vor nicht einmal genau vier Wochen dazu Nein gesagt hat. Das ist nun wirklich auch eine Respektlosigkeit gegenüber dem Stimmbürger. Sie tun in diesem Saale immer so, als hätte bürgerlich, diese so genannte Betonfraktion, eine Mehrheit in der Regierung. David Wüest-Rudin, ich kann auf sieben zählen. Und drei sind von der SP und eine ist von der GLP und bei sieben sind vier bereits eine Mehrheit. Also, Sie können doch nicht behaupten, dass der Regierungsrat hier allenfalls etwas gegen ein gesundes Stadtklima oder gegen eine Begrünung unserer Innenstadt tun will. Das Gegenteil ist doch der Fall. Lesen Sie das Stadtklimakonzept. Das ist doch ausreichend. Sie brauchen doch jetzt nicht zwei Motionen an den Regierungsrat zu überweisen, die in einem Detailgrad ziemlich viel verlangt, was in zwei Initiativen abgelehnt worden ist, wenn wir gleichzeitig ein Stadtklimakonzept auf dem Tisch haben, das all diese Argumente und Anliegen berücksichtigt.

Ich bin auch für mehr Grün. Ich bin nicht von der Betonfraktion. Ich habe mit Ihnen zusammen, David Wüest-Rudin, für diese Gegenvorschläge gestimmt, nicht wie andere. Ich bin für mehr Grünflächen, aber es muss eben auch bau- und



städtebauverträglich erfolgen. Da hat die Bevölkerung ein sehr klares Votum abgegeben. Sie wollen nicht, dass unsere Stadt in den nächsten 20 Jahren nur noch eine Baugrube ist. Wir wollen die Fernwärme vorantreiben. Wir wollen Netto Null bis 2037. Das ist ein Volksentscheid, und auf diesem Wege können wir selbstverständlich alle diese Massnahmen, die sie sich wünschen, integrieren, wenn es Platz hat, wenn es funktioniert, aber wir können nicht noch zusätzlich das Fuder darüber legen und nun der Regierung quasi mit einem neuen Auftrag bereits wieder die Flügel stützen und sie in ihrer Entfaltungsmöglichkeit einschränken.

Das ist ein Misstrauensvotum gegenüber Ihrer eigenen Regierungsmehrheit. Ich bitte Sie deshalb inständig, akzeptieren Sie nun den Volkswillen, sagen Sie Nein zu diesen zwei Motionen, aber unterstützen Sie Ihre Regierung, unterstützen Sie auch in diesem Parlament alle Ideen, um möglichst viele Grünflächen zu erhalten, statt sie zu vernichten. Sie haben bei der Hebelschanze im letzten Monat aber einmal mehr bewiesen, dass Ihnen im Zweifel die Grau- oder die Betonfraktion näher ist.

Claudio Miozzari, Statthalter: Es gibt eine Zwischenfrage von Lisa Mathys, sie wird abgelehnt. Es hat sich Eric Weber für ein zweites Votum eingetragen. Herr Weber, es sind nur Aussagen zulässig zur weiteren Debatte, und nach Ihnen hat nur Joël Thüring gesprochen.

Eric Weber (Fraktionslos): Vizepräsident das ist richtig. Ich nehme Bezug auf meinen Lieblingsgrossrat Joël Thüring, aber ich wurde auch von der Altpräsidentin Jo Vergeat angesprochen worden, und dazu möchte ich auch eine Antwort geben. Das ist parlamentarisch okay.

Lieber Joël, wir werden dich auch im Parlament vermissen, wenn du Amtszeitbegrenzung hast.

Claudio Miozzari, Statthalter: Sprechen Sie zur Vorlage und zu Aussagen von Joël Thüring, die er gerade vorher gemacht hat.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich darf sagen, dass Joël Thüring mein Lieblingsdrossrat ist. Und Joël Thüring hat richtig gesagt, dass man den Volkswillen respektieren muss. Und den Grünen sage ich auch, respektieren Sie den Volkswillen. Ihre Zeit ist abgelaufen.

Claudio Miozzari, Statthalter: Das ist nicht zu lässig. Sie haben ihr Votum schon gehalten. Sie haben zu Ihrem Vorredner Stellung genommen. Möchten Sie noch etwas zu Ihrem Vorredner sagen?

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bitte, mir nicht ins Wort zu fallen, sonst verlieren wir noch mehr Zeit. Joël Thüring hat richtig gesagt, dass Daniel Sägesser Schiffbruch erlitten hat. Jo Vergeat meinte, ich würde so reden, weil Leute auf der Tribüne sitzen.

Claudio Miozzari, Statthalter: Eric Weber, das tut nichts zur Sache, bitte verlassen Sie das Rednerpult.

Eric Weber (Fraktionslos): Beide Motionen müssen abgelehnt werden und ich habe nicht schlecht geredet, ich habe nur die Wahrheit gesagt. Und Schlusssatz: Ich lasse meine Kinder nicht vor den grünen Karren spannen.

Claudio Miozzari, Statthalter: Nächster Einzelsprecher ist Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Wir sollten das Kind nicht mit dem Bade ausschütten mit der Ablehnung dieser Initiativen. Es ist doch auch so, dass vielen Wählerinnen und Wählern die Forderungen quantitativ zu weit gingen, dass sie den Eindruck hatten, das ist unrealistisch. Es gab auch viele Wählerinnen und Wähler unserer Partei, die fanden, das sei jetzt zu viel, auch angesichts der ganzen Ziele, die man sich sonst gesetzt hat. Aber das heisst doch nicht, dass sich die Menschen im Kanton nicht wünschen, dass man sich gewisse Ziele für die Begründung setzt. Im Gundeli gibt es weit bis in die bürgerliche Wählerschaft hinein viele Leute, die finden, dass die Umgestaltungen zu wenig grün geraten sind, dass man an der Gundeldingerstrasse keinen einzigen Baum aufgestellt hat, dass der Meret Oppenheim-Platz eine Asphaltwüste ist im Hochsommer und



klimatechnisch hoch problematisch. Da denke ich, ist es schon wichtig, dass man sich versucht, Ziele zu setzen. Ich sehe die beharrenden Kräfte dabei übrigens weder im Parlament noch in der Regierung. Ich sehe sie vielleicht in der Verwaltung und in langjähriger eingetübter Tiefbau- oder sonstiger Verwaltungspraxis. Das ist weder ein Vorwurf an die zuständige der Regierungsrätin noch ans Parlament, sondern eine Mahnung daran, dass man gewisse Sachen versuchen muss, auch im Verwaltungsalltag heute neu und anders zu denken.

Ich glaube, dafür braucht es auch eine gewisse Zielsetzung, eine vielleicht überambitionierte Zielsetzung. Diese wurde von der Bevölkerung abgelehnt, aber das heisst nicht, dass die Menschen im Kanton diesbezüglich keine Zielsetzung wünschen und wollten. Ich würde ja gerne von Joël Thüring wissen, wie er auf die 70 Prozent dessen, was die Initiative wollte, kommt, die jetzt mit diesen Motionen angestrebt werden sollen. Daniel Sägesser hat heute Morgen ganz andere Zahlen präsentiert, auch klar ausgewiesen. Ich verstehe nicht ganz und kann nun wirklich nicht nachvollziehen, wie man auf 70 Prozent kommt, und er ist uns diesbezüglich eine Erklärung schuldig geblieben. Ich sehe diesen Vergleich, den wir heute Morgen gesehen haben und sehe, dass es in der Grössenordnung auch deutlich weniger ambitioniert, aber wahrscheinlich auch viel realistischer ist als das, was die Initiativen gefordert haben.

Claudio Miozzari, Statthalter: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Sie wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Es ist eine kurze Präzisierung. Es geht um die zweite Motion, da geht es um die 70 Prozent Strassenraum.

Tim Cuénod (SP): Ich habe die Frage nicht ganz verstanden, aber ich glaube, es war auch keine.

Claudio Miozzari, Statthalter: Das habe ich auch so wahrgenommen. Nächste Einzelsprecherin ist Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Da ich doch auch persönlich angesprochen wurde und natürlich auf sehr fragwürdige Weise zitiert wurde, dann aber keine Zwischenfrage angenommen wurde, möchte ich doch trotzdem auch noch ein paar Überlegungen machen. Ich möchte Sie wirklich sehr bitten, ein bisschen sich zurückzuhalten mit dem Vorwurf, dass hier eine undemokratische Vorgehensweise gemacht werde. Zum einen muss ich sagen an die Adresse der GLP, dass ich es auch nicht supercool fand, diese Motionen einzureichen, während der Abstimmungskampf noch nicht gelaufen war. Ich stehe zu dieser Aussage, ich finde das nicht die feine Art, aber es ist auch so, dass Sie alle, die im Nein-Komitee waren, die den ganzen Abstimmungskampf über, aber wirklich den ganzen, betont haben, wie wichtig das Ihnen sei, dass es mehr Grün gäbe und dass es schneller vorangehe und dass man dafür Sorge, dass es mehr Grün gäbe in dieser Stadt. Wenn Sie jetzt diese Motionen ablehnen, dann haben Sie der Bevölkerung während dem Abstimmungskampf ins Gesicht gelogen. Ich möchte Sie wirklich bitten, dass Sie nicht uns unterstellen, dass wir den Entscheid nicht akzeptieren.

Sonst erinnere ich Sie gerne noch einmal an die Folie, die Daniel Sägesser gezeigt hat in seinem Votum. Wenn Sie den grossen Abstand zwischen den Ja- und den Nein-Stimmen ansprechen, gebe ich Ihnen recht. Aber der Abstand zwischen den Initiativen und den Motionen ist viel grösser als der Abstand zwischen den Ja- und den Nein-Stimmen. In diesem Sinne ist es also alles andere als antidemokratisch, sondern es geht darum, dass wir uns jetzt hier dafür einsetzen, dass Basel-Stadt einen konsequenten Weg für die Lebensqualität in unserem Kanton weitergehen kann und sich weiter dafür einsetzen kann, dass Dinge besser werden. Denn wir haben - und auch ich weiss, das hören Sie nicht gerne, aber es ist eine Tatsache wir haben Todesfälle im Sommer, weil wir eine zu grosse Hitzebildung haben, und wenn Sie das einfach weiterhin ignorieren wollen oder wegreden wollen, dann finde ich das auch nicht so super schön.

Deshalb bitte ich Sie auch aus meiner Warte noch einmal mit Nachdruck, diese beiden Motionen zu überweisen.

Claudio Miozzari, Statthalter: Damit hat sich die Diskussion bis auf den Motionär, der jetzt zu Wort kommt, erschöpft.

Tobias Christ (GLP): Vielleicht beginne ich in aller Form. Ich habe gehofft, dass sich das vermeiden lässt, dass es eher so ein PR-Gag war von gewissen Kreisen, die von undemokratischer Missachtung des Volkswillens und so weiter gesprochen haben, und dass dies heute nicht mehr so zur Sprache kommt. Das war leider nicht so. Deshalb muss ich das auch vorweg noch einmal in aller Form zurückweisen. Dem ist natürlich nicht so und dieser Vorwurf ist doch nicht sinnvoll begründbar. Die Entgegnung wurde schon von diversen Vorrednern gemacht und ich muss das nicht wiederholen. Ich danke allen, die den Vorwurf schon entkräftet haben.



Jetzt komme ich zur Einordnung aus meiner persönlicheren Perspektive, da ich das mit meinem Namen zu verantworten habe. Konkret wurde ich im Vorfeld dieser Debatte mit der Frage konfrontiert, ob ich jetzt diese Motionen zurückziehe, denn das wurde ja gefordert, auch wieder mit dem Vorwurf der Missachtung des Volkswillens. Und natürlich habe ich gesagt nein. Ich habe dann noch einmal in Ruhe erklärt, dass wir dieses zugegebenermassen unkonventionelle Vorgehen gewählt haben und diese Motionen schon im Vorfeld, vor der Abstimmung, angekündigt und eingereicht haben. Diese Motionen jetzt zurückzuziehen, wäre eine Missachtung des Volkswillens. Denn jetzt haben viele an der Urne Nein gestimmt – und man kann darüber spekulieren, wie viele das waren –, aber es ist doch ziemlich offen, wie das Resultat ausgesehen hätte, wenn wir diesen Move nicht gemacht hätten, wenn wir als GLP eine Ja-Parole beschlossen hätten.

Trotzdem möchte ich einen weiteren Bogen machen zu dieser Idee, wie man mit dem Volkswillen umgeht. Was bedeutet so ein Ergebnis? Das ist ein typisches demokratiepolitisches Problem, wie man ein Nein interpretiert, wenn es keinen Gegenvorschlag gegeben hat. Ein Nein kann ganz viele Gründe haben, und deshalb gehört des zum notwendigen, demokratiepolitischen Alltag, so ein Nein zu interpretieren. Sehr oft lässt man dann in der Praxis die Sachen etwas liegen, man sagt, da gab es einen Volksentscheid, ein Nein, also warten wir jetzt ein bisschen. Die Spitalfusion ist ein gutes Beispiel. Wie lange muss man warten, bis man das Thema wieder aufbringen darf? Ich denke, als Politiker müssen wir das beste machen, gerade bei Fragen, die keinen Aufschub zulassen. Wir können nicht einfach ein paar Jahre warten, sondern bei diesem Thema müssen wir wirklich vorangehen. Und da sind sicher erstaunlicherweise die meisten einig.

Aufgefallen ist mir bei der Debatte, dass nur wenige versucht haben, über Zahlen und über die konkreten Ziele zu reden. Es wurde nur sehr wenig über Inhalte gesprochen. Das ist für mich als letzter Redner eine gute Überleitung, um über Inhalte zu reden. Warum braucht es diese Motion? Die Regierung hat richtigerweise gesagt, dass es aus ihrer Sicht diese Motion nicht braucht. Das akzeptiere ich, das verstehe ich, das ist mir klar. Aber die Reaktion, die wir jetzt und insbesondere schon im Vorfeld gesehen haben, die Versuche von gewissen Kreisen, dieses Nein zu interpretieren, zeigen, wie dringend nötig diese Motionen sind. Wir als GLP haben das Nein mitzuverantworten, und wir müssen deshalb jetzt auch mit diesem Nein richtig umgehen. Das ist unsere Verantwortung, und das machen wir mit diesen Motionen.

Aber längst nicht nur mit diesen Motionen. Ich bin mit allen Rednern einig, die gesagt haben, jetzt tun konkrete Massnahmen Not. Ganz spezifisch will ich eingehen auf Adrian Iselin, der eine Frage aufgeworfen hat, wie der Verkehr in 30 Jahren aussieht. Ich denke, ich bin inhaltlich mit ihm nicht einig. Ich bin nicht sicher, ob wir gleich viel Verkehr haben werden, aber ich bin mit ihm einig, dass es die richtige Diskussion ist, die wir jetzt führen müssen. Und dieser Diskussion werden wir uns als GP natürlich nicht verschliessen. Wir meinen nicht, dass mit diesen Motionen diese Diskussionen erledigt sind, sondern im Gegenteil, wir wollen damit einen Schlusstrich ziehen unter diesen Fehler, den wir im Grossen Rat gemacht haben, nämlich keinen Gegenvorschlag vorzulegen. Diesen Fehler wollen wir jetzt damit korrigieren und ausbügeln.

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 42 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002251, 06.12.23 14:44:23]

Der Grosse Rat beschliesst

auf die Motion einzutreten und diese dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu überweisen.

Claudio Miozzari, Statthalter: Sie haben die Motion mit 48 Ja-Stimmen gegen 42 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung überwiesen.

12.1. Interpellation 148 Pascal Messerli betreffend neuer Direktor der Kunsthalle Basel - Ein mutmasslicher Israelhasser an der Spitze eines vom Kanton alimentierten Betriebs?

[06.12.23 14:44:52, 23.5603.03]



Claudio Miozzari, Statthalter: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er möchte nicht. Damit geht das Wort an Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1: Die Kunsthalle ist eine private Institution. Dem Regierungsrat stehen keine Kompetenzen bei der Wahl des Direktors zu. Das Präsidialdepartement hatte keine Kenntnis davon, dass Mohamed Almusibli die beiden im Internet veröffentlichten «offenen Briefe» unterzeichnet hatte. Der zuständige Departementsvorsteher hat am 16. November 2023 gegenüber den Medien ausführlich Stellung bezogen und klargestellt, dass er erwarte, dass jeglicher Verdacht von Antisemitismus klar ausgeräumt wird. Dies ist durch die Stellungnahme des Basler Kunstvereins, veröffentlicht am 16. November 2023, passiert. Der Kunstverein hat darin ausführlich öffentlich Stellung genommen, weshalb die Regierung an dieser Stelle nicht nochmals darauf eingeht. Sowohl der Basler Kunstverein als auch Mohamed Almusibli distanzieren sich entschieden von den umstrittenen Passagen in diesen offenen Briefen.

Zu Frage 2: Der Basler Kunstverein ist davon überzeugt, mit Mohamed Almusibli als neuem Direktor die richtige Wahl getroffen zu haben. Der Regierungsrat sieht nach der öffentlichen Stellungnahme des Kunstvereins keinen weiteren Handlungsbedarf. Er unterstützt das Anliegen des Kunstvereins, dass der neue Direktor eine Chance bekommt, in Basel seine Fähigkeiten und sein Talent als Kurator zeitgenössischer Kunst unter Beweis zu stellen.

Zu Frage 3: Ja, Herr Almusibli hat seine Haltung erklärt und der Basler Kunstverein hat dazu am 16. November 2023 per Medienmitteilung eine Stellungnahme veröffentlicht. Der Vorsteher des Präsidialdepartements hatte dem Kunstverein gegenüber die Erwartung kommuniziert, öffentlich Stellung zu beziehen (siehe auch Antwort auf Frage 1).

Zu Frage 4: Nein, denn der Basler Kunstverein ist in engem Kontakt mit den jüdischen Stiftungen sowie anderen Förderinnen und Förderern, die das Programm der Kunsthalle sowie die Institution unterstützen.

Zu Frage 5: Nein.

Zu Frage 6: Sowohl der Basler Kunstverein als auch Mohamed Almusibli distanzieren sich entschieden von den umstrittenen Passagen in den erwähnten offenen Briefen. Mohamed Almusibli bedauert seine Unterschrift und hat klargestellt, dass seine Motivation zur Unterschrift die tiefe Betroffenheit mit dem gegenwärtigen Leiden im Nahen Osten auf allen Seiten war. Er verurteilt zudem jegliche Form von Antisemitismus. Dies wurde öffentlich klargestellt. Der Kunstverein und das Präsidialdepartement haben Hunderte von Zuschriften von Kulturschaffenden aus Basel, der gesamten Schweiz und weltweit erhalten, welche die Berufung von Mohamed Almusibli unterstützen. Der Regierungsrat befürchtet keine Reputationsschäden.

Zu Frage 7: Mohamed Almusibli hat in der Vergangenheit mit zahlreichen israelischen und jüdischen Künstlerinnen und Künstlern zusammengearbeitet und wird dies auch weiterhin tun. Er hat nachweislich bei allen seinen bisherigen Tätigkeiten als Kurator bewiesen, dass er für Vielfalt, Inklusion, Toleranz und einen offenen Diskurs einsteht.

Zu Frage 8: Wir verweisen auf die Antworten zu den Fragen 6 und 7.

Zu Frage 9: Nein, der Regierungsrat sieht dazu keinen Anlass.

Zu Frage 10: Die am 16. November 2023 veröffentlichte Stellungnahme der Kunsthalle hat aus Sicht des Regierungsrats alle offenen Fragen beantwortet.

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Pascal Messerli (SVP): Zunächst einmal möchte ich mich bei Regierungsrätin Stephanie Eymann bedanken für die Beantwortung der Interpellation und generell für ihre Anwesenheit heute.

Wenn ein Nazi auf der Strasse einen Hitlergruss macht oder wenn ein Islamist anti-jüdische Parolen skandiert, dann sind das die bekanntesten Phänomene von Antisemitismus. Es ist aber so, dass Antisemitismus breit in der Gesellschaft eine Anerkennung findet und verbreitet ist, gerade in Künstlerszenen, oder auch in intellektuellen Kreisen merkt man, dass auch dort Antisemitismus ein grosses Thema ist. Wir kommen ja nachher noch auf die Interpellationen von Joël Thüring, in der Antisemitismus an der Universität thematisiert wird. Und bei aller Liebe und bei allem Verständnis, geschätzter Regierungsrat, aber ich nehme die Entschuldigung und die Distanzierung Herrn Almusibli nicht ab. Hören Sie doch auf, zu behaupten, das sei einleuchtend und diese Entschuldigung könnte man hier einfach so annehmen. Wer derartige Briefe mit derartig heiklen Passagen unterschreibt, der weiss, was er unterschreibt und er weiss, dass es heikel ist und er weiss, dass



es einen antisemitischen Hintergrund hat. Und selbstverständlich waren diese Briefe zutiefst antisemitisch. Wenn man nämlich nur derartige Briefe unterzeichnet, einseitig gegen Israel, gleichzeitig aber keine anderen Länder auf der ganzen Welt kritisiert – China wird nicht kritisiert, Russland wird nicht kritisiert, die Frauenrechte in islamischen Ländern werden nicht kritisiert, dass die Hamas Terroranschläge gemacht hat, wurde erst vier Tage später in dem Brief dann auch noch als Zwischenbemerkung eingefügt –, dann ist das doch ganz klar ein antisemitischer Vorfall, wenn man nur Israel und nur dem jüdischen Staat Israel Völkermord und Genozid vorwirft. Das sind ja generell Begriffe, die auf tiefe Verbrechen schliessen lassen lassen. Und wenn man gerade die Terror-Anschläge der Hamas einfach ignoriert, dann ist das ein ganz klarer antisemitischer Vorfall.

Wo ich dem Regierungsrat Recht gebe, ist, dass es sich um eine private Institution handelt, und dass es keine Arbeitgeberstellung gibt. Das ist so ja, aber trotzdem wird die Kunsthalle mit Steuergeldern finanziert, und ich kann Ihnen jetzt schon sagen, wir werden an der Budgetdebatte einen Kürzungsantrag bei der Kunsthalle einreichen. Es ist ja toll, dass wir alle hier Lippenbekenntnisse machen zur Bekämpfung von Antisemitismus, aber wenn wir dann wieder so einen Fall haben, dann reicht eine plumpe Entschuldigung und eine plumpe Distanzierung von Antisemitismus und alles ist wieder gut und er ist super und erst toll und er wird der beste Kunsthallenchef aller Zeiten. Meine Damen und Herren, so geht es nicht, da werden wir uns wehren und wir können jetzt schon sagen, wir werden sämtliche Form von Antisemitismus, auch in künstlerischen Kreisen, auch in Intellektuellenkreisen, auch an der Universität bekämpfen. Das wird ein langer Kampf sein, auch hier an diesem Kanton Basel-Stadt, und das lassen wir uns nicht gefallen und dementsprechend werden wir hier weiter aktiv sein. Und gerade Herrn Almusibli werden wir ganz gut auf die Finger schauen, das kann ich Ihnen jetzt schon garantieren. Ich bin mit der Beantwortung nicht zufrieden.

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

12.2. Interpellation Nr. 149 Beat K. Schaller betreffend einseitige Politpropaganda von staatlich finanzierten Institutionen

[06.12.23 14:52:15, 23.5604.01]

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte nicht begründen.

12.3. Interpellation Nr. 150 Joël Thüring betreffend mutmasslich antisemitische Vorfälle an der Universität, der FHNW, an Schulen und vom Kanton mitfinanzierten Institutionen

[06.12.23 14:52:33, 23.5608.01]

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.

Joël Thüring (SVP): Ja, ich möchte begründen, insbesondere weil Regierungsrätin Stephanie Eymann im Namen des Regierungsrat auch schon ein bisschen auch zu meiner Interpellation Stellung genommen hat und hier, wie auch mein Vorredner Messerli bereits erwähnt hat, nun wirklich nicht zufriedenstellend geantwortet hat. Was ist passiert seit dem schrecklichen Terroranschlag auf Israel? Wir stellen fest, dass sich hier in unserer Stadt Antisemitismus sehr breit macht. Und ich muss leider auch feststellen, dass die Rufe derer, die sonst, wenn irgendwelche Rechtsradikalen auf die Strasse gehen, in Fragen des Antisemitismus aus der Künstlerszene, aus der Intellektuellenszene zumindest nicht so laut hörbar sind. Und wir haben hier in den vergangenen Wochen, und das finde ich beachtlich, an einigen Institutionen, die dem Kanton gehören, antisemitische Vorfälle erleben müssen.

Da ist einerseits an der Hochschule für Gestaltung, der Fachhochschule Nordwestschweiz, ein Vorfall zu verzeichnen. Dort wurde ein Plakat ausgehängt «Genozid ist kein Konflikt und staatliche Gewalt keine Lösung». Dieser Slogan, das hat auch



ein entsprechender Rassismus- und Antisemitismusexperte gesagt, ist implizit antisemitisch. Die FHNW sagt in einer Stellungnahme, sie wollen den Vorfall aufarbeiten, aber wirklich viel geschehen ist seither nicht.

Dann haben wir diese unsägliche Situation an der Universität Basel in diesem von offenbar antisemitischem Gedankengut geprägten Fachbereich Urban Studies, wo es doch tatsächlich möglich ist, dass irgendwelche vom Steuerzahler alimentierten Dozenten behaupten können, dass Israel Wildschweine im Westjordanland als Waffe einsetze, um damit Palästinensern zu schaden. Das ist krass antisemitisch, und auch hier erwarte ich von der Universität nicht nur, dass sie öffentlich sagt, sie wolle den Fall aufarbeiten, sondern dass die Universität diesen Fachbereich Urban Studies genauestens unter die Lupe nimmt und auch prüft, wer dort welches Gedankengut auch an Vorlesungen vertritt. Und es ist für mich absolut klar, dass das Parlament hier auch eine Antwort darauf erhalten muss, wie damit umgegangen wird seitens der Universität.

Dann haben wir von Regierungsrat Conradin Cramer gehört, dass es an den Schulen unmittelbar nach diesem schrecklichen Terroranschlag auf Israel zu gut 12 antisemitischen Vorfällen gekommen sei. Auch hier möchte ich ganz konkret wissen, was nun das ED macht und ob allenfalls auch das Erziehungsdepartement diese antisemitischen Äusserungen weiterverfolgt, nämlich indem es sie an die entsprechenden Strafverfolgungsbehörden weiterleitet und beispielsweise auch mit Eltern von Kindern, die sich an Schulen antisemitisch äussern und keinen Schweizerpass haben, eine Integrationsvereinbarung abschliessen. Das ist eine Frage, die zu stellen ist.

Und der Fall Almusibli in der Kunsthalle ist längststens kein Fall Almusibli mehr, es ist ein Fall Kunsthalle und Kunstverein. Und übrigens ist Katrin Grögel als Abteilungsleiterin Kultur vertreten in diesem Stiftungsrat, beratend, und diese Findungskommission hat zufälligerweise ebenfalls ein Mitglied aus Genf, einen Künstler aus Genf, der sich selber einem solchen Aufruf angeschlossen hat, der ebenfalls einseitig Israel eines Anschlags oder eines Angriffs auf Palästina beschuldigt. Auch dieser Aufruf schwafelt von einem Genozid und lässt den Angriff der Hamas auf Israel aus und kritisiert dies nicht. Und ein Mitglied des Stiftungsrates des Kunstvereins postet auf Instagram regelmässig anti-israelische Posts, auch dort wieder mit dem Hinweis, dass es sich wahrscheinlich um einen Genozid handelt, welchen Israel nun an der palästinensischen Bevölkerung verübt, Das sind alles Indizien, dass wir in dieser Kunsthalle, Frau Regierungsrätin, ein massives Problem mit Antisemitismus haben. Und hier erwarte ich Antworten vom Regierungsrat, wie er damit umgeht, dass es in einer Institution, die privat ist, aber hauptsächlich vom Steuerzahler alimentiert wird, offenbar krude antisemitische Haltungen in den obersten Gremien gibt.

Und deshalb sind diese Fragen wichtig, und ich hoffe wirklich sehr, dass der Regierungsrat diese Interpellation, weil er sie ja schriftlich beantwortet und ein bisschen mehr Zeit hat, sehr detailliert beantwortet. Denn es ist klar, wir werden beim Thema des Antisemitismus keinen Hauch davon abweichen, dass dies mit aller Härte und Schärfe verfolgt werden muss. Hier erwarten wir auch klare Kante des Regierungsrates gegenüber Institutionen wie der Uni, der FHNW oder der Kunsthalle, die in ihren Reihen Antisemiten angestellt haben.

12.4. Interpellation Nr. 151 Fina Girard betreffend Unterbringung von Jugendlichen im Gefängnis durch die KESB

[06.12.23 14:57:55, 23.5609.01]

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin möchte nicht begründen.

12.5. Interpellation Nr. 152 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Stopp der geplanten Verdoppelung der Studiengebühren an der Universität für Langzeitstudierende

[06.12.23 14:58:14, 23.5610.01]

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.



Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Die Idee, dass offenbar Studiengebühren verdoppelt werden sollen für Langzeitstudierende ist ja nicht per se neu. Viele Universitäten machen das bereits in der Schweiz oder gehen sogar viel weiter. Was mir aber hier aufgefallen ist, ist, dass dieses Vorhaben nicht unreflektiert aber nicht öffentlich diskutiert wurde und letzten Donnerstag schon hätte eingeführt werden sollen beziehungsweise beschlossen werden sollen in der Regens. Und meine Interpellation hat nun immerhin dazu geführt, dass das Vorhaben vom Rektorat gestoppt worden ist für den Moment, so dass Zeit besteht das auch auf der politischen Ebene zu prüfen. In diesem Sinne bin ich sehr froh, dass diese Interpellation noch rechtzeitig hat eingereicht werden können. Ich bin dankbar dafür, dass die Regierung diese schriftlich beantworten wird, denn ich denke, dass das Gespräche mit dem Rektorat braucht. Es kann tatsächlich sein, dass das eine Vorlage ist, die auch gut ist. Das ist nicht auszuschliessen, man muss sie aber genau anschauen, sonst trifft sie sicher die Falschen, weil oftmals sozial schwächere oder gesundheitlich angeschlagene Personen betroffen sind.

Im Moment bin ich schon sehr zufrieden, dass es gestoppt worden ist und bin sehr gespannt auf die Antwort der Regierung.

12.6. Interpellation Nr. 153 Eric Weber betreffend warum hat unser Kanton die Studie der Lebenserwartung (in der Basel auf Platz 1 in ganz Europa liegt) verschlafen?

[06.12.23 15:00:06, 23.5613.01]

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.

Eric Weber (Fraktionslos): Wir Basler werden europaweit, von Moskau bis Lissabon, von Malta bis zur Antarktis, am ältesten. Das hat eine hoch bezahlte Studie in Deutschland ergeben. Ich war glücklich, als ich das gelesen habe in der Süddeutschen Zeitung und in der Frankfurter allgemeinen Zeitung. Die Regierung hat geschlafen. Wenn ich jetzt Präsident von Basel wäre, hätte ich das gross gebracht, liebe Basler Bevölkerung, wir Basler werden am ältesten von ganz Europa.

Ich finde das cool, so eine schöne Nachricht hier zu bringen, dass wir glücklich und gesund sind und die ältesten Europäer. Es steht in meinem Text der Interpellation. Das wurde europaweit in allen Zeitungen gebracht, in Deutschland, Frankreich, Italien überall, aber nicht in Basel. Die Regierung hat bei diesem wichtigen Thema geschlafen, und darum muss ich das sagen. Die Lebenserwartung der klassischen Geschlechter nähert sich an, Basel steht auf Platz 1 in ganz Europa und hat die besten Werte.

Warum hat der Kanton Basel-Stadt die Studie der Lebenserwartung verschlafen? Gibt es beim Kanton Basel-Stadt keine Stelle, die die ausländischen Medien auswertet? Das deutsche Bundesinstitut für Bevölkerungswachstum hat die Studie gemacht, das ist eine Stelle des deutschen Bundeskanzlers Scholz, Bundesinstitut für Bevölkerungswachstum. Wir sind nur ein Sandkorn in Europa, aber trotzdem haben wir als Sandkorn den Rekord geschafft, dass wir am ältesten werden.

Claudio Miozzari, Statthalter: Wir kommen zur nächsten Interpellation.

12.7. Interpellation Nr. 154 Oliver Bolliger betreffend möglicher Verschiebung der OECD-Mindeststeuer und deren Auswirkungen auf den Kanton Basel-Stadt

[06.12.23 15:03:52, 23.5622.01]

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant möchte nicht begründen. Damit hat das Wort Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ich beantworte diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Zu Frage 1: Ja, der Regierungsrat befürwortet die Verschiebung der Einführung der OECD-Mindeststeuer und hat dies auch der zuständigen Bundesrätin mitgeteilt.



Zu Frage 2: Aus Sicht des Regierungsrates haben sich die internationalen Rahmenbedingungen seit der Abstimmung vom 18. Juni 2023 wesentlich verändert. So war eine derart zurückhaltende Umsetzung der OECD-Mindeststeuer durch die anderen Länder nicht vorhersehbar. Rund 75 Prozent der 140 Staaten, die sich 2021 für eine Mindeststeuer ausgesprochen haben, sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht bereit diese umzusetzen. Als Vorreiter des Projekts gilt zwar die EU, aber auch deren Mitgliedstaaten stehen nicht geschlossen hinter dem Projekt. Bei einer Inkraftsetzung der OECD-Mindeststeuer durch die Schweiz würden Schweizer Unternehmen gegenüber ausländischen Konkurrenten in Staaten, welche die Mindestbesteuerung nicht oder noch nicht umsetzen, finanziell erheblich benachteiligt. Mit einer Verschiebung der Inkraftsetzung kann somit die heutige Wettbewerbsfähigkeit erhalten und ein Standortnachteil vermieden werden.

Zu Frage 3: Im Budget 2024 sind Mehreinnahmen von 50 Mio. Franken aufgrund eines Übergangseffekts im Zusammenhang mit der OECD-Mindeststeuer berücksichtigt. Mehreinnahmen aus der Bundesergänzungssteuer sind bisher weder budgetiert noch im Finanzplan eingestellt worden.

Zu Frage 4: Nein. Wenn der Bundesrat die OECD-Mindeststeuer nicht per 2024 einführt, wird Basel-Stadt dies nicht eigenständig auf diesen Zeitpunkt tun, um die heutige Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und einen Standortnachteil zu vermeiden. Der Regierungsrat wird die veränderte Ausgangslage und die internationale Situation weiterhin beobachten und die möglichen Optionen prüfen.

Zu Frage 5: Nein. Höhere Steuern führen zu einer tieferen Standortattraktivität. Der Kanton Basel-Stadt hat sich daher immer dafür eingesetzt, dass allfällige Mehreinnahmen aus der Ergänzungssteuer dauerhaft an die betroffenen Kantone gehen, damit diesen Mittel für den Erhalt der Standortattraktivität zur Verfügung stehen.

Zu Frage 6: Der Regierungsrat anerkennt das Anliegen der Steuergerechtigkeit, welches der Reform zu Grunde liegt. Ob die OECD-Mindeststeuer diesem Anspruch gerecht werden kann, muss sich zuerst noch zeigen.

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Oliver Bolliger (GAB): Ich bedanke mich für die mündliche Beantwortung meiner Interpellation. Von der Antwort der Regierung bin ich nicht wirklich überrascht, aber die Deutlichkeit und die Infragestellung der OECD-Mindeststeuer als Mittel zu mehr internationaler Steuergerechtigkeit erschreckt mich nun schon ein wenig. Zumindest bei meiner letzten Frage hätte ich mir ein wenig mehr Ausgewogenheit und klare Positionierung gegen Steueroasen gewünscht. Es scheint sie nicht zu überraschen, mit der Beantwortung meiner Interpellation bin ich natürlich überhaupt nicht zufrieden, wie so oft bei Finanz- und Steuerfragen schaut Bundesbern und darauf folgend jeder einzelne Kanton mal zuerst auf sich, um sozusagen das Fünferli und das Weggli zu ergattern. Ja nicht zu viel für andere bezahlen, ja nicht zu kurz kommen, Solidarität, meine geschätzten Damen und Herren, sieht in meinen Augen ein wenig anders aus. Die OECD-Mindeststeuer wäre ein wichtiger Hebel, um Steuerrasen für Grosskonzerne zu verhindern. Leider ist sie schon verbessert, bevor sie überhaupt eingeführt ist, falls sie denn überhaupt je eingeführt wird.

Wir von der BastA! begrüßen eine OECD-Mindeststeuer und haben unsere Kritik an der Ausgestaltung der Verteilung zwischen Bund und Kanton bereits bei der Abstimmung klar zum Ausdruck gebracht. Uns liegt die internationale Steuergerechtigkeit sehr am Herzen, deshalb auch diese Interpellation. Eine Verschiebung der Einführung der Mindeststeuer durch den Bundesrat wäre in der Konsequenz egoistisch, demokratisch auch fragwürdig und schadet vor allem auch der europäischen Zusammenarbeit.

Die Basler Regierung hat sich mit dem Argument der Dringlichkeit und der Sinnhaftigkeit der Mindeststeuer für den Kanton Basel-Stadt aber auch für die hier ansässigen Grossfirmen, aber eben auch für mehr internationale Steuergerechtigkeit damals im letzten Juni für die Einführung der Mindeststeuer eingesetzt. Umso befremdlicher ist, dass die Basler Regierung sich nun in Bundesbern, aktiv für die Verschiebung eingesetzt hat. Es wäre ein starkes Zeichen der Basler Regierung, zumindest aus meiner Sicht, die Mindeststeuer trotzdem im nächsten Jahr umzusetzen. So könnte zum Ausdruck kommen, dass diese Mindeststeuer trotz allen Schwächen zumindest ein Ansatz gegen den unsäglichen nationalen und internationalen Steuerwettbewerb ist. Es stellt sich nach der Antwort für mich weiterhin schon noch die Frage, ob das Budget 2024 nicht korrigiert werden müsste, sind doch trotzdem 50 Millionen einmaligen Zusatzeinnahmen aufgrund der Annahme der OECD-Mindeststeuer in Frage gestellt.

Die Antwort zur Interpellation ist aus Sicht der Finanzministerin des Kantons klar nachvollziehbar, aber diese Deutlichkeit hätte ich ehrlicherweise schon nicht erwartet. Für internationale Steuergerechtigkeit scheinen die Zeiten sehr weit weg zu sein.

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.



12.8. Interpellation Nr. 155 Sandra Bothe-Wenk betreffend den verschiedenen Prüfungsformate für die Maturaprüfungen SJ 23/24

[06.12.23 15:09:55, 23.5623.01]

Claudio Miozzari, Statthalter: Die Interpellation wird schriftlich beantwortet. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet.

12.9. Interpellation Nr. 156 Annina von Falkenstein betreffend Einschränkung des Ruf taxi-Angebots auf dem Areal des Friedhofs Hörnli: Sind dem Bau- und Verkehrsdepartement die Anliegen trauernder älterer und gehbehinderter Menschen egal?

[06.12.23 15:10:16, 23.5624.01]

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin möchte nicht begründen.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1: Die Verantwortung für das Rufbusangebot wurde 2020 dem Betrieb der Friedhöfe Basel übertragen, der das Angebot seit 2021 mit zwei eigenen Mitarbeitenden sowie mit Unterstützung von Personen aus den Eingliederungsstätten gewährleistet. Zum einen konnte seit Sommer 2023 kein geeignetes Personal mehr aus den Eingliederungsstätten gewonnen werden. Zum anderen musste infolge Zunahme der Todesfallzahlen und der Kremationen das bisher eingesetzte Betriebspersonal für andere Tätigkeiten im Bestattungswesen eingesetzt werden, weshalb das Rufbusangebot eingeschränkt werden musste. Der Regierungsrat weist an dieser Stelle darauf hin, dass der Friedhof zwar sieben Tage die Woche geöffnet ist, der Betrieb mit seinen Ressourcen aber auf eine Fünftagewoche ausgerichtet ist und am Wochenende jeweils grundsätzlich ruht.

Zu Frage 2: Der Stellenetat hat sich nicht geändert. Möglicherweise bezieht sich diese Aussage auf den Umstand, dass 2022 und 2023 aufgrund der hohen Todesfallzahlen und Kremationen befristet zwei zusätzliche Stellen im Betrieb der Friedhöfe Basel geschaffen wurden. Eine Anstellung lief per 30. November 2023 aus, die zweite Stelle ist bis zum 30. April 2024 befristet.

Zu Frage 3: Seit Sommer 2023.

Zu Frage 4: Gemäss interner Auswertung zur Nutzung des Rufbusses 2023 werden an Werktagen durchschnittlich zwischen vier und fünf und an Wochenenden zwischen ein und zwei Fahrten pro Tag durchgeführt.

Zu Frage 5: Der Regierungsrat hat Verständnis dafür, dass eine Einschränkung des Angebots zu Unmut führen kann. Allerdings sind seit der Umstellung im Juni 2023 lediglich vier Rückmeldungen mit Bezug zur Einschränkung des Rufbusangebots eingegangen.

Zu Fragen 6 und 7: Die Einschränkung des Rufbusangebots ist keine Sparmassnahme. Die bislang dafür eingesetzten personellen Ressourcen werden im Bestattungswesen benötigt.

Zu Frage 8: Diese Frage kann nicht beantwortet werden, da diese Zahlen nicht erhoben werden.

Zu Frage 9: Derzeit sind keine Ersatzangebote vorgesehen. Wie bereits ausgeführt, war die bisherige Nachfrage eher gering.

Zu Frage 10: Nein.

Zu Frage 11: Grundsätzlich ist jede Abteilung barrierefrei zugänglich, jedoch nicht jede einzelne Grabstätte.

Zu Frage 12: Selbstverständlich wurden die Vor- und Nachteile einer Einschränkung sorgfältig abgewogen. Die Sicherstellung des gesetzlichen Dienstleistungsangebots im Bestattungswesen hat aber weiterhin Vorrang. Der Rufbus wird



weiterhin an bestimmten Feiertagen (Karfreitag, Ostersonntag und -montag, Auffahrt, Pfingstsonntag und -montag, Allerheiligen, Heiligabend, Weihnachten) zur Verfügung stehen.

Zu Frage 13: Nein, dazu besteht kein Anlass. Im Gegenteil: Der Friedhof am Hörnli ist der grösste Friedhof der Schweiz und stellt eine imposante Gartenanlage dar, die der Bevölkerung unter anderem der ruhigen Erholung, dem Spazieren, Wandern, Joggen und ruhigen Verweilen dienen soll.

Claudio Miozzari, Statthalter: Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Annina von Falkenstein (LDP): Vielen Dank für die Beantwortung. Ich möchte gerne hervorheben, dass sich meine Stellungnahme aufs BVD bezieht und natürlich nicht auf die Person, die jetzt diese Antworten, mit denen ich überhaupt nicht zufrieden bin, vertreten hat.

Einerseits geht aus der Antwort hervor, dass man zwar den grössten Friedhof hat, was wieder betont wird, der auch als Sport- und Turnanlage dienen soll, natürlich nur ruhig, für das Spazieren, für das Wandern, fürs Joggen, was ich ein wenig absurd finde, weil das geht nur für mobile-Menschen, aber für die weniger mobilen Menschen wurde am Wochenende einfach diese Leistung gestrichen, weil man sich mehr aufs Core-Business fokussieren muss, was ja temporär nachvollziehbar ist, aber langfristig kann es doch nicht sein, dass man sagt, es ist keine Sparmassnahme, aber es ist ein Leistungsabbau. Das geht für mich nicht auf.

Für mich kommt jetzt auch ein bisschen ein komisches Gefühl auf, wenn es heisst, man kann das nur so lange aufrechterhalten, wie man auch noch Personen aus Eingliederungsstätten beiziehen kann. Was sind das denn für Personen? Personen, die während mehrmonatigen Eingliederungstrainings von der IV bezahlt werden und wenn dann halt niemand gefunden wird, den die IV, also nicht der Kanton, bezahlen wird, dann stellt man die Leistung einfach ein? Auch das ist etwas komisch. Und das klingt jetzt vielleicht sehr kalkulatorisch, aber wenn es mehr Todesfälle gibt, dann fallen auch mehr Kosten an für dieses Core-Business des Friedhofs. Das heisst aber auch, dass diese Kosten ja gedeckt werden, das ist ja normal. Man kann ja nicht mit einem Bestand von Mitarbeitenden langfristig mehr Todesfälle abdecken. Langfristig braucht es mehr Stellen. Da kann man dann nicht einfach den Rufbus abstellen, weil man halt jetzt mehr Todesfälle hat.

Entweder ist man der grösste Friedhof der Schweiz und man hat das entsprechende Angebot, dass Besucherinnen und Besucher, egal wie gut sie zu Fuss sind an allen Wochentagen die Grabstätten ihrer liebsten Verstorbenen besuchen können, oder man ist dann nicht der grösste Friedhof oder man ist ihn eben mit einem schlechten Service. Aber man kann nicht immer sagen, dass wir den grössten Friedhof haben, dass es eine imposante Gartenanlage fürs Wandern, Joggen, Spazieren ist, aber die Personen, die nicht gut zu Fuss sind, die können den eigentlichen Zweck des Friedhofs, nämlich eine Andenkensstätte zu sein, nicht wahrnehmen an allen Tagen.

Es ist ja löblich, dass man an Feiertagen weiterhin den Rufbus einsetzt. Vielleicht sollte man das auch anschreiben. Auf dem aktuellen Aushang auf dem Friedhof steht nämlich, man findet Online-Informationen. Ich bin wirklich nicht Angehörige der Babyboomer-Generation, aber ich habe nichts gefunden. Und dann geht es halt einfach einmal mehr um die Kommunikation und da hat ja das BVD eine Vorsteherin mit sehr viel Erfahrung in diesem Bereich. Es wäre schön, wenn man das wirklich auch für das Andenken an Verstorbene nutzen könnte, dafür, dass man wirklich den Rufbus nutzen kann und auch weiss, wann er fährt.

In diesem Sinne muss ich wirklich sagen, dass ich leider gar nicht zufrieden mit der Antwort. Sie sucht Ausflüchte, auch hinsichtlich der Fünftageweche. Man kann auch eine Fünftageweche haben und die Mitarbeitenden so legen, dass trotzdem am Samstag und am Sonntag für die Besuchenden, die halt eine grosse Gruppe der Klientel darstellen. Denn für die Verstorbenen ist es die letzte Ruhestätte, aber für die, die noch hier sind, ist es eine Andenkensstätte und das muss ermöglicht werden für alle Personengruppen. Deshalb bin ich wirklich nicht zufrieden.

Claudio Miozzari, Statthalter: Die Interpellantin ist nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

12.10. Interpellation Nr. 157 Lorenz Amiet betreffend Bundesratswahlfeier und ihre Kosten für den Steuerzahler

[06.12.23 15:17:50, 23.5625.01]



Claudio Miozzari, Statthalter: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.

Lorenz Amiet (SVP): Zunächst wünsche ich unserem Regierungspräsidenten Beat Jans viel Glück heute in einer Woche bei seiner möglichen Wahl in den Bundesrat. So viel vorweihnachtliche Stimmung darf sein.

Jetzt aber wieder zum politischen Alltag: Interpellationen können mündlich oder schriftlich beantwortet werden. Meine Interpellation ist relevant bis kommenden Mittwoch. Da ist mein Verständnis, dass man versuchen sollte, die Interpellation mündlich zu beantworten. Ich habe natürlich Verständnis, dass man das nicht immer schafft, wenn viele Fragen kommen, schwierige Fragen kommen, komplexe Fragen kommen, eine Interpellation mehrere Departemente betrifft. Dann habe ich volles Verständnis, dass man eine schriftliche Antwort gibt.

Ich habe aus Rücksichtnahme auf die Situation deshalb nur fünf Fragen gestellt, kurze Fragen, die kurze Antworten bedurft hätten, um die Aufgabe möglichst einfach zu machen. Die Verwaltung hätte fünf, maximal zehn Minuten Aufwand gehabt, zwei, drei Zahlen hätte sie noch heraussuchen müssen.

Meine Damen und Herren, man will nicht schnell antworten. Jetzt kann man sagen, aber Regierungspräsident Beat Jans, dessen Departement meine Interpellation betrifft, ist es ja gar nicht hier, er kann ja gar nicht antworten. Richtig, aber er kann auch nicht antworten in eigener Sache. Er kann ja nicht gut über seine eigene Wahlparty Antworten geben, also er hätte ohnehin eine Stellvertretung antworten müssen und für eine solche Stellvertretung wäre Regierungsrätin Stephanie Eymann längstens gut genug gewesen. Nein, meine Damen und Herren, man will nicht rasch antworten.

Heute Morgen war mehrfach von politischem Respekt die Rede, gegenseitig zwischen Regierung und Grosse Rat. Auch das hat für mich irgendwo mit politischem Respekt zu tun. Man kann mich selbstverständlich jetzt eines Besseren belehren, wenn man nämlich die schriftliche Antwort in den nächsten sechs Tagen abgibt. Das ist technisch möglich. Es sagt ja niemand, man darf erst beim letzten Versand vor der Januarsitzung die Interpellation schriftlich beantworten. Zuversichtlich bin ich nicht, dass das passieren wird, aber die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt.

Claudio Miozzari, Statthalter: Wir kommen damit zurück zu den Motionen.

16. Motion 4 Tobias Christ und Konsorten betreffend eine zukunftsfähige Mobilität

[06.12.23 15:20:23, 23.5545.01]

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Und natürlich erinnern wir uns alle an die lebhafte und lange Debatte, in der schon mehrere Personen zu dieser Motion Stellung genommen haben.

Wir eröffnen natürlich die Debatte jetzt trotzdem zur Motion 4. Erster Redner ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ich versuche mich sehr kurz zu halten, nur kurz die Zahlen von vorhin noch einmal aufzunehmen. Wir haben vorher über die Zahlen gesprochen. Wir sprechen bei dieser Motion von 188'000 m² Fläche. 168'000 m² davon sind umzuwandelnde Flächen des bestehenden Strassenraums. Bei den Initiativen hatten wir 240'000 m² Strassenraum. Jetzt können wir die Rechnung machen. Ich komme ja auf 70 Prozent nach wie vor. Ich würde das einfach am Anfang kurz in den Raum stellen und jetzt können wir weiterdiskutieren.

Claudio Miozzari, Statthalter: Gibt es Wortmeldungen abgesehen vom Motionär? Das ist nicht der Fall. Damit geht das Wort an Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Ich danke Daniel Seiler, dass er versucht hat, die Debatte noch einmal auf die sachliche Ebene zu bringen. Es ist doch absolut berechtigt, hier noch einmal kurz zu sprechen, obwohl die meisten für die Sitzungsökonomie für beide Motionen gleichzeitig gesprochen haben, ist eigentlich niemand darauf eingegangen, worum es materiell und sachlich geht bei dieser zweiten Motion, und dass sie sich doch stark von der ersten unterscheidet. Sie ist zwar deutlich weniger problematisch. Es geht hier um viel mehr Fläche, sie ist aber auf gar kein Fall weniger wichtig deshalb, im Gegenteil. Es



wurde sehr oft auch von der Klimagerechtigkeitsinitiative und von unserem Klimaziel 2037 gesprochen. Hier haben wir jetzt diesen direkten Zusammenhang. Es geht wirklich darum, dass man den Verkehr auch entsprechend umbaut, nicht zuletzt auch darum, dass man um Verbote herum herumkommt, was immer noch unsere Hoffnung ist. Deshalb muss der Langsamverkehr gefördert werden.

Vielleicht noch eine andere Bemerkung, die ich vorher nicht mehr machen konnte, weil die Zeit schon fast abgelaufen war. Es wurde gesagt, dass wir von der GLP hier wieder einmal typischerweise einen Slalom-Kurs machen. Erstens empfinde ich Slalom-Kurs nicht als Vorwurf, denn Slalom kann auch sehr effizient und richtig sein, je nach Kontext. In dem Falle hier macht es aber überhaupt keinen Sinn. Ich denke, wir sind wirklich die einzigen, die wirklich ziemlich gerade eine Linie durchgezogen haben. Das gilt nicht für meine eigenen Verhandlungen innerhalb der UVEK, aber die sind geheim, aber wir als GLP haben hier eine fadengerade Meinung durchgezogen und die kommt jetzt hier zum Abschluss.

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 40 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002261, 06.12.23 15:24:32]

Der Grosse Rat beschliesst

auf die Motion einzutreten und diese dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu überweisen.

Claudio Miozzari, Statthalter: Sie haben sich für eine Überweisung der Motion entschieden mit 48 Ja-Stimmen gegen 40 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

17. Anzug 1 Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend einwandfreie Tramwartehallen erhalten statt verschrotten

[06.12.23 15:24:45, 23.5530.01]

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Wird dies bestritten? Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie sind auf den Anzug eingetreten und haben ihn dem Regierungsrat stillschweigend überwiesen.

18. Anzug 2 Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend Anpassung der Förderbeiträge für erneuerbare Heizlösungen

[06.12.23 15:25:16, 23.5531.01]

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Lorenz Amiez.

Lorenz Amiet (SVP): Dieser Anzug ist betitelt mit «betreffend Anpassung der Förderbeiträge für erneuerbare Heizlösungen». Man hätte dem Anzug durchaus auch Anti-Erdsondenheizungsanzug sagen können. Die Anzugstellenden befürchten, dass



Wärmepumpelösungen, also Luftwärme- oder Erdwärmepumpen attraktiver sein könnten als Fernwärme. Ich frage Sie, geschätzte Damen und Herren, was wollen wir denn? Haben wir in diesem Kanton das übergeordnete Ziel zur Dekarbonisierung bis 2037 oder haben wir es nicht? Wir sollten froh sein über jede Wärmepumpe. Wärmepumpen brauchen zum Betrieb Strom, und sonst nichts. Fernwärme hingegen benötigt heute schon Erdgas, weil die Abwärme der KVA und Holzpellets und anderes nicht ausreicht. In Zukunft wird es noch viel mehr Fernwärme brauchen und damit wird dies noch viel stärker der Fall sein.

Fernwärme erzeugen Sie nicht mit Wärmepumpen, sondern durch das Verbrennen von Brennstoffen. Dekarbonisierung heisst in meinem Verständnis zunächst selbstverständlich, den Energiebedarf senken, danach aber fossile Energieträger durch CO₂ neutral hergestellten Strom zu ersetzen. Es heisst für mich nicht, fossil betriebene Gebäudeheizungen durch teilfossil betriebene, staatlich zentrale Heizungen zu ersetzen.

Deshalb ist es falsch, die Fernwärme im Wettbewerb zu den anderen CO₂-neutralen oder zu den wirklich CO₂-neutralen Heizsystemen bevorzugt zu behandeln. Deshalb ist dieser Anzug aus unserer Sicht eine falsche Bemühung in die falsche Richtung und gehört nicht überwiesen.

Claudio Miozzari, Statthalter: Nächster Einzelsprecher ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Der Anzug hält fest, dass man heute unabhängig vom Heizungsersatz den Unterstützungsbeitrag für dieselbe Investitionsgrösse erhält. Künftig soll das anders sein. Künftig soll das so ausgestaltet werden, dass die Fernwärme bevorzugt wird. Dazu haben wir als FDP-Fraktion zwei Anmerkungen. Erstens sehen wir es nicht als unsere Aufgabe, unseren eigenen Monopolisten vor Konkurrenz zu schützen. Fernwärme muss sich genau so im Wettbewerb durchsetzen wie alle anderen erneuerbaren Energieformen auch. Es gibt für uns keinen Grund, dass wir hier eine privilegierte Behandlung einführen. Zweitens, es häufen sich die Nachrichten von Hauseigentümerinnen und Hauseigentümern, die von der IWB keine klare und verbindliche Auskunft darüber halten, wie es jetzt bei ihnen mit dieser Fernwärme aussieht, wann sie erschlossen werden oder es kommen Jahreszahlen irgendwann in den Dreissigerjahren, bei denen man nicht genau weiss, wie es dann aussehen wird. Und teilweise kommt es auch zu widersprüchlichen Auskünften, einerseits von der IWB, andererseits dann vom AUE. Also es ist auch manchmal unklar, was effektiv möglich und zulässig ist und was entsprechend nicht.

In dieser Situation sehen wir keinen Grund, wieso man jetzt die Fernwärme besonders bevorzugen sollte. Wir unterstützen selbstverständlich das Ziel, dass im ganzen Kanton auf erneuerbare Heizlösungen umgestiegen werden soll. Das haben wir hier in diesem Parlament ja auch bereits mehrfach bekräftigt. Aus unserer Sicht ist es aber kein Beinbruch, wenn es jetzt in einzelnen Strassen nichts zu einem Fernwärmeanschluss kommt, weil die Anwender in der Zwischenzeit halt auf andere erneuerbare Lösungen umgestiegen sind. Am Schluss geht es um den Umstieg auf erneuerbare Energien. Welche das ist, das ist ja eigentlich nicht so entscheidend, so lange sie eben erneuerbar sind.

Deshalb sind wir keine Notwendigkeit, die aktuelle Förderpraxis anzupassen und bitten Sie deshalb, diesen Anzug abzulehnen.

Claudio Miozzari, Statthalter: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit hat der Anzugstellende Jean-Luc Perret das Wort.

Jean-Luc Perret (SP): Es geht bei diesem Anzug darum, eine Ungleichheit zu beseitigen, das wurde schon erwähnt. Aber es geht nicht darum, erneuerbare Energien gegeneinander auszuspielen, sondern wirklich um finanzielle Anreize und auch darum, ein falsches Nachhaltigkeitsversprechen eventuell zu korrigieren.

Denn heute ist das Fördermodell des Kantons so ausgestaltet, dass jeder Heizungsersatz etwa eine gleich grosse Investition der Bauherrschaft erfordert. Das heisst konkret, je teurer das System, desto höher der Förderbeitrag für eine Luftwärmepumpe erhält man etwa 8'000 Franken, für eine Holzheizung etwa 10'000 Franken und für eine Erdsondenwärmepumpe bis zu 30'000 Franken. Der Förderbeitrag für einen Fernwärmeanschluss ist nur rund 4'000 Franken und mutet dagegen fast bescheiden an. Beim Betrieb ist es aber umgekehrt. Für den Wärmebezug aus dem Fernwärmenetz rechnet man mit etwa 2'500 Franken pro Jahr, die Stromkosten für eine Erdsonde sind aber viel günstiger, lediglich 900 bis 2'200 Franken. Und dies berücksichtigt die Förderpraxis eben nicht und dieses Ungleichgewicht setzt deshalb einen falschen Anreiz und man sieht schon heute, dass viele Hausbesitzende sich für eine Erdsonde entscheiden, obwohl in den nächsten Jahren Luca die Fernwärme in die Strasse verlegt würde.

Der Kanton subventioniert also doppelt, einmal für die neue Erdsondenheizung, ein zweites Mal für den nicht mehr benötigten Wärmeanschluss, der dann trotzdem in die Strasse gelegt wird. Und dann kommt eben noch dieser zweite Punkt – und das können Sie im Moment im Neubad und auf dem Bruderholz sehen – es wird Erdsonde neben Erdsonde gebohrt.



Diese Erdsonden ziehen ja alle ihre Wärme aus dem Boden, und wenn sie zu knapp nebeneinander sind, besteht die Gefahr, dass sie sich gegenseitig konkurrenzieren und den Boden schneller auskühlen als geplant. Ich habe mich für die physikalischen Details interessiert und habe noch eine schriftliche Anfrage am Laufen, die demnächst beantwortet werden wird.

Es könnte also sein, dass die Erdsonde gar nicht so nachhaltig ist, wie gedacht und schon nach relativ kurzer Zeit wieder abgelöst werden muss. Und auch diese Problematik wird im Anzug ja angesprochen. Ich bitte Sie also, das AUE zu beauftragen, die Förderung zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Wir könnten unnötige Förderausgaben verhindern, die wir andernorts besser brauchen könnten.

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Lorenz Amiet und Luca Urgese. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

66 Ja, 21 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002264, 06.12.23 15:33:19]

**Der Grosse Rat beschliesst,
den Anzug zu überweisen.**

Claudio Miozzari, Statthalter: Sie haben sich für eine Überweisung des Anzugs entschieden mit 66 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

19. Anzug 3 Luca Urgese und Konsorten betreffend Velospur in der St. Jakobs-Strasse

[06.12.23 15:33:31, 23.5532.01]

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Beat K Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Sie sehen in der Kreuztabelle, dass die SVP ein Offen eingegeben hat. Ich befinde mich auf der kritischen Seite, denn der Anzug zeigt deutlich, wie in Basel Verkehrspolitik gemacht wird. Immer mehr Menschen beanspruchen immer mehr Verkehrsfläche und man sucht sich den, der keine Lobby hat und dringt ihn an den Rand. Verkehrspolitik auf dem Buckel der Schwächsten, der Fussgänger. Und der Anzug erwähnt ja, dass Velofahrer eventuell stehen müssen. Ja, wie schlimm ist denn das? Dann nimmt man lieber in Kauf, dass Fussgänger auf dem Trottoir in Gefahr gebracht werden.

Ich finde das eine bedenkliche Entwicklung. Und statt dass die Velofahrer lernen, sich verantwortungsvoll auf den ihnen zugewiesenen Flächen zu bewegen und halt mal ein paar Sekunden später ankommen, sucht man nach Möglichkeiten, wie man anderen Verkehrsteilnehmern noch mehr Bewegungsfläche entziehen kann. Wer sind diese anderen Teilnehmer? Natürlich die Schwächsten, die Fussgänger. Man redet gerne vom Fussverkehr, denn es zu fördern gilt. In Tat und Wahrheit sind die Fussgänger eine *Quantité négligeable*, mit denen man scheinbar machen kann, was man will.

Gesetzliche Vorgaben sind anscheinend Nebensache. Artikel 43 Absatz 2 des Strassenverkehrsgesetzes sagt, dass das Trottoir den Fussgängern vorbehalten sei -ein besserer Witz, wenn wir die Praxis anschauen. Es gibt eine Ausnahmeregelung in der Signalisationsverordnung. Insbesondere zur Schulwegsicherung kann auf relativ starkbefahrenen Strassen am Beginn eines schwach begangenen Trottoirs das Signal Fussweg mit der Zusatztafel «Velo gestattet» angebracht werden. Das ist keine Ausnahme mehr, das ist heute die Regel. Und statt dass wir die Schwächsten, die Fussgänger, auf dem Trottoir schützen, sollen sie noch mehr an den Rand gedrängt werden.



Eine Studie der deutschen Unfallforschung der Versicherer sagt es deutlich: Bei Kollisionen zwischen Velo und Fussgänger kommt es häufig zu Verletzungen der Schwächeren, der Fussgänger, insbesondere ältere Personen werden schwerer verletzt und die Unfälle werden mehrheitlich durch Velofahrer verursacht. Das ist jetzt nicht einfach meine Aussage, das können Sie nachschauen in dieser Studie der deutschen Unfallversicherer. Es werden immer mehr Velos, immer schwerere Velos, immer schnellere Velos, immer grössere Velos dann auch auf diesem Trottoir fahren. Der Slalom-Lauf um die Fussgänger herum ist vorprogrammiert. Es werden auch noch die E-Trottinets auf dem Trottoir fahren und die Fussgänger können dann schauen, wo sie bleiben.

Ja, Sie sagen, die Trottoirs sind breit genug. Es ist möglich, dass die Normen eingehalten werden. Das muss dann der Regierungsrat aufzeigen. Trotzdem, wenn wir das überweisen, dann schaffen wir einen ganz klaren Präzedenzfall, mit anderen Worten, wir öffnen der schleichenden Öffnung der Velospuren auf dem Trottoir Tür und Tor. Und dann sagen Sie vielleicht auch noch, in anderen Städten funktioniert es. Das ist möglich. Andere Städte haben eine grundsätzlich andere Velo-Kultur als wir, nämlich ein respektvolles Miteinander von Velofahrern und Fussgängern und keine Wildwestmanier der Velo-Gilde. Ich bitte Sie, zeigen Sie, dass Ihnen auch die Fussgänger wirklich am Herzen liegen und überweisen Sie diesen Anzug nicht.

Claudio Miozzari, Statthalter: Nächster Einzelsprecher ist Jérôme Thiriet.

Jérôme Thiriet (GAB): Ich danke Beat Schaller für seine Ausführungen. Ich kann die Befürchtungen ein bisschen nachvollziehen. Ich finde es eigentlich auch nicht die ideale Lösung. Luca Urgese kennt die Gegend gleich gut wie ich, weil wir beide dort arbeiten. Am Feierabend herrscht dort die Katastrophe und als Velofahrer bleibt einem nichts anderes übrig, als entweder abzusteigen und auf dem Trottoir das Velo zu stossen oder auf die Sperrfläche überzugehen und dann vom Tram überrollt zu werden oder hinter den Autos warten, was niemand macht.

Ich finde es darum eine gute Idee, wenn man das prüfen lässt. Ich denke, das Departement wird dann mit ein paar Vorschlägen kommen. Für mich wäre es auch denkbar, wenn man eine Sperrfläche links an den Autos vorbei für die Velofahrer öffnen würde. Ich weiss nicht, ob das geht oder ob das dann zu gefährlich ist.

Das Trottoir dort ist wirklich breit genug und man muss wirklich eine Lösung finden, dass man die Fussgänger und Fussgängerinnen und Velofahrer und Velofahrerinnen nicht gegeneinander ausspielt vielleicht mit irgendwelchen Absperrungen, die die Fahrbahnen trennen. Das GAB empfiehlt Ihnen, den Anzug einmal zu überweisen und zu schauen, was von der Regierung kommt, um die Hotspots dort zu entschärfen.

Claudio Miozzari, Statthalter: Es haben sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, ausser jeder des Anzugsstellers Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Ich gehöre berufsbedingt zu denjenigen, die auf dieser Achse fahren, und ich glaube, wer sich dort mit dem Velo bewegt, kann nicht leugnen, dass es dieses Problem zu Stosszeiten gibt. Die Strassenachse ist zu eng, links gibt es eine Sperrfläche, rechts eine Grünfläche, und die Mehrheit der Velofahrer weichen illegalerweise entweder links auf die Sperrfläche oder rechts auf das Trottoir aus.

Jetzt können wir uns darüber ärgern, dass das so ist und sagen, diese blöden Velofahrer sollten doch gefälligst dort hintenanstehen oder ihr Velo schieben oder was auch immer. Oder wir versuchen, eine pragmatische Lösung für dieses Problem zu finden, wie es dieser Anzug entsprechend versucht.

Wer sich jetzt regelmässig auf diesem Trottoir bewegt und dieses in Ruhe anschaut, der kann jetzt wirklich feststellen, dass dieses Trottoir breit genug ist. Es ist überdurchschnittlich breit. Da gibt es Platz für einen entsprechenden Velostreifen. Die Idee dieses Anzugs ist es nicht, eine Mischfläche einzuführen, wie wir es von anderen Stellen kennen, diese blauen Kreise, auf denen steht «Velofahrer gestattet», sondern es geht darum, da explizit eine entsprechende Velospur zu signalisieren. Beat Schaller, wenn Sie den Anzug genau lesen, dann sehen Sie ja, dass explizit steht, dass eben geprüft werden soll, wie die Sicherheit für die Fussgängerinnen und Fussgänger dann entsprechend sichergestellt werden kann, damit es eben keine Gefahr gibt durch eine entsprechende Lösung.

Man kann zitieren, dass das Trottoir den Fussgängerinnen und Fussgängern vorbehalten ist. Das ist richtig so, und es ist eben gerade nicht die Idee, dass die Velofahrer auf dem Trottoir fahren sollen in Zukunft, legalerweise, sondern dass man hier versucht, eine entsprechende Trennung zu schaffen. Wie gesagt, der Platz dafür ist vorhanden. Wie Sie plädiere ich ebenfalls für ein respektvolles Miteinander der verschiedenen Verkehrsträger und bin überzeugt davon, dass uns das an dieser Stelle entsprechend gelingen kann, ein Miteinander statt ein Gegeneinander.



Ich bin dankbar, wenn der Regierungsrat das mit entsprechender Offenheit prüft und danke für die Unterstützung des Anzuges.

Claudio Miozzari, Statthalter: Besten Dank. Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Beat K Schaller, weshalb wir darüber abstimmen.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

81 Ja, 8 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002266, 06.12.23 15:43:03]

**Der Grosse Rat beschliesst,
den Anzug zu überweisen.**

Claudio Miozzari, Statthalter: Sie haben den Anzug überweisen mit 81 Ja-Stimmen gegen 8 Nein-Stimmen und einer Enthaltung.

20. Anzug 4 Beat K. Schaller und Konsorten betreffend der Kannenfeldpark soll wieder eine Erholungszone sein

[06.12.23 15:43:15, 23.5533.01]

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen, wird dies bestritten? Das ist nicht der Fall. Ich habe keine Wortmeldung eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie sind auf den Anzug eingetreten und haben ihn dem Regierungsrat stillschweigend überwiesen.

21. Anzug 5 Heidi Mück und Konsorten betreffend Erweiterung der Zielgruppe für Drug Checking im Rahmen von „Safer Dance Basel“ und dem Drogeninformationszentrum „DIBS“

[06.12.23 15:43:43, 23.5534.01]

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe auch hier keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein Antrag gestellt. Sie sind auf den Anzug eingetreten und haben ihm den Regierungsrat stillschweigend überwiesen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich habe die Information erhalten, dass die Festgesellschaft schon in der Eisengasse steht und die Erwartung war, dass wir die Festgesellschaft unten bei der Bühne empfangen und eine Gasse bilden. Deshalb werde ich an dieser Stelle jetzt die Sitzung beenden und Sie einladen, gemeinsam nach unten zu gehen.

Schluss der 40. Sitzung

15:44 Uhr



Protokoll

der 41. Sitzung, Amtsjahr 2022 / 2023

Mittwoch, den 13. Dezember 2023, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	<i>Bülent Pekerman, Grossratspräsident</i>
Protokoll:	<i>Beat Flury, I. Ratssekretär Sabine Canton, II. Ratssekretärin Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung</i>
Abwesende:	<i>Anina Ineichen (SP), Fina Girard (GAB), Franziska Roth (SP), Leonie Bolz (SP).</i>

Verhandlungsgegenstände:

1.	Mitteilungen	2
46.	Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge Christian von Wartburg, SP)	2
47.	Wahl des Präsidenten / der Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge Christian von Wartburg, SP)	3
48.	Wahl eines Mitglieds der Regiokommission (Nachfolge Christian von Wartburg, SP)	3
49.	Wahl des Mitglieds des Ständerates vom 22. Oktober 2023; Validierung, Schreiben des RR	4
51.	Ausgabenbewilligung für Staatsbeiträge an den Verein Diakonische Stadtarbeit Elim für das Angebot Hey-U Intensiv – Unterbringung von Menschen mit schwerer Substanzabhängigkeit und psychischer Erkrankung mit/ohne Fürsorgerische Unterbringung für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der GSK	5
52.	Ausgabenbewilligung für die Realisierung des Projekts SomPsyNet (Prävention psychosozialer Belastungsfolgen in der Somatik) für die Jahre 2024 und 2025, Bericht der GSK	7
53.	Staatsbeiträge an vier Trägerschaften im Suchthilfebereich des Kantons Basel-Stadt für die Jahre 2024 bis 2027; Staatsbeiträge an die Trägerschaften Stiftung Suchthilfe Region Basel, Stiftung Sucht, Stiftung Blaues Kreuz/MUSUB beider Basel und Verein frau sucht gesundheit, Bericht der GSK	9
54.	Programm zur Dickdarmkrebs-Vorsorge sowie zum Mammografie-Screening mit dem Verein Krebsliga beider Basel im Kanton Basel-Stadt für die Jahre 2024-2027; Vertragsgenehmigung und Ausgabenbewilligung, Bericht der GSK	14
55.	Ausgabenbewilligung für Staatsbeiträge für 20 Trägerschaften der Quartierarbeit in den Jahren 2024 bis 2027, Bericht der BKK	16
56.	Änderung des Gesetzes betreffend Förder- und Hilfeleistungen für Kinder und Jugendliche (Kinder- und Jugendgesetz, KJG), Bericht der BKK	32



Beginn der 41. Sitzung

Mittwoch, 13. Dezember 2023, 15:00 Uhr

1. Mitteilungen

[13.12.23 15:00:06]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie ganz herzlich zur heutigen Sitzung und habe Ihnen folgende Mitteilungen zu machen: es ist ein historischer Tag für unseren Kanton. Wir haben einen neuen Bundesrat aus unseren Reihen und dies freut mich sehr.

Vielleicht haben sie es heute Morgen gehört. Als Ausdruck der Freude über die Wahl haben wir heute das Rathausglöcklein für 5 Min läuten lassen. Diese schöne Tradition wurde auch schon am 17. Dezember 1959 als die Bundesversammlung mit Hans Peter Tschudi zum letzten Mal einen Stadtbasler in den Bundesrat gewählt hat begangen und nun weitergeführt...» Lieber Beat Jans, im Namen des Grossen Rates gratulieren wir Dir herzlich zur Wahl in den Bundesrat! Wir sind überzeugt, dass Du mit Deiner Erfahrung, Deinem Engagement und Deinem Fleiss zum Wohle aller Menschen in unserem Land handeln wirst. Ich wünsche Dir viel Erfolg und Kraft für Deine neue Funktion als Mitglied des Bundesrates.“ [langanhaltender Applaus]

Neues Ratsmitglied

Ich habe die Freude, ein neues Mitglied in unserem Rat begrüssen zu dürfen. *Hanna Bay (SP)* nimmt den Platz des zurückgetretenen Guschti von Wartburg ein. Ich bitte Hanna Bay, sich kurz von ihrem Sitz zu erheben. Ich wünsche Hanna Bay für ihre verantwortungsvolle Aufgabe alles Gute und heisse sie hier herzlich willkommen. [Applaus]

46. Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge Christian von Wartburg, SP)

[13.12.23 15:04:42]

Abstimmung

über offene Wahlen (2/3 Mehr)

JA heisst offene Wahl, NEIN heisst keine offene Wahl

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002274, 13.12.23 15:04:58]

Der Grosse Rat beschliesst

die Wahlen bei den Traktanden 46-48 offen durchzuführen

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben sich für offene Wahlen entschieden mit 88 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme und keiner Enthaltung.

Gemäss Paragraph 14 Abs. 1 der Geschäftsordnung bleibt die Fraktionszusammensetzung der Kommissionen während der gesamten Amtsperiode unverändert. Es sind deshalb nur Wahlvorschläge zulässig, welche auf Mitglieder der Fraktion SP lauten. Für die Wahl als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission der Fraktion SP vorgeschlagen wurde Tim Cuénod. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir kommen zur Abstimmung.



Abstimmung

Wahl Tim Cuénod als Mitglied der GPK

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002276, 13.12.23 15:06:10]

Der Grosse Rat beschliesst

Tim Cuénod als Mitglied der GPK zu wählen

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben Tim Cuénod in die GPK gewählt mit 85 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme und einer Enthaltung.

Ich gratuliere Tim Cuénod zur Wahl als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission und wünsche ihm Freude und Erfolg im neuen Amt.

47. Wahl des Präsidenten / der Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge Christian von Wartburg, SP)

[13.12.23 15:06:32]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für die Wahl als Präsident der Geschäftsprüfungskommission der Fraktion SP vorgeschlagen wurde Tim Cuénod. Wählbar sind Mitglieder der GPK. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl

Ergebnis der Abstimmung

86 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002279, 13.12.23 15:07:31]

Der Grosse Rat beschliesst

Tim Cuénod als Präsidenten der Geschäftsprüfungskommission zu wählen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben Tim Cuénod gewählt mit 86 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme und einer Enthaltung.

Ich gratuliere Tim Cuénod zur Wahl als Präsident der Geschäftsprüfungskommission und wünsche ihm Freude und Erfolg im neuen Amt.

48. Wahl eines Mitglieds der Regiokommission (Nachfolge Christian von Wartburg, SP)

[13.12.23 15:07:59]



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für die Wahl als Mitglied der Regiokommission von der Fraktion SP vorgeschlagen wurde Melanie Eberhard. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl

Ergebnis der Abstimmung

86 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002282, 13.12.23 15:08:46]

Der Grosse Rat beschliesst

Melanie Eberhard als Mitglied der Regiokommission zu wählen

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben Melanie Eberhard gewählt mit 86 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme und einer Enthaltung.

Ich gratuliere Melanie Eberhard zur Wahl als Mitglied der Regiokommission und wünsche ihr Freude und Erfolg im neuen Amt.

49. Wahl des Mitglieds des Ständerates vom 22. Oktober 2023; Validierung, Schreiben des RR

[13.12.23 15:09:09, 23.1592.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat und das Ratsbüro beantragen, die Wahl des baselstädtischen Mitglieds des Ständerats als gültig zu erklären.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses

(gemäss Tischvorlage)

Titel und Ingress

Einzigter Absatz

Publikationsklausel

Die Abstimmung startet jetzt. Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002285, 13.12.23 15:10:21]

Der Grosse Rat beschliesst

Die im Kantonsblatt vom 28. Oktober 2023 publizierte Wahl des baselstädtischen Mitglieds des Ständerates wird für gültig erklärt.



Demnach ist gewählt worden:

Eva Herzog (SP)

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 87 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme und keiner Enthaltung.

51. Ausgabenbewilligung für Staatsbeiträge an den Verein Diakonische Stadtarbeit Elim für das Angebot Hey-U Intensiv – Unterbringung von Menschen mit schwerer Substanzabhängigkeit und psychischer Erkrankung mit/ohne Fürsorgerische Unterbringung für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der GSK

[13.12.23 15:10:34, 23.1189.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt, Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt 1,48 Millionen Franken zu bewilligen. Für die Kommission GSK hat das Wort deren Präsident Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Die kommenden vier Geschäfte, welche die GSK im Verlauf des Herbstes beraten hat betreffend Ausgabenbewilligung zur Finanzierung sozialer Organisationen oder sozialmedizinischer Programme für die kommenden zwei bis vier Jahre. Wir sind froh, dass wir es zumindest bei diesen Geschäften mit Finanzierung ab 2024 geschafft haben, diese rechtzeitig ins Parlament zu bringen. Ich danke der Kommission für ihr speditives Arbeiten und die Bereitschaft für zusätzliche Termine. Denn es ist der GSK ein grosses Anliegen, dass die angedachten Zeitpläne eingehalten werden können. Leider ist es uns nicht gelungen, dies bei allen Geschäften zu ermöglichen, da diese spät erst nach den Herbstferien der Kommission zugewiesen wurden. Ich danke schon im Voraus der breiten Zustimmung der Fraktionen zu den vier Geschäften und werde Ihnen diese versuchen kurz vorzustellen, ohne damit die Wichtigkeit der Angebote und Programme für unsere Stadt schmälern zu wollen.

Nun zur ersten Ausgabenbewilligung für ein neues stationäres Angebot im Suchtbereich. Es handelt sich um das Projekt «Hey-U Intensiv» des Vereins Diakonische Stadtarbeit Elim. Der Regierungsrat beantragt zur Abgeltung der Leistungen für die Jahre 2024 bis 2027 insgesamt maximal 1,48 Millionen Franken, also jährlich rund 340'00 bis 380'000 Franken.

Basel-Stadt hat ein gut ausgebautes und vielfältiges Suchthilfesystem auf verschiedenen Ebenen. Dieses System hat sich immer wieder der Realität anpassen müssen und neue Projekte wurden aufgrund des Bedarfs neu oder weiterentwickelt. Dieses System wird von verschiedenen sozialen Organisationen gemeinsam mit den Universitären Psychiatrischen Kliniken, der UPK getragen. Aktuell sind illegaler Drogenkonsum und deren negativen Auswirkungen für die Betroffenen und auch für den öffentlichen Raum ein grosses Thema und die Schwierigkeiten sind wieder vermehrt sichtbar. Die Gründe sind vielschichtig und beschäftigen uns in der Politik sowie die Allgemeinheit in den letzten Monaten. Die Erfahrung zeigt es klar und deutlich auf. Es braucht ein aufeinander abgestimmtes Vorgehen, damit eine Verbesserung erzielt werden kann. Es gibt hier keine schnellen vereinfachenden Lösungen, welche eine nachhaltige Wirkung erzeugen können.

Für multimorbide chronisch kranke Menschen mit psychischen Störungen und einer Substanzabhängigkeit besteht in unserer Stadt eine Versorgungslücke, insbesondere für Menschen, die psychiatrisch stark belastet sind und mittels fürsorglicher Unterbringung, dem sogenannten FU, regelmässig in die UPK eingewiesen werden müssen. Die jetzige FU-Gesetzgebung und die Haltung der UPK zu einer offenen Psychiatrie, die eigentlich begrüssenswert ist, erschwert jedoch in der Praxis teilweise die Behandlung und es kommt zu ungewollten Drehtüreffekten. Besonders der Übergang vom stationären psychiatrischen Aufenthalt in ein begleitetes Wohnangebot ist für besonders belastende Personen, welche von Verwahrlosung, intensivem Substanzkonsum, Obdachlosigkeit und häufig in Polizeimeldungen betroffen sind, eine grosse Herausforderung. Genau hier setzt das neue Angebot «Hey-U Intensiv» an. «Hey-U» steht für «HeavyUsers», damit sind stark substanzabhängige Menschen gemeint.

Die betroffenen Personen sollen durch die KESB dem Angebot zugewiesen werden können und gleichzeitig auch aufsuchend abgeholt werden. Ein solches Angebot benötigt fachlich geschultes Personal, einen höheren Betreuungsschlüssel sowie eine gute Vernetzung mit dem sozialen Basel und den psychiatrischen Kliniken. Die Aufenthaltsdauer ist auf ein Jahr begrenzt mit dem Ziel, die sehr belastende Situation auf verschiedenen Ebenen und die Compliance der Betroffenen zu verbessern, um darauffolgende Anschlusslösungen zu ermöglichen.



Die Finanzierung des Angebots läuft auf verschiedenen Ebenen ab. Die beantragten Mittel betreffen nur die Kosten, welche durch den Aufenthalt in stationären Suchttherapien von Sozialhilfebeziehenden mit Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt entstehen und machen rund einen Drittel des Gesamtbetrags aus. Personen mit einer IV-Rente werden über besondere Mittel des WSU finanziert.

Die GSK hat den Ratschlag an zwei Sitzungen behandelt. Neben dem Vorsteher des Departements hat auch die Leiterin der Abteilung Sucht teilgenommen. Die Kommission sieht die soziale wie medizinische Not der betroffenen Personen und der Bedarf eines speziellen Behandlungsangebots ist für die GSK eindeutig gegeben. Dieses kleine Angebot kann für die Betroffenen wie aber auch für die Institutionen und den öffentlichen Raum eine grosse Entlastung bringen.

Die GSK begrüsst es, dass neue Wege gesucht werden, um die Bedarfslücke zu schliessen und ebenso, dass das Projekt sozialwissenschaftlich begleitet und evaluiert wird. Damit das spezifische Angebot eine Wirkung erzeugen kann, ist, wie bereits erwähnt, eine aufeinander abgestimmte Zusammenarbeit entscheidend. Es wird von rund zwei Dutzend Personen der Kategorie «HeavyUsers» ausgegangen, welche in den bisherigen Einrichtungen nicht gehalten werden können. Aufgrund der mangelnden Krankheitseinsicht sind die Möglichkeiten der psychiatrischen Versorgung begrenzt und längere FU-Aufenthalte widersprechen der Haltung einer offenen Psychiatrie.

Die GSK sieht diese Problematik. Für die Kommission ist es aber wichtig, dass die UPK ihre Unterbringungspraxis bei einer FU auf die nachfolgenden Behandlungsmöglichkeiten und Oxidationen stärker abstimmt. Zudem wird es wichtig sein, dass die UPK mit konsiliarärztlichen Leistungen unterstützend auf das System einwirkt. Die geplanten acht Hey-U-Plätze werden nicht in bestehende Räumlichkeiten integriert, sondern ein eigenes Gebäude muss gesucht werden.

Die GSK ist überzeugt, dass durch das neue Angebot eine Entlastung bei Einrichtungen und Behörden stattfinden kann. Neben der UPK und den sozialen Einrichtungen sollen auch die Polizeiarbeit und die Strafverfolgung entlastet werden. Zudem ist mit einer besseren Einbindung der betroffenen Personen auch mit einer Entlastung im öffentlichen Raum zu rechnen. «Hey-U Intensiv» ist auf der einen Seite niederschwellig, akzeptierend sowie aufgrund der FU-Ebene auf der anderen Seite strukturierend und halten. Die Einsparungen sind schwierig zu beziffern, bei der UPK können jedoch mit Bestimmtheit einige teure, sich wiederholende Kurzaufenthalte vermieden werden.

Die GSK begrüsst daher das Angebot und hat der Vorlage einstimmig zugestimmt und bittet den Grossen Rat, für das Angebot «Hey-U Intensiv» des Vereins Diakonische Stadtarbeit Elim für die folgenden vier Jahre Ausgaben von insgesamt 1,48 Millionen Franken ebenfalls zu bewilligen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich möchte zunächst dem Kommissionspräsidenten und den Mitgliedern der Gesundheits- und Sozialkommission danken für ihre Flexibilität, die es ermöglicht hat, jetzt noch an der Dezembersitzung die Staatsbeitragsgeschäfte zu verabschieden, die wichtig sind für die Angebote im Bereich der Sozialmedizin oder im Bereich der Suchtbetreuung oder Therapie. Ich bin dankbar dafür und nehme unter diesen Umständen auch in Kauf, den Wahl-Apéro von Bundesrat Beat Jans in Bern halt zu verpassen.

Der Präsident hat das Wesentliche zu diesem Geschäft «Hey-U» ausgeführt. Er hat auch in Erinnerung gerufen, das scheint mir wichtig, dass wir sehr wohl über ein sehr vielfältiges Suchthilfesystem verfügen heute. Menschen mit einem problematischen Suchtmittelkonsum werden einerseits in spezialisierten Spitälern oder Kliniken behandelt, deren Leistungen über die obligatorische Krankenversicherung abgerechnet werden, andererseits bestehen im Kanton Basel-Stadt nebst wenigen kantonalen Angeboten auch spezifische Suchthilfeangebote von privaten Trägerschaften wie Stiftungen oder Vereinen in den Bereichen Therapie, Schadensminderung und Prävention. Teilweise stehen diese Staatsbeitragsverhältnisse heute ja auch wieder zur Erneuerung an.

Es gibt aber eine Lücke, die wir ausgemacht haben, in der Angebotsanalyse im Bereich Sucht, und zwar betrifft das das Angebot für multimorbide chronisch kranke Menschen mit psychischen Störungen und einer Abhängigkeitserkrankung. Das sind also sehr schwer belastete Personen. Beim Übergang von einem stationären psychiatrischen Aufenthalt in ein begleitetes Wohnangebot, besonders eben in diesen Konstellationen mit fürsorgerischer Unterbringung, das führt dann immer wieder einmal zu langen Aufenthalten oder aber zu wiederholten kurzzeitigen Ein- und Wiederaustritten in die Psychiatrie oder in betreute Wohnformen, die sich dann nicht als stabil erweisen. Das führt zu hohen Belastungen unseres Versorgungssystems, auch der Allgemeinheit, im Umfeld der Institutionen und natürlich der betroffenen Personen selber.

Diese spezifische Lücke möchten wir schliessen mit dem Angebot: «Hey-U Intensiv». Das Angebot ist vom Kommissionssprecher bereits ausführlich dargestellt worden und soll jetzt dann aufgebaut werden, wenn Sie heute unseren Anträgen zustimmen und wird dann eine entsprechende Finanzgrundlage auch haben, um das umzusetzen. Ich wäre sehr dankbar, wenn Sie uns dafür Gelegenheit bieten würden und danke Ihnen für ihre Zustimmung.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher für die Mitte/EVP ist Thomas Widmer-Huber.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Von der Mitte/EVP her unterstützen wir die Staatsbeiträge an den Verein Diakonische Stadtarbeit Elim für das erwähnte Angebot. Ich möchte jetzt nicht mehr allzu viel sagen dazu. Es ist vom Präsidenten der Kommission und auch von Regierungsrat Lukas Engelberger schon vieles gesagt worden. Vielleicht einfach ein persönlicher Bezug. Ich habe vor meiner Tätigkeit als Klinikseelsorger in der Sonnenhalde fünf Jahre in der Drogensuchthilfe gearbeitet und ich habe die Zusammenarbeit mit der Diakonischen Stadtarbeit Elim immer sehr wertvoll erlebt. Ihre fachliche Arbeit hat mich überzeugt und ich habe auch die Entwicklung der Arbeit über Jahre jetzt mitverfolgt. Sie machen aus meiner Erfahrung her eine sehr gute Arbeit und von daher möchte ich dies auch mit diesem Votum so zum Ausdruck bringen und danke für alle Unterstützung dieses Ausgabenbeitrags.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Fraktionssprechenden mehr eingetragen sowie auch keine Einzelsprechende. In der zweiten Runde verzichtet Regierungsrat Lukas Engelberger auf ein Votum, der Kommissionspräsident verzichtet ebenso. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung (Seite 7 des Berichts)

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002287, 13.12.23 15:24:19]

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Verein Diakonische Stadtarbeit Elim werden für das Angebot «Hey-U Intensiv» für die Jahre 2024–2027 Ausgaben von insgesamt Fr. 1'480'000 (2024: Fr. 340'000, 2025: Fr. 380'000, 2026: Fr. 380'000, 2027: Fr. 380'000; zuzüglich Teuerung gemäss § 12 Abs. 1 des Staatsbeitragsgesetzes) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 85 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme und keiner Enthaltung.

52. Ausgabenbewilligung für die Realisierung des Projekts SomPsyNet (Prävention psychosozialer Belastungsfolgen in der Somatik) für die Jahre 2024 und 2025, Bericht der GSK

[13.12.23 15:24:27, 23.1344.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt 986'000 Franken zu bewilligen. Für die Kommission GSK das Wort hat deren Präsident Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Die zweite Ausgabenbewilligung betrifft die Fortführung eines seit 2019 bestehenden sozialmedizinischen Pilotprojekts mit dem Namen SomPsyNet, das steht für Prävention psychosozialer Belastungsfolgen in



der Somatik im Sinne einer ganzheitlichen Versorgung in somatischen Spitälern im Kanton Basel-Stadt. Bis anhin war dieses Projekt hauptsächlich aus Drittmitteln finanziert gewesen. Der Regierungsrat beantragt zur Finanzierung eine neue Ausgabe von insgesamt maximal, wie schon erwähnt, 986'000 Franken für die kommenden zwei Jahre. Im Legislaturplan des Kantons für die Jahre 2021 bis 2025 ist die integrierte Gesundheitsversorgung ein politischer Schwerpunkt. Wir haben im Grossen Rat dazu auch bereits ein Gesamtpaket verabschiedet. Damit sollen innovative Versorgungsmodelle gefördert und weiterentwickelt werden.

Seit 2019 besteht das Projekt SomPsyNet zur Prävention psychosozialer Belastungsfolgen mit dem Ziel, längere Spitalaufenthalte, Rehospitalisierungen, schwere Krankheitsverläufe und reduzierte Lebensqualität zu verhindern beziehungsweise zu vermindern. Mit dabei am niederschweligen Projekt sind auf der stationären Ebene das Universitätsspital Basel, das Felix Platter, das Bethesda und St. Claraspital. Dort werden auf ausgewählten Stationen bei Patient*innen psychosoziale Belastungen identifiziert und koordinativ behandelt. Die gesamte Kooperation umfasst jedoch mehr als 20 Partnereinrichtungen der Basler Gesundheitsversorgung. Erste Ergebnisse der Evaluationsstudie zeigen, dass ältere Personen, insbesondere Männer und Menschen aus tiefen sozioökonomischen Schichten sowie Menschen mit Migrationshintergrund mit SomPsyNet erreicht werden können und somit ihre Versorgungsqualität verbessert werden kann.

Das Pilotprojekt wurde vorwiegend, wie erwähnt, mit Drittmitteln aus dem Fördertopf «Prävention in der Gesundheitsversorgung» von Gesundheitsförderung Schweiz finanziert. Diese Anschubfinanzierung läuft Ende dieses Jahres aus. Angedacht war, dass SomPsyNet mittels GWL-Finanzierung in die Regelstruktur überführt wird. Aufgrund pandemiebedingter Verzögerungen ist dies erst 2026 möglich. Mit Gesundheitsförderung Schweiz bestehen Verhandlungen, um eine Teilfinanzierung für die Jahre 2025 bis 2028 für den Abschluss der Pilotphase zu erwirken. Für die Jahre 2024 und 2025 braucht es aber eine Übergangsförderung, deshalb auch nur eine zweijährige Ausgabenbewilligung.

Die GSK hat den Ratschlag an zwei Sitzungen behandelt. Neben dem Vorsteher des Departements haben der Kantonsarzt, die Leiterin Prävention und der Chefarzt Psychosomatik des USB teilgenommen. Die Kommission wurden in der Beratung erste Resultate zur Wirkung des Projekts vorgestellt. Insbesondere die Fortführung von ambulanten psychosozialen Behandlungen nach einem Spitalaufenthalt konnte mittels dem Angebot aufgezeigt werden. Dies führt unmittelbar zu einer besseren Versorgungsqualität. Bisher konnten mit vier Versicherungen zusätzliche Verträge abgeschlossen werden, um gesundheitsökonomische Analysen durchzuführen. Im Idealfall sind damit langfristig Kostenreduktionen zu erwarten.

Die Kommission begrüsst die Fortführung des Pilotprojekts und ist überzeugt, dass SomPsyNet als Schnittstelle zwischen somatischen, stationären und psychosozialer ambulanter Behandlung nach dem Spitalaufenthalt einen hohen Mehrwert erzeugen kann. Insbesondere überzeugt, dass Zielgruppen erreicht werden, die im ambulanten Bereich oft nicht gut angesprochen werden können. Die Sensibilisierung zur psychischen Gesundheit und die Auseinandersetzung mit psychotherapeutischen Angeboten sind gerade für diese Gruppen sehr sinnvoll.

Die Finanzierung von SomPsyNet ist ein wenig komplex. Die Überbrückungsfinanzierung ist aus Sicht der GSK wichtig und ermöglicht die Fortführung der klinischen Arbeit und Projektleitung im USB und im Gesundheitsdepartement. 2024 muss also mit reduzierten Stellenprozenten überbrückt werden, um ab 2025 mit der erhofften Teilfinanzierung durch Gesundheitsförderung Schweiz die Leistungen wieder auszubauen. Falls keine Teilfinanzierung zustande käme, würde das Pilotprojekt in 2025 redimensioniert werden und sich auf die Evaluation der Pilotphase fokussieren.

Insgesamt belaufen sich die Kosten für die beiden Jahren auf rund 1,34 Millionen Franken. Knapp eine Million Franken wird durch den Kanton getragen, der Rest von den Projektpartnern. Ab 2025 sollen dann eben weitere 52'000 Franken von Gesundheitsförderung Schweiz bereitgestellt werden. Gemäss Bruttoprinzip berücksichtigt die Ausgabenbewilligung die erhoffte Finanzierung für 2025 von einer Viertelmillion. Die Ausgabenbewilligung deklariert daher den Maximalbetrag, das das GD ausgeben darf. Falls Gesundheitsförderung Schweiz keine Gelder sprechen würde, müsste das GD daher entweder intern kompensieren oder dem Grossen Rat nochmals eine Budgeterhöhung beantragen.

Die GSK hat der Vorlage einstimmig zugestimmt und bittet Sie, der Ausgabenbewilligung für die Fortsetzung des Projekts SomPsyNet für die Jahre 2024 und 2025 von insgesamt 986'000 Franken zuzustimmen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat das Wort hat Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich kann anknüpfen bei den Ausführungen des Kommissionspräsidenten und möchte unterstreichen, dass wir mit diesem SomPsyNet-Ansatz frühzeitig die psychosozialen Belastungen von Personen in den akutsomatischen Spitälern, also nicht in den Psychiatrien, sondern in den übrigen Spitälern erkennen möchten, damit wir eben früher reagieren. Sie haben das sicher verschiedentlich auch in den Medien gesehen, dass insbesondere die psychischen Erkrankungen und die damit verbundenen Folgekosten stark zunehmen. Deshalb rückt das in den Vordergrund, auch von unseren Anstrengungen im Bereich der Prävention und der Früherkennung. Das wollen wir hier mit diesem Projekt SomPsyNet erproben. Man darf hier von einem Pilotprojekt sprechen, das auch schweizweit in Fachkreisen eine hohe



Aufmerksamkeit geniesst und deshalb ja auch die Unterstützung von Gesundheitsförderung Schweiz erhielt, vermutlich dann auch für eine weitere Phase wieder erhalten wird.

Finanziell geht es, wie der Präsident der GSK schon ausgeführt hat, um eine Überbrückungsfinanzierung, damit wir die Pilotphase geordnet abschliessen und auch evaluieren können. Vorgesehen ist dann sozusagen ein Mainstreaming des Programms ab 2026 im Rahmen unserer GWL-Abgeltungen an die Spitäler. Selbstverständlich sind dafür aber natürlich die dann nötigen politischen Beschlüsse der Behörden noch vorzubehalten, insbesondere auch der Parlamentsbeschluss dann über die gemeinwirtschaftlichen Leistungen und die entsprechenden Abgeltungen ab 2026. Vorerst reden wir also über diese Finanzierung 2024/2025.

Ich kann noch vielleicht ergänzen, dass das Projekt gut angelaufen ist. Es haben bisher über 3'000 Patientinnen und Patienten in diesen Pilotkliniken an der Befragung teilgenommen und es hat sich gezeigt, dass das SomPsyNet-Versorgungsmodell in verschiedenen Spitälern sich als gut umsetzbar erwiesen hat. Wir können deshalb von ermutigenden ersten Erfolgen und Erfahrungen berichten. Wir würden das gerne weiterführen und sind Ihnen dankbar, wenn Sie dafür die nötigen Finanzen sprechen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. In der zweiten Runde wird auf ein Votum verzichtet. Eintreten wurde nicht besprochen, Rückweisung nicht beantragt

Detailberatung (Seite 6 des Berichts)

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikationsklausel

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

83 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002289, 13.12.23 15:33:54]

Der Grosse Rat beschliesst

Für das Projekt SomPsyNet werden für die Jahre 2024 und 2025 Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 986'000 (2024: Fr. 443'000, 2025: Fr. 543'000) zu Lasten der Erfolgsrechnung des Gesundheitsdepartements, Dienststelle Medizinische Dienste, bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 83 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme und keiner Enthaltung.

53. Staatsbeiträge an vier Trägerschaften im Suchthilfebereich des Kantons Basel-Stadt für die Jahre 2024 bis 2027; Staatsbeiträge an die Trägerschaften Stiftung Suchthilfe Region Basel, Stiftung Sucht, Stiftung Blaues Kreuz/MUSUB beider Basel und Verein frau sucht gesundheit, Bericht der GSK

[13.12.23 15:34:03, 23.1357.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt, Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt 20'397'200 Franken zu bewilligen. Für die Kommission GSK das Wort hat deren Präsident Oliver Bolliger.



Oliver Bolliger (GAB): Beim dritten Ratschlag wenden wir uns wieder dem Suchtbereich zu. Der Ratschlag betrifft die Staatsbeiträge, also Finanzhilfen und Abgeltungen an vier bekannte Trägerschaften im Suchthilfebereich. Diese stellen seit mehreren Jahrzehnten ihre Angebote und Dienstleistungen bereit und leisten einen wesentlichen und wertvollen Beitrag in der ambulanten Suchtarbeit des Kantons. Es handelt sich bei den Trägerschaften um die Stiftung Suchthilfe Region Basel, die Stiftung Sucht, die Stiftung Blaues Kreuz/MUSUB und der Verein frau sucht gesundheit.

Der Ratschlag umfasst mehr als 40 Seiten und widerspiegelt die Vielseitigkeit der Angebote und die Entwicklung der Leistungen der letzten vier Jahre. Aufgrund der Tatsache, dass es sich nicht um neue Angebote handelt, haben wir uns im Bericht der GSK bewusst kurzgehalten und verweisen auf den Ratschlag des Regierungsrats.

Ich möchte im Namen der GSK die Gelegenheit nutzen, um den vier Trägerschaften und den Mitarbeitenden in den Bereichen der Schadensminderung und Suchtberatung zur wertvollen Arbeit in der vergangenen Leistungsperiode danken. Ohne diese herausfordernde Arbeit im Feld und die Unterstützung der Betroffenen würden sich die Auswirkungen der Sucht im öffentlichen Raum um ein Vielfaches präsentieren, als wir dies gerade thematisieren.

Es ist ein grosses Gesamtpaket. Es werden Staatsbeiträge für die kommenden vier Jahre in der Höhe von gesamthaft 20,398 Millionen Franken beantragt, etwas mehr als fünf Millionen Franken jährlich. Über 60 Prozent der Finanzierung fliesst in die Schadensminderung, der Gesamtbetrag wird noch ergänzt aus Mitteln des Fonds zum Alkoholzehntel und der Spielsuchtabgabe von rund 1,6 Millionen Franken. Wie bereits in den vergangenen zwei vierjährigen Leistungsperioden im Jahr 2015 und 2019 unterbreitet die Regierung ein Gesamtpaket an Trägerschaften im ambulanten Suchthilfebereich. Damit besteht für den Grossen Rat ein besserer Gesamtüberblick und ermöglicht eine ganzheitliche Beurteilung.

Die Massnahmen in der Suchthilfe orientieren sich am nationalen Würfelmodell, einer Weiterentwicklung des uns allen bekannten Viersäulenmodells, welches ja in der letzten Zeit häufiger in diesem Rat benannt wurde. Die bisherigen Dimensionen der Säulen kennen Sie vielleicht schon, es ist 1. Gesundheitsförderung, Prävention und Früherkennung, 2. Therapie und Beratung, 3. Schadensminderung und Risikominimierung und 4. Regulierung und Vollzug. Es betrifft also die Säulen 2. und 3. Das Beispiel der Verlagerung des Konsums in den K+A von Heroin zu Kokain und von Spritzen zum Inhalieren und Sniffen illustriert die Nützlichkeit des erweiterten Würfelmodells und möglichen Anpassungen der Massnahmen.

Die kantonale Suchtpolitik verfolgt in Anlehnung an die nationale Strategie folgende Ziele: Verhinderungen von Suchterkrankungen, frühzeitige Unterstützung von gefährdeten und betroffenen Menschen, Verminderung von gesundheitlichen und sozialen Problemen, Verringerung der negativen Auswirkungen auf die Gesellschaft. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass in Basel-Stadt ein vielfältiges ambulantes Versorgungsangebot besteht, welches trotz der zurzeit angespannten Lage gut auf aktuelle Entwicklungen reagieren kann.

Die vier Trägerschaften sind professionell und haben langjährige Erfahrung und fachliche Expertise. Allesamt verfügen sie über ein Qualitätsmanagement, stehen in engem Austausch mit der Abteilung Sucht des Gesundheitsdepartements und arbeiten auch eng untereinander gut zusammen. Das öffentliche Interesse ist deutlich und fraglos gegeben. Die Einrichtungen sind unverzichtbare Bestandteile des Suchthilfeangebots im Kanton Basel-Stadt. Die Nachfrage ist auf hohem Niveau stabil und eine Finanzierung der Angebote ist unabdingbar.

Das aktuelle Jahr zeigt eine Akzeptierung der negativen Auswirkungen des Substanzkonsums im öffentlichen Raum. Die Belastung durch vermehrten Handel, sichtbaren Substanzkonsum, Lärm und Littering haben sichtbar zugenommen. Eine aktuelle finanzielle Schwächung der bestehenden ambulanten Angebote im Bereich der Schadensminderung und Suchtberatung wäre nicht zu verantworten. Es wurde kein genereller Ausbau der bestehenden Angebote beantragt, aber gezielte Mittelерhöhung, damit Spielräume bestehen, um auf aktuelle Entwicklungen reagieren zu können.

Folgende Anpassungen zu den bestehenden Staatsbeiträgen wurden im neuen Ratschlag aufgenommen:

Einerseits geht es um die Erhöhung der Abgeltung an die Kontakt- und Anlaufstellen von jährlich 160'000 Franken für Lohnkosten, für medizinisches Hygienematerial und für externe medizinische Dienstleistungen in den Kontakt- und Anlaufstellen. Dann geht es um die Erhöhung der Finanzhilfe für das Beratungszentrum von jährlich 34'000 Franken auch für Lohnkosten und Drittmittelabsicherung zur Finanzierung eines zusätzlichen Labor-Einsatzes bei Safer Dance Basel.

Ebenfalls wird für die Stiftung Sucht eine Anpassung beim Tageshaus für Obdachlose beantragt von jährlich 25'000 Franken und bei der Werkstatt Jobshop insgesamt 40'000 Franken für zusätzliche fünf Plätze.

Die Beratungsstellen des Blauen Kreuzes und des MUSUB werden jährlich 45'000 Franken zur Verfügung gestellt, also eine Erhöhung, damit die Angebote, die sie bis jetzt gemacht haben, aufrechterhalten werden können.

Und abschliessend eine Erhöhung des Beitrags an die frauenOase von jährlich 20'000 Franken für die externe Unterstützung beim administrativen Aufwand und zur Verstetigung der Sonntagsöffnungszeit.

Die GSK hat den Ratschlag an zwei Sitzungen behandelt und an den Verhandlungen hat der Vorsteher des Departements teilgenommen wie auch die Leiterin der Abteilung Sucht.



Zur Kommissionsberatung. Die aktuelle Debatte und die verschärfte Situation rund um die Auswirkungen des Suchtmittelkonsums im öffentlichen Raum sind nicht in diesem Ratschlag abgebildet. Zurzeit wird mit einer grossen Bandbreite von Massnahmen, einfachen bis komplexeren, versucht, auf die aktuelle Lage zu reagieren. Die Analysen werden zurzeit durchgeführt und aus dem Parlament, wie Sie alle wissen, sind ebenfalls diverse Vorstösse zur Thematik überwiesen worden. Gemäss dem Departement und Abteilung Sucht sollten Anpassungen und neue Massnahmen spätestens per Frühjahr 2024 greifen. Die GSK hat sich zu den Einzelaspekten aus der Praxis und den Angebotsstandorten der vier Trägerschaften informieren lassen. Die erhaltenen Informationen waren für die Kommission zufriedenstellend und die GSK spricht sich klar für die Unterstützung der Trägerschaften und für die Fortsetzung der Finanzierung ihrer bewehrten Angebote aus.

Die GSK beantragt daher dem Grossen Rat einstimmig die Zustimmung zu allen vier Grossratsbeschlüssen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat das Wort hat Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Wir haben Ihnen mit dem vorliegenden Ratschlag Vorschläge und Anträge unterbreitet für Staatsbeiträge an vier Trägerschaften im Suchthilfebereich, und zwar für die Jahre 2024 bis 2027 mit einem Gesamtbetrag von 20,4 Millionen Franken. Es geht um die Stiftung Suchthilfe Region Basel, um die Stiftung Sucht, um die Stiftung Blaues Kreuz/MUSUB beider Basel und um den Verein frau sucht gesundheit.

Ich möchte an dieser Stelle mich dem Dank anschliessen des Kommissionspräsidenten an diese Organisationen. Es sind wichtige zivilgesellschaftliche Organisationen, die im sozialmedizinischen Bereich in diesem Oberthema Sucht enorm wichtige Arbeit leisten. Wir sind sehr dankbar für die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit ihnen und würden diese Zusammenarbeit gerne verlängern. Dafür liegen Ihnen jetzt die notwendigen Anträge vor.

Der Kommissionspräsident hat bereits hingewiesen auf die Akzentuierung der Probleme im öffentlichen Raum rund um die Phänomene Drogenhandel und Drogenkonsum, insbesondere im unteren Kleinbasel. Und ich kann hier vielleicht eine kleine Ergänzung machen, es ist so, dass die aktuelle Verschärfung oder die Verschärfung, die wir gesehen haben im Spätsommer und im Herbst, im vorliegenden Ratschlag noch nicht abgebildet werden konnte aus zeitlichen Gründen und wir müssen deshalb vorbehalten, allenfalls auch mit weiteren, mit zusätzlichen Anträgen noch an Sie heranzutreten. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, auch Sie über das weitere Vorgehen des Regierungsrats zu diesem wichtigen Themenkreis zu informieren.

Der Regierungsrat hat gestützt auf eine Auslegeordnung einer interdepartementalen Arbeitsgruppe verschiedene Massnahmen an den unterschiedlichen Orten im unteren Kleinbasel zur Konkretisierung beziehungsweise in Umsetzung in Auftrag gegeben. Erste bauliche Massnahmen auf der Dreirosenanlage, wie zum Beispiel die Entfernung der Skateranlage oder der Schliessfächer, wurden bereits umgesetzt. Repressive Massnahmen, wie gezielte Schwerpunktaktionen der Kantonspolizei an den verschiedenen Orten im unteren Kleinbasel, sollen intensiviert, Verstösse gegen das Ausländer- und Integrationsgesetz konsequent verzeigt und die Zuführung von ausserkantonalen Personen an deren Wohn- oder Aufenthaltskanton verstärkt werden.

Zusätzliche Beleuchtungskörper verstärken das subjektive Sicherheitsempfinden und werden ebenfalls in Betracht gezogen. Auf der Dreirosenanlage soll der Rangerdienst ganzjährig mehrere Stunden täglich präsent sein und auch in den Wintermonaten zur Beruhigung der Situation beitragen. Ein Ausbau der Leistungen von privaten Sicherheitsdiensten mit unterschiedlichen Aufgaben an verschiedenen Orten wird ebenfalls als notwendig erachtet.

In den Kontakt- und Anlaufstellen, den sogenannten K+A, die eben auch Gegenstand sind des vorliegenden Geschäfts, sollen an den beiden Standorten Riehenring und Dreispitz mehr Konsumplätze für den inhalativen Konsum und die Wartezeiten für die Besuchenden verkürzt und so den Zugang zu den K+A-Angeboten erleichtert. Die K+A am Standort Dreispitz wird versuchsweise neu nicht nur an zwei, sondern an drei Abenden pro Woche geöffnet sein, um so den Standort Riehenring und Umgebung zu entlasten. Eine Verlängerung der Öffnungszeiten der Notschlafstellen könnte ebenfalls als ein mögliches Projekt umgesetzt werden. Die Umsetzung dieser Massnahmen erfordert zusätzliche Ressourcen, die wir nun konkreter ausarbeiten und beantragen, allenfalls auch wieder Ihnen die entsprechenden Anträge stellen würden.

Natürlich werden auch die bestehenden bewährten Massnahmen weitergeführt. So sucht das Fachteam Mittlerinnen und Mittler im öffentlichen Raum, das im Gesundheitsdepartement angesiedelt ist, weiterhin drogenkonsumierende Menschen im Umfang der K+A oder an Treffpunkten im öffentlichen Raum auf und ist auch Ansprechpartner für die Anwohnerschaft. Behandlungsbedürftige Personen werden an die entsprechenden Institutionen verwiesen und teilweise auch dorthin begleitet. Sollte sich die Situation im öffentlichen Raum mit Eintreten der wärmeren Jahreszeit wieder verschärfen, sind zusätzliche Massnahmen in Vorbereitung, so soll dann gegebenenfalls in kurzer Zeit entsprechend reagiert werden können. Es ist mir wichtig, Ihnen anzuzeigen, dass wir diese Situation mit grosser Aufmerksamkeit verfolgen und Massnahmen zur Verbesserung der Lage erarbeiten.



Nun aber zurück wieder zum jetzt traktandierten Ratschlag. Wir haben das wiederum in einem Paket zusammengefasst, damit Sie diese verschiedenen Angebote im Bereich der ambulanten Suchthilfe auch überblicken und gewichten können. Wir sind nach wie vor überzeugt, dass die Angebote der vier Trägerschaften wesentlich dazu beitragen, gefährdete und betroffene Menschen frühzeitig zu unterstützen, gesundheitliche und soziale Probleme zu vermindern und negative Auswirkungen des Substanzkonsums auf die Gesellschaft zu verringern.

Die Einrichtungen dieser Trägerschaften sind professionell tätig, verfügen über langjährige Erfahrung, gefestigte Strukturen und fachliche Expertise im Suchthilfebereich. Deshalb möchten wir die Zusammenarbeit mit ihnen weiterführen, immer noch im Rahmen der etablierten Prinzipien unserer Drogenpolitik, der sogenannten Viersäulenpolitik oder dem Würfelmodell, wie das neu auch etwas modifizierter dargestellt wird. Hier spezifisch in den Säulen Therapie und Beratung sowie Schadensminderung und Risikominimierung.

Die einzelnen Angebote hat Ihnen der Kommissionssprecher bereits wieder in Erinnerung gerufen, ich möchte nicht allzu viel Redezeit verwenden und ihn hier nicht noch einmal wiederholen, sondern zu einem Abschluss kommen. Sie haben sicher gesehen, dass wir eine Erhöhung der jährlichen Staatsbeiträge Ihnen vorschlagen um 362'000 Franken und die dient mehrheitlich der Aufrechterhaltung des bisherigen ambulanten Suchthilfeangebots, die ein wesentlicher Faktor ist für die erfolgreiche Umsetzung der kantonalen Suchtpolitik.

Ich bin also Ihnen dankbar, wenn Sie den Anträgen so zustimmen können.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine Wortmeldungen mehr eingetragen. In der zweiten Runde wird auf ein Votum verzichtet. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 1 Staatsbeiträge Suchthilfe Region Basel (Seite 6 des Berichts)

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikations- und Referendums Klausel

Abstimmung

Schlussabstimmung des Grossratsbeschlusses 1

Wer dem Grossratsbeschluss 1 zustimmt, stimmt JA wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002291, 13.12.23 15:50:37]

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Stiftung Suchthilfe Region Basel werden für die Jahre 2024 bis 2027 Ausgaben von insgesamt Fr. 14'318'800 (Fr. 3'579'700 p.a.) bewilligt. Von diesem Betrag entfallen Fr. 9'943'200 (inkl. Teuerung gemäss § 12 Abs. 1 des Staatsbeitragsgesetzes) als Abgeltungen für die Kontakt- und Anlaufstellen. Betreffend die Finanzhilfe an das Beratungszentrum der Stiftung Suchthilfe Region Basel wird ein allfälliger Teuerungsausgleich für die Jahre 2024 bis 2027 gemäss § 12 Abs. 2 des Staatsbeitragsgesetzes vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident:

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 2 Stiftung Sucht (Seite 7 des Berichts)

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikations- und Referendums Klausel



Abstimmung

Schlussabstimmung Grossratsbeschluss II

Wer dem Grossratsbeschluss 2 zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002293, 13.12.23 15:51:28]

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Stiftung Sucht werden für die Jahre 2024 bis 2027 Ausgaben von insgesamt Fr. 2'925'200 (Fr. 731'300 p.a) bewilligt. Ein allfälliger Teuerungsausgleich für die Jahre 2024 bis 2027 gemäss § 12 Abs. 2 des Staatsbeitragsgesetzes wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident:

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 3 Verein Blaues Kreuz/MUSUB Basel (Seite 8 des Berichts)

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikations- und Referendums Klausel

Abstimmung

Schlussabstimmung Grossratsbeschluss III

Wer dem Grossratsbeschluss 3 zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002295, 13.12.23 15:52:19]

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Stiftung Blaues Kreuz/MUSUB beider Basel werden für die Jahre 2024 bis 2027 Ausgaben von insgesamt Fr. 2'084'800 (Fr. 521'200 p.a.) bewilligt. Ein allfälliger Teuerungsausgleich für die Jahre 2024 bis 2027 gemäss § 12 Abs. 2 des Staatsbeitragsgesetzes wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident:

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 4 Verein frau sucht gesundheit (Seite 9 des Berichts)

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikations Klausel

Abstimmung

Schlussabstimmung Grossratsbeschluss IV

Wer dem Grossratsbeschluss 4 zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung



87 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002297, 13.12.23 15:53:09]

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Verein frau sucht gesundheit werden für die Jahre 2024 bis 2027 Ausgaben von insgesamt Fr. 1'069'200 (Fr. 267'300 p.a.) bewilligt. Ein allfälliger Teuerungsausgleich für die Jahre 2024 bis 2027 gemäss § 12 Abs. 2 des Staatsbeitragsgesetzes wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss 4 zugestimmt mit 87 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme und keiner Enthaltung.

54. Programm zur Dickdarmkrebs-Vorsorge sowie zum Mammografie-Screening mit dem Verein Krebsliga beider Basel im Kanton Basel-Stadt für die Jahre 2024-2027; Vertragsgenehmigung und Ausgabenbewilligung, Bericht der GSK

[13.12.23 15:53:15, 23.12.23.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt, Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt 3'060'000 Franken zu bewilligen. Für die Kommission GSK das Wort hat deren Präsident Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Nun kommen wir zum letzten Ratschlag, der betrifft eine Ausgabe im Bereich der wichtigen Gesundheitsprävention. Es geht um die Fortführung des bestehenden Staatsbeitragsverhältnisses mit der Krebsliga beider Basel. Insgesamt werden 3'060'000 Franken für die Betriebskostenbeiträge für das Früherkennungsprogramm von Brustkrebs und das Früherkennungs- und Vorsorgeprogramm für Darmkrebs für die folgenden vier Jahre 2024 bis 2027 beantragt.

Kantonale und staatlich finanzierte Früherkennungs- und Vorsorgeprogramme in der Gesundheitsprävention sind zielführende Massnahmen, um die Gesundheit der Bevölkerung sowie die gesundheitliche Chancengleichheit zu fördern und müssen auch in Anbetracht der hohen Behandlungskosten im Alter ausgebaut und weiterentwickelt werden. Ich denke, da sind die Möglichkeiten noch bei weitem nicht ausgeschöpft. Brustkrebs ist die häufigste Krebserkrankung und krebsbedingte Todesursache bei Frauen. Dickdarmkrebs ist dritthäufigste Krebserkrankung überhaupt.

Mit den Screening-Programmen sollen aus Sicht der Gesundheitsprävention und zur Erreichung einer gesundheitlichen Chancengleichheit folgende Ziele erreicht werden: Eine frühe Entdeckung von Krebs und dessen Behandlung, Zugang für Personen aus allen sozialen Schichten zu ermöglichen, Optimierung der Qualität in der Befundung, Kosteneinsparung im Gegensatz zu unsystematischen Screenings und eine jährliche Steigung der Teilnehmenden. Wer hier im Saal das 50. Lebensjahr erreicht hat, wird zu den beiden Formen des Krebs-Screenings eingeladen. Das haben vielleicht einzelne auch schon erfahren. Die Teilnahme ist zwar freiwillig, die Einladung sensibilisiert aber zur Thematik und bringt das Thema zumindest beim Dickdarm oft überhaupt erstmal ins Bewusstsein.

Das Brustkrebsfrüherkennungsprogramm MSP besteht seit 2014. Es wird nun also zehn Jahre alt und richtet sich an Frauen im Alter von 50 bis 74 Jahren. Die Teilnehmerzahl hat sich kontinuierlich von 32 auf 47 Prozent der Angeschriebenen gesteigert. In diesem Zeitraum konnte der Anteil der Tumore im fortgeschrittenen Stadium von 43 auf 24 Prozent gesenkt werden. Das Darmkrebsfrüherkennungs- und Vorsorgeprogramm DSP besteht erst seit 2019, also erst seit fünf Jahren. Davon waren drei Jahre von der Pandemie geprägt. Die Untersuchung ist komplexer und es kann aus unterschiedlichen Methoden ausgewählt werden.

Die Selbstverständlichkeit des Früherkennungsprogramms beim Darmkrebs ist im Vergleich zum Brustkrebs noch nicht gleich ausgereift. Die Teilnehmerate liegt zurzeit bei 21 Prozent und dies obwohl grosse Heilungschancen mit der Untersuchung verbunden sind. Die Teilnehmerate soll insgesamt bei beiden Programmen weiter gesteigert werden und insbesondere benachteiligte Bevölkerungsgruppen sollen mehr erreicht werden. Diese profitieren von einem kantonalen Gesundheitsprogramm nämlich am meisten. Es ist daher nötig, die Sensibilisierung und die Beratung der Bevölkerungsgruppen zu intensivieren.



Aufgrund der Betriebsergebnisse der letzten Jahre wurden Anpassungen an den Programmen vorgenommen, um beide in einem Staatsbeitragsverhältnis zusammengeführt. Beim Brustfrüherkennungsprogramm kann der Beitrag auf 425'000 Franken gekürzt werden, also jährlich, und beim Dickdarm-Screening soll der Beitrag auf 340'000 Franken erhöht werden. Insgesamt erhöht sich die Finanzierung der beiden Screening-Programme um 65'000 Franken.

Die GSK hat den Ratschlag ebenfalls an zwei Sitzungen behandelt und an denen der Vorsteher des Departements und der Kantonsarzt teilgenommen hat. Für die GSK sind die beiden Programme unbestritten. Sinn und Zweck der Brustkrebs- und Dickdarmkrebsvorsorge sind klar gegeben. Die Kommission hat sich orientieren lassen, ob andere häufige Krebsarten, beispielsweise Lungen- oder Prostatakrebs, auch mit Screening-Programmen früher erkannt werden können. Die Analysemethoden sind zurzeit aber noch nicht ausgereift und sind von den weiteren Fortschritten in der Effektivität und Effizienz abhängig.

Die Kommission begrüsst die Intensivierung des Dickdarmkrebs-Screenings durch die Krebsliga, um die Teilnahmequote zu erhöhen. Gerade die Erreichbarkeit benachteiligter und/oder aus kulturellen Gründen reservierter Bevölkerungskreise soll erhöht werden. Die Krebsliga hat vor aufgrund der positiven Erfahrung aus den Pandemie Jahren mit Audionachrichten in verschiedenen Sprachen Einfluss auf die verschiedenen Bevölkerungskreise zu nehmen und somit den Teilnahmegrad zu erhöhen. Die Einbindung der Basler Apotheken zwecks niederschwelliger Informationen und Beratung von Interessierten an der Darmkrebsfrüherkennung ist wichtig und muss für die Zukunft institutionalisiert werden. Die Zusammenarbeit zwischen der Krebsliga beider Basel und den Apothekerverbänden der beiden Basel müssen intensiviert werden, aktuell besteht die Zusammenarbeit nur mit einzelnen Apotheken und Apothekergruppen.

In der Kommissionsberatung wurde der Antrag gestellt, dass der baselstädtische Apothekerverband verbindlich in die Vorsorgeberatung eingebunden werden soll. Dies mit dem Ziel, die Teilnahmequote am DSP zu steigern, da die Angst vor dem Arztbesuch durch die niederschweligen Apotheken umgehen werden kann. Die Apotheken können die Teilnehmenden durch den Gesamtprozess begleiten, müssen hierfür aber angemessen vergütet werden. Kostensteigerung seien nicht zu erwarten, da das Programm nicht ausgeweitet, sondern diversifiziert würde.

Eine Mehrheit der Kommission sowie das Gesundheitsdepartement lehnten diesen Antrag aus verschiedenen Gründen ab. Der Antrag würde einseitigen Druck gegenüber der Krebsliga aufbauen, zudem seien staatliche Vorgaben für nachgelagerte Leistungserbringung nicht stufengerecht und die Gefahr der Zufälligkeit wäre gegeben, da beispielsweise Arztpraxen nicht miteinbezogen wären. Mit der Verpflichtung der Einbindung der Apothekerverbände wäre die Vorlage hinfällig und der Auftrag und Abläufe hätten neu ausgehandelt werden müssen. Die Kosten würden schon allein aufgrund der umfassenden Struktur und deutlich höheren Anzahl an Instruktionen zunehmen. Also die Vorlage müsste daher zurückgenommen werden.

Die GSK lehnte in der Abstimmung den Antrag zur verbindlichen Einbindung des Apothekerverbands mit 4 gegen 1 Stimme bei 3 Enthaltungen ab.

Die GSK unterstützt allerdings niederschwellig angelegte Screening-Programme und wünscht sich, dass die Zusammenarbeit der Krebsliga beider Basel mit den Apotheken in den kommenden vier Jahren weiterentwickelt wird und dazu mit dem Apothekerverband in Kontakt tritt. Das GD versprach, dieses Anliegen aufzunehmen und die Kommission wird diesen Aspekt bei der nächsten Vorlage genauer überprüfen.

Zudem hat die GSK den fehlenden Teuerungsausgleich thematisiert, da hier der Schwellenwert von 70 Prozent Personalkosten nicht erreicht wird. Sobald das Staatsbeitragsgesetz entsprechend geändert wurde, kann dann ein Antrag auf Teuerungsausgleich durch die Organisation gestellt werden.

Die GSK beantragt einstimmig bei einer Enthaltung Zustimmung zur Fortführung des Staatsbeitragsverhältnisses mit der Krebsliga beider Basel über die jährlichen Betriebskostenbeiträge für die beiden Früherkennungsprogramme MSP und DSP für die Jahre 2024 bis 2027 und Ausgaben in der Höhe von insgesamt 3'060'000 Franken. Besten Dank für ihre Zustimmung.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich möchte Ihnen einleitend zunächst danken für Ihre überaus klare Zustimmung zu den drei vorangehenden Geschäften. Es hat sich dabei ja um Angebote im sozialmedizinischen Bereich gehandelt, bei denen sehr deutlich zum Ausdruck kommt, dass Gesundheitspolitik oft eben auch Sozialpolitik ist und dass wir unsere Bemühungen vor allem auf die benachteiligten, besonders betroffenen Personen konzentrieren wollen, weil wir dort einen besonderen Bedarf sehen und auch eine erhöhte Einwirkungsmöglichkeit haben. Sie haben mit Ihrer fast einstimmigen und unaufgeregten Zustimmung deutlich zum Ausdruck gebracht, dass das Parlament diese Verantwortung auch weiterhin wahrnehmen will und dafür bin ich Ihnen dankbar. Wir teilen selbstverständlich im Regierungsrat diese Entschlossenheit.

Hier geht es um ein etwas anders gelagertes Geschäft. Es geht nicht ausschliesslich um besonders betroffene oder benachteiligte oder exponierte Personen, sondern es geht bei den Screening-Programmen eben wirklich um die ganz breite Bevölkerung. Das ist wichtig, weil man so die Möglichkeit erhöht, sehr viel früher die gefährlichen Erkrankungen zu erkennen,



entsprechend früher dann auch behandeln und schwere Verläufe verhindern kann, insbesondere bei diesen ganz grossen und schwerwiegenden Krebsarten von Brustkrebs und Dickdarmkrebs, um die es hier geht. Der Kommissionspräsident hat das eigentlich aus meiner Sicht vollständig Ihnen erläutert, deshalb möchte ich auf eine weitere mündliche Darstellung dieser Programme verzichten.

Ich kann unterstreichen, dass der Kanton Basel-Stadt hinter diesem Screening-Ansatz steht. Wir erachten die Früherkennung als wichtig und zielführend und sind auch bereit, unsere Verantwortung in diesem Bereich zukünftig weiterhin wahrzunehmen. Wir sind froh und dankbar für die gute, hochprofessionelle und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Krebsliga, die wir weiterführen wollen.

Dafür haben wir Ihnen ja jetzt die notwendigen Anträge vorgelegt. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie auch diesen sehr grossmehrheitlich zustimmen könnten.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. In der zweiten Runde verzichten Regierungsrat und Kommissionspräsident auf ein zweites Votum. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung (Seite 6 des Berichts)

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikations- und Referendums Klausel.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

82 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002299, 13.12.23 16:04:53]

Der Grosse Rat beschliesst

Zur Fortführung des Staatsbeitragsverhältnisses mit der Krebsliga beider Basel (KLBB) über die jährlichen Betriebskostenbeiträge an das Früherkennungsprogramm von Brustkrebs (Mammografie-Screening-Programm, MSP) und das Früherkennungs- und Vorsorgeprogramm für Darmkrebs (Darmkrebs-Screening-Programm, DSP) werden für die Jahre 2024–2027 Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 3'060'000 (Fr. 765'000 p.a.) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 82 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme und keiner Enthaltung.

55. Ausgabenbewilligung für Staatsbeiträge für 20 Trägerschaften der Quartierarbeit in den Jahren 2024 bis 2027, Bericht der BKK

[13.12.23 16:05:00, 23.0849.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt 10'088'000 Franken zu bewilligen. Für die Kommission BKK hat das Wort deren Vizepräsidentin Catherine Alioth.



Catherine Alioth (LDP): Ich übernehme das Amt als Kommissionssprecherin, da die Präsidentin heute krankheitshalber abwesend ist. Sie hat das Votum vorbereitet und ich werde es Ihnen vorlesen.

Die BKK unterstützt die Mitfinanzierung der Quartierarbeit durch die öffentliche Hand ausdrücklich und ist überzeugt, dass die Arbeit, die in den Quartiertreffpunkten und den Stadtteilsekretariaten geleistet wird, wichtig und wirkungsvoll ist. Nicht zufrieden zeigt sich die Kommission mit der Informationsdichte dieses Ratschlags. So sind dem Ratschlag keine Jahresrechnungen beigelegt, so dass sich die Kommission vorerst keinen Überblick über die finanziellen Verhältnisse der Trägerschaften machen konnte. Erst auf Nachfragen sind uns die Dokumente zur Verfügung gestellt worden. Ebenfalls bemängelt die Kommission, dass im Ratschlag Anträge, die nicht berücksichtigt worden sind, ohne Begründung stehen. So lässt sich für die Kommission nicht beurteilen, ob sie einer Nichterhöhung des Beitrags auch zustimmen kann oder nicht.

Die BKK erachtet die Arbeit des Verbandes als wichtig. Auch der Regierungsrat anerkennt, dass der Verband das Netzwerk der Quartierarbeit stärkt und für die Vernetzung wichtig ist. Trotzdem soll der Verband nicht weiter finanziell unterstützt werden. Die BKK ist der Ansicht, dass es die Arbeit des Verbandes auch weiterhin braucht und auch wenn die Projektphase ausläuft, weiter vom Staat unterstützt werden soll. Darum beantragt die Kommission, dass der bisherige Betrag von 32'000 Franken pro Jahr weiterhin für die Arbeit des Verbandes gesprochen wird.

Dass alle Quartiertreffpunkte ab 2024 eine etwas höhere Basisfinanzierung erhalten, heisst die BKK ausdrücklich gut. Mit dieser Erhöhung wird allerdings nur die Kostensteigerung ausgeglichen werden. Dem weiteren Erhöhungsantrag für eine fachliche Weiterentwicklung der Quartiertreffpunkte möchte sowohl der Regierungsrat wie auch eine knappe Mehrheit der BKK nicht entsprechen. Die Minderheit der BKK ist allerdings der Ansicht, dass die Quartiertreffpunkte eine Beitragserhöhung über den Teuerungsausgleich bräuchten, da sich die Treffpunkte weiterentwickeln müssten, um den stetig steigenden Herausforderungen gewachsen zu sein.

Der Quartiertreffpunkt des Quartiervereins Dynamo Iselin soll zu einem vollwertigen Treffpunkt aufgewertet werden. Mit den Ressourcen aus dem Budgetpostulat, das der Grosse Rat für das Jahr 2022 überwiesen hat, konnte im Westfeld ein Quartiertreffpunkt aufgebaut werden. Über den Stand dieser Aufbauarbeit gehen die Aussagen allerdings auseinander. Gemäss Präsidialdepartement sei die Aufbauarbeit noch nicht abgeschlossen, der Quartierverein müsste auch noch das volle Angebot zur Verfügung stellen und man wolle nicht auf den Erhöhungsantrag des Vereins eingehen. Gemäss Verband und gemäss Quartierverein selber sei die Aufbauarbeit eigentlich abgeschlossen und man würde gerne das volle Angebot machen. Das Bedürfnis der Bevölkerung und die Möglichkeiten im Treffpunkt wären vorhanden, die fehlenden Ressourcen würden den Vollausbau aber verunmöglichen. Im Hearing mit dem Präsidialdepartement wurde der BKK bestätigt, dass der Quartierverein auf das Jahr 2025 so weit wäre, um als voll ausgebauter Treffpunkt zu funktionieren. Die BKK beantragt darum ab 2025 für den Quartierverein Dynamo Iselin eine Erhöhung der Basisfinanzierung auf 104'000 Franken pro Jahr.

Auf weitere Punkte wie die Kindertankstellen, die Stadtteilsekretariate und die zusätzlichen projektbezogenen Leistungen gehe ich aus Zeitgründen jetzt nicht ein. Sowohl der Ratschlag wie auch der schriftliche Bericht der BKK machen Aussagen zu den ebenfalls wichtigen und wertvollen Angeboten der Quartierarbeit.

Dass die Quartiertreffpunkte zusätzlich schwerpunktspezifische Leistungen im Bereich frühe Förderung, mobile Quartierarbeit und in der Altersarbeit leisten, begrüsst die BKK sehr. Die Kommission erachtet es als wichtig, dass die Treffpunkte gezielt Leistungen anbieten, die für ihr Quartier angezeigt sind, weil beispielsweise viele Familien mit kleinen Kindern oder viele ältere Menschen im Quartier wohnen.

Ebenfalls begrüsst es die BKK sehr, dass die CMS die Quartiertreffpunkte in diesem Bereich finanziell stark unterstützt. So wie die Leistungen in den Quartieren vielfältig sind, soll auch die Finanzierung vielfältig aufgestellt und von verschiedenen Institutionen getragen sein. So ist es der BKK sehr wichtig, dass das Präsidialdepartement in Bezug auf die weitere Mitfinanzierung der Quartierarbeit durch die CMS mit der CMS in engem Kontaktaustausch steht. Es steht im schriftlichen Bericht und ich möchte es hier nochmals wiederholen, diese Mitfinanzierung durch die CMS ist von unschätzbarem Wert, weil sie dem friedlichen und gesunden Zusammenleben der Menschen in unserer Stadt dient.

Ich bitte Sie, den Anträgen des Regierungsrates und den Erhöhungsanträgen der BKK zu folgen, damit die wichtige und vielfältige Quartierarbeit weiterhin erfolgreich stattfinden kann.

Claudio Miozzari (SP): Für den Regierungsrat hat das Wort Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich darf Ihnen die Haltung des Regierungsrats zu diesem Geschäft darlegen. Die Quartiertreffpunkte in Basel sind Orte der Begegnung für die Quartierbevölkerung, unabhängig von ihrer kulturellen, sprachlichen oder sozialen Herkunft. Sie tragen zur Verbesserung der sozialen und kulturellen Lebensqualität der Quartierbevölkerung bei und leisten einen wichtigen Beitrag für ein verständnisvolles Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen. In hohem Masse fördern sie auch die Identifikation der Bewohnerinnen und Bewohner mit dem



Quartier. Sie übernehmen mit ihren spezifischen Angeboten zudem eine wichtige Rolle im Bereich der frühen Förderung. Anfang 2023 wurde mit dem Quartierzentrum Iselin der 16. Quartiertreffpunkt in Basel eröffnet.

Der «Verband Quartiertreffpunkte Basel» (VQB) ist die Dachorganisation der 16 Trägerschaften. Nach innen bietet der VQB seinen Mitgliedern eine Plattform, um Synergien zu nutzen und die Zusammenarbeit untereinander zu fördern. Nach aussen hin stärkt er die Wahrnehmung der Quartiertreffpunkte in der Öffentlichkeit. Mit seinen Aktivitäten bearbeitet er Aufgaben, welche sich gemeinschaftlich besser und auf einer übergeordneten Ebene auch effizienter lösen lassen. Mit der Erhöhung der Staatsbeiträge für 14 Quartiertreffpunkte um je 4'000 Franken, beziehungsweise um je 2'000 Franken pro Jahr für die zwei Quartiertreffpunkte mit weniger Staatsbeiträgen, sollen die Kostensteigerungen ausgeglichen werden und somit das aktuelle Leistungsangebot aufrechterhalten werden.

Die zusätzliche Erhöhung der Basisfinanzierung um 6'000 Franken für die fachliche Entwicklung, die Erhöhung des Staatsbeitrags für das neue Quartierzentrum Iselin, neue Staatsbeiträge für spezifische Leistungen in der mobilen Quartierarbeit und Altersarbeit sowie für den Verband, diese neuen Erhöhungsanträge erachtet der Regierungsrat unter Berücksichtigung des von ihm gesetzten kantonalen Budgetrahmens als weniger prioritär. Wir würden Ihnen deshalb beliebt machen, darauf zu verzichten und dem Antrag des Regierungsrats in allen Punkten zu folgen.

Der Regierungsrat hat eine Direktvergabe der Liegenschaft an den Verein Gleis 58 als Betreiber des Quartiertreffpunkts Rosental bewilligt und das Präsidialdepartement ermächtigt, über die Ausrichtung eines zusätzlichen Staatsbeitrags für die Miete der Liegenschaft zu verhandeln. Nach erfolgter Sanierung voraussichtlich bis 2026 soll der Quartiertreffpunkt Rosental für die Bezahlung eines marktüblichen Mietzinses mit einem zusätzlichen Staatsbeitrag unterstützt werden. Der Staatsbeitrag für diese Mietkosten erfolgt für den Kanton dann haushaltsneutral.

Die Stadtteilsekretariate Kleinbasel und Basel-West sowie die im 2021 neugegründete Gundeldinger Koordination übernehmen eine wichtige Schnittstellenfunktion und vermitteln das Bindeglied zwischen den Anliegen des Stadtteils beziehungsweise Quartiers und der Verwaltung. Sie betreiben eine Plattform zur Informationsvermittlung, bearbeiten aktuelle Schwerpunktthemen und begleiten Partizipationsprozesse. Der Regierungsrat unterstützt die Erhöhung des Staatsbeitrags von 30'000 Franken pro Jahr für das Stadtteilsekretariat Basel-West, damit die seit der Aufbauzeit vor zehn Jahren gewachsenen Aufgaben und Tätigkeitsfelder bearbeitet werden können und eine adäquate Entlohnung der Stellenleitenden sichergestellt werden kann.

Im Rahmen der Beantwortung der Petition «Weiterführung der Kindertankstelle Oekolampad während der Wintermonate» wurde ein Zuständigkeitswechsel und damit verbunden ein Budgettransfer vom Erziehungsdepartement zum Präsidialdepartement beschlossen, da sich das Angebot der Kindertankstellen Oekolampad und Claramatte nicht nur an Kinder, sondern vermehrt an Familien im Allgemeinen richtet. Damit entspricht es nicht mehr einem klassischen Angebot der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Mittels Budgetpostulat wurden im Jahr 2022 bereits zusätzliche Mittel in der Höhe von 53'000 Franken pro Jahr für Öffnungszeiten während den Wintermonaten bewilligt. Der Regierungsrat erachtet eine weitere Erhöhung der Finanzhilfe, um die Öffnungszeiten nochmals zu erweitern und die personelle Zusammensetzung nochmals anzupassen, als nicht angezeigt.

Ich bedanke mich bei der BKK in Vertretung von Regierungspräsident Beat Jans für die gute Zusammenarbeit. Ich nehme entgegen, dass Sie nicht mit allen Informationen auf Anhieb zufrieden waren, das werden wir versuchen, inskünftig besser zu machen. Ich danke Ihnen allen für die grosse Wertschätzung, die Sie der Quartierarbeit entgegenbringen und möchte abschliessend noch einmal sagen, dass wir an unseren Anträgen gemäss Ratschlag festhalten.

Claudio Miozzari (SP): Wir kommen zu den Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprechern und da hat sich als erste Amina Trevisan für die SP eingetragen.

Amina Trevisan (SP): Als in Basel die ersten Quartiertreffpunkte entstanden, war dies zukunftsweisend, denn es drückte auch aus, dass die Lebensqualität einer Stadt täglich neu und durch viele verschiedene Akteur*innen zum Ausdruck kommen muss. Heute sind die Treffpunkte aus der Stadt Basel nicht mehr wegzudenken. Sie sind während den letzten 23 Jahren zu Orten gewachsen, von denen aus Impulse in alle Richtungen ausstrahlen. Die 16 Quartiertreffpunkte haben sich in den letzten Jahrzehnten unermüdlich engagiert, das haben wir schon gehört, um für die Bevölkerung eine Anlauf- und Begegnungsstelle zu sein und ihre Umgebung so ein Stück lebenswerter zu machen.

Die Quartierarbeit beinhaltet einen guten Umgang mit sozialer und kultureller Diversität. Die Quartiertreffpunkte wollen Durchmischung fördern und gleichzeitig Freiräume für kleinere Gruppen erhalten oder neu schaffen und die Altersarbeit sowie die Generationenbeziehungen ausbauen. In den Quartiertreffpunkten treffen sich Menschen, die sich sonst nicht begegnen würden. Quartiertreffpunkte sind daher immer auch Orte gelebter Demokratie. Auch der Verband der Quartiertreffpunkte leistet dabei eine wichtige und gute Arbeit. Im August 2022 wurden die Quartiertreffpunkte mit dem Basler Preis für sozialen Zusammenhalt ausgezeichnet. Damit wurde die bedeutende Rolle der Quartiertreffpunkte in der Förderung



des sozialen Zusammenhalts bekräftigt. Als Zeichen der Wertschätzung und der Dankbarkeit beantragt deshalb die SP-Fraktion zusammen mit der GAB-Fraktion eine Erhöhung der Beiträge für die Quartiertreffpunkte.

Im Folgenden spreche ich über zwei Anträge zusammen. Wir begrüssen zwar die Erhöhung der Staatsbeiträge für alle Quartiertreffpunkte durch den Regierungsrat. Die SP-Fraktion vertritt zusammen mit der GAB-Fraktion aber die Ansicht, dass aufgrund der komplexen Arbeit und der fachlichen Weiterentwicklung der Quartiertreffpunkte die kantonale Basisfinanzierung zusätzlich angehoben werden soll. Zudem ist die als Teuerungsausgleich gedachte Erhöhung angesichts des wiederum gestiegenen Referenzzinssatzes zu knapp bemessen, muss doch mit Mietzinserhöhung gerechnet werden. Für die Quartiertreffpunkte mit grossen Räumen fällt dies stark ins Gewicht. Daher beantragen die SP-Fraktion und die GAB-Fraktion, dass die Quartiertreffpunkte eine Erhöhung der Basisfinanzierung von zusätzlich 6'000 Franken respektive 3'000 Franken pro anno erfahren. Das macht eine Erhöhung von 90'000 Franken pro anno beziehungsweise 360'000 Franken für die Jahre 2024 bis 2027.

Zweitens: Die Fraktion der SP und die GAB-Fraktion beantragen zudem, dass der Quartierverein Dynamo Iselin zu einem vollwertigen Quartiertreffpunkt aufgewertet wird und den vollen Beitrag wie alle anderen Quartiertreffpunkte bereits ab 2024 und nicht erst ab 2025 erhält. Wir begründen unseren Antrag damit, dass die Aufbauphase des Quartierzentrums Iselin 2022 abgeschlossen werden konnte. Seit 2023 wird das volle Angebot gemäss Konzept Quartiertreffpunkte Basel angeboten. Eine Bedarfsanalyse im Quartier hat zudem gezeigt, dass die Quartierbevölkerung ein Quartierzentrum mit einem breiten Angebot wünscht. Mit einem Beitrag von 64'000 Franken kann die Arbeit gemäss städtischem Konzept Quartiertreffpunkte nicht gewährleistet und die Seele nicht bewirtschaftet werden. Deshalb wurde der Antrag gestellt, den Beitrag ab 2024 auf 104'000 Franken respektive bei Annahme des Antrags auf 110'000 Franken zu erhöhen. Dieser Antrag wurde ordnungsgemäss wie alle anderen Anträge am 22. Dezember 2022 an das PD geschickt.

Die SP-Fraktion anerkennt den grossen Stellenwert der Quartiertreffpunkte für das gemeinsame Zusammenleben in Basel. Deshalb bitte ich Sie im Namen der SP-Fraktion und der GAB-Fraktion, die Antragsänderung anzunehmen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die LDP ist Nicole Kuster-Simon.

Nicole Kuster-Simon (LDP): Vor fast vier Jahren wurde um die Ausgabenbewilligung für die Quartierarbeit eine lebhaft Diskussion geführt und vieles hat sich zum Guten gewendet. Die Organisationen arbeiten erfolgreich und die Quartiertreffpunkte übernehmen Verantwortung. Sie sind ein wichtiger Bestandteil der Stadtentwicklung und tragen wesentlich zur Integration der Menschen im städtischen Leben bei.

Die LDP-Fraktion folgt dem Antrag der Regierung, die Beiträge für die Quartiertreffpunkte so zu erhöhen, dass die Kostensteigerungen aufgefangen werden können. Dem Antrag der Quartiertreffpunkte wird damit zwar nicht vollumfänglich entsprochen, aber immerhin um so viel, dass sie ihren Betrieb weiterführen und eben die Kostensteigerungen ausgleichen können. Die Änderungsanträge werden abgelehnt. Die von der SP beantragte Erhöhung lehnen wir ebenso ab wie den Antrag des GAB, die eine Vollfinanzierung des Quartiervereins Dynamo Iselin bereits ab 2024 fordert. Wir anerkennen die Arbeit, die dieser Quartierverein leistet und unterstützen es sehr, dass er ab 2025, sobald die Aufbauarbeit abgeschlossen ist, als vollwertiger Quartiertreffpunkt unterstützt wird.

Der übergeordnete Verband der Quartiertreffpunkte übernimmt eine zentrale Rolle. Der Verband ist wichtig für die Entwicklung des Netzwerks der Quartiertreffpunkte. Damit sollen nicht nur Synergien und die Zusammenarbeit untereinander gefördert werden, sondern auch zeitnah neue gesellschaftliche Herausforderungen anerkannt werden. Wir unterstützen deshalb, dass der Verband Quartiertreffpunkte jährlich 32'000 Franken pro Jahr erhält, damit eine Geschäftsführung angestellt werden kann.

Zum Erhöhungsantrag für die Kindertankstellen Claramatte und Oekolampad ist folgendes auszuführen: Wir schätzen die Wirkung und die Leistungen der Kindertankstellen als sehr hoch ein, halten aber eine Erhöhung zum jetzigen Zeitpunkt für nicht angezeigt. Der Erhöhungsantrag zielt darauf ab, dass das Angebot der Kindertankstellen personell besser und mit Festanstellungen auszustatten ist. Ausserdem sollen die Öffnungszeiten ausgeweitet werden. Auch dafür haben wir ein gewisses Verständnis. Wir weisen aber darauf hin, dass das Angebot der Kindertankstellen bereits letztes Jahr auf den Winterbetrieb ausgeweitet wurde und dafür 53'000 Franken bewilligt wurden.

Wir sind der Meinung, dass das Angebot, so wie es heute besteht, weitergeführt und der Kern der Arbeit weiter gestärkt werden kann. Allenfalls müssen die Angebotstage und die Öffnungszeiten angepasst oder andere Finanzierungsquellen gefunden werden. Vieles hat seine Berechtigung, so auch hier, aber nicht alles kann in vollem Umfang und darüber hinaus gefördert werden. Der Staat muss auch auf andere Anliegen eingehen können. Aus diesen Gründen folgen wir dem Erhöhungsantrag an die Kindertankstellen Claramatte und Oekolampad nicht.

Dem Erhöhungsantrag für die Quartierarbeit Klyck Klybeck-Kleinhüningen möchten wir nicht entsprechen. Die im Antrag genannten Bereiche, die zusätzlich bearbeitet werden sollen, sind Themen, für die es Spezialisten braucht. Es gibt genügend



ausgewiesene Fachstellen, die niederschwellig erreichbar sind. Wir halten es für zielführend, dass Klÿck die Triage durchführt und an die entsprechenden Fachstellen verweist. Ein zusätzliches Angebot ist aus unserer Sicht nicht notwendig.

Wir halten die mobile und aufsuchende Arbeit in den Quartieren für wichtig, um auch die Menschen zu erreichen, die nur schwer Zugang zu den Treffpunkten haben oder finden. Der Regierungsrat nimmt dies mit der Bearbeitung der überwiesenen Vorstösse von Pascal Pfister betreffend Thema Einsamkeit in Angriff.

Zusammengefasst: Die LDP-Fraktion folgt dem Antrag der BKK und lehnt alle Änderungsanträge ab. Die Fraktion LDP bittet Sie, es ihr gleich zu tun.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die SVP ist Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Allgemein muss gesagt werden, dass es ein ungenügender Ratschlag war. Es wurden keine Jahresrechnungen beigelegt, es gab keine Begründungen von Seiten der Regierung, weshalb die Erhöhungsanträge nicht berücksichtigt wurden. Wir hoffen sehr, dass beim nächsten Ratschlag dies besser dargestellt werden kann.

Zu dem Geschäft aus Sicht der SVP-Fraktion: Die 16 Quartiertreffpunkte wollten eine Erhöhung der Basisfinanzierung um 10 Prozent wegen Kostensteigerungen und Teuerung. Der Regierungsrat will 4 Prozent mehr. Dies ist auch aus unserer Sicht ausreichend und angemessen, zumal es sich um die Basisfinanzierung handelt. Für zusätzliche Projekte werden grosszügige Zusatzfinanzierungen vom Kanton geleistet und auch die CMS finanziert hier weiter mit, was bei der Ausarbeitung des Ratschlages noch nicht bekannt war. Deshalb lehnen wir die Änderungsanträge allesamt ab.

Da der Quartiertreffpunkt Dynamo Iselin nun die Aufbauarbeiten zu einem analogen Quartiertreffpunkt gemacht hat, soll er auch unserer Ansicht nach ebenfalls ab 2025 mit 104'000 Franken unterstützt werden.

Der Verband der Quartiertreffpunkte Basel erhielt in den Jahren 2022 und 2023 eine Unterstützung für Aufbauarbeiten von 32'000 Franken. Er wurde 2019 gegründet und leistet Unterstützung für die Quartiervereine. Der VQB ersuchte um eine Erhöhung von 73'000 Franken und begründet dies mit der Weiterentwicklung der Verbandarbeit und einer Anstellung einer geschäftsleitenden Fachperson. Wir erachten eine Weiterführung der Unterstützung von 32'000 Franken als angebracht, zumal die administrative Mitarbeiterin mit ihrem 20 Prozent Pensum ausgelastet ist, wie auch der Vorstand ausgelastet ist und ehrenamtlich agiert. Eine Anstellung einer geschäftsleitenden Fachperson ist also angezeigt, auch vor dem Hintergrund, dass die Bevölkerung wächst und neue Stadtteile entwickelt werden.

Der Trägerverein Gundeldinger Koordination hatte ursprünglich um keine Erhöhung gebeten. Dass nun plötzlich ein Antrag gestellt wird, erscheint uns etwas sonderbar. Nur weil eine Stiftung mit ihren 5'000 Franken wegfällt, muss nicht gleich das doppelte, nämlich 10'000 Franken beantragt werden. Um die fehlenden 5'000 Franken zu kompensieren, müssen andere Stiftungen gesucht werden oder Drittmittel akquiriert werden. Wir glauben, dass dies zwar ein Aufwand ist, aber nun über diesen wohl einfachsten Weg kurzfristig um die Erhöhung zu ersuchen, erscheint uns ein falsches Zeichen. Ebenso plötzlich eine finanzielle Gleichstellung gegenüber den anderen Sekretariaten geltend zu machen, erschliesst sich uns nicht. Solche Anträge müssen vorher eingereicht werden, damit sie seriös in der Kommission diskutiert werden können.

Wir folgen also den Anträgen der BKK und ich danke Ihnen für ihre Aufmerksamkeit.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Einzelsprechenden. Erster Einzelsprecher ist Niggi Daniel Rechsteiner.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Wir befinden uns über die Finanzierung von verschiedenen Institutionen, welche in der Quartierarbeit tätig sind. Wir haben schon verschiedene Beiträge gehört, weshalb man die Kosten so belasten soll oder auch erhöhen. Es geht ja um die 20 Trägerschaften, die tagtäglich gute Arbeit für die Bevölkerung in den Quartieren leisten.

Dem Bericht der BKK ist zu entnehmen, dass die Erhöhungsanträge für die Betriebskosten nicht unterstützt werden, obwohl diese Erhöhungsanträge aufgrund der massiven Kostensteigerungen in den vergangenen Jahren gestellt wurden. Es ist nicht gänzlich nachvollziehbar, dass in diesem Bereich, indem die Interventionen direkt der Quartierbevölkerung zurecht zugutekommen, die Kostensteigerung durch die Trägerschaften getragen werden sollen. Ich vermisse hierzu eine stichhaltige Begründung und bin der Meinung, dass die Erhöhungsanträge durchaus berechtigt sind.

Eine Angleichung des Betriebsbeitrags an den Quartierverein Dynamo Iselin bereits im 2024 und nicht erst im 2025 scheint nicht vorgesehen. Weshalb der Beitrag erst im 2025 an die Höhe der Beiträge der übrigen Quartierorganisationen angepasst werden soll, ist nicht plausibel. Auch hier vermisst man eine Begründung des Umstandes. Das Quartierzentrum Dynamo



Iselin hat sich in der Aufbauphase in den Jahren 2022 und 2023 im Quartier etabliert und bietet ein auf die Quartierbevölkerung abgestimmtes Programm an.

Es wurde in der Startphase eine Umfrage bei der Bevölkerung durchgeführt, um den Bedarf zu ermitteln. Hierfür haben sich die Mitarbeitenden an den verschiedenen Orten des Quartiers präsentiert und die Menschen vor Ort kontaktiert. Aufgrund der Erkenntnis der Umfrage wird das Programm gestaltet. In kurzer Zeit bietet das Quartierzentrum ein veritables und abwechslungsreiches Angebot an und hat den Betrieb hochgefahren. Dies in nur praktisch eineinhalb Jahren, das ist erstaunlich.

Bereits nach kurzer Zeit ist das noch relativ junge Quartierzentrum präsent. Eine gute Zusammenarbeit mit dem Neutralen Quartierverein Kannenfeld bestätigt, dass das Engagement erfolgreich gestartet ist. Auch in Verbindung mit der Belegung des Westfelds ist das Angebot sehr wichtig. Es ist unerlässlich, dass diese Arbeit nahtlos weitergeführt werden kann. Es ist daher unverständlich, dass der Staatsbeitrag für ein Jahr reduziert wird. Mit dem vorgesehenen Beitrag wären nicht einmal die Personalkosten gedeckt. Der Verein ist bestrebt, auch Drittmittel zu beschaffen und hat dies auch bewiesen und in der Startphase bereits getan. Ohne diese hätte er ohnehin das Angebot nicht aufbauen können.

Aufgrund dieses Sachverhalts und weil das Iselin Quartier ein vollwertiges Quartierzentrum benötigt und auch verdient, ist es notwendig, den Staatsbeitrag nicht erst im 2025 vollumfänglich zu gewähren, sondern bereits im 2024. Aus diesem Grund bitte ich Sie, den vollwertigen Betriebsbeitrag gemäss Änderungsantrag auch im 2024 zu gewähren.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Lukas Faesch.

Lukas Faesch (LDP): Ich bitte Sie, den Änderungsantrag der Gundeldinger Koordination abzulehnen. Die Antragsteller erzählen nur die halbe Geschichte und insinuierten dabei, die mitfinanzierende Stiftung, und dabei handelt es sich um die CMS, habe überraschend zu Unzeit gekürzt. Die Gründe dafür lassen die Antragsteller geflissentlich weg. Es wurde weder zu Unzeit noch grundlos gekürzt. Die Gundeldinger Koordination hat in der Leistungsvereinbarung mit der CMS gemeinsam definierte Leistungen bei weitem nicht erbracht und damit die Grundlage für die Förderung im bisherigen Umfang von der CMS von 35'000 Franken in Frage gestellt.

Vereinbart waren unter anderem Öffnungszeiten von vier bis fünf Tagen pro Woche und die Durchführung von fünf Runden Tischen zur Bewältigung von Konflikten im öffentlichen Raum. Bis heute hat die Gundelinger Koordination nur an zwei Nachmittagen geöffnet und die Runden Tische haben nicht im vereinbarten Umfang stattgefunden und nur teilweise zu den Konfliktthemen. Bereits im Juni 2023 wurde von der CMS das Nichteinhalten der Vereinbarung moniert und das Gespräch gesucht. Die Verantwortlichen der Gundeldinger Koordination haben im Übrigen die Beanstandungen grösstenteils eingestanden.

Gemäss geltender Fördervereinbarung können Fördermittel bei Nicht- oder Schlechterfüllung zurückgefordert werden. Die Voraussetzungen dafür wären eindeutig gegeben, worauf aber die CMS verzichtet hat. Stattdessen wurde der Betriebsförderungsbeitrag für das kommende Jahr um 5'000 Franken leicht reduziert. Es kann nicht sein, dass die Gundeldinger Koordination, deren Förderbeiträge der CMS durch eigenes Verschulden gekürzt wurden, diese Mittel einfach beim Kanton beziehungsweise beim Steuerzahler holen kann.

Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Béla Bartha.

Béla Bartha (GAB): Für mich besteht jetzt hier ein komplettes Durcheinander. Lukas Faesch hat jetzt vom Antrag des Gundeliquartiers gesprochen, aber der Antrag, den Amina Trevisan gemacht hat, das ist ein anderer. Da geht es darum, dass man allgemein die Erhöhung von 104'000 auf 110'000 Franken macht, dort eine Erhöhung macht und gleichzeitig den Quartiertreffpunkt Iselin erhöht, vor allem ab 2024 schon erhöht und nicht erst ab 2025. Das ist der eine Antrag und der andere Antrag, den Sie haben, das ist der zweite. Also wir haben hier zwei verschiedene Anträge, aber dass wir das nicht alles durchmischen. Einfach, dass das klar ist. Ich hoffe, nachher wird es zwei Abstimmungen geben, so wie ich das verstehe. Einfach das zur Klärung.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Einzelsprechenden mehr eingetragen. Somit hat in der zweiten Runde Regierungsrat Lukas Engelberger das Wort.



RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Es ist für den Regierungsrat immer grundsätzlich gut nachvollziehbar, dass man für gute Zwecke auch mehr Geld ausgeben könnte, aber man sollte eben nicht beliebig viel Geld ausgeben auch für gute Zwecke, sondern sich an die gesetzten Rahmen im Budget halten. Und das versuchen wir einigermaßen konsequent durchzuhalten, damit wir in unserer Finanzplanung auch durchkommen und einigermaßen fair in den verschiedenen Sachthemen, die alle wichtig sind, auch gewisse Einschränkungen vornehmen müssen. Dafür braucht es Verständnis, dafür braucht es eine gewisse Disziplin und dafür möchte ich hier bitten, dass Sie bei den Anträgen des Regierungsrats bleiben und wenn Sie dann sich der Kommission anschliessen möchten, dass Sie dort nicht noch einmal zusätzliche Erhöhungen vornehmen. Einfach aus Gründen der Fairness anderen Anspruchsberechtigten gegenüber und aus Gründen der Finanzpolitik, die auch wichtig ist.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Catherine Alioth verzichtet auf ein Votum. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Der von der BKK beantragte Nachtragskredit ist obsolet, da die Finanzkommission den Betrag bereits ins Budget eingestellt hat. Dieser wird allerdings erst morgen im Rahmen der Budgetdebatte beschlossen. Demzufolge kommen wir direkt zu Grossratsbeschluss 2.

Detailberatung Grossratsbeschluss 2 (Seite 10 des Berichts)

Titel und Ingress

1. Quartiertreffpunkte. Hier liegen uns unterschiedliche Änderungsanträge vor, weshalb es mehrere Abstimmungen geben wird. Über die Anträge der BKK und die Fraktionen GAB/SP stimmen wir gruppiert ab. Alle anderen Anträge werden einzeln zur Abstimmung kommen.

Ziffer 1 - 7. Die BKK beantragt jeweils Staatsbeiträge von 104'000 Franken pro Jahr. Die Fraktionen GAB/SP beantragen jeweils 110'000 Franken pro Jahr. Wir eröffnen die Debatte. Antragsteller Béla Bartha hat das Wort.

Béla Bartha (GAB): Ich bin zu früh reingeschossen, ich habe wirklich gedacht, das ist jetzt ein totales Durcheinander, aber jetzt ist es klar.

Wir konnten noch vor vier Jahren feststellen, wie die Regierung wirklich gegenüber den Quartiertreffpunkten ein grosses positives Zeichen gesetzt hat und es auch eine gewisse Aufbruchstimmung gegeben hat. Man wollte da wirklich eine Professionalisierung hineinbringen in die Quartiertreffpunkte und hat dann auch wirklich angeregt, zum Beispiel einen Verband zu gründen. Das hat man auch gemacht und sehr erfolgreich. Wir haben Broschüren, die genau darstellen, was die einzelnen Quartiertreffpunkte machen, was ihre Inhalte sind. Wir haben auch für jeden Quartiertreffpunkt ganz klare Finanzen und ein klares Budget. Wir haben auch dort eine Professionalisierung erfahren, wir haben Leute, die da mit grossem Einsatz ihre Arbeit machen und jeder Franken, der da gesprochen wird, der kommt wirklich bei den Leuten an. Man hat auch neue Programme aufgenommen, auch mit der Hilfe der CMS, mit mobiler Arbeit, mit aufsuchender Arbeit, das heisst, wirklich auch Einsamkeit in den Quartieren zu bekämpfen und da neue Wege zu gehen.

Das sind alles Dinge, die man in Angriff genommen hat und auch erfolgreich gemacht hat und eben auch einen neuen Verein in einem ganz grossen Quartier, nämlich im Quartier Iselin aufgebaut hat in kurzer Zeit, heute voll funktionsfähig. Und hier auch wieder eine komische Kehrtwende des Regierungsrats, der vor vier Jahren noch sagte, es braucht mehr, es braucht Professionalisierung und plötzlich nach vier Jahren bekommen wir von der Regierung in der BKK einen Ratschlag, full stop, wir unterstützen den Verband nicht, wir geben auch nicht die Erhöhungen, damit sie richtig auf die Teuerung reagieren können. Sie können mit diesen Geldern auch nicht auf die Leitzinserhöhungen reagieren, die dann auch wirklich zu den Erhöhungen von Mieten gehen, dort lässt jetzt plötzlich die Regierung diese Quartiertreffpunkte im Stich.

Da hat jetzt zum Glück die BKK zum Teil nachkorrigiert, aber unserer Meinung nach einfach zu wenig und sehr zu zaghaft. Da könnte man wirklich noch mehr machen und diesen guten Impuls weitergeben und diese Quartiertreffpunkte, die Arbeit, die natürlich immer noch grösstenteils eigentlich von Freiwilligenarbeit getragen wird, wirklich unterstützen.

Deshalb möchte ich Sie nochmals bitten, dass Sie den Antrag des GAB und der SP, den Sie vor sich liegen haben, positiv bewerten und hier ein Ja auf Ihrem Pult drücken.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für die Kommission BKK hat das Wort deren Vizepräsidentin Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Der Antrag für die Erhöhung zu den Quartiertreffpunkten wurde tatsächlich in der BKK gestellt, er wurde knapp abgelehnt. Somit folgt die BKK dem Regierungsrat und hält die vorgeschlagene Erhöhung der kantonalen Basisfinanzierung der Quartiertreffpunkte um 4 Prozent für ausreichend und angemessen.



Auch zum Dynamo Iselin, wie vorher erläutert, gingen die Aussagen über den Stand der Aufbauarbeiten auseinander. Gemäss PD sind sie noch nicht abgeschlossen, gemäss Verband der Quartiertreffpunkte sind Sie noch im Aufbau. Die BKK beschloss daraufhin einstimmig, den Quartierverein Dynamo Iselin ab 2025 als vollwertigen Quartiertreffpunkt zu finanzieren, das heisst, mit der gleichen Basisfinanzierung wie die anderen Quartiertreffpunkte.

Ich bitte Sie, der BKK zu folgen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine Fraktionssprechenden sowie Einzelsprechenden mehr eingetragen. Wünscht Regierungsrat Lukas Engelberger in der zweiten Runde das Wort? Er verzichtet. Catherine Alioth verzichtet ebenfalls. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag GAB/SP Ziffer 1 – 7, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

50 Ja, 40 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002301, 13.12.23 16:46:06]

Der Grosse Rat beschliesst

dem Antrag zuzustimmen

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag angenommen mit 50 Ja-Stimmen bei 40 Gegenstimmen und einer Enthaltung.

Ziffer 8. KLÛCK Quartierarbeit Klybeck-Kleinhüningen

Die BKK beantragt Staatsbeiträge von 179'000 Franken pro Jahr. Die Fraktion SP beantragt 229'000 Franken pro Jahr. Als Antragstellerin für die SP hat Michela Seggiani das Wort.

Michela Seggiani (SP): Ich möchte Ihnen im Namen der SP-Fraktion den Änderungsantrag betreffend Quartierarbeit KlÛck beliebt machen. Für die Jahre 2024 bis 2027 sind jetzt 179'000 Franken budgetiert und wir möchten daraus 229'000 Franken machen, was ein Plus von 50'000 Franken bedeuten würde. Falls Sie sich jetzt fragen, warum wir die 50'000 Franken mehr möchten, kann ich das gerne schildern.

Es hat sich nämlich gezeigt, dass sowohl die personellen wie auch finanziellen Ressourcen nicht ausreichen, um den Bedarf an aufsuchender Sozialarbeit, also mobiler Arbeit und Beratung zu decken. Hier wäre es durch eine Erhöhung des Budgets möglich, mehr Partizipation an Bildungs- und Kulturangeboten zu schaffen und gerade auch durch mobile Arbeit spezifische Hilfsangebote zu bieten. Denn auch wenn jetzt der neue Bundesrat die gleiche Postleitzahl wie das KlÛck hat, sind Themen wie Armut, Bildung, Wohndichte, Migration, Grünraum und Verkehr alles Faktoren, die eine Herausforderung für ein friedliches und faires Nebeneinander evozieren. Hier möchte ich auch dem Team vom KlÛck und auch dem Vorstand für seinen unermüdlichen Einsatz und sein Engagement ganz herzlich danken und das Team ist heute auch auf der Tribüne.

Lassen Sie uns also mit dieser Erhöhung ein Zeichen hin zu mehr Chancengleichheit setzen und stimmen Sie Ja für Kleinhüningen, Ja für das KlÛck und für seine unermüdliche Arbeit.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für die Kommission BKK hat das Wort deren Vizepräsidentin Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Der Antrag zum KlÛck ist in der BKK gar nie behandelt worden. Auch im Regierungsrat wurde dieser Antrag nicht gestellt, deshalb ist er im Ratschlag nicht aufgenommen. Es ist etwas Neues, ich kann eigentlich nichts mehr dazu sagen.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Erste Fraktionssprecherin für das GAB ist Heidi Mück.

Heidi Mück (GAB): Ich darf im Namen des GAB Zustimmung zu diesem Antrag aussprechen. Wir hatten uns eben noch kurz abgesprochen, auch wenn der Antrag relativ kurzfristig kam. Ich bin seit der Gründung des Quartiertreffpunkts Klybeck, wie er damals noch hiess, dabei. Ich war zehn Jahre Präsidentin von diesem Verein. Ich habe mich dann zurückgezogen und ich sehe mit grosser Freude und auch mit Respekt, wie sich das Klyck seit meinem Rückzug weiterentwickelt hat, insbesondere im Bereich der mobilen Quartierarbeit. Und darum geht es ja heute bei diesem Antrag, im Bereich der aufsuchenden Sozialarbeit. Ich war nicht nur zehn Jahre Präsidentin dort, sondern ich wohne seit nun 35 Jahren im Klybeck-Quartier, also im Einzugsgebiet dieses Quartiertreffpunkts. Ich bin also dort gut verankert, das kann ich wirklich sagen und ich kenne die Situation in diesem Quartier gut und auch die Entwicklungen, die in diesem Quartier vor sich gehen, die beobachte ich genau.

Die Begründung, warum es 50'000 Franken mehr für den Quartiertreffpunkt Klyck braucht, die ist ja sehr ausführlich und ich muss deshalb nicht alle Gründe nochmals herunterbeten. Einfach kurz mein persönlicher Eindruck zu diesem Quartier und warum gerade in diesem Quartier die mobile, aufsuchende Arbeit so wichtig ist und auch gestärkt werden soll. Ich nehme zwei Gruppen von Personen wahr, die in unserem Quartier besonders zahlreich und auch besonders bedürftig sind. Das sind erstens die Personen, die neu zu uns kommen und die Unterstützung brauchen, um sich in der Schweiz, in Basel, im Klybeck-Quartier einzufügen und Anschluss zu erhalten. Und dann sind zweitens die Personen, und die dürfen wir wirklich nicht vergessen, die schon lange hier wohnen im Quartier. Das sind oft auch Seniorinnen und Senioren, die sich verunsichert fühlen, die Angst haben, ihr Quartier nicht mehr wiederzuerkennen und die Angst haben, den Anschluss zu verlieren. Das sind zwei der Personengruppen. Es gibt sicher noch viele mehr, aber die finden oft den Weg ins Klyck nicht oder sie finden ihn nicht mehr und die können mit der mobilen Quartierarbeit erreicht werden. Sie können dort abgeholt werden. Deshalb bitte ich Sie zuzustimmen.

Einfach noch kurz, mir ist noch bei der Begründung des Regierungsrats etwas aufgefallen. Es wurde gesagt, diese Erhöhungen für die Quartierarbeit, die sprengen den Budgetrahmen und ich habe mir dann wirklich, ich bin ja schon lange in politischen Geschäften, ich stelle mir trotzdem diese Frage, wie viele Millionen Überschuss budgetieren wir für 2024 im Wissen, dass es jedes Mal eigentlich mehr ist, als wir budgetieren an Überschuss und wie viel Promille sind die geforderten Erhöhungen, die wirklich der Quartierbevölkerung sehr zu Nutzen kommen würden. Ich bitte Sie einfach, diese Fragen in Ihre Überlegungen einzubeziehen und diesem Antrag zuzustimmen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Sandra Bothe-Wenk. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Heidi Mück, ist es denn nicht so, dass der Antrag nicht beurteilt wurde, weil eben die Verhandlungen mit weiteren Drittmittelgebern gar noch nicht abgeschlossen sind? Da bin ich effektiv nicht auf dem laufenden, so steht es im Ratschlag.

Heidi Mück (GAB): Ehrlich gesagt, das entzieht sich meiner Kenntnis. Ich sehe einfach den Bedarf. Ich sehe diesen Antrag und ich möchte diesen Antrag unterstützen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die SVP ist Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Zuerst war ich jetzt ein bisschen verunsichert, aber im Ratschlag steht eigentlich ganz klar, dass die CMS bis jetzt die 75'000 Franken an die mobile Quartierarbeit geleistet hat und es steht auch darin, dass wenn die CMS diese 75'000 Franken nicht weiter bezahlt, dass dann ein Erhöhungsantrag gestellt wird, aber wenn die Zusicherung der CMS kommt, dass dieser dann zurückgezogen wird. Und unterdessen ist ja die Zusicherung von der CMS gekommen und daher sehe ich nicht ein, wieso jetzt trotzdem ein Erhöhungsantrag gestellt wird. Ich bitte Sie, dies zu berücksichtigen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Mahir Kabakci. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.



Mahir Kabakci (SP): Jenny Schweizer, vielen Dank für die Annahme. Ist Ihnen bekannt, dass es nicht um diese 75'000 Franken geht von der CMS, sondern dass 50'000 Franken zusätzlich sind, die man braucht, um die Ressourcen und die Anfragen abzudecken?

Jenny Schweizer (SVP): Auch von der mobilen Quartierarbeit gesprochen, ich glaube, da wird einfach einiges auch vermischt, einfach damit man eher zu diesen 50'000 Franken kommt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Einzelsprechenden. Erste Einzelsprecherin ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Weil da kurzfristig offenbar eine Verwirrung entsteht, es wurde kein Geld beantragt bei anderen Stellen, Instituten, usw. für diese Erhöhung, über die wir jetzt sprechen. Es geht um Geld von der CMS, das bereits in der Vergangenheit gesprochen wurde, das jetzt wieder bewilligt wurde. Ja, das ist so. Wir sind sehr froh, dass dieses Geld wieder da ist, aber hier geht es um zusätzliche Angebote, die für das Quartier dringend notwendig sind. Heidi Mück und Michela Seggiani haben es ausgeführt, es steht auch in der Begründung des Antrags drin.

Es braucht diese mobile Quartierarbeit, es ist sehr wichtig, dass die Menschen im Quartier Klybeck-Kleinhüningen erreicht werden. Es ist ein anderes Quartier als vielleicht das Gellert oder das Bruderholz, wir brauchen hier zusätzliche Angebote und ich denke, es ist auch eine wichtige Prävention, wenn Menschen, sei es im Alter, also Seniorinnen und Senioren, wenn diese länger selbstständig sein können, den Zugang zu anderen Institutionen haben, weil sie dank der mobilen Quartierarbeit dazukommen, oder seien es Neuzuzüger*innen, seien es Eltern, usw., wenn sie besser integriert werden in diese Strukturen, die wir haben. Wir haben viele Angebote in Basel, aber ehrlich gesagt, ich habe nicht den Überblick darüber, ich glaube, die meisten von Ihnen haben ihn auch nicht. Weshalb sollte das eine Person haben, die nicht hier in diesem Rat ist und über solche Anträge entscheiden kann.

Ich bitte Sie wirklich, diesem Geld zuzustimmen. Es geht hier nicht um Geld, das sonst schon irgendwo bewilligt wurde.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr eingetragen. Somit hat Regierungsrat Lukas Engelberger das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Nur ganz kurz. Mir scheint das jetzt ein bisschen spät im Verfahren, dieses Thema mit zusätzlich beantragten Mitteln in doch namhafter Höhe. Wir haben ein gewisses Zufälligkeitsrisiko, würde ich einmal sagen, wenn so spät im Prozess zusätzliche Mittel beantragt werden. Das kann auch die Fairness unter den verschiedenen Beteiligten, die hier ja Teil sind dieses grossen Pakets, in Frage stellen. Das möchte ich zu bedenken geben. Wir haben im Regierungsrat aber zu diesem Antrag auch nicht materiell Stellung nehmen können.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Kommissions-Vizepräsidentin verzichtet auf ein Votum. Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag von Michela Seggiani, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

44 Ja, 40 Nein, 7 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002303, 13.12.23 16:58:47]

Der Grosse Rat beschliesst

Zustimmung zum Antrag

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben dem Antrag zugestimmt mit 44 Ja-Stimmen bei 40 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen.



Ziffer 9 - 13

Die BKK beantragt jeweils Staatsbeiträge von 104'000 Franken pro Jahr, die Fraktionen GAB und SP beantragen jeweils 110'000 Franken pro Jahr.

Wir eröffnen die Debatte. Der Antragsteller verzichtet auf ein Votum, die Kommissionssprecherin verzichtet ebenso. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. In der zweiten Runde wird auch auf ein Votum verzichtet. Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag GAB/SP Ziffer 9 – 13, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 41 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002305, 13.12.23 17:00:27]

Der Grosse Rat beschliesst

Zustimmung zum Antrag

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben dem Antrag zugestimmt mit 48 Ja-Stimmen bei 41 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung.

Ziffer 14 - 15

Die BKK beantragt jeweils Staatsbeiträge von 58'000 Franken pro Jahr, die Fraktionen GAB und SP beantragen jeweils 61'000 Franken pro Jahr.

Wir eröffnen die Debatte. Es werden keine Voten gehalten. Somit kommen wir direkt zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag GAB/SP Ziffer 14 – 15, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 40 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002307, 13.12.23 17:01:40]

Der Grosse Rat beschliesst

Zustimmung zum Antrag

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben dem Antrag zugestimmt mit 46 Ja-Stimmen bei 40 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

Ziffer 16. Quartierverein Dynamo Iselin (Quartierzentrum Iselin)

Die BKK beantragt 64'000 Franken für das Jahr 2024 und je 104'000 Franken für die Jahre 2025 bis 2027. Der Regierungsrat beantragt 64'000 Franken pro Jahr für die Jahre 2024 bis 2027. Die Fraktionen GAB und SP beantragen 110'000 Franken pro Jahr für die Jahre 2024 bis 2027.

Wir führen eine Eventualabstimmung durch über die Anträge des Regierungsrates und der Fraktionen GAB/SP und stellen danach den obsiegenden Antrag dem Antrag der BKK gegenüber.

Wir eröffnen die Debatte über die Anträge. Es werden keine Voten gehalten. Wir kommen zur Eventualabstimmung.

Abstimmung

Eventualabstimmung



JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Zustimmung zum Antrag der Fraktionen GAB/SP

Ergebnis der Abstimmung

40 Ja, 49 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002309, 13.12.23 17:04:17]

Der Grosse Rat beschliesst

Zustimmung zum Antrag SP/GAB

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben dem Antrag der Fraktionen GAB und SP zugestimmt mit 49 Nein-Stimmen bei 40 Ja-Stimmen und einer Enthaltung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der BKK, NEIN heisst Zustimmung zum Antrag GAB/SP Ziffer 16

Ergebnis der Abstimmung

41 Ja, 49 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002311, 13.12.23 17:05:17]

Der Grosse Rat beschliesst

Zustimmung zum Antrag SP/GAB

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben dem Antrag der Fraktionen GAB und SP zugestimmt mit 49 Nein-Stimmen bei 41 Ja-Stimmen und einer Enthaltung.

2. Anstellung Fachperson beim Verband Quartiertreffpunkte Basel

Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Er beantragt, Ziffer 2 zu streichen.

Ich eröffne dazu die Debatte. Als Antragsteller das Wort hat Regierungsrat Lukas Engelberger. Er verzichtet. Die Kommissions-Vizepräsidentin wünscht das Wort und hat es.

Catherine Alioth (LDP): In den Jahren 2022 und 2023 wurde der Verband vom PD mit 32'000 Franken unterstützt. Der Verband wünschte jetzt in den Verhandlungen eine Erhöhung auf 73'000 Franken. In der Kommission setzte sich die Haltung aber durch, dass der Betrag nicht erhöht werden muss, aber dass er auch nicht ersatzlos gestrichen werden soll.

Ich bitte Sie, dem Antrag der BKK zuzustimmen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. In der zweiten Runde wird ebenfalls auf ein Votum verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

16 Ja, 69 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002313, 13.12.23 17:07:13]

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag anzulehnen



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 69 Nein-Stimmen bei 16 Ja-Stimmen und keiner Enthaltung.

3. Leistungen der frühen Förderung, Ziffer 1 bis 5.

4. Betrieb Stadtteilesekretariat und Gundeldinger Koordination, Ziffer 1 bis 2. Ziffer 3. Trägerverein Gundeldinger Koordination.

Hier liegt ein Änderungsantrag von Oliver Thommen vor. Er beantragt jährlich 80'000 Franken anstelle von 70'000 Franken. Ich eröffne dazu die Debatte. Als Antragsteller hat das Wort Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GAB): Ich sehe, Lukas Faesch wird nochmals einen Rüffel nachsetzen. Ich danke auch Jenny Schweizer für das Votum vorher. Ich nehme das zur Kenntnis und ich hoffe, dass Sie erkennen, dass hier kein böser Wille stattfand, denn es ist auch ein bisschen der Kurzfristigkeit geschuldet.

Nichtsdestotrotz bitte ich Sie, diesem Antrag zuzustimmen. Wenn Sie sich zurückerinnern, falls Sie auch aus dem Gundeli sind, falls nicht, nehme ich Sie jetzt kurz mit, 2021 ging eigentlich die vorherige Quartierkoordination in die Brüche und es musste etwas Neues her. In einem heisschwülen Sommer trafen sich ganz viele Menschen aus dem Gundeli von verschiedensten Organisationen, denen dieses Quartier sehr am Herzen liegt, da es eines der grössten Quartiere ist und auch etwas abgeschnitten hinter den Gleisen, um sich wieder zusammenzufinden und eine neue Lösung zu finden, um etwas Neues aufzubauen. Und wie Sie wissen und hier logischerweise auch sehen, dies ist gelungen. Wir sind einen Schritt weitergegangen. Es konnte eine neue Quartierkoordination gegründet werden und diese hat aus meiner Sicht auch wirklich sehr erfolgreich die Arbeit aufgenommen. Ohne dass ich jetzt irgendwie in diesen Gremien einbezogen wäre, sondern einfach als Aussenstehender ist es eine Freude, dies zu sehen, weil es gibt im Gundeli ganz viele aktive Organisationen, die sich auch in der Zwischenzeit als Mitgliedsvereine dieser Quartierkoordination angeschlossen haben.

Es ist für mich deshalb auch sehr wichtig, dass wir hier diesem Antrag zustimmen und diesen Ausfall wettmachen. Es ist ein sehr kleiner Betrag und Sie haben ein Quartier, das lebt, das eine Quartierkoordination braucht, die funktioniert und bei einer gewissen Tiefe des Beitrags können sie halt einfach nicht so gut arbeiten. Und deswegen bitte ich Sie wirklich in aller Kürze, hier diesem Antrag zuzustimmen für diese nächste Periode.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Lukas Faesch.

Lukas Faesch (LDP): Ich habe nicht das Bedürfnis, das gleiche noch einmal zu sagen wie vor zehn Minuten, aber einfach, es geht mir nicht um die Gundeldinger Koordination. Wir haben auch gar nichts gegen diese Arbeit, aber es kann nicht sein, dass eine Leistungsvereinbarung mit der Christoph Merian Stiftung nicht eingehalten wird. Die Christoph Merian Stiftung, die diese Vereinbarung gemacht hat mit den Verantwortlichen dieser Koordination Gundeldingen, dass man da sich nicht mehr findet und dann die CMS zu Recht sagt, wir könnten eigentlich die Fördergelder zurückverlangen, weil Sie nicht eingehalten haben, was Sie versprochen haben.

Ich habe vorhin gesagt, um was es ging. Es ging um die Öffnungszeiten, es ging um Runde Tische, die man machen sollte und wir haben das nicht gemacht. Deshalb wurde nichts zurückverlangt, aber wir haben dann den Betrag um kleine 5'000 Franken gekürzt. Es darf doch einfach nicht sein, wenn eine Institution klare Bedingungen nicht einhalten will oder kann, dass dann nachher einfach der Staat einspringen soll und diese 5'000 Franken übernehmen muss.

Das ist nicht das, was ich mir vorstelle und das ist, glaube ich, auch nicht das, was der Steuerzahler von uns will. Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Fraktionssprechende mehr eingetragen. Als Einzelsprecher hat sich eingetragen Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Eigentlich wollte ich an dieser Stelle nichts sagen, da ich als Präsident der besagten Gundeldinger Koordination stärker betroffen bin. Aufgrund allerdings der Voten von Lukas Faesch, der zugleich Präsident der Stiftungskommission der CMS ist, sehe ich mich doch gezwungen, einige Dinge richtig zu stellen und aufgrund dieses wirklich äusserst scharfen Votums. Das war nicht tatsachenwidrig, aber es blendet doch sehr viele Sachen aus.



Oliver Thommen hat eines erwähnt, die Gundeldinger Koordination ist noch in einem Aufbauprozess. Sie hat eine Geschäftsführung seit genau einem Jahr. Es war damals ein absoluter Trümmerhaufen in vielerlei Beziehung und wir haben hier einen Neubeginn gewagt. Wir haben doch 28 Mitgliedsvereine, viele Aktivitäten, eine parteipolitisch breite Abstützung, übrigens auch mit einem Vertreter der LDP, mit einem Vertreter der Mitte, aber auch verschiedenen anderen Quartierorganisationen, wie unter anderem der IG Gewerbe Gundeli. Das ist doch etwas, das lässt sich sehen.

Was die Fördervereinbarung der CMS anbelangt, gibt es zwei Punkte. Das eine ist, ich habe dort nicht unterschrieben. Am nächsten Tag, als ich sie gesehen habe, haben wir sofort und umgehend reagiert und haben gesagt, liebe CMS, mit einem Pensum von 55 Prozent und sonst vielen Aufgaben können wir unmöglich eine Fünf-Tage-Präsenz pro Woche sicherstellen, auch aufgrund der Präsenz, das ist schlicht nicht machbar. Und es hat dann geheissen, das können wir zu einem späteren Zeitpunkt besprechen, das sollte gehen, das Treffen wurde dann oft verschoben. Wir haben wenig gehört von der CMS im Gegensatz zum Kanton in Bezug auf ihre Vorstellung und wir haben dort eigentlich einvernehmlich eine Lösung gefunden, die uns jetzt allerdings wieder vorgehalten wird.

Auf die andere Kritik in Bezug auf die Runden Tische, die nicht stattgefunden hätten, haben wir sofort reagiert. Wir haben im zweiten Halbjahr 400 Tische organisieren wollen. Einer hat stattgefunden zur Situation Margarethenbrücke, der Sperrung, ein heiss umstrittenes Thema. Eine zum Thema Aufwertung Wohnen in Zukunft mit einem Vertreter des Mieter- und aber auch des Hauseigentümergebietes zusammen mit der Planungsgruppe Gundeli. Ein Anlass hat stattgefunden zur Frage, wie kann man das Gundeli grüner machen. Ein Vierter war geplant und konnte nicht durchgeführt werden mit dem Kanton zur Frage des Stadtteilrichtplans, wo steht man in der Umsetzung von dem, was man dem Gundeli versprochen hat. Man hat klar reagiert auf diese Kritik, man hat versucht, das besser zu machen.

Und was die CMS anbelangt, mir ist die Zusammenarbeit und auch die Zusammenarbeit mit der CMS in der Quartierarbeit äusserst wichtig. Wir haben bis heute sehr wenig gehört, was sich die CMS wünscht, ich hoffe, das wird in Zukunft etwas anderes. Mir ist es aber auch wichtig, weil es läuft ja dieser Strategieprozess der CMS und das betrifft jetzt nicht nur die Gundeldinger Koordination, sondern alle Quartierorganisationen, wo ab 2025 unklar ist, wie es weiterläuft.

Von bürgerlicher Seite gibt es eine Kritik, die Stadtteilsekretariate seien ein verlängerter Arm der Verwaltung. Ich sage Ihnen eins, das möchte ich mitgeben, wenn die CMS aussteigt, dann steigt die strukturelle Abhängigkeit gegenüber der öffentlichen Verwaltung noch einmal deutlich an und deswegen wäre es äusserst begrüssenswert, wenn die CMS dort weitermacht. Wir reichen ihnen diesbezüglich auch die Hand. Es war nicht meine Absicht, das hier alles darzulegen, aber der Angriff, der vorgenommen worden ist, hat mich doch zu dieser Richtigstellung gezwungen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es liegen zwei Zwischenfragen vor. Eine von André Auderset, die andere von Lukas Faesch. Nehmen Sie sie an? Beide werden angenommen.

André Auderset (LDP): Tim Cuénod, da Sie sich geoutet haben als Präsident der Organisation, über deren Subvention wir gerade sprechen, darf ich davon ausgehen, dass Sie sich Ihrer Stimme enthalten werden?

Tim Cuénod (SP): Ich sehe keine zwingende Notwendigkeit, da ich nicht ökonomisch persönlich profitiere in irgendeiner Art und Weise und Betroffenheiten von Organisationen, die man unterstützt, sind auf viele Arten gegeben.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Lukas Faesch bitte für eine Zwischenfrage.

Lukas Faesch (LDP): Danke für die Annahme der Zwischenfrage. Tim Cuénod, hat die Gundeldinger Koordination die Leistungsvereinbarung mit der CMS eingehalten oder nicht?

Tim Cuénod (SP): Zu einem wesentlichen Teil und das wichtigste habe ich vorhin vergessen, insbesondere hat die CMS noch im September und Oktober versprochen, wenn sie es so weiterführt, können wir es im gleichen Umfang wie nächstes Jahr unterstützen. Deswegen kommt dieser Förderantrag auch erst zu spät. Wir haben am 20. November erst von einer Kürzung erfahren.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. In der zweiten Runde verzichtet Lukas Engelberger auf ein Votum. Für die Kommission wünscht Catherine Alioth das Wort.



Catherine Alioth (LDP): Zur Zeit der Beratung dieses Geschäfts in der BKK lag der Antrag nicht vor und ist deshalb auch nicht in unserem Bericht aufgenommen. Deshalb hat die BKK auch keine Stellung dazu genommen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag von Oliver Thommen, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

44 Ja, 36 Nein, 8 Enthaltungen. [*Abstimmung # 0002315, 13.12.23 17:18:37*]

Der Grosse Rat beschliesst

Zustimmung zum Antrag von Oliver Thommen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben dem Antrag zugestimmt mit 44 Ja-Stimmen bei 36 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen.

5. Zusätzliche projektbezogene Leistungen.

6. Miete der Liegenschaft am Erlkönigweg 30.

7. Betrieb Kindertankstellen

Hier liegt ein Änderungsantrag von Mahir Kabakci vor. Er beantragt jährliche Staatsbeiträge von 265'000 Franken anstatt 180'000 Franken gemäss Antrag BKK.

Ich eröffne dazu die Debatte. Der Antragsteller Mahir Kabakci hat das Wort.

Mahir Kabakci (SP): Ein freudiger Tag und ich hoffe, er geht auch freudig zu Ende. Ich würde Ihnen gerne nahelegen, dass Sie dem Änderungsantrag zustimmen. Der Verein Robi-Spiel-Aktionen betreibt ja die Kindertankstellen auf der Claramatte und Oekolampad. Die Kindertankstellen haben gezeigt, dass sie eine grosse Wirkung haben. Es ist eine wichtige Institution und eine wichtige Option für die Bevölkerung geworden, für viele Familien, aber auch für Einzelpersonen, die mit Einsamkeit konfrontiert sind. Es ist ein Ort, wo viele Menschen zu günstigen Preisen konsumieren können, aber auch ein Netzwerk aufbauen können und mit Menschen in Kontakt kommen.

Zusätzlich hat es einen weiteren Faktor. Wir wissen alle, die Claramatte ist auch in vergangenen Zeiten mit unterschiedlichen Problematiken konfrontiert gewesen, wie zum Beispiel dem Drogenhandel, und genau wegen dem ist es ein wichtiger Ansatz, dass man da auch einen präventiven Ansatz verfolgt und auch sagt, man will die soziale Kontrolle haben. Indem, dass Sie dem Änderungsantrag zustimmen, würden Sie dafür sorgen, dass die Kindertankstellen über eine bestimmte, vor allem in der Sommerzeit, einen weiteren Tag offen haben können. Wenn wir diesem Änderungsantrag nicht zustimmen, dann müsste man im Sommer zwischen April und Oktober einen Tag lang schliessen.

Ich denke, es ist ein kleiner Beitrag, der eine sehr grosse Wirkung hat. Wirkung für Familien, Wirkung für die Bevölkerung, Wirkung für Kinder und für ganz viele Menschen. Ich denke, ein kleiner Beitrag aber auch für das, dass wir sehr viele Folgekosten sparen könnten. Ein wichtiger Beitrag für ein soziales Basel, ein wichtiger Beitrag für ganz viele Familien, die nicht immer auf der Sonnenseite des Lebens stehen, sondern genau auf diese Angebote angewiesen sind und dementsprechend diese Angebote auch nutzen können, weil die Zugänglichkeit da ist.

Dementsprechend bitte ich Sie, diesem Änderungsantrag zuzustimmen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für die Kommission hat das Wort Catherine Alioth.



Catherine Alioth (LDP): Der Übergang der Zuständigkeit der Kindertankstellen Oekolampad und Claramatte vom Erziehungsdepartement in das Präsidentsdepartement wird von der BKK hinterfragt mangels nachvollziehbarer Begründung. Die BKK kritisiert, dass der Betreiber der Kindertankstellen, der Verein Robi-Spiel-Aktionen, durch die Umstellung mit einem erhöhten administrativen Aufwand konfrontiert wird, da er nun bei einer weiteren Verwaltungsstelle Rechenschaft ablegen muss. Die Finanzierung des Angebots in bisheriger Höhe war in der Kommission aber unbestritten.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Wünscht Regierungsrat Lukas Engelberger das Wort in der zweiten Runde? Er verzichtet. Catherine Alioth verzichtet ebenfalls. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag von Mahir Kabakci, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

44 Ja, 42 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002317, 13.12.23 17:23:08]

Der Grosse Rat beschliesst

Zustimmung zum Antrag

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben dem Antrag zugestimmt mit 44 Ja-Stimmen bei 42 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen.

Detailberatung Titel und Ingress Einziger Absatz Publikations- und Referendums Klausel.

Abstimmung

Schlussabstimmung

Wer dem *bereinigten* Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

63 Ja, 15 Nein, 8 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002319, 13.12.23 17:24:02]

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für den Betrieb je eines Quartiertreffpunktes in den Jahren 2024 bis 2027 werden den 16 folgenden Trägerschaften Ausgaben in der Höhe von gesamthaft Fr. 7'124'000 (Fr. 1'781'000 pro Jahr) bewilligt:

1. Verein Treffpunkt Breite Fr. 110'000
2. Verein Familienzentrum Gundeli Fr. 110'000
3. Quartierzentrum Oekolampad Fr. 110'000
4. Quartiertreffpunkt Kasernenareal Fr. 110'000
5. Verein Quartiertreffpunkt Wettstein Fr. 110'000
6. Trägerverein QuBa (Quartierzentrum Bachletten) Fr. 110'000
7. Verein Quartiertreffpunkt LoLa Fr. 110'000
8. Quartierarbeit Klÿck – Klybeck-Kleinhüningen Fr. 229'000
9. Elternverein MaKly Fr. 110'000
10. Verein Union Begegnungszentrum Kleinbasel Fr. 110'000



11. Verein Quartiertreffpunkt Hirzbrunnen Fr. 110'000
 12. Verein Eltern Centrum Hirzbrunnen ELCH Fr. 110'000
 13. Verein Gleis 58 (Quartiertreffpunkt Rosental) Fr. 110'000
 14. Sozialverein St. Johannes: Kontaktstelle Eltern und Kinder St. Johann Fr. 61'000
 15. Verein Quartieroase Bruderholz Fr. 61'000
 16. Quartierverein Dynamo Iselin (Quartierzentrum Iselin) Fr. 110'000
2. Für die Anstellung einer geschäftsleitenden Fachperson in Teilzeit in den Jahren 2024 bis 2027 werden dem Verband Quartiertreffpunkte Basel Ausgaben in der Höhe von gesamthaft Fr. 128'000 (Fr. 32'000 p. a.) bewilligt
3. Für Leistungen der frühen Förderung werden den folgenden vier Trägerschaften in den Jahren 2024 bis 2027 Ausgaben in der Höhe von gesamthaft Fr. 720'000 (Fr. 180'000 p. a.) bewilligt:
1. Elternverein MaKly Fr. 50'000
 2. Sozialverein St. Johannes: Kontaktstelle Eltern und Kinder St. Johann Fr. 45'000
 3. Verein Familienzentrum Gundeli Fr. 40'000
 4. Treffpunkt Breite Fr. 40'000
 5. Weiterbildung Fr. 5'000
4. Für den Betrieb je eines Stadtteilsekretariats und der Gundeldinger Koordination werden den drei Dachträgerorganisationen in den Jahren 2024 bis 2027 Ausgaben in der Höhe von gesamthaft Fr. 1'600'000 (Fr. 400'000 p. a.) bewilligt:
1. Trägerverein Stadtteilsekretariat Kleinbasel Fr. 160'000
 2. Trägerverein Stadtteilsekretariat Basel-West Fr. 160'000
 3. Trägerverein Gundeldinger Koordination Fr. 80'000
5. Für zusätzliche projektbezogene Leistungen für die Quartiertreffpunkte und Stadtteilsekretariate wird in den Jahren 2024 bis 2027 eine Rahmenausgabe in der Höhe von gesamthaft Fr. 400'000 (Fr. 100'000 p. a.) bewilligt.
6. Für die Miete der Liegenschaft am Erbkönigweg 30 wird dem Verein Gleis 58 (Quartiertreffpunkt Rosental) in den Jahren 2026 bis 2027 ein zusätzlicher Staatsbeitrag in der Höhe von gesamthaft Fr. 260'000 (Fr. 130'000 p. a.) bewilligt.
7. Für den Betrieb der Kindertankstellen Claramatte und Oekolampad werden dem Verein Robi-Spiel-Aktionen in den Jahren 2024 bis 2027 Ausgaben in der Höhe von gesamthaft Fr. 1'060'000 (Fr. 265'000 p. a.) bewilligt.
- Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 63 Ja-Stimmen bei 15 Gegenstimmen und 8 Enthaltungen.

56. Änderung des Gesetzes betreffend Förder- und Hilfeleistungen für Kinder und Jugendliche (Kinder- und Jugendgesetz, KJG), Bericht der BKK

[13.12.23 17:24:13, 23.0318.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Für die Kommission der BKK hat das Wort Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Auch hier übernehme ich das Votum von Franziska Roth, die heute leider abwesend ist. Einen Ratschlag in den Grossen Rat zu bringen, der in der Kommissionsabstimmung keine Ja-Mehrheit erreicht, ist wohl eher unüblich und erklärungsbedürftig. Wir haben das im schriftlichen Bericht gemacht, ich möchte aber trotzdem nochmals auf einige Punkte eingehen.



Dass die obligatorische frühe Deutschförderung auf drei Halbtage ausgebaut werden soll, ist völlig unbestritten und wird klar erwünscht. Zwar sind diese drei Halbtage gemäss Auskunft der Spielgruppe nicht ganz einfach zu organisieren. Einerseits gäbe es Spielgruppen, denen die Räumlichkeiten nicht zur Verfügung stehen würden, und andererseits würde das Einhalten des Prinzips von konstanten Kindergruppen auseinanderfallen, da Eltern, die ihre Kinder nicht im Obligatorium haben und sich die Aufstockung auf drei Halbtage nicht leisten können, bei zwei Halbtagen bleiben würden.

Aus pädagogischer Sicht ist das nicht optimal. Der Dachverband der Spielgruppen hat aber eine Umfrage bei allen Spielgruppen gemacht und abgefragt, ob und wie der Ausbau des deutschen Obligatoriums umgesetzt werden kann. In der Zwischenzeit sind die Resultate vorhanden und ausgewertet. Es ist klar ersichtlich, dass die allermeisten Spielgruppen die Erweiterung auf drei Halbtage sich leisten können und leisten werden.

Die BKK äussert sich in ihrem Bericht zur Qualität in den Spielgruppen. Ich möchte hier klar festhalten, dass die BKK nicht an der guten und wertvollen Arbeit und entsprechend an der jetzigen Qualität der Spielgruppen zweifelt. Die BKK äussert aber ihre Sorgen, dass wenn das System der Spielgruppe nicht ganzheitlich angeschaut und gestützt werden kann, dass dann die gute Qualität gefährdet sein kann. Wenn gute Mitarbeiter*innen in andere Berufsfelder abwandern, weil die Spielgruppen keine existenzsichernden Löhne bezahlen können, wenn selbstzahlende Eltern, und das sind Eltern von gut deutschsprechenden Kindern, ihre Kinder nicht mehr in die Spielgruppen bringen, weil der Spielgruppenbesuch zu teuer wird, dann leidet die Qualität. Eine sinnvolle Durchmischung von gut deutschsprechenden Kindern und Kinder, die in der obligatorischen Deutschförderung sind, sollte auch in Zukunft gegeben sein, denn nebst der gezielten Förderung durch die Spielgruppenleiter*innen lernen Kinder auch voneinander. Das ist sehr wertvoll und wichtig für den Erfolg des Obligatoriums.

Um das Deutschobligatorium erfolgreich weiterzuführen, ist der Kanton aber auf gut funktionierende Spielgruppen angewiesen und darum sind aus Sicht der BKK unterstützende Strukturen wichtig. Zu diesen Strukturen sollte die Unterstützung durch das Zentrum für Frühförderung gehören. Wenn in den Spielgruppen Kinder mit speziellem Förderbedarf betreut werden, dann ist es entscheidend, dass die Spielgruppen auf die Kompetenzen des Zentrums für Frühförderung zurückgreifen können und dass sie mit Assistenzpersonen unterstützt werden. Geschieht das nicht, geht das auf Kosten der Kinder und die Betreuungsqualität leidet. Das dürfen wir uns nicht leisten. Zu diesen Strukturen gehört aber auch eine ausreichende finanzielle Unterstützung.

Ob die Verbesserungen, die mit dem Gegenvorschlag zur Kita-Initiative und jetzt mit diesem Ratschlag erfolgen werden, tatsächlich reichen, ist für einen Teil der BKK-Mitglieder fraglich. Bereits bei der Beratung des Gegenvorschlags zur Kita-Initiative hat sich die BKK Gedanken zu einer grösseren Unterstützung der Spielgruppen gemacht. Bei der Beratung des vorliegenden Ratschlages hat die BKK diese Gedanken wieder aufgenommen und festgestellt, dass innerhalb dieser Gesetzesänderung keine weiterführenden Verbesserungen möglich sein werden. Für einen Teil der BKK-Mitglieder ist aber klar, dass wenn die Spielgruppen weiterhin nicht als vollständige Bildungseinrichtung für den Frühbereich angeschaut werden, also nur wenn der Teil der frühen Deutschförderung als Bildungseinrichtung anerkannt und der Teil mit den Kindern ohne Deutschförderung als Freizeiteil angeschaut wird, dann wird dem Gesamtsystem der Spielgruppen geschadet und die gesamte frühe Deutschförderung innerhalb der Spielgruppen ist gefährdet. So weit können und wollen wir das nicht kommen lassen.

Im schriftlichen Bericht der Kommission ist erwähnt, dass der Antrag, der dieser Sorge entgegenwirken wollte, aus Zeitgründen zurückgezogen worden ist. Ein Teil der BKK-Mitglieder hat sich darum entschieden, ausserhalb der Kommission nochmals mit den Spielgruppenvertreter*innen zusammensetzen und einen politischen Vorstoss zu formulieren, der die erwähnte Problematik aufgreift und Änderungen vorschlägt.

Einmal mehr hat die BKK auch festgestellt, dass das gesamte System der Kinderbetreuung, der Bildung von Kindern einem Flickenteppich gleicht und ein weiteres Mal und wohl auch nicht zum letzten Mal spricht sich die BKK für eine Vereinfachung und eine Angleichung der Systeme aus. Spielgruppen, Kitas, Tagesstrukturen, ob schuleigen oder schulextern, arbeiten alle für das gleiche Ziel, nämlich für die gute Förderung und für die gute Bildung unserer Kinder. Entsprechend sollen die Voraussetzungen und die Nutzbarkeit auch für alle etwa gleich sein.

Mit 4 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beantragt die BKK dem Grossen Rat, das Kinder- und Jugendgesetz so zu ändern, wie es der Regierungsrat im vorliegenden Ratschlag vorschlägt, und die Motion abzuschreiben.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrat Conradin Cramer.

RR Conradin Cramer, Vorsteher ED: Ich freue mich, dass wir Ihnen heute den Ratschlag zur Änderung des Kinder- und Jugendgesetzes und zur Intensivierung der Sprachförderung vor dem Kindergarteneintritt zur Abstimmung vorlegen können. Für den Regierungsrat und für mich handelt es sich hier um ein sehr wichtiges Geschäft. Ziel ist die Intensivierung, der Ausbau der frühen obligatorischen Deutschförderung von Kindern mit keinen oder mit ungenügenden Deutschkenntnissen. Es geht hier somit um einen zentralen Baustein der frühen Förderung und der Integration im Kanton Basel-Stadt.



Es ist erwiesen, dass die frühe Förderung, im speziellen die frühe Deutschförderung, zur Chancengerechtigkeit, zur sozialen Teilhabe und zum späteren Bildungserfolg von Kindern beiträgt. Basel-Stadt ist in diesem Bereich Pionierkanton, wir dienen als Vorbild für viele andere Kantone. Und diese Vorreiterrolle, die wollen wir nun gezielt weiter stärken. Mit einer Intensivierung der frühen Deutschförderung können die Ziele der frühen Förderung und Integration noch besser erreicht werden, was auch durch wissenschaftliche Studien belegt ist.

Der Kanton Basel-Stadt hat bereits sehr früh erkannt, dass sich Investitionen in die frühe Kindheit lohnen. Es ist schon 15 Jahre her, im Jahr 2008, da wurde im Kanton Basel-Stadt die frühe Deutschförderung im Rahmen eines Projekts lanciert und dann vor zehn Jahren wurde das sogenannte selektive Obligatorium eingeführt. Kinder mit Förderbedarf in Deutsch sind seitdem verpflichtet, im Schuljahr vor dem Kindergarteneintritt an zwei Halbtagen pro Woche eine Einrichtung mit integrierter Deutschförderung, also eine Spielgruppe oder aber eine Kindertagesstätte oder Tagesfamilie, zu besuchen. Der Besuch einer Spielgruppe mit Deutschförderung im Rahmen dieses Obligatoriums ist dabei für die Eltern unentgeltlich.

Die Bedeutung dieser obligatorischen frühen Deutschförderung, die lässt sich auch an den aktuellen Zahlen ablesen. Im letzten Schuljahr wurden insgesamt 747 Kinder in der Stadt Basel und 64 Kinder in Riehen und Bettingen zur frühen Deutschförderung verpflichtet. Das sind rund 42 Prozent aller dreijährigen Kinder in der Stadt und 23 Prozent aller dreijährigen in den Landgemeinden. Wir hatten im letzten Schuljahr rund 413 verpflichtete Kinder in der Stadt Basel und 39 in Riehen und Bettingen, die eine Spielgruppe mit Deutschförderung besuchen, das sind also 56 Prozent der verpflichteten Kinder. Die übrigen 44 Prozent, die besuchten eine Kindertagesstätte oder eine Tagesfamilie mit Deutschförderung, Tendenz hier steigend. Aktuell gibt es in der Stadt Basel 33 und in den Gemeinden Riehen und Bettingen sechs Spielgruppen mit Deutschförderung. Es handelt sich dabei um ein konstantes und bewährtes Angebot und im Jahr 2021 wendeten Kanton und Gemeinden insgesamt rund zwei Millionen Franken für die Umsetzung der obligatorischen frühen Deutschförderung in Spielgruppen auf.

Auch die Gemeinden Riehen und Bettingen unterstützen den Ausbau der obligatorischen Deutschförderung. Sie setzen sich im Rahmen der Konsultation jedoch für eine Umsetzung jetzt erst auf das Schuljahr 2023/24/25 ein. Um dennoch bereits einen Schritt in Richtung Intensivierung der frühen Deutschförderung zu machen, können seit dem laufenden Schuljahr alle Spielgruppen mit Deutschförderung freiwillig einen dritten Halbtage anbieten. Kanton und Gemeinden beteiligen sich an den Kosten für diese zusätzlichen Förderstunden. Aktuell bieten 30 der 33 Spielgruppen mit Deutschförderung der Stadt Basel diesen dritten Halbtage für die Kinder an, das zeigt, dass die Spielgruppen den Ausbau anbieten wollen und das auch können. Auch von den Eltern wird das Angebot des dritten Halbtages bereits rege genutzt. Aktuell belegen bereits rund Zweidrittel der Kinder im Obligatorium diesen dritten freiwilligen Halbtage.

In ihrem Bericht nimmt die BKK eine sehr kritische Haltung ein, das wurde jetzt im Votum der Kommissionsreferentin auch nochmals verstärkt. Mit nur gerade 4 Stimmen und 8 Enthaltungen wird beantragt, den Grossratsbeschluss anzunehmen. Das ist, ich sage das offen, für mich und für den Regierungsrat ein etwas enttäuschendes Resultat, da es sich bei diesem Geschäft um ein breit abgestütztes, langjährig gehegtes und sehr wichtiges Anliegen zur Förderung und Integration von fremdsprachigen Kindern und ihren Familien handelt. Ich glaube, ein Beitrag zu diesem Resultat hat gemäss Bericht der BKK die Unsicherheit ob der Auswahl des Obligatoriums mit den Spielgruppen, ich zitiere: «nicht auf instabilen Strukturen» Zitat Ende, aufbaue und das möchte ich hier in aller Deutlichkeit dementieren. Der Regierungsrat ist überzeugt vom Angebot der Spielgruppen mit Deutschförderung. Die Nachfrage und die Evaluationen zeigen, dass das Angebot gut und bewährt ist.

Mit dem vorliegenden Ratschlag möchte der Regierungsrat dieses Angebot sicherstellen und für die Zukunft weiterentwickeln. Umso mehr freut es mich, Ihnen heute mitteilen zu können, dass sich der Dachverband Basler Spielgruppen nach Veröffentlichung des BKK-Berichts mir gegenüber mit einem Brief noch einmal klar zum Antrag des Regierungsrats bekannt hat. Der Dachverband und die Spielgruppen unterstützen die vorgeschlagene Intensivierung der frühen Deutschförderung und sie sind gewillt, den Ausbau umzusetzen. Der Dachverband hofft ausdrücklich auf einen positiven Entscheid des Grossen Rates.

Nun, was beantragen wir Ihnen konkret. Wir beantragen einerseits die schon erwähnte Erhöhung des Förderumfangs von zwei auf drei Halbtage. Das ist, wenn man davon ausgeht, dass es bislang oft nur fünf bis sechs Stunden waren, jetzt sind es neun Stunden, das ist nahezu eine Verdoppelung. Das Obligatorium, das ist wichtig, kann auch in Kindertagesstätten und Tagesfamilien umgesetzt werden. Bereits knapp die Hälfte der Kinder absolviert das Obligatorium auf diese Weise. Hier hat der Ausbau des Förderumfangs keine Auswirkungen, da die Mindestbelegung in Kindertagesstätten und Tagesfamilien bereits heute ja über den drei Halbtagen liegt.

Der Regierungsrat wird nach einem positiven Beschluss des Grossen Rates auch weiteres umsetzen, nämlich eine massgebliche Erhöhung des Stundentarifs. Die Abgeltung der Spielgruppen mit Deutschförderung soll im Rahmen einer Tarifierung von 15.65 Franken auf 16.30 Franken pro Förderstunde erhöht werden. Dieser neue Tarif, der berücksichtigt die Kostenentwicklung und er liegt rund 10 Prozent über der Empfehlung des Schweizerischen Dachverbands, also des Schweizerische Spielgruppen-LeiterInnen-Verbands. Für jedes zur frühen Deutschförderung verpflichtete Kind soll die Spielgruppe somit neu 5'574.60 Franken erhalten, bisher waren das 3'568 Franken.



Wir erhöhen auch die ergänzenden Beiträge. Der Besuch einer Spielgruppe mit Deutschförderung ist auf freiwilliger Basis bereits für Kinder ab zweieinhalb Jahren möglich. Kinder, die noch nicht oder gar nicht zur frühen Deutschförderung verpflichtet sind, können, sofern ein Anrecht auf Krankenkassenprämienverbilligung besteht, eine Spielgruppe mit Deutschförderung vergünstigt besuchen.

Der Ausbau der obligatorischen Deutschförderung hat in der Stadt Basel Mehrkosten von rund 950'000 Franken pro Jahr zur Folge. Zu rechnen ist dann neu mit Gesamtausgaben von 2'770'000 Franken pro Jahr für die frühe Deutschförderung in Spielgruppen. In den Gemeinden Riehen und Bettingen werden sich die Kosten für das Obligatorium der Spielgruppen dann auf rund 200'000 Franken pro Jahr belaufen.

Die heute zu beschliessenden Anträge sind ergänzend zu Beschlüssen, die Sie schon getroffen haben im Zusammenhang mit dem Massnahmenpaket Kinderbetreuung. Dort haben Sie beschlossen, die Förderung der Qualitätsentwicklung mittels anerkannte Qualitätslabel zu ermöglichen, zusätzliche Mittel dafür zu sprechen, und wir haben damals, es ist ja noch nicht lange her, eine substantielle Erhöhung der ergänzenden Beiträge zur finanziellen Entlastung von Familien mit tiefen Einkommen beantragt und Sie haben das entsprechend beschlossen. Deshalb sind die heute zu beschliessenden Anpassungen ein weiterer Baustein zur Stärkung und Förderung der Spielgruppen im Gesamtsystem der frühen Förderung.

Und dieses Gesamtsystem, geschätzte Frau Fraktionskollegin und Kommissionsreferentin, ist kein Flickenteppich. Es ist historisch gewachsen, das wissen wir alle. Wir haben Tagesstrukturen, wir haben Tagesbetreuung, aber was wir hier in den letzten Jahren geleistet haben an Ausbaurbeit dank den Beschlüssen des Grossen Rats, beim Massnahmenpaket dank dem massiven nochmal zusätzlichen Effort der BKK, ich glaube, das lässt sich sehen schweizweit, international. Wir sind in allen Bereichen hier pionierhaft unterwegs und wir haben ja, das ist der BKK auch bestens bewusst, als erklärtes Ziel, als nächsten Schritt die Vereinheitlichung der Systeme. Also bitte sprechen Sie hier nicht von Flickenteppich, damit stellen wir das Licht in Basel-Stadt zu sehr unter den Scheffel. Wir sind hier enorm gut unterwegs und wollen uns noch weiter verbessern.

Ich möchte zum Schluss einen grossen Dank aussprechen an den Dachverband Basler Spielgruppen, an die Leitungen und Mitarbeitenden der Spielgruppen, aber auch an die Kindertagesstätten und Tagesfamilien, die alle im Kanton Basel-Stadt mit grossem Engagement die obligatorische frühe Deutschförderung umsetzen. Wir haben, wie gesagt, ein gutes, bewährtes System, das wir nun weiter stärken und ausbauen können.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Erste Fraktionssprecherin für die LDP ist Nicole Kuster-Simon.

Nicole Kuster-Simon (LDP): Der Kanton Basel-Stadt leistete 2008 Pionierarbeit. Er lancierte als erster Kanton in der Schweiz die frühe Deutschförderung und führte 2013 ein selektives Obligatorium an zwei Halbtagen pro Woche in einer kostenlosen Spielgruppe oder einer Kindertagesstätte ein. Es macht stolz, wenn man sieht, dass schweizweit im Jahr 2023 80 Gemeinden frühe Deutschförderung anbieten und bereits nächstes Jahr diese Zahl auf 170 Gemeinden ansteigen wird. In der gesamten Schweiz findet diese liberale Basler Idee grossen Anklang. 2019 forderte Patricia von Falkenstein in ihrer Motion, dass diese Deutschförderung ausgebaut wird, weshalb wir heute hier sind und der Regierungsrat beantragt, die Förderung von zwei auf drei Halbtage pro Woche zu erhöhen.

Ich bin sehr froh, dass dieses wichtige Anliegen der LDP nun endlich umgesetzt werden kann und auch unbestritten ist. Denn eine frühe Deutschförderung erhöht die Chancengleichheit und ermöglicht einen besseren Start in eine Schullaufbahn. Es gibt Studien, welche besagen, dass frühe Deutschförderung die Chancen auf einen gymnasialen Abschluss um 55 Prozent erhöhen kann. Wenn wir mit dieser gezielten Deutschförderung die Abschlussquote auf Sek II-Stufe, sei es ein Mittelschulabschluss oder ein Lehrabschluss, verbessern können, dann haben wir einen substantiellen gesellschaftlichen Beitrag leisten können.

Wer nun Sorge trägt, dass die Spielgruppen die Erhöhungen nicht umsetzen können, dem sei gesagt, dass die Mehrheit, nämlich 30 von 33 Spielgruppen mitwirken werden und bereits freiwillig erhöht haben. Diese hohe Zahl lässt Rückschlüsse zu, dass das System grundsätzlich intakt ist. Zudem wird der Tarif für Kinder in der frühen Deutschförderung auf 16.30 Franken erhöht, was 10 Prozent über der Empfehlung des Schweizerischen Spielgruppendachverbands liegt. Die Spielgruppen erhalten also mehr Geld für die geförderten Kinder.

Ich freue mich, dass gemäss «Chrüzlistich» Konsens besteht, damit die Kinder möglichst früh von einer gezielten Förderung profitieren können und empfehle Ihnen im Namen der LDP die Zustimmung zum vorliegenden Geschäft.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Sasha Mazzotti.



Sasha Mazzotti (SP): Kennen Sie das Gefühl, bei Freunden und Verwandten im Ausland zu Besuch zu sein? Es wird in gebrochenem Englisch mit Ihnen gesprochen, aber untereinander sprechen sie in ihrer Sprache. Dann wird auf einmal gelacht und man bekommt gar nicht mit, worum es eigentlich geht. Man ist eben nicht dabei. Oder man kann die Sprache so ein bisschen rudimentär und will mit einer witzigen Bemerkung sich beteiligen. In den Gesichtern der Gastgeber grosse Fragezeichen. Sie wurden eben nicht verstanden. Um sich wohl zu fühlen, um sich zu beteiligen, muss man die Sprache kennen und können und wie Sie wissen, setzen wir in Basel schon sehr früh damit an. Conradin Cramer hat es erwähnt und hat es ausgeführt. Und es bewährt sich, das sage ich Ihnen aus meiner beruflichen Sicht als unter anderem Lehrperson im Kindergarten.

Weil es aber auch hier noch Luft nach oben gibt, wird es erweitert, was mich sehr freut. Ich sehe, was Basel hier für eine Vorreiterrolle leistet. Schon im Kindergarten und dann in der Schule Deutsch zu verstehen und zu sprechen, ist ein wichtiger Grundstein für die Integration und die Chancengleichheit. Diese Deutschfrühförderung wird von Kitas und zu einem grossen Teil auch von Spielgruppen übernommen, was eine sehr gute und passende Lösung ist, denn Kinder lernen im Spiel die Sprache von anderen Kindern. Und das ist auch ein Knackpunkt, denn die Spielgruppen brauchen auch deutschsprachige Kinder. Daher darf der Preis für Selbstzahlende nicht zu hoch werden. Die Spielgruppen sind sehr bemüht, eine Durchmischung ihrer Gruppe hinzukriegen und haben sich über die Jahre auch professionalisiert und weiterentwickelt. So braucht es beispielsweise eine Ausbildung, um die frühe Deutschförderung anzubieten.

Die frühe Deutschförderung ist gesetzlich verankert, das wissen wir. Es ist also Pflicht sowohl für die nicht deutschsprechenden Eltern respektive natürlich für ihre Kinder wie auch für uns als Staat und daher sind die Spielgruppen für uns auch systemrelevant. Ich habe also vom ED erwartet, dass der Ratschlag etwas sorgfältiger und in enger Zusammenarbeit mit den wichtigen Playern beraten werden würde und sie auch bei der wichtigen Frage der integrativen Frühförderung unterstützt. Dies war leider nicht so. Dies wurde in den beiden Hearings, die separat geführt wurden, uns klar. Es hinterliess nicht nur bei mir eine Ratlosigkeit, so ist das Abstimmungsresultat mit 8 Enthaltungen eben zu lesen. Catherine Alioth hat unsere kritische Haltung dazu erläutert. Kritisch zum Vorgehen, nicht kritisch zum Inhalt. Ich möchte hier in aller Deutlichkeit sagen, dass ich die frühe Deutschförderung und das Obligatorium pädagogisch, gesellschaftlich und politisch unterstütze und möchte mich hiermit bedanken bei allen, die dies möglich machen.

Natürlich unterstütze ich hier im Rat diesen Ratschlag. Das können Sie auch dem «Chrüzlistich» entnehmen, und zwar aus den obengenannten Gründen. Ich bin froh, dass wir in Basel schon so lange dran sind und ich kann Ihnen sagen, es bringt was.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Die Ausgangslage bei diesem Bericht der BKK ist, wie der Regierungsrat festgestellt hat, tatsächlich etwas eigenartig. Es gibt eine Zustimmung, aber die ist sehr dürrtig, wenn man die Zahl numerisch anschaut, und dann gibt es sehr viele Enthaltungen. Es wurde nun schon ein bisschen ausgeführt, weshalb das so ist. Es gab hierzu in der BKK eine kontroverse Diskussion, eine interessante Diskussion auch.

Auch die SVP-Fraktion wird dem Antrag der BKK aber zustimmen. Was für uns schwierig bleibt, das ist einerseits teilweise die Stellungnahmen von Vertreterinnen und Vertreter der Spielgruppen und dann, was in der Gegenrede seitens des Erziehungsdepartementes erzählt worden ist. Ich möchte hier weder für die eine noch für die andere Seite Partei ergreifen, aber es fällt hier einfach auf, dass es kommunikativ teilweise auch als Kommissionsmitglied dann noch schwierig ist, wenn man das Erziehungsdepartement in einem Hearing hat und dann hört man A und dann kommen einige Stunden später die Vertreterinnen und Vertreter der Spielgruppen, die sagen dann B, worauf dann wieder das Erziehungsdepartement A sagt. Und dort in diesem Spielfeld zwischen den Meinungen befindet sich dann teilweise auch eine Kommission und das führt dann je nachdem auch zu vielleicht etwas seltsamen Abstimmungsresultaten, ohne das jetzt hier zu werten.

Ich glaube trotzdem, dass mit dem Bericht der BKK letztlich auch die Gedanken nun so aufgeschrieben und festgehalten sind, wie es auch in der Diskussion in der BKK war und Regierungsrat Conradin Cramer und das Erziehungsdepartement jetzt mit diesen Äusserungen auch das richtige anfangen kann und anfangen wird.

Wir unterstützen diesen Vorschlag, denn der Grundgedanke, und das hat Nicole Kuster-Simon in ihrem Votum sehr deutlich ausgeführt, hier geht es um die Deutschförderung und es ist für uns ganz essentiell, dass wir schauen, dass alle Kinder, die in Basel-Stadt in die Schule gehen oder auch in einen Kindergarten gehen, die entsprechenden Deutschkenntnisse haben, weil am Schluss des Tages tatsächlich einzig und alleine auch die Sprache der Schlüssel zur Integration von jungen Menschen ist. Ich glaube, da sind wir uns in diesem Rat ja ganz generell einig.

Der SVP-Fraktion ist es auch sehr wichtig, und das wurde ja auch im Bericht der BKK kurz erwähnt, dass hier auch seitens der Kommission nachgefragt wurde. Uns ist es wichtig, dass diese frühe Deutschförderung oder diese Sprachförderung nicht nur ein Angebot ist, sondern dass sie tatsächlich auch obligatorisch ist und dass dieses Obligatorium auch dazu führt, dass wenn jemand sich diesem Obligatorium verweigern würde, dass es Konsequenzen haben muss, wenn jemand, nicht das



Kind, aber die Eltern, das Elternteil oder beide Eltern sich weigern würden, ihr Kind einer Deutschförderung zu unterziehen. Da sind wir schon der Meinung, dass wenn es solche Fälle dann einmal geben würde, dass es zu einer Verweigerung kommt, was die Inanspruchnahme eines solchen Angebotes anbelangt, dass hier dann auch entsprechend das Erziehungsdepartement bei den Erziehungsberechtigten intervenieren muss.

Uns wurde zugesichert seitens des Departementsvorstehers, dass dies aber der Fall sei, dass diese Quote bei 100 Prozent liegt und solange dies dann auch so ist, ist das für uns in Ordnung. Aber wenn wir feststellen oder wenn das Erziehungsdepartement feststellt, dass es hier dann plötzlich Kinder gibt, die nicht zur Deutschförderung geschickt werden, obschon sie obligatorisch ist, dann erwarten wir selbstverständlich auch, dass entsprechend Massnahmen ergriffen werden.

Wir können hier heute aber diesem Bericht, so wie er vorliegt im Antrag des Regierungsrates, zustimmen und ich bin überzeugt, Regierungsrat Conradin Cramer, dass das Resultat heute dann deutlicher ausfallen wird, wie vielleicht der Bericht der BKK nun den Anschein macht. Insofern auch von unserer Seite gerne eine Zustimmung.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr eingetragen. In der zweiten Runde wird auf ein Votum verzichtet. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 8 des Berichts)

Titel und Ingress

I. Änderung Gesetz Förder- und Hilfeleistungen für Kinder und Jugendliche

§9a (neu)

Frühe Deutschförderung

Abs. 1

Abs. 2

Abs. 3

Abs. 4

Abs. 5

II. Änderung anderer Erlasse

Schulgesetz

§56a (aufgehoben)

§91 Abs. 8 lit e (aufgehoben)

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmungen

Abstimmung

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN. Die Abstimmung startet jetzt.

Ergebnis der Abstimmung

83 Ja, 1 Nein, 5 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002321, 13.12.23 17:53:06]

Der Grosse Rat beschliesst

I.

Das Gesetz betreffend Förder- und Hilfeleistungen für Kinder und Jugendliche (Kinder- und Jugendgesetz, KJG) vom 10. Dezember 2014 [1]) (Stand 1. Januar 2015) wird wie folgt geändert:

§ 9a (neu)



Frühe Deutschförderung

1 Kanton und Gemeinden sorgen für ein ausreichendes Angebot von früher Deutschförderung fremdsprachiger Kinder im Vorschulbereich. Sie fördern hierzu insbesondere die Deutschförderung in Spielgruppen und Kindertagesstätten.

2 Kinder mit Förderbedarf in Deutsch sind verpflichtet, vor der Einschulung während eines Schuljahres an drei Halbtagen pro Woche ein geeignetes Förderangebot zu besuchen. Der Besuch einer Spielgruppe mit Deutschförderung ist in diesem Umfang unentgeltlich.

3 Das zuständige Departement oder die zuständige Stelle der Gemeinden sorgt unter Mitwirkung der Erziehungsberechtigten für die Abklärung des Förderbedarfs.

4 Die Erziehungsberechtigten sorgen bei festgestelltem Förderbedarf dafür, dass ihr Kind das Förderangebot regelmässig besucht. Der Besuch eines Angebots kann vom zuständigen Departement oder von der zuständigen Stelle der Gemeinden angeordnet werden.

5 Bei wiederholter Verletzung ihrer Pflichten können die Erziehungsberechtigten vom zuständigen Departement oder von der zuständigen Stelle der Gemeinden mit einer Busse bis Fr. 1'000 belegt werden.

II. Änderung anderer Erlasse

Das Schulgesetz [2] vom 4. April 1929 [3] (Stand 1. Januar 2021) wird wie folgt geändert:

§ 56a

Aufgehoben.

§ 91 Abs. 8

8 Die Erziehungsberechtigten haben die folgenden Pflichten:

e) Aufgehoben.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 83 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme und 5 Enthaltungen.

Mit Blick auf die Uhr schliesse ich die Sitzung. Wir treffen uns morgen um 9 Uhr für die Budgetsitzung wieder.

Schluss der 41. Sitzung

17:53 Uhr



Protokoll

der 42. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Donnerstag, den 14. Dezember 2023, um 9:00 Uhr

Vorsitz: *Bülent Pekerman, Grossratspräsident*

Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung

Abwesende: *Anina Ineichen (GAB), Lisa Mathys (SP), David Jenny (FDP), Daniel Sägesser (SP), Leonie Bolz (SP)*

Verhandlungsgegenstände:

50. Bericht der Finanzkommission zum Budget 2024 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Budget 2024 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom, Mitbericht BKK 2



Beginn der 42. Sitzung

Donnerstag, 14. Dezember 2023, 09:00 Uhr

50. Bericht der Finanzkommission zum Budget 2024 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Budget 2024 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom, Mitbericht BKK

[14.12.23 09:00:10, 23.5583.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur heutigen Budgetsitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Neuer Bundesrat, bitte um sofortige Entlassung aus dem Amt des Regierungspräsidenten

Ich habe von Bundesrat Beat Jans ein Schreiben erhalten, in welchem er den sofortigen Rücktritt als Regierungspräsident erklärt. Gemäss § 2 des Grossratsbeschlusses betreffend Abbitte der von der Gesamtheit der Stimmberechtigten gewählten Behördenmitglieder, kann der Grosse Rat auf Antrag eine Entlassung aus dem Amt per sofort gewähren. Entsprechend frage ich Sie, ob Sie mit der sofortigen Entlassung von Beat Jans als Regierungspräsident einverstanden sind?

Sie haben stillschweigend so beschlossen.

Gebäck & Kaffee heute Morgen

Brigitte Kühne und Daniel Sägesser versüssen uns den heutigen Morgen mit Gebäck & Kaffee, Das Gebäck finden Sie im Vorzimmer und den Kaffee bei Margrit Rünzi.

Vielen Dank für diese schöne Geste

[Applaus]

Neuer Präsident der IPK FHNW

Grossrat Erich Bucher wurde von der IPK FHNW ab dem 1.1.2024 zu deren neuen Präsidenten gewählt. Ich gratuliere Erich Bucher zu dieser Wahl und wünsche Ihm viel Freude im Amt.

[Applaus]

Besuch auf der Zuschauertribüne

Auf der Tribüne begrüsse ich Schülerinnen und Schüler des Wirtschaftsgymnasiums Basel, mit Lehrperson David Schreiber. Die Jugendlichen haben sich vorher bereits mit zwei Ratsmitgliedern zur engagierten Debatte getroffen – wir wünschen euch einen interessanten Nachmittag bei uns.

[Applaus]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Finanzkommission beantragt dem Grossen Rat, auf ihren Bericht einzutreten und das Budget 2024 des Kantons Basel-Stadt mit den Änderungen der Finanzkommission zu genehmigen. Die Bildungs- und Kulturkommission hat zuhanden der Finanzkommission einen Mitbericht zum Globalbudget der kantonalen Museen verfasst. Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission berichtet zum Globalbudget Öffentlicher Verkehr mündlich.

Allgemeine Eintretensdebatte zum Bericht der Finanzkommission und zum Budget. Erste Referenten sind der Präsident der Finanzkommission, die Präsidi der BKK und der UVEK, die Vorsteherin des Finanzdepartements und der Vorsitzende des Gerichtsrats. Anschliessend folgen Fraktions- und Einzelsprechende.

Eintreten auf das Budget ist obligatorisch.

Detailberatung.

Gesamtkantonale Feststellungen (Kapitel 4 des Berichts der Finanzkommission), danach departementsweise Beratung. Das Globalbudget der kantonalen Museen ist im Präsidialdepartement integriert. Das Globalbudget Öffentlicher Verkehr ist im Bau- und Verkehrsdepartement enthalten. Die Änderungsanträge der Finanzkommission gegenüber dem Budget werden bei



den einzelnen Departementen behandelt. Die Vorgezogenen Budgetpostulate zum Budget 2024 werden bei den entsprechenden Departementen beraten.

Kenntnisnahme der Investitionsübersichtsliste, Schlussabstimmung über das Budget 2024.

Wir starten mit der Eintretensdebatte. Für die Finanzkommission hat das Wort deren Präsident Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Wir dürfen heute am wirklich allerletzten Grossratstag des Jahres noch das Budget 2024 beschliessen, mit welchem sich die Finanzkommission in den letzten gut zwei Monaten intensiv und auch kritisch auseinandergesetzt hat. Wir haben dabei wie üblich allen Departementen und auch den Gerichten kritische Fragen gestellt und auch Themen angesprochen, welche teilweise auf den ersten Blick im Bericht des Regierungsrates nicht ersichtlich waren.

Vorab. Die Finanzkommission dankt der Regierung und den Gerichten für die rasche und detaillierte Beantwortung unserer Fragen und die Bereitschaft, sich auch an den Hearings mit diesen unseren Fragen auseinanderzusetzen.

Der Regierungsrat budgetierte für das Jahr 2024 bei einem Aufwand von knapp 4,7 Milliarden Franken und einem Ertrag von knapp 4,8 Milliarden Franken einen Überschuss in der Erfolgsrechnung von 52,2 Millionen Franken. Zwischenzeitlich hat sich dieser budgetierte Überschuss erhöht, weil der definitive Teuerungsbeschluss des Regierungsrates nun wie üblich anfangs Dezember final vorliegt. Ich komme darauf auch noch zu sprechen. Trotz diesem positiven Gesamtergebnis steigen die Nettoschulden. Dies geht auf das hohe Investitionsvolumen von 427 Millionen Franken zurück.

Beim Budget 2024 handelt es sich nun um das erste Post-Corona-Budget. In diesem Budget sind erstmals keine spezifischen Ausgaben in Bezug auf die Pandemie berücksichtigt, was natürlich für uns alle sehr positiv ist. Unabhängig davon bleiben aber die Herausforderungen für unseren Kanton weiterhin gross und es gibt auch weiterhin gewisse Unsicherheiten. Ich habe im letzten Jahr das Beispiel von einem Tanker auf der See, auf dem Meer gebracht, sprich, wir befinden uns auf einer See und wir sind auf diesem Schiff gemeinsam und am Horizont hat es vielleicht die eine oder andere Wolke, die dann das Schiff oder den Kurs des Schiffes beeinträchtigen könnte. Diese Situation ist auch im 2024 so. Es gibt gewisse Wolken am weiten Horizont, aber so viel kann ich jetzt schon sagen, der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt ist auf diese Herausforderungen aus unserer Sicht sehr gut vorbereitet.

Diese geopolitischen globalen Herausforderungen, der Konflikt in der Ukraine, in Israel, die Inflation, Teuerung, hohe Energiepreise, steigende Mieten, Krankenkassenprämien haben aber selbstverständlich je nachdem dann auch Auswirkungen auf unseren Staatshaushalt im 2024. Wie aber bereits erwähnt, sehen wir, dass der Kanton auf diese Herausforderungen gut vorbereitet ist und auch entsprechende Verlautbarungen des Regierungsrates, Sie lesen das regelmässig in Bulletins, wenn es darum geht, auch allfällige Mehrbelastungen für die Haushalte abzufedern, sind nicht zuletzt aufgrund der guten Finanzlage des Kantons weiterhin möglich.

Die Finanzkommission hat für das Budget 2024 diverse Kostentreiber festgestellt. Ein Kostentreiber ist der Teuerungsausgleich für die Anpassung von Löhnen des Staatspersonals und von Staatsbeiträgen. Dieser Teuerungsausgleich wird nun, ich habe es bereits erwähnt, etwas tiefer ausfallen. Denn weicht die Teuerung per Ende November des Jahres von den im Budget angenommenen 2,8 Prozent ab, wird ein Änderungsantrag notwendig, welcher direkt dann an der Budgetdebatte, also sprich heute, via dem Präsidenten der Finanzkommission gestellt wird. Sie haben diesen, meine ich, auch auf Ihrem Tisch ausgelegt bekommen.

Gemäss dem Schreiben des Statistischen Amtes von Anfang Dezember beträgt die November-Jahresteuern im Kanton Basel-Stadt 1,2 Prozent. Diese Zahl ist massgebend für die teuerungsbedingte Lohnerhöhung in der kantonalen Verwaltung per 1. Januar 2024. Das regierungsrätliche Budget, ich habe es erwähnt, wurde mit einer Teuerungsannahme von 2,8 Prozent erwähnt. Auf dieser Basis wurde in der Dienststelle Allgemeine Verwaltung bei einem Personalaufwand eine teuerungsbedingte Steigerung von 44,8 Millionen Franken budgetiert. Das ist sowohl für Personal wie eben auch die entsprechenden Staatsbeiträge. Aufgrund der definitiven Teuerung ergibt sich hierbei eine Verminderung um 25,6 Millionen Franken auf 19,2 Millionen Franken.

Einen weiteren nachträglichen Einfluss auf das Budget hat die Finanzierung der Restkosten bei den Pflegeheimen. Der Kanton muss gemäss Bundesgesetz dafür sorgen, dass die Finanzierungsmethode zur Finanzierung der Restkosten so festgelegt wird, dass die bundesrechtlichen Vorgaben eingehalten werden. Der Rahmenvertrag mit den Pflegeheimen sieht für 2024 einen Teuerungsausgleich von 3,9 Millionen Franken vor. Da der Teuerungsausgleich bei den Pflegeheimen unter den Staatsbeiträgen noch nicht berücksichtigt war, ergibt sich hier also eine zusätzliche Belastung in Höhe von 3,9 Millionen Franken. Entsprechend wird sich das Budget inklusive im Nachtrag der Finanzkommission in Bezug auf den Ratschlag zur Quartierarbeit, ich komme auch darauf später noch einmal zu sprechen, noch einmal verbessern und wir unterbreiten Ihnen heute einen Änderungsantrag in Höhe von 21,7 Millionen Franken. Das hat zur Folge, und das ist ja sehr erfreulich, dass der Kanton Basel-Stadt nun für das Jahr 2024 von einem Überschuss von 73,8 Millionen Franken ausgeht.

Ein zweiter Kostentreiber für das Budgetjahr 2024 ist das Globalbudget Öffentlicher Verkehr. Dieser Anstieg im Globalbudget ÖV von 21 Millionen Franken ist insbesondere auf die Energiepreisentwicklung, höhere Abschreibungen und Zinsen und die



Umstellung auf Elektrobusse zurückzuführen. Ein dritter Kostentreiber sind die Gesundheitskosten in der stationären Spitalversorgung. So steigen die Kosten dort im Vergleich zum Vorjahresbudget um 3,9 Prozent auf 320 Millionen Franken.

Die Finanzkommission hat darüber hinaus sich auch mit weiteren Themen befasst. In Bezug auf die Ausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank SNB kann festgehalten werden, dass Basel-Stadt seit je nur konservativ auf der Ertragsseite die Einnahmen budgetiert. Hier bleibt die Entwicklung unsicher. Im Rechnungsjahr 2023, das haben Sie vielleicht auch schon mitbekommen, Relevanz hierbei hat jeweils das Resultat der Nationalbank des Vorjahres, werden beispielsweise keine Gewinne an den Kanton ausgeschüttet. Bisher ging unser Kanton immer von einer mittleren Gewinnausschüttung von 46 Millionen Franken aus, hat das auch entsprechend budgetiert, und so bleibt es auch in diesem nun vorliegenden Budget. Klar ist, diese Gewinne präziser zu budgetieren, erst recht zu einem frühen Zeitpunkt des Jahres, ist nicht einfach. Hier können dann auch entsprechend weltpolitische Ereignisse oder andere Dinge einen sehr grossen Einfluss haben. Der Finanzkommission scheint es aber sehr korrekt zu sein, dass man von dieser mittleren Gewinnausschüttung jeweils ausgeht, wenn man das Budget für das Folgejahr plant.

Bei den Einnahmen wird bei den Steuereinnahmen nun im 2024 deutlich positiver budgetiert und somit liegen die Berechnungen dort wohl auch jetzt deutlicher bei der Realität dann zum jeweiligen Rechnungsergebnis. So wurde seitens des Regierungsrates festgestellt, dass im letzten bereits vorliegenden Rechnungsjahr 2022 die Steuereinnahmen deutlich über dem Budget lagen und entsprechend hat die Regierung nun die Steuereinnahmen um rund 80 Millionen Franken höher eingestellt. Davon entfallen 40 Millionen Franken auf die Einkommensteuer, 30 Millionen auf die Kapitalsteuer und 10 Millionen auf den Anteil der direkten Bundessteuer.

Berücksichtigt werden im Budget 2024 auch einmalige Steuereinnahmen aufgrund der OECD-Steuerreform. Diese Reform hat einen einmaligen Anreiz für Unternehmen, nun stille Reserven aufzulösen und zum noch geltenden tieferen Steuersatz zu versteuern. Ob und in welchem Ausmass dies tatsächlich geschehen wird, ist derzeit noch ungewiss. Sie kennen ja auch diese insgesamt Diskussionen über die tatsächliche Einführung dieser OECD-Steuerreform. Im Budget 2024 sind als grobe Schätzung einmalige Mehrerträge von 50 Millionen Franken berücksichtigt. Weitere Auswirkungen auf das Budget 2024 hat die OECD-Steuerreform derzeit noch nicht. Das ist generell zurzeit auch sehr schwierig abzuschätzen.

Weiter ansteigen werden auch die geplanten Investitionen des Kantons. Diese belaufen sich im Budgetjahr 2024 auf Netto 427 Millionen Franken. Das sind 7 Millionen mehr als im letzten Jahr. Als Grossprojekte besonders hervorzuheben sind hierbei die Sanierung der kommunalen Abwasserreinigung ARA Basel sowie der Neubau für das Naturhistorische Museum und das Staatsarchiv, das Bussystem 2027 mit der Beschaffung von Elektrobussen und der Umbau der BVB Garage Rank. Das Investitionsvolumen kann der Kanton zu 69 Prozent selbst finanzieren. Weitere grosse Investitionsvorhaben zeichnen sich in den folgenden Jahren ab, so dass die Investitionen im Jahr 2027 wohl Netto 627 Millionen Franken erreichen dürften. Die Finanzkommission gibt an dieser Stelle ihrer steten Hoffnung Ausdruck, dass der Kostenrahmen, nicht nur der Zeitrahmen, auch der Kostenrahmen insbesondere bei Grossprojekten eingehalten wird.

Die Nettoschuldenquote verbleibt mit 0,1 Promille deutlich unter der Vorgabe der Schuldenbremse von 6,5 Promille. Sie steigt allerdings bis ins Jahr 2027 auf 1,3 Promille, wobei der Kanton weiterhin auf soliden Füßen steht und notwendige Investitionen getätigt werden können. Sinkend sind erfreulicherweise die Sozialausgaben, diese sinken um 21 Millionen Franken, also Netto um 2,8 Prozent auf knapp 756 Millionen Franken.

Neben diesen generellen Facts und Features hat die Finanzkommission auch einige Punkte zur generellen Lage des Kantons, die wir nun an dieser Stelle gerne hervorheben und erwähnen möchten.

Die Finanzlage und das Steuerpaket. Die gute Finanzlage des Kantons, Sie wissen das, hat in den letzten 15 Jahren zu jeweils hohen, teilweise sehr hohen Überschüssen geführt, währenddem gleichzeitig Schulden abgebaut werden konnten. Entsprechend hat das Parlament mit der Überweisung verschiedener Vorstösse entschieden, dass finanzieller Handlungsspielraum für ein neues Steuerpaket besteht und in der Folge hat der Grosse Rat dann auch ein solches Paket beschlossen, welches einerseits steuerliche Entlastungen vorsieht und andererseits auch Abzugsmöglichkeiten erhöht. In Kombination mit den bereits im Jahr 2017 beschlossen und nun vollständig umgesetzten Entlastungsmassnahmen des kantonalen Steuerpakets zur SV 17 werden Mindereinnahmen von knapp 120 Millionen Franken erwartet.

Die Finanzkommission kann nun aber festhalten, dass obschon diese Massnahme nun allesamt für das Steuerjahr oder für das Budgetjahr, wie man das auch immer nennen möchte, 2024 umgesetzt werden, weiterhin von strukturellen, nachhaltigen Steuereinnahmen ausgegangen werden darf, nicht zuletzt auch aufgrund der weiterhin guten wirtschaftlichen Aussichten unseres Kantons. Diese Prognose ist aus Sicht der Finanzkommission sehr erfreulich und unterstreicht die positive Finanzentwicklung, welche die vom Parlament geforderten Entlastungsmassnahmen und Pakete möglich gemacht hat, ohne das Finanzergebnis des Kantons zu verschlechtern. Das ist doch eine sehr erfreuliche und positive Nachricht.

Der Finanzausgleich. Anlässlich der Budgetberatung hat sich die Finanzkommission mit dem Regierungsrat auch zum nationalen Finanzausgleich NFA ausgetauscht. Die entsprechenden Abgaben des Kantons Basel-Stadt werden in kommenden Jahren weiter ansteigen, was Auswirkungen auf das Budget des Kantons haben wird. Nachdem im Jahr 2023 182 Millionen Franken budgetiert waren, steigt die Zahl im Budget 2024 nun auf 198 Millionen Franken. In den Folgejahren wird teilweise ein Anstieg des Aufwandes auf bis zu 218 Millionen Franken erwartet. Die Finanzkommission hat sich



angesichts dieser doch sehr hohen NFA-Zahlungen vom Regierungsrat informieren lassen, wie der entsprechende Berechnungs-Meccano funktioniert und wie dieser möglichst exakt auch in die Budgetplanung einfließen kann. Ich muss Ihnen ehrlicherweise nun gestehen, das Ganze ist eine etwas schwierige Wissenschaft und ich bitte Sie auch, dass Sie mir keine konkreten Fragen zum Berechnungsmechanismus stellen. Das könnte dann allenfalls die Finanzdirektorin Ihnen viel besser erklären, wie dieser Berechnungsmechanismus funktioniert.

Grob skizziert kann man sagen, dass die NFA-Zahlungen vom Steuerpotenzial eines Kantons abhängen, also nicht von den Steuereinnahmen, und die Basis ist die Berechnungsgrundlage des NFA-Ressourcenausgleichs und dieser sogenannte Ressourcenausgleich basiert auf dem sogenannten Ressourcenpotential der jeweiligen Kantone. Kantone, die einen tiefen sogenannten Ressourcenindex unter 100 haben, gelten als ressourcenschwach und sind sogenannte Nehmerkantone. Die über 100 sind dann sogenannte Geberkantone, was auf den Kanton Basel-Stadt entsprechend zutrifft.

Wichtig ist vielleicht auch noch dabei zu erwähnen, dass die NFA-Zahlungen jeweils auf Steuerdaten von vergangenen Jahren basieren. Gute respektive schlechte Jahre eines Kantons wirken sich verzögert auf dessen NFA-Zahlungen aus. Wir haben das entsprechend so auch zur Kenntnis genommen. Wichtig ist dabei auch noch vielleicht zu erwähnen, dass die Auszahlungen an die Nehmerkantone zu 60 Prozent vom Bund und zu 40 Prozent von den Geberkantonen finanziert werden, also auch der Bund ist hier sehr stark in der Verantwortung.

Wir können festhalten, dass die solide Finanzlage unseres Kantons dazu führt, dass die NFA-Zahlungen von Basel-Stadt als sogenannter Geberkanton stetig zunehmen, was verdeutlicht, dass es Basel-Stadt finanziell auch sehr gut geht und dieser Umstand darf dann aus unserer Sicht in der öffentlichen Diskussion über gerechtfertigte Zahlungen in diesen Ressourcenausgleich auch durchaus Beachtung finden, denn es zeigt sich damit auch, je besser es uns geht, je mehr müssen oder dürfen wir auch entsprechend in diesen Topf einbezahlen.

Etwas Sorgen bereitet der Finanzkommission die aktuelle Zinsentwicklung und die damit verbundenen finanziellen Risiken für den Kanton. Der Zinsaufwand wird in den kommenden Jahren vermutlich ansteigen und dieser Anstieg hat selbstverständlich auch dann negative Effekte auf die Bewertungen und belastet entsprechend unser Budget. Zudem wird mit einem steigenden Zinsaufwand für die Schulden gerechnet, 14,6 Millionen Franken im Budgetjahr 2024, und die Refinanzierung der auslaufenden Anleihen wird zu höheren Zinssätzen erfolgen. Die Zinssätze für die Schulden lagen 2022 bei 0 Prozent, im 2023 schon bei 0,4 und sie steigen aktuell immer noch an, sie sind aktuell bei rund 1,7 Prozent und damit relativ hoch. Wir sprechen hier natürlich jetzt von einer Diskussionsgrundlage, als wir dieses Budget dann auch besprochen haben, also sprich im Herbst dieses Jahres. Damit steigen auch die durchschnittlichen Zinssätze für den Kanton und bei der Prognose dieser Angaben und dieser Entwicklungen werden jeweils die Zahlen des Bundes übernommen.

Diese Problematik der Zinsentwicklung führt dazu, dass im Budgetjahr 2024 nun mit einer Belastung in Höhe von 23 Millionen Franken gerechnet wird, das ist also ein deutliches Plus. Im 2022, im Rechnungsjahr lag dieser noch bei 4 Millionen Franken. Die kommenden Jahre werden diese Belastung vermutlich also noch deutlich ansteigen lassen und werden Einfluss auf den Rechnungsabschluss des Kantons haben. Für die kommenden Jahre kann die entsprechende Belastung auf der Aufwandseite auf bis zu 65 Millionen Franken ansteigen, was doch beträchtlich ist. Wir konnten uns aber von der Regierung versichern lassen, dass die Zinsentwicklung ein Risiko im kantonalen Risikomanagement ist und entsprechend auch regelmässig neu bewertet und beurteilt wird. Wir nehmen von diesen Ausführungen Kenntnis, wir halten fest, dass die Entwicklung des Zinsaufwandes für das Budget des Kantons eine entsprechend relevante Grösse sein kann und der Pfad der Bruttoschulden berücksichtigt werden muss. Entsprechend ist der Weg einer möglichst zurückhaltenden Ausgaben-, Steuer- und Schuldenpolitik beizubehalten.

Zum Fachkräftemangel. Wie auch schon im letzten Bericht wollten wir als Finanzkommission Informationen zu den Auswirkungen des Fachkräftemangels auf die Departemente erhalten. Wir interessierten uns insbesondere dafür, inwiefern die vom Kanton ergriffenen Massnahmen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels und zur Steigerung der Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber sich im Budget 2024 abbilden. Wir wollten weiter wissen, was allfällige Resultate der von der Regierung eingesetzten Arbeitsgruppe, sie heisst RRDel Personal, bereits für Auswirkungen auf das Budget 2024 haben und inwiefern der Zentrale Personaldienst, also HR BS, ein Überblick hat, wo und welche Qualifikationen in der Verwaltung fehlen.

Die Regierung liess sich dazu entsprechend auch in unserem Bericht im Detail vernehmen und ich verweise auf die entsprechende Stellungnahme. Die Regierung hielt aber auch fest, dass es noch zu früh wäre, dem Parlament einen umfassenden und abschliessenden Massnahmenkatalog vorzulegen. Zur Konkretisierung der Gesamtstrategie seien vertiefte Analysen notwendig und darauf dann aufbauend, tragfähige und nachhaltige Lösungen zu erarbeiten. Es wurden entsprechende Projektaufträge erteilt, wobei es derzeit noch nicht möglich ist, allfällige Kostenfolgen auszuweisen. Die Finanzkommission nimmt auch von diesen Ausführungen Kenntnis. Wir unterstützen den Regierungsrat im Bestreben, allfällige Massnahmen möglichst zielgerichtet anzugehen und im Sinne eines umfassenden Ansatzes, bei welchem auch die Heterogenität der Berufsbilder des Kantons und die demografische Struktur, wir kommen später noch dazu, der Berufsbilder des Kantons berücksichtigt wird. Die Finanzkommission bestärkt den Regierungsrat in diesen Bemühungen deshalb ausdrücklich.



Und wo wir gerade beim Personal sind, weiter zunehmend ist auch die Entwicklung der Beschäftigtenzahl beim Kanton. Für das Jahr 2024 sind 9'730 Vollzeitstellen budgetiert, was einer Zunahme von knapp 215 Vollzeitstellen im Vergleich zum Budget 2023 entspricht. So steigt der Headcount im Erziehungsdepartement um 113,8 Vollzeitstellen, hier insbesondere für die verstärkten Massnahmen und die Weiterentwicklung zur integrativen Schule, aber auch aufgrund der steigenden Schülerinnen- und Schülerzahlen. Beim Justiz- und Sicherheitsdepartement ist eine Zunahme von knapp 52 Vollzeitstellen budgetiert. Hier trägt hauptsächlich die geplante Neuorganisation des Justizvollzugs und ein zusätzliches 24-Studententeam bei der Sanität Basel zum Anstieg bei. Beim Bau- und Verkehrsdepartement und beim Finanzdepartement steigt der Headcount um 34,7 respektive um 18,6 Vollzeitstellen, beim Präsidentialdepartement um 13,2 Vollzeitstellen und bei den Gerichten ist ein Anstieg um 5,9 Vollzeitstellen budgetiert. Im Gesundheitsdepartement und dem WSU nimmt der Headcount hingegen ab. Beim GD ist dies insbesondere begründet mit der nun Nichtverlängerung befristeter Stellen zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie und beim WSU hauptsächlich wegen der Abnahme von Zahlfällen in der Sozialhilfe.

Unter Berücksichtigung aller Umstände und Effekte, welche in direktem und/oder indirektem Einfluss des Kantons stehen, kann die Finanzkommission die Finanzlage des Kantons als weiterhin solide einstufen. Ich möchte nun gerne noch einige Bemerkungen zu den Departementen machen, um mich dann in der Detailberatung möglichst kurz halten zu können.

Wir kommen zum jetzt derzeit verwaisten Präsidentialdepartement. Ich bin überzeugt, dass der Regierungsrat in seiner Gesamtheit die Ausführungen trotzdem entsprechend zur Kenntnis nimmt, auch wenn wir derzeit keinen eigentlichen Vorsteher des Präsidentialdepartementes haben. Wir liessen uns als Finanzkommission über die Situation bei der Kaserne informieren. Dort gibt es bekanntlich unterschiedliche Zuständigkeiten, was die Flächen und Flächenbewirtschaftung angeht. Sie kennen diese Diskussion, ein Teil der Flächen wird durch die Eigentümerin Immobilien Basel-Stadt und ein anderer Teil dann durch die Kantons- und Stadtentwicklung, die im Präsidentialdepartement angesiedelt ist, verwaltet respektive vermietet.

Die Flächen, die während dem politischen Prozess vorab vergeben wurden, umfassen unter anderem die Kulturwerkstatt Kaserne und andere Mieter. Ebenso wurden vorab die Flächen für die Gastronomie definiert. Eine Bar und ein Kaffee konnten Betreibern übergeben werden, die sind ja auch entsprechend bereits in Betrieb, für die Restaurantfläche konnte hingegen in einem ersten Anlauf kein Pächter gefunden werden. Deshalb musste eine Neubeurteilung der Situation durchgeführt werden und es wurde in der Regierung entschieden, dass der Kanton den Innenausbau für diese Restaurantfläche übernehmen wird. Diese Fläche wurde dann erneut ausgeschrieben und im November 2022 erhielt ein Betreiber den Zuschlag für diesen geplanten Innenausbau. Das PD wird dem Grossen Rat demnächst einen Ratschlag vorlegen, welcher dann hier im Parlament zu beraten ist.

Bei der durch die Kantons- und Stadtentwicklung bewirtschaftete Fläche gab es eine Ausschreibung. Diese Ausschreibung wurde von der kHaus AG gewonnen. Die kHaus AG ist die Betreiberin dieser Flächen. Es handelt sich dabei vor allem um Sitzungs- und Büroräumlichkeiten und den Veranstaltungssaal, welche allesamt durch diese AG untervermietet werden. Nun zeigt sich, dass das bisherige Modell, Räumlichkeiten als Co-Working-Flächen zu vermieten, nicht ausreichend nachgefragt wird und deshalb sollen nun fixe Mietflächen geschaffen werden und die zu tiefen Mieterträge aufgrund des Leerstandes derzeit wirken sich insgesamt negativ aus. Deshalb hat die Kantons- und Stadtentwicklung Massnahmen bei der kHaus AG angemahnt, damit sich die Ertragslage verbessert. Hierbei sind Ideen wie beispielsweise eine Staffelmiete oder ein befristeter Mietzinserslass angedacht. So würde momentan eine Entlastung stattfinden. Man hofft, dass sich dadurch die Lage der kHaus AG verbessert. Die Finanzkommission nimmt diese Ausführungen des Präsidentialdepartements so zur Kenntnis. Wir werden diese Situation weiter kritisch verfolgen und uns sicherlich auch zu einem späteren Zeitpunkt dann wieder informieren lassen.

Zum Bau- und Verkehrsdepartement. Sie kennen die Geschichte, es ist ja kein Einzelfall, dass es in der Vergangenheit bei Grossprojekten gehäuft zu Mehrkosten kam, zu zeitlichen Verzögerungen und die Finanzkommission wollte deshalb am Beispiel der Sanierung des alten Baus des Kunstmuseums, also dem Bau, der nicht neu eröffnet wurde, die Learnings vorgestellt erhalten mit Blick auf das sogenannte Dreirollenmodell. So hat auch das BVD im Projektmanagement den Bedarf für eine grundlegende Überprüfung erkannt. Der Prozess der Überprüfung des Dreirollenmodells ist derzeit noch am Laufen, weshalb er auch verständlicherweise noch nicht final präsentierbar ist.

Ein zentrales und erstes Learning sei aber, so die Vorsteherin des Departements, Regierungsrätin Esther Keller, dass die Bestellung möglichst abschliessend vorliegen müsse, wenn man ein solches Projekt angeht, und Anpassungen seien nach dem Start des Projektes nicht mehr zielführend. Ein zweites wesentliches Learning betreffe die Phase der Beschaffung, auch dort wird es vermutlich dann Anpassungen in der Projektierung oder im Management geben. Dennoch ist auch klar, und das scheint mir und der Finanzkommission auch sehr verständlich zu sein, dass jedes Bauprojekt des Kantons letztlich wieder etwas anders gelagert ist und so kann auch ein Bauprojekt, wie jetzt dasjenige der Sanierung des alten Baus des Kunstmuseums oder des alten Teils des Kunstmuseums, nicht mit einem Neubau eines Laborgebäudes oder mit dem Wohnungsbau verglichen werden. Wir begrüssen, dass Massnahmen zur Verbesserung der Situation ergriffen wurden und wir erwarten freudig die weitere Berichterstattung dazu.

Auch dieser Bericht wieder und die in den vergangenen Wochen bekannt gewordene Verteuerung des Projekts der Sanität Basel am neuen zweiten Standort und der Sanierung am Haupt- oder am ersten Standort verdeutlichen, dass hierfür eine



Notwendigkeit besteht, dass es Anpassungen am Dreirollenmodell geben muss. Bauen ist komplex und anspruchsvoll, darüber sind wir uns wohl alle einig, aber es sollte dennoch möglich werden, dass sich hier in Bezug auf Kosten und Zeitrahmen die Situation baldmöglichst deutlich verbessert und der Kanton hier auch präziser wird. Hier schliesst sich die Finanzkommission sicher auch den damaligen Empfehlungen der PUK Biozentrum an.

Zum Erziehungsdepartement, das fliegend übergeht zum Finanzdepartement. Die Finanzkommission setzte sich auch mit der IT des Erziehungsdepartements auseinander, nachdem es dort zu einem gravierenden Sicherheitsvorfall mit Datendiebstahl gekommen war. Sie haben davon sicherlich in den Medien und den entsprechenden Meldungen des ED auch lesen können. Unabhängig von diesem Vorfall befasst sich die IT des ED zurzeit mit mehreren Projekten zur Datensicherheit. Zu den aktuell 57,7 Stellen wurden deshalb nun vier zusätzliche Stellen budgetiert. Den ordentlichen IT-Betriebsaufgaben und den Sicherheitsarbeiten stehen zurzeit ca. 70 Projekte gegenüber, wovon ein Teil dieser Projekte sich mit der Sicherheit in der ED-IT befasst.

Gegenüber anderen Departementen, und das ist vielleicht etwas speziell, zeichnet sich die IT im ED dadurch aus, dass es für die Schulen mit eduBS einen eigenen Bildungsserver gibt. Eine grosse Herausforderung ist dabei, die vielen verschiedenen Bedürfnisse der Schulen abzudecken und gleichzeitig die Qualität und Sicherheit zu garantieren. Ungünstig scheint in diesem Zusammenhang, dass sehr viele verschiedene Systeme genutzt werden und die IT insgesamt kaum vereinheitlicht ist.

Auf Nachfrage bestätigte uns das ED, dass eine IT-Schutzstrategie besteht und die Vorschriften der IT BS, also des Zentralen Informatikdienstes auch für das ED gelten. Jedoch könnten die Vorschriften nicht in allen Fällen eingehalten werden, so sei es für Primarschüler nicht möglich, eine Zwei-Faktor-Authentifizierung auf den Geräten einzuführen und auch bei den Poolgeräten sei eine Individualisierung nicht möglich, was natürlich ein durchaus problematisches Sicherheitsrisiko darstellen kann. Da es mehr Projekte als verfügbares Personal sind, würde die Finanzkommission deshalb eine Priorisierung der Projekte nach Notwendigkeit und Risiko als ein Multiprojektmanagement begrüssen. Damit können die Aufgaben und Ressourcen optimaler aufeinander abgestimmt werden.

Die Finanzkommission stellt weiter fest, dass das ED den Handlungsbedarf erkannt hat. Wir halten aber auch fest, dass Sicherheitsthemen der vorliegenden Tragweite nicht per se mit neuen Stellen gelöst werden können. Wir haben denn auch nicht den Eindruck gewinnen können, dass gegenwärtig davon gesprochen werden kann, dass hohe Sicherheitsstandards bestehen und gewährleistet werden können. Entsprechend geben wir unserer Erwartung Ausdruck, dass alle notwendigen Massnahmen getroffen werden, um den Schutz sensibler Daten rasch zu gewährleisten. Und diese Erwartungshaltung, und deshalb ist hier auch das Finanzdepartement angesprochen, sehen wir als departementsübergreifende Anforderung.

Zum Gesundheitsdepartement. Bereits einleitend aufgegriffen haben wir beim GD die Kostenentwicklung bei der stationären Spitalversorgung. Diese steigt im Vergleich zum Vorjahresbudget, wie gesagt, um 3,9 Prozent auf 320 Millionen Franken. Das Budget reflektiert den Trend der offensichtlich über den Wachstumspfad anwachsenden Gesundheitskosten in der stationären Spitalversorgung wohl nur ungenügend. Insgesamt stellt dieser Bereich also der aktuell grösste Kostentreiber dar, was sich mit Sicherheit dann auch in der Rechnung 2024 niederschlagen wird.

Zum JSD. Schon länger muss sich die Finanzkommission mit der sogenannten Zwei-Zentralen-Strategie und der Sanierung des Spiegelhofs beschäftigen. In der Jahresrechnung 2022 des Kantons wurde seitens Regierungsrat noch festgehalten, dass die Bauarbeiten für den Neubau der Einsatzzentrale per Ende 2023 und die Sanierungsarbeiten Ende 2025 abgeschlossen sein sollten. Nun soll aber gemäss Budgetbericht des Regierungsrates der Neubau der Einsatzzentrale erst im Herbst 2024 abgeschlossen sein. Eine weitere Verzögerung von fast einem Jahr. Dies wird unter anderem mit einem Verfahrensabbruch einer Ausschreibung aufgrund unwirtschaftlicher Unternehmerangebote und der aufwändigen statischen Ertüchtigungsmassnahmen begründet. Die Sanierung der Bestandsbauten soll im Frühjahr 2025 abgeschlossen sein. Wie die Finanzkommission vernehmen musste, startet die Sanierung des Bestandsbaus an der Spiegelgasse erst im Anschluss an den Umzug beziehungsweise die Inbetriebnahme der neuen Einsatzzentrale im Frühjahr 2025 und dauert bis ca. Frühjahr 2026.

Die Finanzkommission stellt deshalb fest, dass die Erneuerung des Spiegelhofs inklusive der Einsatzzentrale am Ende wohl gegen 100 Millionen Franken kosten wird. Dies ist eine Verdoppelung der ursprünglich bewilligten Investitionen. Gemäss Auskunft vom JSD sind nach heutigem Kenntnisstand, dieser Kenntnisstand stammt vom Herbst 2023, keine weiteren zusätzlichen Kosten zu erwarten. Ich schaue jetzt nur bedingt in das Gesicht von Frau Regierungsrätin Stephanie Eymann. Parallel zum Standort Spiegelhof prüft das JSD in ihrer Standortstrategie eine Zentralisierung der Polizeistandorte in einem noch zu findenden Gebäude. Die Medien haben über diese Pläne zwischenzeitlich berichtet. Die Finanzkommission erwartet, dass bei der zukünftigen Standortstrategie die Investitionen bei der Kantonspolizei am Standort Spiegelhof finanziell mitberücksichtigt werden. Die getätigten Investitionen sollen bei zukünftigen Standortentscheiden nicht oder auch nicht nur teilweise obsolet werden.

Zum WSU. Am Hearing mit dem WSU liess sich die Finanzkommission über eine bei der KESB, dem ABES und dem im Erziehungsdepartement angesiedelten Kinder- und Jugenddienst KJD durchgeführten externen Evaluation informieren. Diese externe Analyse hielt verschiedene Handlungsfelder fest, benannte Optimierungspotential und Ressourcenbedarf.



Daraus folgend wurden im WSU Massnahmen ergriffen, auch weil die aktuelle Situation im Kindes- und Erwachsenenschutz gemäss Regierungsrat herausfordernd ist. So stellen steigende Gefährdungsmeldungen und Fallzahlen hohe Anforderungen an Effizienz und Prioritätensetzung. So hielt auch die GPK bereits in einem Bericht im Jahr 2022 fest, dass die Fallbelastung im ABES sinken müsse. Auf einem entsprechend im Jahr 2022 lancierten Projekt wurden nun konkrete Massnahmen eingeleitet, welche unter anderem im Budgetjahr 2024 umgesetzt werden sollen. Sie lesen über diese Massnahmen im Detail in unserem Bericht, auch was hierzu an zusätzlichen Stellen im Budgetjahr 2024 und noch folgend notwendig sein wird.

In Basel-Stadt gibt es seit gut fünf Jahren einen grossen Anstieg an zu betreuenden Mandaten beim ABES, was zu einer sehr hohen Anzahl von Fallführungen pro Vollzeitstelle führt. Wir stehen hier bei 96 Fallführungen pro Vollzeitstelle deutlich über anderen Städten wie beispielsweise Luzern 87, Bern und Winterthur 84, Zürich 68 oder St. Gallen 67. Um die Belastung der Fälle pro Vollzeitstelle also zu minimieren, sieht die externe Analyse Optimierungspotential vor. Auch diese detaillierten Ausführungen können Sie dem Bericht unserer Kommission entnehmen. Wir nehmen die Ausführungen zur Kenntnis und werden die weitere Umsetzung der vorgesehenen Massnahmen im Blick auf die Budgetrelevanz des Kantons im Auge behalten.

Und zum Schluss noch zu den Gerichten. Als Schwerpunkt des Hearings mit den Gerichten wurde seitens der Finanzkommission gefragt, was für Massnahmen greifen würden, um weniger Betreibungen und weniger Konkursöffnungen zu haben, da das Betreibungs- und Konkursamt jährlich rund 60'000 Zahlungsbefehle ausstellt und sich die Verlustscheine jährlich auf rund 30'000 belaufen. Betreffend die Zunahme der Konkursöffnungen von plus 25 Prozent vom Jahr 2020 zum Jahr 2022 ist eine weitere Zunahme zu erwarten. Die Anzahl der Betreibungen und der Konkurse, so der Gerichtsrat und auch das Betreibungs- und Konkursamt, sei konjunkturabhängig beziehungsweise hinken dieser jeweils leicht hinterher. Nimmt die Arbeitslosigkeit zu, steigen auch die Betreibungen. Auf die Einleitung der Betreibungen und Konkurse hat das Betreibungs- und Konkursamt keinen Einfluss. Prävention und Information sei aber selbstverständlich ein sehr wichtiger Aspekt und eine engere Zusammenarbeit mit privatrechtlichen Vereinen sei für das Jahr 2024 vorgesehen. Ich meine, Sie haben darüber auch schon in den Medien lesen können, wirkungsvolle Massnahmen zur Reduktion wären letztlich auch vom Bundesgesetzgeber vorgesehen. Hierzu gäbe es auf nationaler Ebene auch Bestrebungen, Änderungen im SchKG vorzunehmen. Das hat dann auch entsprechende Auswirkungen auf den Kanton Basel-Stadt.

Das Fazit für die Finanzkommission ist also klar, die See bleibt auch 2024 ruhig, die Herausforderungen nicht kleiner und die effektiven Auswirkungen einzelner Risiken jeweils schwer abschätzbar. Wir sehen aber nicht, dass der Kanton diese Risiken nicht im Blick hat. Wir bleiben handlungsfähig. Wichtig ist der Finanzkommission aber, dass weiterhin eine hohe Budgetdisziplin herrscht und dass der vorgeschriebene GAP-Prozess, die generelle Aufgabenüberprüfung, welcher baldmöglichst beschlossen sein sollte, weil dieser ja einmal pro Legislatur Pflicht ist, mit einer möglichst selbstkritischen Haltung in Bezug auf Aufgaben und staatlichem Handeln durchgeführt wird. Wir sind überzeugt, dass die Regierung das schafft.

Seitens des Regierungsrates wurden keine Budgetnachträge geltend gemacht, wohingegen die Finanzkommission, ich habe es eingangs erwähnt, einen Antrag aufgenommen hat. Zur Finanzierung einer geschäftsleitenden Fachperson in Teilzeit beim Verband Quartiertreffpunkte Basel beantragt die Bildungs- und Kulturkommission dem Grossen Rat eine Erhöhung des Beitrages um 32'000 Franken gegenüber dem Vorschlag des Regierungsrates. Es geht hier um diesen sogenannten Ratschlag Ausgangsbewilligung für Staatsbeiträge für 20 Trägerschaften der Quartierarbeit in den Jahren 2024 bis 2027. Etwas unschön ist, dass Sie diesen Ratschlag bereits gestern beraten haben. Ursprünglich war angedacht, dass das Budget vorher beraten wird. Das ist aus verständlichen bundesrätlichen Gründen und der Umstellung der Traktanden nicht möglich gewesen. Der Grossratspräsident hat aber gestern ja bereits angekündigt, dass dieser Nachtrag quasi dann morgen noch einmal kurz diskutiert wird.

Die Finanzkommission setzt den Antrag der Bildungs- und Kulturkommission im Budget 2024 um, ohne die Erhöhung inhaltlich zu bewerten. Das haben Sie vermutlich gestern in Ihren Voten bereits getan. Dieser Nachtrag hat zur Folge, dass sich der Transferaufwand um 32'000 Franken erhöht und das Budget um diesen Betrag entsprechend verschlechtert wird.

Mir bleibt nun zum Schluss im Namen der Finanzkommission allen Mitarbeitenden des Kantons und den ausgelagerten Betrieben, dem Regierungsrat und dem Gerichtsrat für die sehr gute Zusammenarbeit zu danken. Ein besonderer Dank geht dabei aber auch natürlich an meine Kommission, insbesondere an meine Vizepräsidentin Michela Seggiani, die mich auch durch dieses Jahr durch begleitet und unterstützt hat gemeinsam auch mit meinen anderen Kommissionskolleginnen und -kollegen, und ganz speziell geht auch ein Dank an unseren Kommissionssekretären Matthias Wiesinger, der uns jeweils immer zur Seite gestanden ist und auch diese nicht immer ganz einfache, weil auch komplizierte Koordination zwischen den einzelnen Departementen, zwischen dem Präsidenten der Finanzkommission und dann auch den Mitgliedern, wenn es darum geht, rechtzeitig Teilberichte abzuliefern, wunderbar koordiniert hat.

Ich beantrage Ihnen deshalb im Namen der Finanzkommission, dem Budget 2024 mit dem entsprechend Ihnen vorliegenden Änderungsantrag in Bezug auf diese dann knapp 20 Millionen betreffend Teuerung einstimmig zuzustimmen. Wir danken Ihnen, wenn Sie diesem Antrag möglichst geschlossen heute folgen würden.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Oliver Bolliger. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Oliver Bolliger (GAB): Herr Präsident der Finanzkommission, ich bin nicht sicher, ob ich Sie richtig verstanden habe, darum die Nachfrage. Der effektive Teuerungsausgleich auf die Löhne, der geleistet wird, also auch ausbezahlt wird, reduziert sich somit von 2,8 Prozent, das budgetiert worden ist, auf 1,2 Prozent. Habe ich Sie so richtig verstanden?

Joël Thüring (SVP): Besten Dank für diese Frage. Es ist richtig, das regierungsrätliche Budget wurde mit einer Teuerungsannahme von 2,8 Prozent erstellt, aber Basis ist jeweils die November-Jahresteuern, die bei 1,2 Prozent liegt und entsprechend ergibt sich daraus eine Verminderung des Budgets um 25,6 Millionen Franken. Das ist korrekt. Vielleicht kann dann aber auch Regierungsrätin Tanja Soland noch weiter dazu ausführen, weil ich ja nur kurz antworten sollte.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für die Kommission Bildungs- und Kulturkommission hat das Wort deren Präsidentin Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Um unser Zeitbudget, um meine Stimme zu schonen, fasse ich mich ganz kurz. Sowohl der budgetierte Ertrag wie auch der budgetierte Aufwand der Museen befindet sich im Rahmen der letzten Jahre. Es ist erfreulich, dass in allen fünf Museen die Provenienzforschung im nächsten Jahr ein grosses Gewicht haben wird. Da hat die Rahmenausgabenbewilligung, die der Grosse Rat gesprochen hat, viel bewirkt.

Nach den Hearings mit den einzelnen Museen konnte die BKK feststellen, dass alle gespannt auf die Umsetzung des revidierten Museumsgesetz warten, dies vor allem in Bezug auf das Mehrjahres-Globalbudget, aber auch auf die Vergütung der Schulklassenbesuche. Des Weiteren verweise ich auf den schriftlichen Mitbericht der BKK und bitte Sie, das Budget 2024 inklusive Wirkungs- und Leistungsziele für die Museen zu verabschieden.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für die Fraktion UVEK hat das Wort deren Präsident Raphael Fuhrer. Er verzichtet auf ein Votum. Somit hat das Wort Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich danke dem Präsidenten der Finanzkommission für das ausführliche und sorgfältige Votum. Da kann ich mich auf gewisse Schwerpunkte beschränken.

Sie haben gesehen und gehört, dass das Budget sich bereits verbessert hat und wir nun einen Überschuss von 74 Millionen haben. Um gleich den Schluss vorwegzunehmen, die Teuerung ist stark gesunken auf 1,2 Prozent. Sie war schon lange nicht mehr so tief, das konnten wir nicht wissen und daher verbessert sich das Budget um 22 Millionen. Das ist im Gesetz geregelt, das ist auch nicht ein Beschluss des Regierungsrates, der das so vorwegnimmt. Das ist bei uns im Gesetz geregelt, welche Teuerung, welcher Termin genommen wird, darüber kann man diskutieren. Wir haben am Anfang mit viel mehr gerechnet und jetzt ist diese gesunken und wir mussten daher den Entscheid so treffen, welcher die Finanzkommission jetzt so übernommen hat.

Das Budget ist solide, wir haben einen Überschuss. Es war ein schwieriges Budget mit den Steuersenkungen das erste Mal, aber wir haben dann festgestellt, dass die Steuereinnahmen daneben bereits gestiegen sind. Wir haben im Rechnungsjahr 2022 massiv höhere Steuereinnahmen gehabt und haben somit unseren Wachstumspfad, den wir bereits haben, wenn wir im Finanzplan die Steuern planen, nochmal um 80 Millionen erhöht auf das Budget 2024. Wir haben bei unserem normalen Wachstumspfad nochmal 80 Millionen darauf genommen.

Das haben wir so ausgeglichen, daher ist das Budget jetzt auch positiv. Das letzte Mal im Finanzplan war die Voraussicht ja noch ein Defizit, aber der Regierungsrat möchte Ihnen kein Defizit präsentieren und hat daher das Budget auch so gemacht, dass wir hier wieder einen Überschuss haben. Er sollte aber nicht mehr so hoch sein wie jetzt im 2023, das 2023 ist noch das Jahr ohne Steuersenkungen. Wir gehen davon aus, wie auch bei der letzten Hochrechnung, dass wir hier wieder einen sehr hohen Überschuss haben.

Daher haben wir auch die Investitionen nicht gesenkt. Sie sehen, der Plafond ist sehr hoch, mit 427 Millionen lassen wir das Investitionsniveau sehr hoch und werden das auch so nicht kürzen. Ich hoffe, wir werden das auch ausschöpfen können und selbstverständlich hoffe ich auch, wie der Finanzkommissionspräsident, dass wir nicht immer erhöhen müssen bei den



Bauten, aber im Moment ist das mit der Teuerung etwas schwierig, weil natürlich auch die Teuerung auf die Baukosten steigt.

Was ist noch speziell in diesem Budget? Ich habe Ihnen gesagt, das Steuerpaket, das erste Mal sieht man dort. Die NFA hat er auch schon ausgeführt, die Zahlungen in den nationalen Finanzausgleich steigen. Diese Verzögerung, das ist für uns immer etwas herausfordernd in der Budgetplanung, weil die Verzögerung immer etwas später kommt. Aber es ist mir wichtig zu sagen, dass der Kanton Basel-Stadt natürlich diese knapp 200 Millionen, das ist nicht irgendwie eine Strafe, sondern das ist eben sinnvoll und es ist wichtig aufzuzeigen, dass wir hier an der Solidarität der Kantone auch klar Teil haben und auch einen Beitrag leisten.

Bei den steigenden Zinsen, das wird sicher eine Herausforderung, ist aber auch im Moment noch nicht so schwierig. Wir werden das professionell begleiten. Der Zinsaufwand steigt, aber durch dass wir die Schulden der letzten Jahre etwas gesenkt haben, ist das auch noch nicht so hoch.

Die Gewinnausschüttung der SNB, das ist eine Kristallkugel. Man könnte alles budgetieren, man könnte auch null budgetieren, die sechsfache Ausschüttung. Wir haben uns jetzt einfach auf die dreifache geeinigt und werden das jetzt auch nicht jedes Mal anpassen. Es spielt bei uns nicht so eine Rolle, weil die Ausschüttung pro Kopf ist, das heisst, für Kantone mit einer höheren Bevölkerungszahl ist das viel ausschlaggebender als bei uns.

Von dem her geht der Regierungsrat davon aus, dass wir auch in Zukunft ausgeglichene Budgets haben werden und nicht, dass man jetzt im Finanzplan sieht, dass es dann im 2025/2026 und 2027 negativ wird. Wir haben vor, die Budgets ausgeglichen zu bringen. Im Moment sieht es so aus, wir haben nachhaltige und solide Finanzen. Es geht dem Kanton Basel-Stadt gut, wir müssen aber weiterhin sorgfältig planen und damit sorgfältig auch umgehen.

Es bleibt mir noch zu danken der Finanzkommission für die Prüfung des Budgets, für den sorgfältigen Bericht und die gute Zusammenarbeit.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für die Gerichte hat das Wort der Vorsitzende des Gerichtsrates. Er verzichtet. Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Erste Fraktionssprecherin für das GAB ist Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (GAB): Der Regierungsrat rechnete im 2024 mit einem Überschuss von 52 Millionen Franken, nun korrigiert auf 74 Millionen Franken. Die Nettoschulden steigen wegen einem hohen Investitionsvolumen, die Nettoschuldenquote bleibt jedoch auf einem tiefen Niveau. Mehrere Unsicherheiten sind vorhanden. Unklar ist, wann die OECD-Steuer eingeführt wird und unsicher ist auch die Gewinnausschüttung der Nationalbank. Es wird dagegen angenommen, dass die Steuersenkungen per 2024 bereits mit 80 Millionen Franken kompensiert werden.

Die zweite Hochrechnung 2023 erwartet per Ende Jahr einen Überschuss von 189 Millionen Franken. Budgetiert wurde ein Überschuss von lediglich 39 Millionen Franken. Es geht uns also gut. Trotzdem ist der Regierungsrat trotz Ausgabenwachstum immer noch auf Sparen fokussiert. Zum Beispiel bei der Quartierarbeit oder bei Organisationen der Kinder- und Jugendarbeit macht man auf Erbsenzählerei. Dabei sind diese Organisationen, die an der Basis mit der Bevölkerung arbeiten, äusserst wichtig für das Wohlbefinden und die Lebensqualität in unserer Stadt. Die Wirtschaftsförderung allein reicht dafür nicht. Gestern musste der Grosse Rat diesen Kurs korrigieren.

Auch werden Mehrausgaben in einen Verwaltungsbereich mit Sparen in einem anderen kompensiert, so zum Beispiel am Friedhof. Mehr Stellen für das Krematorium sind notwendig, dafür wird den für Trauernden so wichtigen Transport zum Hörnli gestrichen. Auch bei der Tramnetz-Erweiterung, über die wir schon seit vielen Jahren reden, wird gespart. Wir haben spätestens per Ende Jahr einen Bericht darüber erwartet. Dieser ist aber immer noch nicht da, wieder auf die lange Bank geschoben. Wir zweifeln, dass beim Mobilitätsamt genügend Ressourcen vorhanden sind. Sparen beim ÖV und Velo also, obwohl eine klimaschonende Mobilität so wichtig ist, und zuschauen, wie die BVB einen Kurs nach dem anderen fallen lassen, weil auch sie selber Schwierigkeiten haben, Personal zu rekrutieren. Für uns ist der Ausbau des ÖV ein zentrales Anliegen. Wir erwarten also mehr Unterstützung für die BVB und endlich einen ÖV-Ausbau.

Ein aktuelles Thema, das auch von der Finanzkommission behandelt wurde, ist die Kaserne. Eine Kaserne, die sich finanziell selbst trägt, bleibt ein Traum. Für die Gastronomiebranche ist es nach der Pandemie schwierig, wieder Fuss zu fassen. Dass der Kanton den Innenausbau für die letzte noch offene Fläche übernimmt, ist für uns nachvollziehbar und begrüßenswert. Schwieriger ist es für die Betreiberfirma, die die Räumlichkeiten weitervermietet. Wir unterstützen die Bemühungen des Regierungsrats, die Betreiberfirma vorerst zu entlasten. Trotzdem steht die Betreiberfirma nach wie vor massiv unter Druck. Von unserer Seite stellt sich deshalb die grundsätzliche Frage, wieso die Mietzinserwartung des Kantons nicht reduziert werden. Unsere Finanzen liessen dies ja zu.

Höhere Ausgaben verzeichnet das Polizei- und Justizdepartement. Mehrheitlich sind diese auf den Ersatz von Einsatzmaterial bei der Kantonalpolizei zurückzuführen. Es ist richtig, dass nicht mehr taugliches Material ersetzt wird. Seit gestern wissen wir genauer, um was es geht. Es werden Waffen ersetzt durch Waffen, die unter anderem alternierend



Gummigeschosse und Reizstoffe abschiessen können. Und wenn der Regierungsrat in einer Mitteilung versichert, dass der Einsatz dieser polizeilichen Zwangsmittel nur bei Notwehr und Notwehrhilfe und nur nach vorheriger Abmahnung benützt werden sollen, sind wir der Meinung, dass jetzt mehr in Richtung Deeskalation gearbeitet werden soll.

Gerade kürzlich wurde der Anzug von Fleur Weibel überwiesen, der der Deeskalation mehr Raum geben will. Die entsprechenden Massnahmen sollen transparent und nachvollziehbar sein. Eine technologische Ausrüstung, so wie jetzt geplant wird, ist auf keinem Fall in diesem Sinn. In diesem Zusammenhang ist die im Budget vorgesehene Prüfung von Drohnen und Bodycams für uns ein No-Go. Im letzten November wurde ein Anzug zur Einführung von Bodycams klar abgelehnt. Eine Einführung solcher Instrumente durch die Hintertür lehnen wir entschieden ab.

Sorge bereitet uns, dass bis auf die Arbeitsmarktzulage für die Rekrutierung von neuen Polizist*innen nicht besonders viel bis gar nichts vorliegt. Dies gilt grundsätzlich für die gesamte Fachkräftemangelproblematik. Wäre es vielleicht nicht eher Zeit für eine generelle Lohnerhöhungsrunde?

Wir können nicht jubeln, wenn wir lesen, dass die Kosten bei der Sozialhilfe sinken. Auch wenn Armut nicht sichtbar ist, heisst das nicht, dass Armut verschwunden ist. Wir wissen, dass viele Menschen anspruchsberechtigt wären, jedoch die Sozialhilfe nicht beantragen. Diesbezüglich hat das WSU eine Studie in Auftrag gegeben. Diese ist zum Schluss gekommen, dass von 2016 bis 2020 im Schnitt rund 4'200 anspruchsberechtigte Einwohner*innen keine Sozialhilfe bezogen haben. Damit liegt die Nicht-Bezugsquote der Sozialhilfe in der Stadt Basel bei rund 30 Prozent.

Das WSU hat Massnahmen in Aussicht gestellt, um die Nicht-Bezugsquote bei der Sozialleistung zu senken. Diese Massnahmen werden jedoch im Budgetbericht mit keinem Wort erwähnt. Bestimmt wird die Erweiterung von Mietzinsbeiträgen an Einzelpersonen mithelfen, dass diese Menschen, die keine Sozialhilfe beziehen, eine Entlastung erfahren. Die Verschärfung des Ausländer*innenrechts führt aber dazu, dass gemäss Studie mehr als die Hälfte der Anspruchsberechtigten die Sozialhilfe nicht beantragen aus Angst, ausgeschafft zu werden. Für diesen Teil der Bevölkerung sind gar keine Massnahmen vorgesehen.

Wir begrüssen ausdrücklich, dass hier Mittel für die Prämienverbilligung vorgesehen sind und dass bei der Sozialhilfe höhere Mietzinsgrenzwerte festgelegt wurden. Die Erweiterung der Anspruchsberechtigten von Mietzinsbeiträgen ist ebenso willkommen. Störend ist aber, dass die zugrundeliegenden Entwicklungen, wie die steigenden Mietzinsen oder steigenden Energiekosten, als gottgegeben betrachtet werden. Der Markt wird gar nicht in Frage gestellt, im Gegenteil, es soll auf keinen Fall in den Markt eingegriffen werden.

Zum Schlusswort. Die Finanzen sind im Lot. Bald werden wir erfahren, ab wann die OECD-Steuern erhoben werden. Es bleibt aber noch viel zu tun, es fehlen Visionen. Gerade eine Klimastrategie und Massnahmen zum Klimaschutz brauchen viele Mittel. Wir werden uns deshalb einerseits gegen weitere Steuersenkungen und andererseits auch gegen Sparmassnahmen entschieden wehren. Wir lehnen also alle Änderungsanträge aus dem Kreis des Parlaments ab.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion hat das Budget ebenfalls zur Kenntnis genommen, wie jedes Jahr kritisch überprüft und wird auch in diesem Jahr Kürzungsanträge stellen. Wenn man das Ganze auf den ersten Blick sich anschaut, dann kann man durchaus das Positive hervorheben, 52 Millionen Franken Überschuss, dank der neuen Situation bezüglich der Teuerung sind es mittlerweile über 70 Millionen Überschuss. Wir haben nachhaltig höhere Steuereinnahmen von 80 Millionen und wir stehen trotzdem auf stabilen Füßen, auch wenn wir einen Anstieg der Nettoschuldenquote haben. Da die Rechnung immer etwas positiver in den letzten Jahren war als das Budget, kann man auch weiterhin über Steuersenkungen diskutieren. Das wird die SVP-Fraktion selbstverständlich anstreben. Wir werden uns nach wie vor dafür einsetzen, dass wir den Mittelstand entlasten können, welche durch höhere Krankenkassenprämien, Mieten und Stromkosten aktuell immer noch geschröpft wird.

Trotzdem muss man auch gewisse Punkte negativ anschauen und da haben wir gerade auf der Ausgabenseite alles andere als eine nachhaltige Finanzpolitik. Der Headcount steigt alleine im nächsten Jahr wieder um 215 Vollzeitstellen. Selbstverständlich gibt es Bereiche, in der gewisse Erhöhungen rational begründbar sind, im Bereich Sicherheit, Bildung, Gesundheit, das anerkennen wir auch und wir sind auch überall dagegen, aber es kann aus Sicht der SVP-Fraktion nun wirklich nicht sein, dass der Staat jedes Jahr uferlos wächst und wächst und wächst.

Als Baslerinnen und Basler müssten wir es eigentlich am besten wissen. Unser lokaler Fussballclub spielte Jahre lang Champions League, erzielte prima Resultate, konnte Reserven auf die Seite schaffen und der Apparat wuchs ständig. Das ist das sogenannte strukturelle Defizit, welches niemand kritisch hinterfragte. Das Ergebnis kennen wir alle, plötzlich blieben die Erfolge aus, plötzlich blieben die Einnahmen aus und man hatte weniger Einnahmen, als man dann schlussendlich Ausgaben hatte.



Sollte es eines Tages auch auf der Seite des Kantons auf der Einnahmenseite der Fall sein, dass Einnahmen wegbrechen, dann können wir auf der Ausgabenseite gar nicht mehr so viele Nice to Haves finanzieren. Deshalb müssen wir auch in diesem Bereich nachhaltige Lösungen finden, auch wenn wir aktuell noch mit schwarzen Zahlen argumentieren können. Regierungsrätin Tanja Soland hat gesagt, dass wir sorgfältig mit den Finanzen umgehen können und da muss auch die Ausgabenseite mitberücksichtigt werden.

Dabei geht es uns bewusst nicht um einseitiges pauschales Regierungs-Bashing, im Gegenteil, ich kann sehr häufig auch die finanzpolitischen Ausführungen von Regierungsrätin Tanja Soland nachvollziehen, aber es ist auch so, dass wir hier im Parlament phasenweise Gelder mit beiden Händen zum Fenster rauswerfen. Ich erinnere an einen Ratschlag von gestern, wo wir plötzlich aus dem nichts mehrere Staatsbeiträge einfach so mal erhöht haben entgegen der Beratung in der BKK und hier haben wir einfach die Auffassung, dass überall mehr Geld gegeben werden muss und dass überall mehr Geld die Lösung ist, und das ist alles andere als eine nachhaltige Finanzpolitik.

Aus diesem Grund wird auch die SVP in diesem Jahr Kürzungsanträge stellen und ich finde es dann immer wieder spannend, wenn dann wieder die Augen verdreht werden, wenn dann die SVP-Fraktion noch mit dem zehnten Kürzungsantrag kommt. Ich möchte schon noch darauf aufmerksam machen, dass es auf Bundesebene und in anderen Kantonen völlig Usus ist, dass man Budgets kritisch begutachtet, dass es auch zahlreiche Abänderungsanträge gibt und hier das Parlament auch seine Kompetenzen wahrnehmen sollte. Hier haben wir aber eine Situation, dass die Budgets teilweise völlig unkritisch abgesegnet werden. Wir haben zwar auch eine Finanzkommission, die ein paar gewisse kritische Punkte reinbringt, aber gekürzt wird nie irgendetwas und es kann mir wirklich niemand hier drin erklären, dass er diese stetige Steigerung des Headcounts von mehreren 100 Stellen pro Jahr einfach als eine gesunde und nachhaltige Finanzpolitik empfindet. Das kann es aus unserer Sicht nicht sein.

Ich möchte es nicht unterlassen, an dieser Stelle mich auch beim Parlamentsdienst und bei den zuständigen Personen im Finanzdepartement zu bedanken, dass sie immer sehr schnell unsere Kürzungsanträge auch bearbeiten und wie immer sehr schnell auch eine Antwort haben. Das funktioniert jedes Jahr sehr gut.

Ich möchte zwei Punkte noch hervorheben, welche mit diesem Jahr zusammenhängen beziehungsweise mit dem Bericht der Finanzkommission. Die Situation rund um die Kaserne, hier müssen wir langsam, aber sicher von einer Fehlplanung sprechen. Mieteinnahmen gehen verloren und das ist sicherlich nicht das, was wir damals im Volksentscheid der Bevölkerung verklickern wollten. Hier braucht es endlich gewisse Massnahmen, damit wir auch wirklich von einem erfolgreichen Projekt sprechen können, so wie es auch der Bevölkerung damals versprochen wurde.

Was uns auch sehr unter den Nägeln brennt, ist die Situation rund um die Wohnschutzkommission, da ist ebenfalls diese Umsetzung eine totale Katastrophe. Man wollte am Anfang einfache Lösungen finden sowohl für Vermieter und Mieter und jetzt hat man einfach die Situation, dass es derart kompliziert wird, irgendetwas zu investieren, dass bald gar kein Mensch mehr irgendwie Lust hat, irgendetwas zu investieren und das kann wirklich nicht im Sinne der Bevölkerung sein. Hier ersuche ich auch den Regierungsrat, hier gute Lösungen zu finden, damit auch diese Wohnschutzkommission ihren Auftrag gut erfüllen kann.

Zu den Kürzungsanträgen werde ich mich einzeln äussern bei den entsprechenden Stellen und ich bitte Sie, diesen Kürzungsanträgen dann später zuzustimmen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionsprecher für die FDP ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Nach der ersten Jahresrechnung geht es jetzt für mich um das erste Budget. Ich muss Ihnen sagen, ich habe mich immer noch nicht an diese vielen Seiten gewöhnt. 350 Seiten Bericht von der Regierung und auch wir haben in der Finanzkommission zusammen mit dem Mitbericht etwa 60 Seiten geschrieben. Das ist vielleicht auch der Grund, dass es so viel Material und Papier ist oder Seiten, dass gewisse Leute, Kollegin Patrizia Bernasconi, schon ganz einen anderen Eindruck von diesem Bericht bekommen hat. Ich hatte vorhin fast schon das Gefühl, wir sprechen hier von einem Sparsbudget, das wir hier heute debattieren. Ich glaube nicht, dass das der Fall ist.

Der Präsident hat schon viel gesagt, ich werde nicht stark auf alle diese Details eingehen. Der eingeschlagene Wachstumspfad geht weiter. Alles wächst in diesem Budget, die Stellen, die Ausgaben, die Einnahmen, die Digitalisierung spürt man noch nicht, wir hoffen, dass man sie dann bald spürt. Viele Projekte, vor allem in der IT, sind auch verzögert und/oder teuer. Neben dem Fachkräftemangel kommt jetzt auch noch die Inflation dazu. Mit der Inflation werden all die Millionen Nachtragskredite, die wir laufend in der Finanzkommission sprechen müssen, auch begründet. Dass man aufgrund von Kostensteigerungen auch einmal etwas weglassen kann, das steht bisher nicht zur Diskussion, leider. Wenn man sich die Entwicklung der Überschüsse und der Steuereinnahmen anschaut und auch wieder mit der heutigen Information, dass wir schon bei 73 Millionen Überschuss sind, dann fühlt sich die FDP darin bestätigt, dass es weiterhin Spielraum gibt für Einkommenssteuersenkungen.



Ich möchte noch auf zwei, drei Punkte eingehen. Die Personalkosten-Situation haben wir vorhin schon diskutiert. Wir sind jetzt mittlerweile dann bei den Personalkosten bei 1,5 Milliarden. Es sind bald 10'000 Vollstellen, wir haben 215 zusätzliche Stellen. Ein Teil der neuen Stellen, das müssen wir hier im Parlament auch sagen, liegt natürlich auch an dem, was wir hier täglich oder wöchentlich beschliessen. Wenn wir solche neuen Themen wie zum Beispiel die Einsamkeit als neues Thema aufnehmen, dann wird das in letzter Konsequenz auch zu einer neuen Fachstelle und zu einem ganzen Team führen, davon bin ich überzeugt.

Die Stellen im Erziehungsdepartement, da möchte ich noch kurz darauf eingehen. Wir diskutieren ja das dann auch später noch, aber ich habe mich da ein bisschen damit auseinandergesetzt. Der Nobelpreisträger Abhijit Banerjee hat dazu gesagt in seiner Untersuchung, was passiert, wenn zwei Lehrer im Klassenzimmer sind, und er kam zum Schluss, dass zwei Lehrer im Klassenzimmer eben nicht schlussendlich die Qualität verbessern. Ich glaube, das müssen wir in Zukunft auch noch einmal diskutieren.

Wir werden in den nächsten Jahren, nicht nur nächstes Jahr, auch weiter über die Baukosten diskutieren. Ein Punkt des Budgets ist der Spiegelhof mit der Einsatzzentrale. Wir haben ursprünglich 50 Millionen gesprochen, wir sind jetzt dann bald bei 100 Millionen und die Kantonspolizei ist schon auf der Suche nach einem neuen Standort. Ich frage mich, was dann mit dem Spiegelhof und den Investitionen passiert, wenn dann die Kantonspolizei umzieht.

Es sind aber nicht nur die Baukosten, die uns Sorgen machen, sondern auch die Betriebskosten. Wir haben das Thema beim Felix Platter-Spital und haben eine ähnliche Situation jetzt beim Kasernen-Hauptbau, den wir saniert haben. Im Abstimmungskampf wurde uns versichert, der Betrieb finanziere sich selber. es brauche nie staatliche Unterstützung. Mittlerweile wissen das alle und alle schreiben darüber, dass es nicht funktioniert. Wir wussten das da schon und ich hoffe, dass man in der Zukunft vielleicht auch mal auf uns hört, wenn wir solche kritischen Punkte in den Raum stellen.

Wir investieren sehr viel in unserem Kanton und planen noch viel mehr für die Zukunft. Das ist im Grundsatz gut und richtig. Der Präsident hat das vorhin gesagt, gewisse Wolken haben wir am Horizont. Ob sich die Wolken verdichten oder ob sich die Wolken nicht verdichten, ob wir langen blauen Himmel haben werden, darüber könnte man noch relativ lange streiten, aber wenn wir auf den Finanzplan schauen für die nächsten Jahre, da muss man sagen, spare in der Zeit, dann hast du in der Not.

Die Bruttoschulden steigen gemäss Finanzplan auf 5 Milliarden. Das ist deutlich mehr natürlich als unser gesamter Haushalt. Die FDP weist darauf schon seit Jahren hin, dass die Zinsbelastung problematisch sein kann. Wenn wir jetzt anschauen gemäss Finanzplan, das sind noch die alten Zahlen, gehen wir von 65 Millionen zu bezahlende Zinskosten im Jahr 2027 aus. Das sind sehr hohe Kosten jährlich, damit können wir ganze Schulhäuser bauen.

Die FDP unterstützt im Grundsatz die Genehmigung des Budgets und wird bei Kürzungsanträgen teilweise unterstützen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Die finanzielle Lage des Kantons Basel-Stadt ist gut und wie auch in den letzten Jahren haben wir eine sichere und solide Ausgangslage, wir haben das bereits gehört. Dies dank der bedachten Budgetierung durch die Departemente und Gerichte und vor allem durch unsere Finanzdirektorin Tanja Soland, die ihren Job hervorragend macht und die SP-Fraktion dankt ihr dafür von Herzen.

Die Investitionen sind etwas höher als in den Vorjahren, nämlich 427 Millionen Franken. Die Eigenfinanzierung sinkt, das ist aber immer noch nach wie vor gut. Durch den negativen Bilanzierungssaldo steigen die Nettoschulden. Die Nettoschuldenquote ist mit 0,1 Promille, auch wenn sie durch das Investitionsvolumen gestiegen ist, aber nach wie vor tief.

Nur kurz etwas zu den Bruttoschulden. Ein reicher Kanton hat auch hohe Schulden. Wichtig ist vielmehr, dass der Kanton leistungsfähig ist und das ist er, also Basel geht es gut. Es geht uns so gut, dass wir 198 Millionen Franken an den nationalen Finanzausgleich, den NFA zahlen. Das ist ein Plus von 15,7 Millionen gegenüber dem Vorjahr. Im Vorjahr übrigens betrug die Steigerung zum damaligen Vorjahr 44 Millionen Franken. Dieser Ausgleich sorgt dafür, dass auch deutlich schwächere Kantone als Nehmerkantone von uns, also von den Einnahmen der Geberkantone, zu denen Basel-Stadt ja klar gehört, etwas haben. Das ist wichtig und auch richtig, denn Föderalismus und Demokratie sind tragende Prinzipien der Schweiz und sie sorgen dafür, dass die Schweiz als Ganzes leistungsfähig bleibt.

Was neben den NFA-Ausgaben ebenfalls Einfluss auf das Ausgabenwachstum hat, wie immer, ist der Anstieg des Headcounts auf 9'730,5 Stellen. Das sind fast 215 Stellen mehr als noch im letzten Jahr, also im 2023 budgetiert wurden.

Ich gehe jetzt kurz auf die einzelnen Departemente ein.

Beim Präsidialdepartement ist der Aufbau der Fachstelle Klima lobend hervorzuheben. Diese Stelle kümmert sich um Koordination und Information des Themas und wir begrüssen, dass rund um die Thematik Klima jetzt Nägel mit Köpfen gemacht wurden und auch werden und wir sind gespannt auf das geplante Kommunikationskonzept. Eine



interdepartementale Zusammenarbeit wird weiterhin wichtig und vermehrt anzustreben sein. Im Weiteren arbeitet für die Umsetzung der Initiative «Ja zum echten Wohnschutz», auch das haben wir vorhin gehört, die dafür eingesetzte Wohnschutzkommission. Hier sehen wir einer Beschleunigung der Arbeit entgegen. Eine Betriebsanalyse der Abteilung Kultur hat gezeigt, dass diese Abteilung wirklich gut unterwegs ist und personell sogar eher noch unterdotiert.

Bei der Kaserne ist uns, glaube ich, allen bewusst, dass die Situation, sagen wir mal, schwierig ist. Die Diskrepanzen zwischen öffentlich und wirtschaftlich werden sich nach Startproblemen auf jeden Fall noch entwickeln müssen. Es gibt da definitiv noch Luft nach oben.

Zum BVD. Höhere Energiepreise, die Beschaffung von Elektrobussen und Investitionen für die Traminfrastruktur generieren über 20 Millionen Franken, was ein starker Anstieg aufweist und es ist unklar, ob der höhere Beitrag für den öffentlichen Verkehr reicht oder ob sich dieser noch weiter erhöhen wird.

Für höhere Ausgaben sorgt auch ein steigender Headcount von fast 35 Stellen und nicht alle wurden ganz klar erläutert, also warum es die braucht.

Eine Beschleunigung im Baubewilligungsverfahren ist zu hoffen und die Umstellung auf digitales Baubewilligungsverfahren ist sehr zu begrüssen.

Die Entwicklung von Transformationsarealen birgt Unsicherheiten bei der Planung, Ressourcen und bei der Budgetierung. Aus diesem Grund sind unter anderem Transparenz und auch hier interdepartementale Zusammenarbeit wichtig. Eine gute Koordination und ein gutes Projektmanagement wünschen wir uns auch bei den Baustellen.

Obwohl wir für den Ausbau der Fernwärme noch bis 2037 Zeit haben, müssen wir auch hier jetzt wirklich vorwärtsmachen.

Im Finanzdepartement findet sich bei der Digitalisierung und bei den Immobilien ein höherer Aufwand. Auch IT-Projekte generieren neben der Digitalisierungsstelle einen Aufwand von 3,4 Millionen Franken. Hier muss gesagt werden, dass für die Digitalisierung im Vergleich zu anderen Kantonen relativ wenig Headcount eingesetzt wird. Dafür arbeiten aber viele Mitarbeitende interdepartemental im Digital Lab. Dafür braucht es zwei Stellen und wir begrüssen diese innovative Massnahme zur Digitalisierung und werden selbstverständlich deshalb auch gegen die angestrebte Kürzung der SVP sein. Positiv hervorzuheben sind die Digitalisierungsbestrebungen der HR-Prozesse, die modernisiert und angepasst werden.

Im WSU haben wir sinkende Fallzahlen bei der Sozialhilfe und Migration, das heisst, weniger Arbeitssuchende und Bezüger*innen der Sozialhilfe. Wir sehen das als sehr positive Tendenz, auch wenn uns klar ist, dass viele, die Sozialhilfe zugute hätten, sich nicht melden. Das ist aber, wie auch bereits gehört, ja in Abklärung.

Die KESB und das ABES stehen weiterhin vor grossen Herausforderungen, weshalb entsprechend Massnahmen und Headcount nötig sind, denn die Fallzahlen und die Gefährdungsmeldungen nehmen zu. Es ist gut zu wissen, dass das WSU unter der guten Leitung von Kaspar Sutter hier auch mit Massnahmen reagiert.

Zum WSU wie auch zum ED, GD und JSD werden wir in Einzelvoten dann noch genauer Stellung nehmen. Wir bedanken uns bei allen Mitarbeitenden der Departemente und auch der Gerichte für ihre gute und sorgfältige Arbeit. Ich möchte hier auch vorwegnehmen, dass wir sämtliche Kürzungen ablehnen werden.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die GLP ist David Wüest-Rudin.

David Wüest-Rudin (GLP): Die Grünliberalen danken dem Regierungsrat und der Verwaltung, den Betrieben und Gerichten für die grosse Arbeit, die erneut hinter der Erstellung des Budgets steht. Die Finanzkommission empfiehlt das Budget zur Annahme, dem schliessen sich die Grünliberalen an. Dies vor dem Hintergrund, dass sich nicht nur die Ausgaben, sondern auch die Einnahmen zum Glück dynamisch entwickeln und ein Budget mit leichtem Überschuss vorgelegt wird. Sie wissen, dass wir Grünliberalen deswegen nicht unkritisch sind. Mit einem ZBE von rund 3,3 Milliarden, das 2,6 Prozent über dem ZBE des Budgets 2023 liegt, gut jetzt teuerungsbereinigt etwas kleiner, legt der Regierungsrat aber nichtsdestotrotz abzüglich eben der Teuerung erneut wie über die letzte Dekade hinweg ein klares Wachstumsbudget vor.

Auch bezüglich der Stellen, das wurde in Vorreden schon erwähnt, sehen wir ein weiteres Wachstum der Verwaltung. Es sollen weitere 215 Stellen dazukommen. Das reiht sich in die Städteausdehnung des Staatsapparats der letzten zehn Jahre ein. Auch die Finanzkommission hat insbesondere die Stellenaufstockungen hinterfragt. Sie kann natürlich nicht detailliert prüfen, wie viele Stellen effektiv notwendig sind. Was jeweils auch nicht vertieft geprüft werden kann, ist, ob bei Stellenaufstockungen an anderem Ort abgebaut werden könnte. Wir sehen daher nach wie vor das stete Wachstum kritisch, das haben wir immer gesagt, haben aber auch betont, dass eben mit dem Budget kaum die Möglichkeit gegeben ist, vernünftig einzugreifen, ausser man kann in vertieften Beratungen der Finanzkommission, wie das letztes Jahr der Fall war, zum Schluss kommen, dass etwas geändert werden sollte.



Aus unserer Sicht ist vielmehr konsequenter nachzuprüfen, ob bestehende Aufgaben nicht reduziert oder effizienter erbracht werden können. Dazu soll die generelle Aufgabenüberprüfung gestärkt und konsequenter umgesetzt werden. Die GLP-Fraktion hat entschieden, dazu auch aktiv zu werden. Als zweiter Ansatzpunkt, auch das haben wir in der Vergangenheit mehrfach erwähnt, möchten wir, dass das Parlament nicht nur auf das jahresbezogene Budget, sondern stärker auf die mittelfristige Entwicklung von Aufgaben und Finanzen einwirken kann. Auch dazu werden wir im Rat aktiv werden.

Was uns auf diese mittelfristige Sicht deutlich Sorge macht, das wurde auch erwähnt in Vorreden, das ist die Entwicklung der Verschuldung, und zwar der Bruttoschulden. Das mahnen wir schon lange an und wir sehen das auch nicht so entspannt, wie das Regierungsrätin Tanja Soland erwähnt hat und auch nicht wie Michela Seggiani, die sagt, dass das quasi zwangsläufig ist, dass reiche Kantone hohe Schulden haben. Dem ist bei weitem natürlich nicht so. Die Bruttoschulden erwähnen auch die Finanzkommission. Die Finanzplanung zeigt, dass die Schulden von 3,3 Milliarden der Rechnung 2021 auf fast 5 Milliarden im Jahr 2027 steigen sollen. Das sind plus 1,7 Milliarden und das bei steigenden Zinsen. Die Zinslast steigt entsprechend nach Finanzplan auf fast 70 Millionen Franken pro Jahr. 70 Millionen werden dann jährlich an die Finanzmärkte abgeführt.

Das in einer Gesamtbetrachtung ist nicht der einzige kritische Punkt in der Finanzplanung. Ich habe es gesagt, die Ausgaben wachsen weiter stark, der Regierungsrat steigert das ZBE bis 2027 in vier Jahren um 10 Prozent oder 320 Millionen. Die Steuereinnahmen reichen nicht, um die Ausgaben zu decken. Der Regierungsrat schreibt weiter, ein deutliches Betriebsergebnis von bis zu 270 Millionen, er vertraut also auf die Erträge des Vermögens. Der Staatsapparat wächst, es werden, wie erwähnt, über 200 Vollzeitstellen mehr nächstes Jahr, das ist ein Trend, der ungebrochen ist. Der Regierungsrat steigert, wie erwähnt, die Bruttoschulden um 40 Prozent auf fast 5 Milliarden Franken, ein Rekordwert. Der Regierungsrat steigert entsprechend die Zinsausgaben, die Selbstfinanzierung sinkt stetig auf 30 Prozent und das liegt nicht an zu tiefen Steuern, der Regierungsrat rechnet mit steigenden Steuereinnahmen. Man darf durchaus die Frage stellen bei anderen positiven Eckwerten, aber man darf die Frage stellen, ob dies eine mittel- bis langfristig wirklich langfristig nachhaltige Finanzpolitik ist.

Mit dieser Beurteilung bekräftigen die Grünliberalen ihre Absage an Begehrlichkeiten, die jetzt aktuell erhoben werden, um mögliche künftige Erträge der OECD-Steuerreform schon heute fix auszugeben. Wir hatten einige davon hier im Rat und nun soll es offenbar sogar eine diesbezügliche Initiative für einen Pharma-Fonds geben. Wir sind gespannt, auf was für Ideen man denn noch kommen wird.

Wenn künftig mehr ausgegeben wird, bedeutet dies, dass die Schulden anwachsen werden. Das bedeutet, dass Steuergeld an den Finanzmarkt transferiert wird. Das heisst, wenn nun linke Begehrlichkeiten formuliert werden für neue Ausgaben, bedient man damit wahrscheinlich einfach den Finanzmarkt oder wir müssten Investitionen reduzieren, was wir nicht wollen. Es ist wichtig, dass der Kanton investiert.

Natürlich verwehren wir uns nicht sinnvollen Mehrausgaben und Investitionen oder einer massvollen Steuerreduktion, aber wir sehen jetzt aktuell keinen Handlungsspielraum für ausufernde Wünsche. Aktuell dringend ist, die Schulden zu reduzieren beziehungsweise sie nicht so stark anwachsen zu lassen. Das gibt uns künftig mehr Handlungsspielraum und reduziert den Abfluss von Steuermitteln an den Finanzmarkt. Die Millionen der OECD-Steuerreform, wenn sie denn überhaupt in der Form kommen, müssen deutlich zur Finanzierung der Investitionen beziehungsweise zur Dämpfung der Verschuldung beitragen.

Ein wichtiges Mittel, dass die Verschuldung nicht weiter ansteigt, ist auch die Ausgaben griffiger zu steuern. Im Bericht der Finanzkommission sind dazu einige Beispiele nachzulesen. Da ist zum Beispiel die Kaserne, es wurde auch schon mehrfach erwähnt. Ein klassisches Beispiel einer Investition mit zu rosigen Erwartungen für den Betrieb. Die Ertragsmöglichkeiten und Folgekosten wurden falsch eingesetzt. Das kennt man in Basel schon, insbesondere auch vom Kulturbereich, Stichwort Kunstmuseum. Die Finanzkommission berichtet zu Recht kritisch darüber. Da ist zum anderen Beispiel die Planung von Infrastrukturen und Bauprojekten. Als weiteres Beispiel sei hier der Spiegelhof aufgeführt. Erstens hat die Infrastruktur doppelt so viel gekostet wie geplant und zweitens sind nun offenbar Diskussionen im Gange, welche die Investitionen wieder in Frage stellen. Die Finanzkommission mahnt zu Recht die Nachhaltigkeit von Investitionen an. Weitere Beispiele finden sich in der Digitalisierung, bei der die Finanzkommission wiederholt anmahnt, auch Entlastungseffekte anzustreben.

Schliesslich sind auch wir selbst gefordert. Wie auf Seite 28 des Berichts der Finanzkommission nachzulesen ist, können durch die Ablehnung der Solarpresskübel die anvisierten Effizienzgewinne im Tiefbauamt von drei Stellen nicht realisiert werden, ohne das Geschäft hier neu aufzurollen. Aber ob nun Plastikcontainer schöner sind als Presskübel und dies eine halbe Million jährlich Wert ist, das kann man schon fragen.

Schliesslich noch zu den Kürzungsanträgen der SVP. Leider hat die SVP diese nicht in die Finanzkommission getragen, obwohl sie die Finanzkommission ja selbst präsidiert. Die Argumente und Folgen der Kürzungen, die beantragt werden, sind uns daher nicht bekannt. Wir bedauern dies ausserordentlich, denn es gibt durchaus auch Bedenkenswertes unter den Anträgen. Aber es zeigt sich auch hier wieder, dass mit kurzfristig eingereichten Budgetveränderungen keine sinnvolle mittelfristige Finanzpolitik gemacht werden kann. Dazu braucht es gemeinsame Aktionen und eine Anpassung der Instrumente des Grossen Rats.



Mit diesen Anmerkungen beantragt die Fraktion der Grünliberalen die Annahme des Budgets 2024. Die Fraktion dankt der Finanzkommission für ihren Bericht und ich persönlich möchte mich diesem Dank anschliessen an meine Kolleginnen und Kollegen der Kommission und an das Finanzdepartement und die Departemente für die gute Zusammenarbeit.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es liegen zwei Zwischenfragen vor. Eine von Tim Cuénod und die andere von Pascal Messerli. Nehmen Sie sie an? Sie werden angenommen.

Tim Cuénod (SP): David Wüest-Rudin, Ihre Grundsatzkritik in Bezug auf das Budget-Wachstum kennen wir. Haben Sie je vor, konkrete Vorschläge zu machen, wo und wie man beim Kanton einsparen kann oder auch das Wachstum begrenzen soll?

David Wüest-Rudin (GLP): Der zweite Teil ist wichtig. Wir reden nicht über einsparen, sondern Wachstum begrenzen und es ist nicht die Aufgabe des Parlaments, vorausschauend die konkrete Finanzplanung zu machen, sondern es ist Aufgabe des Regierungsrats. Aber das Parlament soll die Eckwerte festlegen, was der Rahmen ist und deswegen fokussieren wir uns auf die mittelfristige Aufgaben und Finanzplanung oder möchten wir darauf fokussieren.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Pascal Messerli bitte.

Pascal Messerli (SVP): David Wüest-Rudin, Sie haben von linken Begehrlichkeiten gesprochen. Es ist aber nicht so, dass die GLP gerade hier in diesem Parlament häufig den linken Begehrlichkeiten zustimmt und mitverantwortlich ist für diese nicht nachhaltige Finanzpolitik, die Sie ja selbst auch kritisieren.

David Wüest-Rudin (GLP): Ich habe mich auf die Anliegen bezogen, die explizit auf die Millionen der OECD-Steuerreform sich beziehen und da sagen wir, warten wir jetzt erst einmal ab, was da kommt. Die Finanzplanung sieht genug kritisch aus, als dass wir es uns heute leisten könnten, bereits Geld auszugeben, das wir noch gar nicht haben.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die Fraktion Mitte/EVP ist Balz Herter.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Fraktion Mitte/EVP ist erfreut, dass die Staatsfinanzen auch im 2024 positiv aussehen. Ich bedanke mich bei den zuständigen Stellen für die grosse Arbeit und Regierungsrätin Tanja Soland für ihr wachsames Auge über unseren Finanzhaushalt. Da der Präsident der Finanzkommission in Fidel Castro-Manier doch eher ausführlich war, fokussiere ich mich in meinem Votum auf einige Themen, die mich während der Erstellung des Budgetberichts besonders beschäftigt haben.

Zum Glück sieht die Einnahmeseite aufgrund der prognostizierten Steuereinnahmen auch im kommenden Jahr gut aus. Dies zeigt, dass das hier drin beschlossene Steuerpaket, das von der Stimmbevölkerung bestätigt wurde, leisten können. Es werden Mindereinnahmen von knapp 120 Millionen Franken erwartet, die aber voraussichtlich durch mehr Erträge bei den Steuereinnahmen aufgrund des Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums wieder kompensiert werden können. Diese Prognose untermauert die positive Finanzentwicklung des Kantons, welche die vom Parlament geforderten Steuerpakete rechtfertigt. Aus meiner Perspektive waren diese Massnahmen dringend nötig, um die Bevölkerung zu entlasten. So können wir zudem sicherstellen, dass wir auch zukünftig ein attraktiver Standort bleiben.

Gerne würde ich auf ein paar Punkte eingehen, die wir in den Hearings in der Finanzkommission mit den Departementen intensiver angeschaut haben.

Auch in diesem Jahr war das Bauen und das sagemuwobene Dreirollenmodell das grosse Thema hier im Rat und auch in der Kommission. Es scheint fast so, dass es dem Kanton nicht möglich ist, ein Grossprojekt ohne Kostenüberschreitungen oder Verzögerungen abzuwickeln. Ein Schwerpunkt in unseren Hearings war der Umbau des Spiegelhofs und die Erstellung der neuen Einsatzzentrale. Dort dauern die Arbeiten nach einem Verfahrensabbruch der Ausschreibung aufgrund unwirtschaftlicher Unternehmerangebote und aufwendigen statischen Ertüchtigungsmassnahmen deutlich länger als geplant und die budgetierten Kosten haben sich zwischenzeitlich verdoppelt.

Im Nachgang wurde uns dann kommuniziert, dass die Sanierung der Sanitätszentrale an der Hebelstrasse rund 15 Millionen Franken mehr kostet als geplant. Dort sind unvorhersehbare Gegebenheiten, zwingende Ersatzmassnahmen und die



geänderten Rahmenbedingungen seit dem Start des Bauprojektes vor acht Jahren der Grund. Das BVD hat im Projektmanagement den Bedarf für eine grundlegende Überprüfung erkannt und entsprechende Massnahmen getroffen. Ich hoffe sehr, dass diese fruchten und auch eine Verbesserung der Situation erreicht werden kann.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Situation der Kaserne. Ein Teil der dortigen Flächen wird durch das Präsidialdepartement bewirtschaftet, die nach einer öffentlichen Ausschreibung an die kHaus AG als Betreiberin vergeben wurden. Die angebotenen Co-Working-Bereiche werden derzeit nicht ausreichend vermietet, was zu Mietausfällen und zu einem bisher negativen Ergebnis führt.

Für die Restaurant-Fläche konnte in einem ersten Anlauf kein Pächter gefunden werden. Es gab niemanden, der bereit war, während der Pandemie die hohen Kosten für den Innenausbau zu stemmen. So hat eine Neuurteilung stattgefunden und man hat festgehalten, dass der Innenausbau von rund 2,8 Millionen Franken durch den Kanton übernommen wird. Anschliessend wurde das Restaurant erneut ausgeschrieben und an die Grenzwert GmbH vergeben und sie haben nun 2022 den Zuschlag für den Restaurationsbetrieb bekommen. Für den geplanten Innenausbau wird demnächst ein Ratschlag folgen, der dem Grossen Rat vorgelegt wird. Wir dürfen also gespannt sein, wie sich die Situation dort entwickeln wird.

Zum Dreierrollenmodell. Es scheint mir, dass dies ein eher schwer manövrierbarer Dampfer ist und die Abstimmung und Kommunikation zwischen den Rollen beziehungsweise Departementen teilweise etwas harzig läuft. Dies führt schlussendlich zu Verzögerungen. Ich hoffe, dass auch dieser Punkt angeschaut wird und Verbesserungsmassnahmen getroffen werden, damit beim Kanton ein agileres Projektmanagement möglich wird.

Zum Schluss bedanke ich mich bei allen Departementsvorsteherinnen und Departementsvorstehern, den Gerichten, deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die gute Zusammenarbeit.

Im Namen der Fraktion Mitte/EVP bitte ich Sie, das Budget zu genehmigen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Die Liberaldemokratische Partei Basel-Stadt begrüsst das Budget insgesamt. Es zeigt, dass der Kanton finanziell solide aufgestellt ist und in der Lage ist, in den kommenden Jahren sinnvoll und wertschöpfend zu investieren. Über die Zahlen wurde ausführlich berichtet, weshalb ich auf einen weiteren Zahlenfriedhof verzichten werde.

Das Budget sieht aktuell einen Gewinn von 74 Millionen Franken vor. Die Vergangenheit hat auch aufgezeigt, dass die budgetierten Vorhersagen bei den Steuern meist konservativ sind und die vergangenen Rechnungen haben meist eine höhere effektive Steuereinnahme ausgewiesen. Aus Konsequenz kann höchstwahrscheinlich mit einem noch höheren Gewinn als 74 Millionen Franken im Rechnungsjahr 2024 gerechnet werden. Welche Auswirkung die OECD haben wird, ist ungewiss, aber hier haben sie auch schon bereits die ersten Begehrlichkeiten ausgelöst. Ich denke, man muss das Geld dann ausgeben, wenn man es hat und nicht im Vorfeld.

Über die Zinsentwicklung, dem Finanz- und Lastenausgleich, der abhängig vom wirtschaftlichen Erfolg von Basel-Stadt ist und wobei Basel-Stadt der zweithöchste Zahler ist, über die Teuerungsthematik, über den Fachkräftemangel, dem vorsichtigen Umgang mit der SNB, mit der Gewinnausschüttung und der Verschuldung wurde auch ebenfalls schon ausführlich berichtet. Die LDP befürwortet insbesondere folgende Punkte.

Die LDP setzt sich seit Jahren für die Entlastung der Steuerzahler ein. Das Budget 2024 zeigt auf, dass Basel die eingeführte Steuersenkung gut verkräftet hat. Dies ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung und die LDP ist zuversichtlich, dass eine weitere Senkung nicht ausgeschlossen ist. Die Investitionen in Bildung und Forschung sind die Grundlage für Wohlstand und Innovation. Dies ist eine sehr gute Investition und was vorgelegt worden ist, konnte gut begründet werden und stimmt die LDP zuversichtlich, dass die Investitionen richtig getätigt werden.

Die Sicherheit ist von zentraler Bedeutung für das Wohlbefinden der Basler Bevölkerung und die budgetierten Stellen, welche bei der Justiz auch geplant worden sind, sind ein wichtiger Baustein dazu und werden von der LDP ebenfalls begrüsst.

Der Kanton Basel-Stadt muss seine Infrastruktur instand halten und modernisieren. Wir haben gesehen mit dem Beispiel Deutschland und der Deutschen Bahn, was passieren kann, wenn man nicht nachhaltig und kontinuierlich in die Infrastruktur investiert und sie aktuell und instand hält. Das Budget 2024 sieht vor, dass in diesem Bereich insgesamt 427 Millionen Franken, also 7 Millionen Franken mehr investiert werden. Der LDP ist es ein Anliegen, dass der notwendigen Sorgfalt bei der Umsetzung dieser Investitionen Rechnung getragen wird und dass wir dort im speziellen auch bei dem zurzeit in der Überprüfung stehenden Dreierrollenmodell die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung klar geregelt bekommen und dass die Verantwortung auch wahrgenommen wird, auch aus einer finanziellen Sicht.

Die LDP begrüsst auch die Digitalisierung, die als wichtiger Bestandteil für die Zukunft der Administration und der Verwaltung gilt. Die Digitalisierung ist aber nicht eine eierlegende Wollmilchsaue, die alle administrativen Probleme löst und automatisch



alles effizienter macht. In einer komplexen vernetzten Verwaltung ist es kein einfaches Unterfangen. Aus Sicht der LDP ist es von zentraler Bedeutung, dass der Regierungsrat die Zügel in der Hand hält und diese Projekte klar führt und gezielt zu einer Umsetzung begleitet.

Auch die Investitionen in die Kultur sind wichtig für das Wohlbefinden der Bevölkerung in Basel. Sie tragen dazu, dass der Kanton ein attraktiver Standort für Kulturschaffende ist und dass die Bevölkerung den Zugang zur Kultur hat, was Basel auch über die Grenzen hinaus auszeichnet.

Wir haben noch einige kritische Anmerkungen. Die Ausgaben im Gesundheitswesen sind weiterhin sehr hoch und ein Problem für viele Leute. Die LDP setzt sich für eine effizientere Gesundheitsversorgung ein. Wir fordern, dass die Kantonsregierung die Ausgaben im Gesundheitswesen stark im Auge behält. Die LDP setzt sich für die Förderung der Prävention und Gesundheitsförderung, eine Stärkung der Selbstverantwortung der Versicherten sowie eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit im Gesundheitswesen ein.

Das Wachstum beim Personal, heute nicht zum ersten Mal angesprochen, nimmt nicht nur bei jeder zusätzlichen neuen Aufgabe, die wir hier drin beschliessen, zu. Die Entwicklung kommt auch aus bestehenden Aufgaben, die zu einem Mehr- oder Minderaufwand führen können in den einzelnen Dienststellen. Eine kritische Betrachtung der Aufgabenerfüllung soll im Fokus sein und bleiben. Die LDP ist der Ansicht, dass viele dieser Aufgaben auch mit bestehenden Ressourcen bewältigt werden können. Eine wirksame generelle Aufgabenprüfung würde aufzeigen, dass mit bestehenden Stellen und fallweise einer notwendigen Weiterbildung ein Job Enrichment erreicht werden kann und die Arbeitszufriedenheit der Mitarbeitenden in der Verwaltung gesteigert werden kann und dies, ohne dass man noch zusätzliches Personal rekrutieren muss.

Insgesamt ist das Budget 2024 ein solides Fundament für die Zukunft des Kantons Basel-Stadt. Die LDP wird sich weiter dafür einsetzen, dass die Steuerentlastungen umgesetzt und die Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur weiter gestärkt werden. Die LDP bedankt sich bei allen Beteiligten, die zum guten Resultat oder zum guten Budget beigetragen haben und bedankt sich auch in dem Sinne bei den guten Steuerzahlern, die Unternehmen, die sich hier angesiedelt haben und sich zum Wirtschaftsstandort Basel bekennen, der Verwaltung, der Gerichte, dem Regierungsrat, der Kommissionen, die sich zum Wohle des Kantons einsetzen und zu diesem Budget beigetragen haben.

Die LDP wird die Änderungsanträge aus oben benannten Gründen ablehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Somit kommen wir zu den Einzelsprechenden. Eric Weber hat sich gemeldet und hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Als Grossrat möchte ich bei dieser Eintretensdebatte zum Budget den Regierungsrat benoten. Lukas Engelberger bekommt von mir die Note 6. Esther Keller bekommt wegen ihrer Eleganz und guten Arbeit auch die Note 6. Tanja Soland bekommt die Note 5, weil sie mit mir per du ist. Kaspar Sutter bekommt die Note 3. Ich habe den Regierungsrat jetzt am Montag getroffen mit meinem Besuch aus Weissrussland und die Frau wollte einfach sein Zimmer sehen, weil dort Zar Alexander gelebt hat, aber sie hat es nicht dürfen. Ich meine, als Grossrat müsste man dann schon ein bisschen zuvorkommender bedient werden.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Spricht Eric Weber eine Warnung aus.

Eric Weber (Fraktionslos): Und dann komme ich noch zu den zwei letzten Regierungsräten, die nicht zugänglich sind, und das muss man sagen, weil sich das auch in der Arbeit widerspiegelt, Conradin Cramer Note 1 und Stephanie Eymann auch die Note 1.

Ich muss als Grossrat das Budget rückweisen. Ich beantrage Rückweisung und Nichteintreten. Warum, weil ich politische Verfolgungen habe und ich frei spreche. Es kann nicht sein, wenn man hier frei spricht als Grossrat, auch draussen in der Stadt, dass man dann wegen seiner Meinung verfolgt wird und darum sage ich auch draussen auf der Strasse, das Budget muss abgelehnt werden. Ich fühle mich gesundheitlich gestärkt durch meine politischen Freunde AFD und junge Menschen.

Ich stelle zwei Anträge. Die kommen später, die werde ich auch später begründen, warum die Kantonspolizei nicht mehr arbeitet und wegen den Asylbewerbern aus der Ukraine, wo ich auch ein Lied davon singen kann.

Das soziale Basel ist angesprochen worden. Das soziale Basel geht mir einfach zu weit und auch bei der Justiz oder bei der Polizei, die unfähig ist zu arbeiten. Ich bringe es auf den Punkt, warum wir sparen müssen bei der Polizei, weil die Polizei nichts macht. Wir hatten eine Palästina-Demo vor dem Rathaus im November. Ich habe den Notruf angerufen, die Polizei ist nicht gekommen, aber als Journalist habe ich in der Basler Zeitung gelesen, hohe Terrorgefahr in Basel.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Spricht Eric Weber den ersten Ordnungsruf aus.

Eric Weber (Fraktionslos): Wenn man dann als Grossrat nicht akzeptiert wird und man nicht einmal den Titel Grossrat erhält und dann heisst es, Missbrauch des Notrufs, dann muss ich sagen, beim Budget müssen wir sparen. Bei der Polizei müssen wir sparen, weil die Polizei nicht unser Rathaus beschützen kommt, obwohl wir Grossratssitzung haben und das geht nicht, dann können wir nicht Millionen an die Polizei zahlen. Darum habe ich auch den Antrag gestellt zum Budget und habe geschrieben: Die Polizei kommt nicht bei verbotener Demo vor Rathaus. Es heisst nun, Grossrat Eric Weber, Missbrauch von Notruf. Darum mein Änderungsantrag Budget, JSD minus.

Ich spreche als Grossrat der Volksaktion gegen zu viele Ausländer und Asylanten in unserer Heimat, Liste Ausländerstopp. Ich spreche aber auch im Namen der Nationalen Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat der Partei Schweizer Demokraten.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr eingetragen. In der zweiten Runde hätte für die Gerichte der Vorsitzende des Gerichtsrats das Wort. Er verzichtet. Für den Regierungsrat hat das Wort Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Besten Dank für Ihre zahlreichen Voten mit den Inputs, die wir ja auch teilweise schon kennen. Ich möchte nur auf etwas noch replizieren. Sie sagen einerseits, wir würden sparen, wir sollten damit aufhören und mehr Geld verteilen für Klimaschutz, usw., und ein anderer Teil von Ihnen sagt, wir würden uferlos wachsen.

Ich kann Ihnen einfach versichern, dass keines von beiden wahr ist. Wenn das so wäre, wenn wir uferlos wachsen würden, dann glaube ich, wären die Ausgaben schon viel höher. Das würde ja bedeuten, dass weder der Regierungsrat noch der Grosse Rat Einfluss nehmen würde. Wir wachsen nicht einmal mit unserer Wirtschaftsleistung zusammen. Wir sind immer unter dem BIP von Basel. Der Regierungsrat nimmt selbstverständlich Einfluss auf das Wachstum und wir wachsen, weil wir Zuziehende haben. Wir haben mehr Schülerinnen und Schüler, wir haben mehr Aufgaben, dann ist es ja auch richtig.

Wir nehmen Einfluss, indem wir einen Wachstumspfad festlegen, indem wir sagen, welches Budget für uns machbar ist, tragbar ist. Wenn es neue Aufgaben gibt und jemand mehr stellen will, dann wird das bei uns angeschaut und diskutiert, das ist nicht automatisch. Auch die Finanzplanung, auf die David Wüest-Rudin gerne mehr Einfluss hätte, ja, der Regierungsrat hat dort einen Einfluss bei der Finanzplanung, überlegt sich auch etwas, das passiert nicht automatisch.

Und wir sparen auch nicht, ich weiss nicht, wo wir sparen. Nicht immer ist mehr Geld das Sinnvollste. Manchmal wird man dann auch ineffizient, wenn man irgendwo zu viel Geld hat, und andererseits sind wir verpflichtet, mit unseren Steuergeldern, unseren Einnahmen sorgfältig umzugehen und versuchen daher auch, das Geld sorgfältig auszugeben. Wir sind also, glaube ich, zwischen diesen zwei Polen, die Sie heute genannt haben.

Dann noch etwas zu den höheren Zinsen. Ja, klar haben wir mehr Zinsaufwand. Das ist einerseits so, aber man muss auch bedenken, es gibt auch mehr Einnahmen und unsere Zinsen, die wir bezahlen, die gehen, glaube ich, nicht einfach nur in das schwarze Loch der Finanzmärkte, sondern die werden häufig von Pensionskassen, auch unserer aufgenommen. Das heisst, die Pensionskassen, die Vorsorge haben durch die höheren Zinsen auch wieder mehr Guthaben, was für die Versicherten gut ist. Also somit ist die ganze Situation nicht ganz so schwarz-weiss.

Ansonsten danke ich Ihnen für die gute Aufnahme und bin froh, wenn wir das Budget heute so verabschieden können.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es liegt eine Zwischenfrage von David Jenny vor. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

David Jenny (FDP): Tanja Soland, bei der normalen PK wird immer von der Aufsicht kritisch beäugt, wenn Geld dem Arbeitgeber geliehen wird. Wie viel Geld leiht jetzt unsere PK dem Staat aus und ist das alles noch im grünen Bereich?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Das weiss ich nicht auswendig und ja, die Staatsanleihen, die wir auf den Markt bringen, die werden jeweils - ich habe jetzt gerade eine Info bekommen von der Tribüne - kein Geld.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für die Kommission UVEK hätte Raphael Fuhrer das Wort. Er verzichtet. Für die Kommission BKK hätte Franziska Roth das Wort. Sie verzichtet ebenfalls. Für die Finanzkommission wünscht Joël Thüring das Wort und hat es.

Joël Thüring (SVP): Vielen Dank für die anregende Diskussion zum Budget, zu unserem Budgetbericht. Ich wurde noch darauf aufmerksam gemacht, dass sich das Budget des Kantons ja noch in einem weiteren Bereich verbessert. Wir haben ja nun einen freien Sitz in der Regierung und somit auch eine Lohnzahlung weniger für einige Wochen oder Monate. Ich habe gehört, dass die Stellvertretung jetzt keinen doppelten Lohn beziehen wird, deshalb wird auch das noch unser Budget entsprechend entlasten. Das vielleicht noch als kleiner Hinweis dazu.

Nur ganz kurz zu einzelnen Wortmeldungen. Pascal Messerli, Sie haben davor gewarnt, dass der Kanton Basel-Stadt wie der FC Basel vielleicht irgendwann nicht mehr in der Champions League, sondern in der Challenge League spielt. Ich habe mir dann überlegt, ist jetzt Tanja Soland eher Gigi Oeri oder Bernhard Burgener. Das muss jeder selber entscheiden. Persönlich habe ich das Gefühl, ist die Situation beim FC Basel nicht ganz mit demjenigen des Kantons Basel-Stadt vergleichbar.

Die Finanzlage ist weiter gut und wird wahrscheinlich auch etwas besser bleiben, aber was natürlich tatsächlich stimmt, ist, bei den Finanzen eines Kantons hängt es immer auch davon ab, wie wirtschaftlich erfolgreich ein Kanton ist, wie der Kanton auch von der Bevölkerungszahl her wächst, weil das wieder neue Steuereinnahmen generiert, und natürlich auch, was für Firmen sich hier ansiedeln. Aber bei all diesen Punkten befindet sich der Kanton Basel-Stadt weiterhin in der Champions League. Da unterscheidet er sich doch sehr deutlich vom FC Basel, der dort vielleicht dann wieder irgendwann einmal Potenzial nach oben hätte. Beim Kanton ist es sicher so, dass er in dieser Liga bleiben sollte und wahrscheinlich auch bleiben wird.

Dann haben Sie auch gesagt, dass die Finanzkommission keine Kürzungen beantragt hat. Ich möchte einfach daran erinnern, wir haben im letzten Jahr Kürzungen beantragt und das zeigt doch, dass die Finanzkommission sich sehr detailliert mit dem Budget auseinandersetzt. Dass wir in diesem Jahr keine gestellt haben, heisst nicht, dass wir es uns nicht überlegt haben, sondern dass wir der Ansicht waren, es braucht keine. Aber es ist selbstverständlich dem hohen Haus überlassen, hier dann noch entsprechend zu korrigieren.

Zu Daniel Seiler, ja, das ist korrekt, da muss ich Ihnen recht geben und die Finanzkommission muss das auch zur Kenntnis nehmen. Teilweise sind Stellenaufstockungen nicht in der Regierung entstanden oder die Idee dazu in der Regierung entstanden, sondern im Parlament durch entsprechende Vorstösse in diesem hohen Hause und der Regierungsrat muss dann nachvollziehen, was das Parlament auch entsprechend beschliesst.

Bei den Nachtragskrediten, das ist mir noch wichtig, weil es gerade auch im Zusammenhang mit diesem Neubau, des Zweitstandorts Sanität zu einigen Fragen auch von Medienschaffenden gekommen ist. Wenn wir einmal grundsätzlich einem Projekt zustimmen, dann ist aus Sicht des Regierungsrates und aus unserer Sicht auch korrekterweise im Normalfall der Finanzstatus rechtlich gebunden. Das heisst, das Parlament muss nicht noch einmal darüber entscheiden und das kann halt dann wie jetzt auch im Falle des Spiegelhofs dazu führen, dass über die Jahre hinweg diese entsprechend ursprünglich bewilligten Beträge durch den Grossen Rat erhöht werden, weil der Regierungsrat sich in seinem Antrag an die Finanzkommission auf den Standpunkt stellt, es handelt sich hierbei um gebundene Ausgaben, die bereits einmal der Grosse Rat auch bewilligt hat. Das ist insofern korrekt, aber es ist auch richtig, dass die Finanzkommission das jeweils in ihrem Budgetbericht oder in ihrem Rechnungsbericht, wo auch immer, transparent macht, dass solche Nachtragskredite oder auch eben entsprechende zusätzliche Begehren auf Finanzen bei Bauprojekten, das entsprechend auch den Grund des ursprünglich einmal gesprochenen Topfes massiv erhöhen können. Das haben wir jetzt beim Spiegelhof so erlebt.

Auch David Wüest-Rudin muss ich insofern recht geben, dass es natürlich für eine Finanzkommission schwierig ist, jede einzelne Stelle zu überprüfen, ob die tatsächlich notwendig ist. Wir haben es aber trotzdem nach bestem Wissen und Gewissen getan und sind aufgrund dessen, dass wir keinen Antrag gestellt haben, irgendwo eine Stelle zu kürzen, eine Aufgabe zu streichen, der Ansicht gewesen, dass uns das seitens des Regierungsrates ausreichend plausibel erklärt worden ist respektive ausreichend begründet worden ist.

Und dann zu Balz Herter. Vielen Dank, dass Sie mich mit einem Kommunisten oder Marxisten verglichen haben. Ich habe geschaut, sein Rederekord liegt bei 7 Stunden und 10 Minuten. Also ich habe noch etwa 6 Stunden und etwas Spazi, um diesen Rederekord von Herrn Castro zu brechen. Ich verspreche Ihnen, ich werde es heute ganz bestimmt nicht tun. Besten Dank für die Debatte.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Eintreten ist obligatorisch. Eric Weber beantragt, das Budget an den Regierungsrat zurückzuweisen. Wir kommen zur Abstimmung.



Abstimmung

über die Rückweisung.

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 91 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002327, 14.12.23 11:03:36]

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben sich für nicht Zurückweisen entschieden mit 91 Nein-Stimmen bei einer Ja-Stimme und 0 Enthaltungen.

Detailberatung des Budgets 2024, Erfolgsrechnung.

Die Detailberatung des Budgets 2024 erfolgt nach Departementen gemäss dem Bericht der Finanzkommission und subsidiär gemäss dem Budgetbericht. Bei jedem Departement werden zuerst die eingegangenen Anträge bekannt gegeben. Danach erhält das Wort der Referent der Finanzkommission und der Vertreter des Regierungsrates. Dann folgt die Beratung der Anträge und deren Bereinigung. Die Vorgezogenen Budgetpostulate werden bei den einzelnen Departementen behandelt. Am Schluss der Detailberatung steht die Investitionsübersichtsliste.

Detailberatung des Budgets 2024, Allgemeine Themen (Kommissionsbericht Seite 4 bis 17).

Für die Finanzkommission hat das Wort deren Präsident Joël Thüring. Er verzichtet. Tanja Soland verzichtet ebenso. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. In der zweiten Runde wird auch auf ein Votum verzichtet.

Gesamtkantonale Feststellungen (Kommissionsbericht Seite 18 bis 22).

Der Kommissionspräsident verzichtet auf ein Votum, die Regierungsrätin ebenso. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen.

Präsidialdepartement (Kommissionsbericht Seite 23).

Hier liegen sechs Änderungsanträge der Fraktion SVP vor. Wir führen zuerst die allgemeine Debatte zum Departement und beraten danach die Änderungsanträge. Das Wort zu diesem Departement hat für die Finanzkommission Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Nur ganz kurz zum Präsidialdepartement, es passt ein bisschen zur Diskussion von vorher. Wir haben hier unter anderem eine Erhöhung auch des Headcounts aufgrund der Rahmenausgabenbewilligung Provenienzforschung. Dort hat ja der Grosse Rat mehr Geld gesprochen, als der Regierungsrat beantragt hat und für diese Rahmenausgabenbewilligung wurde jetzt der Headcount-Plafond um 4,5 Stellen erhöht. Zudem gilt es noch zu erwähnen, dass im Zuge der Reorganisation und der neugeschaffenen Dienststelle Gleichstellung und Diversität Budgetmittel von der Dienststelle Kantons- und Stadtentwicklung saldoneutral verschoben worden sind.

Ganz kurz zur Wohnschutzkommission. Die Wohnschutzkommission oder generell das Thema Wohnschutz wurde auch vorher schon von den Fraktionssprechenden in der Budgetdebatte erwähnt. Wir konnten uns auch zu diesem Thema Wohnschutzkommission mit dem Regierungsrat und Regierungspräsidenten Beat Jans, dem damaligen Regierungspräsidenten austauschen und uns wurde mitgeteilt, dass per 1. Oktober dieses Jahres die letzte Stelle für die Umsetzung der Initiative «Ja zum echten Wohnschutz» besetzt werden konnte. Somit sind nun alle diese insgesamt bewilligten 4,4 Vollzeitstellen besetzt und der Regierungsrat respektive der Regierungspräsident steht im Austausch mit dem Präsidenten der Wohnschutzkommission und wird auch diesen Kontakt weiter pflegen respektive das wird dann wahrscheinlich seine Nachfolge vor allem machen. Das Präsidialdepartement erwarte von der Wohnschutzkommission insbesondere einen gesetzeskonformen, aber so unbürokratisch wie möglichen Vollzug. Der Fokus solle auf eine effiziente, engagierte und fachkompetente Erarbeitung der Fälle und der Organisation der Kommission liegen. Das waren die Ausführungen des Präsidialdepartements zu unseren Fragen.

Wir als Finanzkommission teilen diese Ansichten und wünschen uns oder erhoffen uns, dass die Prozesse in dieser Wohnschutzkommission so entsprechend auch beschleunigt werden können. Das ist es meinerseits zum PD.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat das Wort hat Vize-Regierungspräsident Lukas Engelberger. Er verzichtet. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. In der zweiten Runde wird auch auf ein Votum verzichtet.

Es liegt ein Änderungsantrag der Fraktion SVP vor. Dienststelle Gleichstellung und Diversität (Budgetbuch Kapitel 3.2.2 Seite 50)

Erfolgsrechnung, Verbesserung um 330'568 Franken. Der Antragsteller Pascal Messerli hat das Wort.

Pascal Messerli (SVP): Erlauben Sie mir zunächst die Abteilung, Gleichstellung und Diversität personell bezüglich des Geschlechtes vorzustellen. Abteilungsleitung und Administration: fünf Frauen, kein Mann. Fachstelle Gleichstellung von Frauen und Männern: vier Frauen und eine, wie ich das richtig gelesen habe, nicht-binärer Person. Fachstelle Integration und Antirassismus: fünf Frauen, ein Mann. Fachstelle Rechte von Menschen mit Behinderung: zwei Frauen, kein Mann. Gesamtergebnis: 16 Frauen, ein Mann, eine nicht-binäre Person.

Insbesondere bei der Fachstelle Gleichstellung von Frauen und Männern frage ich mich wirklich, ob das überhaupt der richtige Name ist. Man kann die Fachstelle geradezu Frauenbüro nennen. Und wenn einer Abteilung nicht einmal personell ihrem eigenen Anspruch nachkommt und für Gleichstellung einsteht, dann frage ich mich wirklich, inwiefern wir das Jahr für Jahr als Staatsaufgabe so durchgehen lassen können. Es gibt an dieser personellen Zusammensetzung jedes Jahr Kritik. Der Regierungsrat verspricht jedes Jahr Besserung und jedes Jahr passiert gar nichts. Das sind die Fakten. Und wenn man das jetzt inhaltlich mal anschaut, dann wird das auch nicht viel besser. Wenn ich an den Zukunftstag denke, da wird ein Parlament für Mädchen organisiert, aber es wird kein Parlament für die Buben organisiert. Man sagt, die Buben sollen offensichtlich nicht mehr Politiker werden, ausser vielleicht sie fühlen sich mit 18 als Frau. Diese einseitige Ideologie macht die SVP nicht mit. Es kann nicht sein, dass wir unseren Buben hier dieses Angebot nicht präsentieren, aber den Mädchen schon.

Das gleiche bei der Lohngleichheit. Hier wird auch kein wissenschaftlicher Unterschied mehr gemacht zwischen Lohndiskriminierung und Lohngleichheit. Man führt einem KMU schädlichen Basler Finish ein. Fraktionskollege Lorenz Amiet hat hier auch eine Motion eingereicht, die in diesem Parlament mehrheitsfähig war, so dass man auch hier in diesem Bereich etwas sparen könnte. Und gleichzeitig möchte man eine neue Fachstelle für LGPTQI-Anliegen schaffen, die wir aus Sicht der SVP-Fraktion ebenfalls nicht nötig finden.

Es ist wirklich höchste Zeit, dass wir bei dieser Abteilung jetzt einmal kürzen und deshalb stelle ich den Antrag auf 25 Prozent. Sehr gerne möchte ich an dieser Stelle erwähnen, dass die allerwichtigsten Gleichstellungsfragen gar nicht auf kantonal politischer Ebene stattfinden. Die Frage nach der Individualbesteuerung, die Frage nach der Rente, AHV, Pensionskasse, die Frage nach Care-Arbeit, die Frage nach Militärdienstpflicht, etc., das sind ja alles Punkte, die in den nächsten Jahren oder Jahrzehnten auf Bundesebene diskutiert werden und nicht auf kantonal politischer Ebene.

Jede Frau, die sich diskriminiert fühlt in ihrem Lohn, kann das gerichtlich anfechten. Diese Strukturen bestehen alle schon. Es braucht hier gar keine Erweiterung bei der Abteilung Gleichstellung, weil diese Kompetenzen in diesem Bereich gar nicht vorliegen. Wir haben in sehr vielen Bereichen die Gleichstellung auch erfüllt, deshalb ist es auch moderat, denn wir hier um 25 Prozent kürzen können.

Das werde ich Ihnen beantragen und Sie können dem bedenkenlos zustimmen und die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen wird nicht zerstört. Das kann ich Ihnen versprechen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für die Finanzkommission hat das Wort Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Wir beantragen Ihnen, diesem Antrag nicht zuzustimmen. Die Finanzkommission ist nicht der Meinung, dass es dort eine Kürzung um 25 Prozent oder auch um eine andere Summe, was auch immer es dann wäre, notwendig ist oder gerechtfertigt wäre. Insofern bitten wir Sie, den Antrag der SVP-Fraktion abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Der Regierungsrat beantragt Ihnen, bei seinen Zahlen gemäss Budgetbericht zu bleiben und diesen Kürzungsantrag abzulehnen. Der Gleichstellungsauftrag ist verfassungsrechtlich und gesetzlich legitimiert in Bund und Kanton. Das Parlament selber präzisiert diesen Auftrag laufend. Sie haben beispielsweise den Regierungsrat beauftragt, eine Gleichstellungsstrategie 2030 zu erarbeiten. Das wird jetzt vorbereitet. Aus dem Grossen Rat stammt auch die Forderung nach der Erweiterung des Auftrags der Fachstelle auf die Gleichstellung von LGBTQI-Personen oder für die



Einführung von Lohngleichheitsanalysen für KMU. Dazu ist ja auch wieder eine Motion präzisierend, die erwähnt wurde, hier überwiesen worden.

Diese Themen bleiben im Gespräch, das sind nur wenige Beispiele und sie zeigen, dass die Gleichstellungsthematik aktuell bleibt und auch den Kanton und seine Verwaltung sehr zu Recht beschäftigt. Ich finde auch, wir könnten zu diesem Thema so langsam eine etwas nüchternere und sachlichere Diskussion führen. Nicht immer, wenn Gleichstellung ein Thema ist, muss gleich der Kulturkampf losgetreten werden.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Für die Fraktion SP hat sich angemeldet Jessica Brandenburger.

Jessica Brandenburger (SP): Alle Jahre wieder kommt dieser Antrag und er ist, glaube ich, einfach Copy-Paste vom letzten Jahr. Aber ich habe mir die Mühe gemacht und ein neues Votum geschrieben. Ich hätte natürlich auch Copy-Paste vom letzten Jahr gemacht, aber das würde Sie ja langweilen.

Im Antrag steht, die Gleichstellung sei erreicht und darum könne man da ja streichen. Ich habe das Gefühl, das ist eher so eine Gefühlslage in der SVP-Fraktion und darum habe ich nach Zahlen gesucht. Keine Angst, ich zeige Ihnen jetzt keine Zahlen einer Fachstelle oder eines NGO, das Sie eh nicht ernstnehmen, sondern aus dem Global Gender Gap Report des World Economic Forums, also wirklich nicht eine Quelle, die ich jetzt oft benutze. Dieser Bericht bestätigt, die Gleichstellung zwischen Frau und Mann ist in der Schweiz noch lange nicht in Sicht. Die Schweiz hat acht Plätze eingebüsst und ist aus den Top 20 gefallen. Die Gründe, die in der Studie genannt werden, sind die Verschlechterung, was die wirtschaftlichen Chancen und die Bildung der Frauen betrifft. Das sind Zahlen, die von einer Organisation erhoben worden sind, die jetzt wirklich keinen linken Einschlag hat.

Ich kann verstehen, dass Sie genervt sind, dass Sie das doof finden, aber Lukas Engelberger hat es gesagt, dass Sie immer gleich einen Kulturkampf daraus machen müssen, das ist ein bisschen langweilig. Dann haben Sie noch das Mädchenparlament kritisiert. Ich weiss nicht, ob Sie das mitbekommen haben, aber dieses Jahr waren auch Buben da. Als es darum ging, die Vorstösse und Ideen zu besprechen, da waren Buben da und ich fände es super, wenn Sie sich informieren würden, bevor Sie hier ans Rednerpult gehen und eine Veranstaltung runtermachen, die so gar nicht stattgefunden hat.

Darum empfehle ich Ihnen im Namen des GAB und der SP, diesen Antrag der SVP abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Somit als Einzelsprecher hat Eric Weber das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich muss ganz klar widersprechen, was Jessica Brandenburger gesagt hat. Ich bin der einzige Grossrat, der an das Mädchenparlament gegangen ist beim vorletzten Mal und ich war der einzige Grossrat, der die Einladung angenommen hat und ich habe nur Mädchen gesehen und keine Buben, aber das war beim vorletzten Mal. Es hiess dann, ich darf nicht dabei sein, weil als TikTok-Star würde ich die Mädchen ablenken und ich habe dann Beschwerde gemacht. Aber es waren keine Buben dabei.

Ich habe sehr viele Anfragen bekommen in den letzten drei Jahren als Grossrat und als TikTok und Instagram Eric; wir haben die Nase satt wegen Gleichstellung. Und das sind die jungen Menschen, junge Menschen zwischen 12 und 20. Und die haben immer gefragt, Eric was sagst du zur Gleichstellung? Was sagst du zu LGBTQ? Und ich habe dann immer nur einen Satz gesagt; wir leben hier, weil sich unsere Mama und Papa gerne gehabt haben. Ich habe selber zwei Töchter, 17 und 25, und die sagen mir unabhängig von meiner Tätigkeit als Grossrat; Papi, wir können das Thema Gleichstellung nicht mehr hören.

Ich danke Kollege Pascal Messerli von der SVP, meiner Lieblingspartei, dass er gesagt hat, wir machen hier nicht mehr mit. Und da muss ich auch ganz klar sagen als Grossrat Eric Weber und Vater von zwei Töchtern und in Kontakt mit vielen jungen Leuten wegen Instagram, TikTok, usw., auch ich mache da nicht mehr mit. Die Gleichstellung ist eine Zwängerei und Sie wissen ganz genau, dass wir Männer es vor Gericht schwieriger haben wie Frauen. Ich werde den Anträgen der SVP zustimmen und ich bin dankbar, dass es da einmal noch eine Diskussion gibt. Ich finde eh, dass wir viel zu wenig diskutieren, aber ich muss hier diskutieren, nehmen Sie mir das nicht übel, weil ich der einzige fraktionslose Grossrat noch bin und darum muss ich hier sprechen, weil ich in keiner Kommission bin.

Liebe SVP, danke für den tollen Antrag. Ich finde es auch nicht okay, wenn es nur ein Mädchenparlament gibt und kein Bubenparlament. Das geht natürlich nicht. Ich beobachte alles ganz genau und ich finde es dann nicht toll, wenn dann nur



gewisse Grossräte beim Mädchenparlament auftreten und sich noch ein grosses Budget auszahlen lassen. Das sind diese Punkte.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

Antrag SVP Gleichstellung und Diversität

JA heisst Zustimmung, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

12 Ja, 75 Nein, 0 Enthaltungen. [*Abstimmung # 0002329, 14.12.23 11:21:20*]

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag der SVP abgelehnt mit 75 Nein-Stimmen bei 12 Ja-Stimmen und keiner Enthaltung.

Es liegt ein Änderungsantrag der Fraktion SVP vor. Dienststelle Staatskanzlei (Budgetbuch Kapitel 3.2.3 Seite 52)

Erfolgsrechnung, Verbesserung um 60'000 Franken, Feier Eva Herzog. Der Antragsteller Pascal Messerli hat das Wort.

Pascal Messerli (SVP): Ich habe insgesamt drei Kürzungsanträge bezüglich Wahlfeiern eingereicht. Zwei im Namen der SVP-Fraktion, einer als alleiniger Antragsteller bezüglich der kommenden Bundesratsfeier von Beat Jans. Trotzdem erlaube ich mir, gleich zu allen drei Anträgen zu reden, weil es etwas miteinander zusammenhängt.

Wir sprechen, wie ich es schon gesagt habe, von drei Feiern. Eine Feier, die Bundesratsfeier von Eva Herzog, die letztes Jahr nicht stattgefunden hat, und dem Steuerzahler 60'000 Franken kostete, dann die Nationals- und Ständeratspräsidiumsfeier, die bereits stattgefunden hat und dem Kanton Basel-Stadt 240'000 Franken kostete und die kommende Bundesratsfeier für Bundesrat Beat Jans, bei der das Kostendach bei 300'000 Franken liegt. Insgesamt sprechen wir also von Beiträgen von 600'000 Franken nur für Wahlpartys.

Und hier möchte ich schon etwas an die Sensibilität gegenüber der Bevölkerung appellieren. Wir leben in einer Zeit, in der viele Menschen Geldsorgen haben, die Krankenkassen, die Mieten, die Stromkosten nicht mehr gut bezahlen können, die verschiedenen Krisen haben die Menschen geprägt. Und wenn ich dann teilweise sehe, was wir hier an Gegenwind bekommen, nur weil wir die Beiträge bei diesen Wahlpartys überhaupt diskutieren und kritisieren oder in Frage stellen, dann kommen Wörter wie Populismus, Kindergarten, Kleingeistigkeit, dann merke ich einfach eine komplett elitäre Bubble und ich bemerke halt einfach, dass sehr wenig Sensibilität darüber existiert, dass es sich hier um Steuergelder handelt.

Ich möchte an dieser Stelle schon noch betonen, dass wir noch nie gesagt haben, dass es gar keine Feiern geben sollte und unsere Kürzungsanträge sind auch moderat. Wir fordern einmal 60'000 Franken weniger für eine Feier, die nicht stattgefunden hat, wir fordern 60'000 Franken weniger für die Nationals- und Ständeratspräsidiumsfeier. Man hätte mit 180'000 immer noch ein tolles Fest feiern können und ich rede bei der Bundesratsfeier von einem Kostendach von 200'000 Franken, was immer noch 50'000 Franken höher ist als bei der Bundesratsfeier von Albert Rösti und Elisabeth Baume-Schneider.

Man hätte ja auch kreativ sein können und sagen können, okay, letztes Jahr hat uns das 60'000 Franken gekostet, es hat nicht stattgefunden, jetzt gehen wir dafür bei der aktuellen Bundesratsfeier 60'000 Franken runter. Das hätte man kommunikativ auch so bringen können, dann wären wir sicherlich auch zufrieden gewesen und hätten diese Kürzungsanträge nicht gemacht, aber hier ist man überall drüber.

Und bevor Sie mir jetzt mit irgendwelchen Beispielen kommen, dass irgendwelche SVP-Vertreter vor zehn Jahren auch Feiern gemacht haben, die so teuer waren, ja, ich habe das zur Kenntnis genommen, ich sage Ihnen aber auch ganz ehrlich, es interessiert mich nicht. Weil wenn es damals falsch gewesen war, heisst es nicht, dass es heute richtig ist. Wir müssen generell diese Sensibilität anschauen, wir müssen generell diskutieren, was wir für Kosten wollen bei diesen Feiern und was in einem vernünftigen verhältnismässigen Rahmen ist.



Und vielleicht noch ein Wort zum Thema Öffentlichkeit. Es wurde immer gesagt, diese Feste seien Feste für die Bevölkerung. Es gab eine Schiffsfahrt, da waren die National- und Ständeräte unter sich, es gab ein Galadinner und ja, am Marktplatz gab es etwas für die Öffentlichkeit. Ich glaube, es waren 500 Nasen dort, dabei 400 Politiker, also so ein grosses Fest für die Öffentlichkeit können Sie mir hier auch nicht verklickern. Hier wäre es ehrlicher gewesen, wenn man kommunikativ einfach gesagt hätte, es ist ein Fest von und für Politikerinnen und Politiker und nicht für die breite Bevölkerung. Im Gegenteil, die breite Bevölkerung musste ja eingeschränkt werden, weil die öffentlichen Verkehrsmittel in dieser Zeit nicht gefahren sind. Also hier etwas kommunikativ ehrlicher wäre auch angebracht.

Ich bitte Sie also, diesen moderaten Kürzungsanträgen zuzustimmen, das heisst nicht, dass wir generell gegen Wahlfeiern sind.

Der Form halber gilt noch zu erwähnen, dass der Kürzungsantrag bezüglich der kommenden Bundesratsfeier formell im Bereich der Staatskanzlei gestellt wird, welche das dann intern kompensieren müsste, aber selbstverständlich ist die Idee der SVP-Fraktion, dass wir hier ein Kostendach von 200'000 Franken sprechen. Und wenn Sie heute das ablehnen, dann kann ich trotzdem mit in die Augen schauen und uns in die Augen schauen, aber dann hat zumindest das Parlament darüber beschlossen und dann ist es auch eine andere Legitimität, aber ich finde, das sollte man schon auch diskutieren, diese Sensibilität und diese Kosten, die wir für uns selbst hier sprechen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für die Finanzkommission hat das Wort Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Pascal Messerli hat jetzt gerade zu drei Anträgen gesprochen, wenn ich das richtig verstanden habe. Ich nutze die Gelegenheit, das auch zu tun. Die Finanzkommission beantragt Ihnen, diesen Anträgen keine Folge zu leisten.

Vielleicht ganz kurz, auch die Finanzkommission wird jeweils über Entnahmen aus dem Kompetenzkonto des Regierungsrates informiert. Das wurde sie auch in diesen drei Fällen. Frühzeitig wurde sie über das informiert und ich kann so viel verraten, auch aus der Diskussion in der Finanzkommission, wir haben bei der Frage über diese 240'000 Franken, die da aus dem Kompetenzkonto entnommen wurden für die Ständeratspräsidentenfeier, dann auch die Nachfrage gestellt beim Regierungsrat, ob gewährleistet ist, dass diese Kosten, weil es ja eine gemeinsame Feier ist, paritätisch getragen werden. Man hat uns dann sehr rasch freundlicherweise auch die konkrete Auflistung zukommen lassen und uns auch mitgeteilt, dass sie tatsächlich paritätisch, also 240'000 und 240'000 aus dem Landkanton so getragen wird. Das war lange, bevor es eine öffentliche Debatte auch dazu gab.

Wir bitten Sie also, diesen drei Anträgen keine Folge zu leisten.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich bitte Sie im Namen des Regierungsrats ebenfalls, den Anträgen nicht zu folgen, nutze aber gerne die Gelegenheit, dazu Ausführungen anzubringen.

Zuerst zum Antrag betreffend interne Kompensation von diesen 60'000 Franken für das letztlich abgesagte Fest im letzten Jahr. Das Kompetenzkonto respektive dessen Ausgaben zu dessen Lasten sind keine effektiven Mittel, sondern eine Zusage, das Budget im bewilligten Umfang zu überschreiten für unvorhergesehene Aufwände oder Investitionen. Das sagt Paragraph 10 Abs. 3 des FHG. Eine Kompensation einer Entnahme ist deshalb vom Gesetzgeber gar nicht vorgesehen und wäre in der Sache auch nicht richtig. Der Rücktritt von Altbundesrätin Sommaruga Anfang November 2022 und die Nomination von Eva Herzog zur offiziellen Kandidatin waren bei der Verabschiedung des Budgets 2022 im Dezember 2021 natürlich nicht bekannt. Das ist eben genau so ein Fall, wo wir mit dem Kompetenzkonto spontan agieren können. Das jetzt zu kompensieren hat keine gesetzliche Grundlage und wäre auch unpassend.

In der Sache selber sprechen wir über Ausgaben aus dem Jahr 2022. Der Regierungsrat hat im November des Jahres 2022 einen Maximalbetrag von 300'000 Franken bewilligt. Ausgaben entstanden trotz verlorener Wahl im Umfang von 57'917.21 Franken. Das sind zum einen die Kosten, die für den Druck der Einladung entstanden sind, da die Kantone die Einladung am Wahltag mitbringen müssen, das war auch gestern wieder so glücklicherweise, vor allem aber sind es Stornierungskosten, die die Unternehmen in Rechnung stellten, da sie ihre Leistungen eben nicht anders anbieten konnten und Kosten hatten.

Dann zum zweiten Antrag, das ist die Präsidentenfeier jetzt für die Ständeratspräsidentin Eva Herzog. Die war ebenfalls nicht vorhersehbar. Eva Herzog wurde am 14. Dezember 2022 zur Vizepräsidentin des Ständerats gewählt und wir haben das Budget am 14. Dezember 2022 damals schon beraten. Das hat sich überschritten. Die Bewilligung der Ausgabe aus dem Kompetenzkonto war somit korrekt und eben eine Kompensation auch in diesem Fall nicht angezeigt. Die Parität wurde bereits bestätigt vom Präsidenten der Finanzkommission und insofern würde ich sagen, dass wir auf ein gelungenes Fest zurückblicken dürfen und ich bin auch dankbar dafür, dass wir das so ausrichten durften.



Und jetzt dann betreffend Bundesratsfeier, die wir ja auch wieder ausrichten dürfen. Nächste Woche freuen wir uns und wir halten fest, dass diese Beträge in die Rechnung 2023 fallen und nicht ins Budget 2024, über welches wir reden und deshalb der Antrag fehl geht.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Erster Fraktionssprecher für die SP ist Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Bei den vorliegenden Kürzungsanträgen oder Kompensationserträgen reden wir nicht über die Rechnung, wir reden prospektive in Bezug auf das Budget, dabei handelt es sich um reine Strafaktionen für diese angeblich viel zu hohen Ausgaben. Ich bin der Meinung, und ich bitte Sie, dabei das Wandbild hier anzuschauen, wenn die Boten der Eidgenossen bei uns sind als Gäste, dann sollten wir in grossen Freuden mit ihnen Essen und ihnen gebührend die Ehre erweisen. Aus meiner Sicht ist das eine Frage des Respekts gegenüber unseren Gästen. Es ist auch eine Frage des Patriotismus, es ist auch eine Frage des Eigeninteresses, weil die eidgenössischen Räte der Moderne, im Gegensatz zu den der frühen Neuzeit, über viele Mittel verfügen und entscheiden, die für uns in Basel ganz wichtig sind.

Es ist wichtig, dass sie sensibilisiert sind im Hinblick auf unsere Grenzregion, in Bezug auf Forschungsfragen, in Bezug auf Verkehrsfragen und es ist wichtig, dass wenn Personen aus unserer Stadt und Region in die höchsten Ämter der Eidgenossenschaft gewählt werden, dass man das auch gebührend feiert und diesen Vertretern der Eidgenossenschaft diesen Respekt erweist. Wir sollten in Basel eine Stadt der guten Nachbarn sein, aber eben auch der guten Gastgeber, gerade auch wenn Vertreter der Eidgenossenschaft hier sind,

Wir haben als Sozialdemokratie klar die Meinung, dass solche Feiern, und um hier die Analogie der frühen Neuzeit weiterzuziehen, nicht Feiern sein sollten, an denen nur die Ratsherren und Meister der Herrenzünfte teilnehmen können, sondern das sollte eine etwas breitere Basis haben. Wir wollen in diesem Sinne auch keine superelitären Feiern, die dann pro Kopf viel mehr kosten. Wir wollen keine Opulenz, keine Übertreibungen, sondern durchaus republikanische Nüchternheit im besten Sinne des Wortes.

Aber wir sollten gute Gastgeber sein, denn das ist in unserem Basler Interesse, wenn ich an die vielen Verkehrsentscheidungen denke, an Forschungsentscheide, wo sich die Frage stellt, werden die Interessen von Basel in Bern mitberücksichtigt, ja oder nein. Und wie gesagt, die 60'000 Franken jetzt für die Vorbereitung einer Feier, die waren schlussendlich überflüssig, was man aber nicht wissen konnte. Solche Feste, wenn man sie organisieren will, haben eine lange Vorlaufzeit.

Der Regierungsrat hat hier von seinen Kompetenzen Gebrauch gemacht. Dass man jetzt hier ihnen eine nachträgliche Strafaktion verordnen will, um irgendwo irgendwie zu kürzen, auch Dinge, die vielleicht notwendig und sinnvoll sind, erscheint uns nicht angebracht.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es liegen zwei Zwischenfragen vor. Eine von David Jenny und die andere von Pascal Messerli. Nehmen Sie sie an? Sie werden angenommen.

David Jenny (FDP): Schliesst die sozialdemokratische Definition republikanischer Nüchternheit auch den Genuss von Baselbieter Wein ein?

Tim Cuénod (SP): Selbstverständlich, wir sind nicht Freunde einer totalen Freudlosigkeit, die soll durchaus vorhanden sein, vor allem wenn es sich um guten regionalen Wein handelt. Wir haben nur etwas Mühe mit Opulenz und wenn es da an der Nüchternheit fehlt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Pascal Messerli bitte.

Pascal Messerli (SVP): Tim Cuénod, Sie haben von Infrastrukturprojekten gesprochen. Ist es demnach so, dass die SP den wichtigen Rheintunnel unterstützen wird?

Tim Cuénod (SP): Meine Partei hat da eine kritische Haltung, weil sie sich den Ausbau anderer Infrastruktur mehr wünschen würde, vor allem im Bahnbereich, wo es effektiv viel schwieriger ist, von Bern Mittel abzuholen.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt noch eine Zwischenfrage von Eric Weber. Nehmen Sie sie an? Sie wird abgelehnt. Nächste Fraktionssprecherin für das GAB ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Ich werde auch gleich zu allen drei Anträgen hier sprechen.

Die meisten bei uns in der Fraktion wurden in den letzten Wochen sehr oft auf diese Feiern angesprochen und ich muss sagen, selten mit wow, da passiert etwas Tolles, sondern meistens sehr ärgerlich. Die Menschen berichten davon, wie es ihnen geht, wenn die Krankenkassenprämien steigen, wie die Mieten steigen, wie sie Angst davor haben, dass sie eine Zahnarztrechnung nicht bezahlen können oder die Sorgen haben, dass ihre Kinder neue Winterjacken und Schuhe brauchen, die für sie wieder schwierig sind, das zu finanzieren. Und dann kommen die beiden Regierungen beider Basel und feiern ihre neuen Ständerats- und Bundesratspräsidien mit über einer halben Million.

Was bei der Bevölkerung angekommen ist, die Politik feiert sich selbst, lässt sich ein opulentes Fest servieren, ein Essen servieren und die Bevölkerung hat nichts davon. Das Geld wäre viel sinnvoller da ausgegeben, wo es wirklich der Bevölkerung zugutekommt. Das können Sie der Bevölkerung einfach nicht erklären. Das versteht so niemand. Und es ist verständlich, dass man sagt, die da oben, die Politik, nicht dass wir da oben sind, ich glaube, wir sind alles Vertreterinnen und Vertreter der Bevölkerung, aber solche Feste, solche Äusserungen, die da gemacht wurden, damit kann man sehr gut eine Wut schüren, eine Wut, die auch sehr verbreitet ist in der Bevölkerung.

Und ich muss auch sagen, ich verstehe bis heute nicht, warum man den einzigen Teil dieses Ständerats und Nationalratsfestes, der für die ganze Bevölkerung war, nämlich auf dem Marktplatz, nicht vorher kommuniziert hat. Also das wusste die Bevölkerung gar nicht. Wie will man dann ernsthaft der Bevölkerung sagen, es sei ein Fest für alle, wenn man es ihnen gar nicht sagt. Ich fand den Teil toll, aber ich war auch nur da, weil ich zufälligerweise aus diesem Saal hier rausgelaufen bin und da fast nicht daran vorbeigekommen bin. Also da wurde echt vieles falsch gemacht in der Planung und auch in der Kommunikation.

Vor diesem Hintergrund können wir diese Anträge auf nachträgliche Kürzungen und auch für die Kürzung des geplanten Bundesratsfestes verstehen. Ich bin auch überzeugt, dass mit 100'000 Franken weniger ein tolles Fest möglich wäre, aber im Nachhinein jetzt Gelder zu kürzen beziehungsweise innerhalb von der Staatskanzlei Gelder zu kürzen, weil in der Vergangenheit Gelder falsch ausgegeben wurden, bringt einfach nichts. Damit bestrafen Sie die falschen. Es wird kein einziger Franken, der für die vergangenen Feiern oder nicht Feiern ausgegeben wurde, wieder eingespart. Niemand hat irgendetwas davon. Also es bringt überhaupt nichts, diesen Kürzungsanträgen für die vergangenen Feste hier zuzustimmen, wir werden diese deshalb auch ablehnen.

Es macht aus unserer Sicht auch überhaupt keinen Sinn, jetzt gerade bei der geplanten Bundesratsfeier, die nun tatsächlich ein Fest für die Bevölkerung sein soll, hier zu sparen. Man merkt am Programm und auch der Kommunikation, ich habe gerade heute Morgen die Plakate auf dem Marktplatz gesehen, wo kommuniziert wird, welche Feste für die Bevölkerung da sind, wo man dabei sein kann, man hat daraus gelernt. Und das jetzt zu bestrafen, dieses Lernen, indem man hier Gelder kürzt, macht ebenfalls keinen Sinn.

Noch ein paar Worte zu den Antragstellenden, also zu der Partei. Es ist klar, die SVP zeigt hier wieder Mal ein gutes Gespür für den Ärger und die Wut in der Bevölkerung, aber gleichzeitig hat sie kein Problem damit, Millionengeschenke für Konzerne und Superreiche zu verteilen, die mit ihren Privatjets zu ihren Privatpartys fliegen und ihren superteuren Champagner schlürfen. Es geht Ihnen also hier nicht um die Sorgen der Bevölkerung, sondern eigentlich nur darum, Stimmung gegen andere Parteien und Politiker*innen anderer Parteien zu machen.

Ich bitte Sie also darum, hier diese Kürzungsanträge abzulehnen, damit wir die Bundesratsfeier so durchführen können, wie sie geplant ist. Auch ein wenig als Wiedergutmachung für die vergangene Feier, die doch sehr exklusiv und nicht für die Bevölkerung da war.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Einzelsprechenden. Erster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin mächtig stolz, dass ich Grossrat bin und dass ich diese Sache ins Rollen gebracht habe. Das war meine Anfrage mit diesen 60'000 Franken vor einem Jahr wegen Eva Herzog. Ich weiss jetzt gerade nicht mehr, schriftliche Anfrage oder Interpellation, aber ich bin mächtig stolz, dass ich das gebracht habe. Die Basler Zeitung hat es gross gebracht, ich musste massiv Widerspruch machen, weil mein Name nicht gebracht wurde, dann kam ein kleiner Leserbrief von mir, Eric Weber, Grossrat, hat das gemacht.

Wenn Sie seit 40 Jahren Grossrat sind wie ich, wenn Sie zusammenkommen mit jungen Leuten, dann hat man eine politische Erfahrung. Ich sage Ihnen, man hätte das Bundesratsfest zusammenlegen können mit Eva Herzog als



Ständeratspräsidentin. Man hat ja gewusst, dass Beat Jans gewählt wird, man hätte die Feste zusammenlegen können. Wir haben einen Ratskeller, einen Ratskeller hier unten wie in Dresden und Chemnitz, Platz für 550 Leute. Wir müssen keine Miete zahlen, warum machen Sie es nicht im Ratskeller im Rathaus Basel und im Innenhof? Da kann man auch sparen.

Zu den Kosten. Eva Herzog, 60'000 Franken letztes Jahr. Jetzt dieses Jahr 240'000 Franken, Beat Jans, 300'000 Franken. Man hätte die zwei Feste zusammenlegen müssen. Auch an die Regierung, die das macht, man kann eine Einladung auch noch nach der Wahl schreiben. In der schriftlichen Antwort auf meine Interpellation hat es geheissen, wir haben die Einladungskärtchen schreiben und drucken müssen. Aber das kann man auch nach einer Wahl machen. Schauen Sie einmal, wir sind im Zeitalter der Digitalisierung. Die Bundesratsfeier Beat Jans ist am 21. Dezember, da hätte man jetzt heute anfangen können mit den Kärtchen und nicht wie bei Eva Herzog schon drei Wochen vorher. Eine schnelle Druckerei druckt Ihnen heute in einer halben Stunde und dann muss man wirklich sagen, der Steuerzahler hat das Geld verloren. Es wird mit Steuergeldern herum geschossen, man hätte die Feierlichkeiten jetzt im Dezember zusammenlegen können.

Was die Vorredner noch gut gesagt haben, auch Tonja Zürcher hat richtig gesagt, die Bevölkerung hat ja von dem Fest auf dem Marktplatz gar nichts gewusst. Das ist ja gar nicht kommuniziert worden. Selbst wenn Sie die Basler Zeitung lesen, 20 Minuten, usw., können Sie nicht wissen von diesem Fest. Ich bin wie Tonja Zürcher, ich habe nur von dem Gratisessen mit Würstchen, Weisswein, verschiedene Mineralwasser gewusst, weil ich hier Grossrat bin. Wäre ich an dem Tag nicht im Grossen Rat gewesen, hätte ich auch nichts gewusst von dem Gratisessen auf dem Marktplatz. Da muss ich Tonja Zürcher Recht geben, es ist schlecht kommuniziert worden und es ist dann nicht ein Fest für die Bevölkerung. Die breite Bevölkerung hat nichts gewusst von der Gratiswurst.

Lieber Regierungsrat, es wäre schön, wenn man sparen würde, wenn man besser planen würde und das besser macht und nicht nur sagen, Tim Cuénod, Essen, Essen, Sie haben das Bild gezeigt, da haben sie Wasser und Brot gegessen für 20 Rappen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

Antrag SVP Dienststelle Staatskanzlei betreffend Bundesratsfeier Eva Herzog

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

5 Ja, 84 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002331, 14.12.23 11:47:19]

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 84 Nein-Stimmen bei 5 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen.

Es liegt ein anderer Änderungsantrag der Fraktion SVP vor. Dienststelle Staatskanzlei (Budgetbuch Kapitel 3.2.3 Seite 52)

Erfolgsrechnung, Verbesserung um 60'000 Franken, Ständeratsfeier Eva Herzog. Der Antragsteller verzichtet auf ein Votum. Der Finanzkommissionspräsident verzichtet ebenso. Der Regierungs-Vizepräsident verzichtet ebenso. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Wir kommen direkt zur Abstimmung.

Abstimmung

Antrag SVP Dienststelle Staatskanzlei betreffend Ständeratsfeier Eva Herzog

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

7 Ja, 80 Nein, 6 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002333, 14.12.23 11:48:31]



Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 80 Nein-Stimmen bei 7 Ja-Stimmen und 6 Enthaltungen.

Es liegt ein Änderungsantrag von Pascal Messerli vor. Dienststelle Staatskanzlei (Budgetbuch Kapitel 3.2.3 Seite 52)

Erfolgsrechnung, Verbesserung um 100'000 Franken, Feier Beat Jans. Der Antragsteller verzichtet auf ein Votum. Joël Thüring verzichtet ebenso. Lukas Engelberger verzichtet ebenso. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

Antrag Dienststelle Staatskanzlei betreffend Bundesratsfeier Beat Jans

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

5 Ja, 84 Nein, 5 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002335, 14.12.23 11:49:41]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Antrag abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 84 Nein-Stimmen bei 5 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen.

Es liegt ein weiterer Änderungsantrag der Fraktion SVP vor. Dienststelle Aussenbeziehungen und Standortmarketing (Budgetbuch Kapitel 3.2.4 Seite 55)

Erfolgsrechnung, Verbesserung um 150'000 Franken. Der Antragsteller Pascal Messerli hat das Wort.

Pascal Messerli (SVP): Gemäss Bericht der Finanzkommission plant das Präsidialdepartement Marketing-Massnahmen für die Beziehungen der Schweiz und der EU. Dafür sind im Rahmen einer mehrwöchigen Schweizer Präsenz im Sommer 2024 in Paris für die Konzeption Planung sowie Umsetzung und Begleitung vor Ort rund 150'000 Franken vorgesehen. Es wird immer wieder damit argumentiert, dass bei Kürzungsanträgen die Bevölkerung darunter zu leiden hat, dass wir eine Abbau-Politik machen, und hier muss ich Ihnen wirklich sagen, wenn wir diesen Kürzungsantrag sprechen, schadet das nun wirklich niemandem in der Bevölkerung.

Aussenpolitik ist ganz klar Aufgabe des Bundes, es ist nicht die Aufgabe des Kantons, ein neues Rahmenabkommen hier zu erwirken. Es ist nicht die Aufgabe des Kantons, hier die Beziehungen mit der EU weiterzuführen, das ist die Aufgabe des Bundesrats. Und auch wenn es sehr viele hier drin vielleicht nicht wahrhaben wollen, aber es ist einfach mal ein Fakt, dass ein Rahmenabkommen in dieser Form, wie es der Bundesrat beerdigt hat, einfach nie und nimmer mehrheitsfähig gewesen wäre.

Deshalb muss man jetzt da eher auf Bundesebene schauen, dass man hier etwas machen kann. Der Bundesrat soll mit einem neuen Vorschlag kommen und es ist sicherlich nicht die Aufgabe des Kantons, hier vorzupreschen und einmal mehr hier ein Basler Finish anzustreben, das am Ende des Tages überhaupt nicht relevant ist. Diese 150'000 Franken können wir uns wirklich einsparen, das schadet niemandem und hier dem Bund die Aufgabe überlassen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Johannes Sieber. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.



Johannes Sieber (GLP): Pascal Messerli, bei der Fülle dieser Anträge müsste ich mal fragen, welchen dieser Anträge haben Sie gestellt in der Finanzkommission und falls Sie einen davon nicht gestellt haben, warum nicht?

Pascal Messerli (SVP): Ich bin nicht in der Finanzkommission, deshalb habe ich dort auch keinen Antrag gestellt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für die Finanzkommission hat das Wort Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Die Finanzkommission beantragt Ihnen, diesem Antrag nicht zuzustimmen. Wir haben diesen Antrag in der Finanzkommission nicht diskutiert, aber wir haben natürlich Kenntnis über diese Marketing-Massnahmen, welche geplant sind für die Beziehungen Schweiz/EU und sind nicht zum Entschluss gekommen, dass wir hier eine Kürzung beantragen müssten. Deshalb bitten wir Sie, den Antrag der SVP-Fraktion abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Der Regierungsrat möchte Sie bitten, diesem Antrag nicht Folge zu leisten. Es ist zwar natürlich die Aussenpolitik vor allem eine Kompetenz des Bundes, aber es gibt auch die kleine Aussenpolitik, die Nachbarschaftspflege, die für den Kanton wichtig ist und wir wollen hier auch unseren Spielraum nutzen. Gemäss Legislaturplan sollen der trinationale Lebensraum und seine Stärken auch europaweit bekannt gemacht werden oder im europäischen Umfeld besser positioniert werden. Dank einer engen Zusammenarbeit mit unseren Partnern im Dreiland sollen optimale Voraussetzungen geschaffen werden, regionale Anliegen gemeinsam zu vertreten und spezifische Vorhaben partnerschaftlich umzusetzen. Hierzu gehört auch die Notwendigkeit, sich für zukunftsfähige Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU einzusetzen und diese überzeugend zu vermitteln.

Dies soll unter anderem auch im Rahmen einer Charme-Offensive mit Marketing-Auftritten gezielt in Deutschland und Frankreich erfolgen. Teil davon ist ein Auftritt während den Olympischen Spielen und den Paralympischen Spielen im Maison Suisse France von Präsenz Schweiz, also in der Schweizer Botschaft in Paris, dort wollen wir uns präsentieren. Die Basler Präsenz beinhaltet eine Ausstellung zur Kulturmetropole, zum Innovationshub und zum Veranstaltungsort Basel sowie eine entsprechende Kommunikationskampagne. Zudem soll die Basler Präsenz als Plattform für Netzwerk-Anlässe, für Standortmarketing-Akteure aus den Bereichen Kultur, Tourismus, Wirtschaft, Sport, Bildung und Forschung sowie mit politischen Akteurinnen und Akteuren vor Ort genutzt werden.

Der Regierungsrat ist überzeugt, dass dieser Auftritt den Zielsetzungen des Kantons entspricht, ein sehr gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis aufweist und sich die Kosten für diesen geplanten Auftritt in Paris somit mehrfach lohnen. Wir möchten Sie bitten, die 150'000 Franken im Budget nicht zu streichen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Eingetragen hat sich Tim Cuénod als Einzelsprecher und hat das Wort.

Tim Cuénod (SP): Vielen Dank an Regierungsrat Lukas Engelberger für die Ausführungen. Wie gesagt, es geht hier nicht um einen Basler Finish, sondern darum, ob sich Basel etwas anhängen will an der Präsenz des Bundes, der hier 4 Millionen Franken ausgibt für diese Präsenz der Schweiz an den Olympischen Spielen für Standort-Massnahmen und anders. Ich denke, wir werden da auch bei weitem nicht der einzige Kanton sein.

Und ich möchte schon betonen gegenüber der SVP, eine Rolle des Regierungsrates ist, das sollte auch eine Rolle des Grossen Rates sein, dass wir die Basler Interessen vertreten in unseren Aussenbeziehungen und reden Sie etwas mehr vielleicht mit den Vertreterinnen und Vertretern des Forschungsstandortes der Industrie. Wir haben ein massives Interesse, dass die Probleme mit der EU endlich gelöst werden können und dafür sollten wir uns auch einsetzen.

Aber abgesehen von diesem konkreten Ziel einer Neuordnung der Schweiz/EU-Beziehung tut uns Präsenz in Frankreich diesbezüglich generell sehr gut. Die Beziehungspflege dort ist hilfreich. In Frankreich werden auch sehr viele Entscheide, wie wir wissen, sehr zentralistisch entschieden. Wenn Sie eine Brücke bauen wollen von Kleinhüningen nach Huningue, dann brauchen Sie einen Staatsvertrag, so wie es aussieht. Und für viele andere Massnahmen redet Paris auch in unserer trinationalen Region direkt mit und da hilft es auch, mit Vertreterinnen und Vertretern von Paris und anderen irgendwie ins Gespräch zu kommen, eine starke Präsenz zu haben, um auch die Sensibilität für unsere trinationale Region zu stärken.



Ich denke dabei auch unseren Flughafen, ich denke an wichtige Entscheidungen von Paris in Bezug zum Beispiel in der Coronakrise, ob Pflegekräfte weiter in der Schweiz arbeiten können. Ich denke an Investitionen wie den Bahnanschluss am Flughafen. Es hilft, wenn man dort unsere trinationale Region ein wenig besser erklärt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Franz-Xaver Leonhardt.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Ich habe, wenn es klappt, gerade ein Bild hier zum Zeigen. Das war eine Aufnahme von diesem Empfang, wo die Basler Regierung gemacht hat wegen der Art. Sie sehen hier den Schweizer Botschafter, das ist im Botschaftshaus. Sie sehen ein ganz berühmter Tapis, wo die Basler Vertretung von der Schweiz in Paris war bei Louis XIV. Dieses Bild soll zeigen, es wäre nicht gut, dieses Geld zu streichen, weil das nachbarschaftliche Pflege ist. Herzlichen Dank, dass wir dem Antrag nicht Folge leisten.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nun Eric Weber für ein kurzes Votum.

Eric Weber (Fraktionslos): Mein Vorredner hat ein Bild gezeigt von Paris. Ich möchte das Bild auch zeigen und habe das Bild hier.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich würde es gerne zuerst sehen. Ich lasse es nicht zu. Sie können jetzt reden.

Eric Weber (Fraktionslos): Regierungsrat Lukas Engelberger, Sie haben vorhin gesprochen, aber ich muss sagen, wenn jetzt Frau Le Pen, die ich persönlich kenne, übernimmt, hat sich das auch erledigt. Wenn Sie die Basler Zeitung lesen, wissen Sie auch, Tim Cuénod, in Paris wird von grosser Terrorgefahr gesprochen. Und ich möchte von der Regierung wissen, wer nach Paris geht und wer dabei ist als Begleitung.

Wenn Sie als Journalist wissen, wie diese Anlässe vor sich gehen, es ist gesagt worden, dieser Anlass findet statt mit Basel-Stadt in der Botschaft der Schweiz in Paris. An solchen Anlässen bin ich zu oft gewesen als Journalist. Ich kenne diese Anlässe und das hat nichts mit der Bevölkerung zu tun. Tim Cuénod, an diesen Anlässen wird gegessen, gegessen und nochmal getrunken und getrunken. Das ist so, das ist die Wahrheit. Ich möchte darum wissen, wer von der Regierung dorthin geht.

Es ist bekannt, dass die Situation in Frankreich nicht gut ist. Darum finde ich, könnte man diese 150'000 Franken auch sparen. Es ist einfach zu viel Geld da, eine Party hier, eine Party dort, noch dies und jenes. Das würde ich auch gerne einmal machen. Dann müsste man halt auch einmal die Grossräte fragen wie ich, die gute Beziehungen haben nach Frankreich, ob man auch einmal kommen dürfte, weil man die andere Seite auch wissen möchte. Und die andere Seite ist nicht nur die Regierung, sondern auch die Opposition. Das wollte ich einfach sagen.

Auch dieser Anlass in der Botschaft der Schweiz vor verriegelten Türen, dort kommt man nicht rein, dort werden andere Botschafter eingeladen, andere Botschaftsmitarbeiter und die kommen bestimmt nicht nach Basel, wenn sie sehen, was da am Bahnhof in Basel abgeht.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: In der zweiten Runde wird auf ein Votum verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

Antrag SVP betreffend Standortmarketing und Aussenbeziehungen

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablenkung.

Ergebnis der Abstimmung

11 Ja, 80 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002338, 14.12.23 12:02:10]

Der Grosse Rat beschliesst



den Antrag abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 80 Nein-Stimmen bei 11 Ja-Stimmen und keiner Enthaltung.

Ich unterbreche hier unsere Budgetsitzung. Wir treffen uns um 15:00 Uhr und fahren mit der Behandlung der Budgetdebatte fort.

Schluss der 42. Sitzung

12:02 Uhr



Protokoll

der 43. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Donnerstag, den 14. Dezember 2023, um 15:00 Uhr

Vorsitz: *Bülent Pekerman, Grossratspräsident*

Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung

Abwesende: *Anina Ineichen (GAB), Fina Girard (GAB), Franziska Roth (SP), Leonie Bolz (SP)*

Verhandlungsgegenstände:

50. Bericht der Finanzkommission zum Budget 2024 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Budget 2024 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom, Mitbericht BKK 2
10. Areal Horburg Dreirosen; Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisung von Einsprachen im Bereich Horburgstrasse, Müllheimerstrasse, Badenweilerstrasse und Wiesenschanzenweg (Areal Horburg Dreirosen), Bericht der BRK 29



Beginn der 43. Sitzung

Donnerstag, 14. Dezember 2023, 15:00 Uhr

50. Bericht der Finanzkommission zum Budget 2024 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Budget 2024 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom, Mitbericht BKK

[14.12.23 15:00:10, 23.5583.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung und habe Ihnen folgende Mitteilung zu machen. Kaffeespense heute Nachmittag: Bundesrat Beat Jans spendiert uns heute Nachmittag den Kaffee. Vielen Dank, lieber Beat, für diese grosszügige Geste.

Wir fahren fort mit der Budgetdebatte und ich bitte um Ruhe im Saal. Es liegt ein Änderungsantrag der SVP-Fraktion vor für die Dienststelle Kultur, Budgetbuch Kapitel 3.2.7 auf der Seite 62. Erfolgsrechnung Verbesserung um 237'500 Franken. Der Antragsteller Pascal Messerli hat das Wort.

Pascal Messerli (SVP): Wir können heute ein weiteres wichtiges Zeichen gegen Antisemitismus setzen. Auch wenn das SVP-Sekretariat heute von Hamas-Verstehern angegriffen wurde und auch wenn ich die Plakate vor dem Rathaus sehe, mit unschönen Skandierungen, dann ist es vielleicht umso wichtiger, dass wir einfach mal auch ein konkretes Zeichen setzen und nicht immer nur über Lippenbekenntnisse abgeben. Wenn jetzt die Frage kommt, ob wir diesen Antrag in der Finanzkommission gestellt haben, dann kann ich ganz fundiert sagen, Nein, weil diese Form von Antisemitismus nach dem Bericht der Finanzkommission geschehen ist und deshalb es einfach auch ein Fakt ist, dass Antisemitismus überall und zu jederzeit stattfinden kann.

Meine Damen und Herren, wir haben seit dem Angriff der Hamas auf Israel zahlreiche Vorstösse überwiesen. Ein Anzug wurde stehengelassen, es wurden Interpellationen eingereicht, es wurden neue Anzüge eingereicht. Das ist alles richtig, das ist absolut gut, aber es muss dann auch einmal Konsequenzen haben, wenn wir einen konkreten Fall von tiefem Antisemitismus haben. Der neue Chef der Kunsthalle hat zwei sehr problematische Briefe unterschrieben, in der einseitig Israel Völkermord, Genozid und Apartheid vorgeworfen wurde. Der Angriff der Hamas wurde in keiner Art und Weise erwähnt, erst fünf Tage später in einer Klammerbemerkung. Das ist ganz klar eine antisemitische Haltung und ich habe dazu auch schon eine Interpellation eingereicht. Wenn es jetzt heisst, dass der neue Chef sich von den problematischen Passagen distanziert, dann nehme ich ihn diese Distanzierung nicht ab. Jeder weiss, was er für einen Brief er unterschrieben hat, erst recht, wenn man auf diesem intellektuellen Niveau ist, dann ist das eigentlich etwas, das man wissen sollte. Und man sollte wissen, dass es problematisch ist und dementsprechend ist es klar, was für ein Beweggrund dahinter stand.

Wir haben einige Lippenbekenntnisse in der letzten Zeit abgegeben. Dann wäre es jetzt auch mal konsequent, wenn wir sagen, so kann es nicht weitergehen. Die Überlegung hinter diesem Änderungsantrag ist, dass wir der Kunsthalle drei Monate Zeit geben und in diesen ersten drei Monaten des Jahres kein Geld sprechen. Wenn sie sich dann neu sondiert hat und innerhalb von drei Monaten einen neuen Kunsthallenchef gefunden hat, dann kann der Staatsbeitrag wieder laufen.

Was wir jetzt gesehen haben, war eine leichte Entschuldigung, eine leichte Distanzierung und dann geht es wieder weiter zur Tagesordnung. Das können wir so nicht stehenlassen und aus diesem Grund bitte ich Sie im Namen der SVP-Fraktion, diesem Änderungsantrag zuzustimmen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für die Finanzkommission das Wort hat Präsident Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Die Finanzkommission hat sich mit diesem Thema nicht auseinandergesetzt. Wir nehmen zur Kenntnis, dass der Grosse Rat im November einen entsprechenden Staatsbeitrag mit Grossratsbeschluss gesprochen hat. Wir haben diese Diskussion dazu nicht geführt und beantragen Ihnen deshalb, diesen Antrag abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrat Lukas Engelberger.



RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Der Regierungsrat verurteilt jegliche Art von Antisemitismus auf das Entschiedenste. Er hat in seiner Beantwortung der Interpellation Nummer 148 von Pascal Messerli im Rahmen der Grossratssitzung vom 6. Dezember hierzu sich bereits geäussert. Wir haben klargestellt, dass erstens der Kunstverein am 16. November ausführlich mittels einer Medienmitteilung Stellung genommen hat. Sowohl der Basler Kunstverein als auch Mohammed Almusibli distanzieren sich entschieden von den umstrittenen Passagen in den offenen Briefen. Beide verurteilen jegliche Form von Antisemitismus. Dies wurde ebenfalls öffentlich klargestellt.

Regierungspräsident Beat Jans hat am selben Tag gegenüber den Medien Stellung bezogen und klargestellt, dass er erwarte, dass jeglicher Verdacht auf Antisemitismus klar ausgeräumt wird. Das ist dann mit der Stellungnahme des Kunstvereins am 16. November ja auch passiert. Der Regierungsrat hat diese Klarstellung so entgegengenommen. Wir haben das Anliegen des Kunstvereins unterstützt, dass der neue Direktor eine Chance bekommt, in Basel seine Fähigkeiten, sein Talent und seine Haltung als Kurator zeitgenössischer Kunst unter Beweis zu stellen. Die Aussage in der Antragsbegründung, dass sich der Regierungsrat oder der Kunstverein weigern würden, den Fall aufzuklären, scheint mir somit widerlegt.

Zum Thema der Meinungsäusserungen von Vorstandsmitgliedern und Mitgliedern von Findungskommissionen: Das sind Themen, die wir auch in der Interpellation Nummer 150 von Joël Thüring angesprochen haben und die wir dort in diesem Rahmen beantworten werden. Hier nur in aller Kürze: Es handelt sich um persönliche, private Meinungsäusserungen von einzelnen Personen, die nicht als Repräsentanten des Kunstvereins respektive der Kunsthalle auftreten. Dem Basler Kunstverein als Institution steht es fern, sich zu politischen Geschehnissen zu äussern, jedoch fallen private Äusserungen von einzelnen mit der Institution verbundenen Personen unter das Grundrecht der Meinungsfreiheit. Der Regierungsrat hält es für verfehlt, daraus Argumente für eine Kürzung von Staatsbeiträgen abzuleiten. Er sieht hierfür keine Veranlassung und lehnt den Kürzungsantrag deshalb ab.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Bevor wir zu den Fraktionssprechenden kommen möchte ich eine kurze Mitteilung machen.

Besuch auf der Zuschauertribüne: Auf der Tribüne begrüsse ich die Schülerinnen und Schüler des Wirtschaftsgymnasiums Basel mit Lehrperson David Schreiber. Die Jugendlichen haben sich vorher bereits mit zwei Ratsmitgliedern zu einer engagierten Debatte getroffen. Liebe Schülerinnen und Schüler, ich wünsche euch einen interessanten Nachmittag bei uns. Herzlich willkommen. (*Applaus*)

Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Erster Einzelsprecher ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Das Grünalternative Bündnis lehnt diese Kürzung ab. Die Zivilgesellschaft in Israel, in Gaza und in Palästina leidet enorm unter dem Konflikt im Nahen Osten. Der Konflikt hat sich seit dem schrecklichen Terrorangriff der Hamas ausgeweitet und intensiviert. Ein Frieden ist leider, und das betrifft uns sehr, nicht in Sicht. Das Elend für die Zivilbevölkerung geht weiter und weiter, eine Aussicht auf ein friedliches Zusammenleben ist leider in weiter Ferne.

Seit Monaten betreibt die SVP eine politische Kampagne, welche die menschliche Tragödie in Israel und in Palästina missbraucht. Jegliche Kritik am Vorgehen der israelischen rechten Regierung wird als antisemitisch abgestempelt und mit einer Unterstützung der Terrororganisation Hamas gleichgestellt. Gleichzeitig hat die nationale SVP keine Berührungspunkte mit antisemitischen rechtsextremen Parteien und Personen in Kontakt zu sein oder gar Wahlkampagnen zu lancieren. Anstatt dass wir hier in der Stadt alle gemeinsam für ein friedliches Zusammenleben uns einsetzen und Menschen mit jüdischen Wurzeln und persönlichen Bezügen zu Israel und Palästina zusammenführen, wird in den letzten Wochen von der SVP-Feuer ins Öl gegossen. Dies finden wir unverantwortlich.

Der Basler Kunstverein und der designierte Direktor haben sich vom Terror der Hamas klar und deutlich distanziert, eine Verurteilung und Kritik des Bombardements der israelischen Regierung unter Netanyahu in Gaza wird unterdessen auch von der US-Regierung und von den europäischen Staaten geteilt und in Israel gibt es durchaus kritische Stimmen der Zivilbevölkerung gegen das Vorgehen der israelischen Regierung. Es wäre also angezeigt, dass wir hier in Basel einen anderen Umgang mit dem Konflikt finden und wir lehnen deshalb diesen Kürzungsantrag ab.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Das ist ein schwieriges Thema hier und dass wir es an der Budgetdebatte besprechen, ist ein bisschen speziell, aber wir wollen hier natürlich auch Stellung nehmen. Ich möchte ganz klar am Anfang sagen, die Organisation



Hamas war bereits vor dem 7. Oktober eine sehr schwierige Organisation, hat aber am 7.10. unbeschreibliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen und jede Relativierung dieser Taten ist völlig unakzeptabel. Zweitens, Antisemitismus zeigt leider wieder sein hässliches Gesicht. Sie haben vielleicht die Schlagzeilen aus Polen gesehen, aber auch hier bei uns in der Stadt im Alltag. Es ist eine klare Kante gefordert. Wir müssen genau hinschauen, selbstverständlich auch bei Organisationen mit Staatsbeiträgen. Wir haben es vorher gehört, die Regierung macht das, der Regierungspräsident hat sich damals entsprechend klar geäussert bei diesem Fall, im Weiteren verweise ich auf die Ausführung von Regierungsrat Lukas Engelberger.

Persönlich macht mich auch das Leid der palästinensischen Bevölkerung sehr betroffen. Es ist legitim, diese Betroffenheit zu äussern. Es ist auch legitim, sich für die Rechte der Palästinenserinnen und Palästinenser auszusprechen. Das ist im heutigen Klima, wo jedes Wort auf die Goldwaage gelegt wird, sehr schwierig und es ist klar, dass wir von Leitungspersonen erwarten müssen, dass sie Äusserung über die Rechte der Palästinenser in einer klaren Abgrenzung zum Antisemitismus tun. Ich habe es wiederholt, ich wiederhole es noch einmal: Der Direktor der Kunsthalle hat sich in diesem Sinn geäussert und das müssen wir auch anerkennen.

Pascal Messerli, ich anerkenne, dass Sie sich ehrlich gegen Antisemitismus einsetzen, aber dieser Kürzungsantrag hier ist jetzt wirklich der falsche Weg. Ich unterstütze jede Massnahme gegen Hamas als terroristische Organisation. Wenn wir jetzt aber hier alle Massnahmen, alle Menschen, die sich aus Betroffenheit äussern, Menschen, die kritische Bemerkungen machen, vielleicht manchmal auch ein bisschen unbedacht, weil sie sich nicht alltäglich mit Politik auseinandersetzen. wenn wir hier alle diese Menschen ächten, dann zerstören wir den Weg zum Frieden. Und so schwierig es ist aktuell daran zu denken, wir müssen Frieden schaffen. Das muss unser Ziel sein.

Wir alle sollten uns für Frieden und gegen Antisemitismus einsetzen und vor allem in den eigenen Kreisen. Das heisst ich, ich muss mich in der Linken positionieren. Ich freue mich auch, dass es ausserparlamentarische Linke gibt, die sich hier unmissverständlich äussern. Man kann das Statement des Grauen Blocks in Erinnerung rufen. Und in diesem Zusammenhang muss ich auch sagen, es ist nicht akzeptabel, wenn Parteisekretariate angegriffen werden. Ich lade Sie aber ein, Pascal Messerli, das bei der SVP Schweiz zu tun. Wir alle hier im Parlament mussten mit Unverständnis zur Kenntnis nehmen, dass Ihre Mutterpartei in Bern gegen den besseren Schutz jüdischer Institutionen war. Und wie gesagt, ich glaube, dieser Antrag hier ist einfach kontraproduktiv und ich bitte jetzt Sie deshalb um Ablehnung.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin natürlich wieder einmal sehr berührt von dieser Debatte, auch vom Besuch. Ich selber war im Wirtschaftsgymnasium Basel.

Eric Weber (Fraktionslos): Dort habe ich über diesen Konflikt in Palästina und Israel gelernt. Und wir diskutieren jetzt über diesen Konflikt. Mein Geschichtslehrer war Herr Müller.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich rufe Sie ein zweites Mal zur Ordnung. Das haben Sie sich jetzt verdient und ich entziehe Ihnen das Wort. Nehmen Sie bitte Platz.

David Jenny (FDP): Ich will die Debatte zurück in die Budgetdebatte führen. Wir haben hier einen Kürzungsantrag. Wie Sie genau wissen, haben wir einem Staatsbeitrag die Zustimmung gegeben für eine gewisse Periode und darauf gestützt wird eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen und die ist schon abgeschlossen worden. Also, es besteht eine Verpflichtung zur Zahlung dieser Beiträge an die Institution, ob Sie das jetzt aus dem Budget herausnehmen oder nicht. Und die Aufgabe zur Überwachung, ob eine Institution ihren Verpflichtungen aus dem Recht und der Vereinbarung nachkommt, obliegt dem Regierungsrat. Ich habe kein Argument dafür gehört, wodurch eine Vertragsverletzung begründet ist. Und eine solche Strafe ist einfach rechtsstaatlich nicht zu rechtfertigen.

Ich will aber anfügen, dass die Erklärungen des Kunstvereins mich nicht vollumfänglich überzeugt haben. Ich kann aber auch anfügen, dass ich annehme, dass die fragliche Person erst ein designierter Direktor ist, er steht also noch nicht in einem Arbeitsverhältnis mit dem Kunstverein. Dieses wird aufgenommen werden. Dann besteht, so hoffe ich, eine Probezeit. Der Arbeitgeber hat dann zu beobachten, ob sich diese Person an seine Pflichten hält oder nicht und gegebenenfalls hat er zu reagieren.

Es wurde in den Medien gesagt, man habe auch ein Recht auf undifferenzierte Meinungsäusserungen. Dies mag ja so undifferenziert stimmen, aber es ist doch empfehlenswert, bevor Sie einen offenen Brief unterzeichnen, vielleicht eine Nacht darüber zu schlafen, vielleicht auch zwei Nächte darüber zu schlafen. Wir haben über die Resolution, die Pascal Messerli



verfasst hat, auch einmal geschlafen und dann noch gefeilt und sie erst dann verabschiedet. Ich glaube, ein solches Vorgehen kann man auch künstlerisch tätigen Personen empfehlen, ohne übergreifend zu sein. Aber im übrigen lehnen Sie bitte diesen rechtlich völlig unbegründeten Kürzungsantrag ab.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Einzelsprechenden mehr eingetragen. In der zweiten Runde hat Regierungsrat Lukas Engelberger das Wort. Er verzichtet, Joël Thüring verzichtet ebenso. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

Antrag SVP betreffend Dienststelle Kultur

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

12 Ja, 75 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002341, 14.12.23 15:20:00]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Antrag abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 75 Nein-Stimmen bei 12 Ja-Stimmen und einer Enthaltung.

Wir kommen zum Globalbudget Museen, Mitbericht der BKK. Für die Finanzkommission hat das Wort deren Präsident Joël Thüring. Er verzichtet. Franziska Roth für die BKK verzichtet ebenso. Regierungsrat Lukas-Engelberger hätte das Wort, er verzichtet auch. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen.

Wir machen weiter und kommen zum Bau- und Verkehrsdepartement, Kommissionsbericht Seite 27. Hier liegen zwei Änderungsanträge der SVP-Fraktion vor. Wir führen zuerst die allgemeine Debatte zum Departement und beraten danach die Änderungsanträge. Das Wort zu diesem Departement hat zuerst für die Finanzkommission Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich habe es bereits heute Morgen in der Eintretensdebatte gesagt: Beim Bau- und Verkehrsdepartement ist eine grosse Veränderung gegenüber dem Vorjahresbudget auf den höheren Beitrag für das Globalbudget ÖV zurückzuführen. Dort steigt er, wie bereits erwähnt, um 20,5 Millionen Franken. Es gibt dann auch noch kleinere Veränderungen. Ich möchte das vielleicht ganz speziell hervorheben, weil das heute Morgen auch in der Diskussion der Votanten der Fraktionen ein Thema war.

Wir sehen jetzt doch gerade beim Bau- und Verkehrsdepartement, dass auch Entscheidungen des Parlamentes Einfluss haben auf den Headcount eines Departements und somit letztlich auch auf dem Headcount des Kantons. Es wurden nämlich aufgrund einer angenommenen Motion der UVEK betreffend Reduktion der Baustellenbelastung sowie der Nutzung des Stadtraumgestaltungspotenzials durch Nutzung von Synergien bei der Fernwärme 4,5 zusätzliche Vollzeitstellen geschaffen. Es wurden durch die Ablehnung der Solarpresskübel anvisierte Effizienzgewinne nicht erzielt. Das bedeutet ebenfalls, dass 3,0 Stellen bestehen bleiben «müssen». Zudem sind dort 8,0 zusätzliche Vollzeitstellen für die Umsetzung des vom Grossen Rat beschlossenen Entsorgungsmonopols bei Gewerbekehricht vorgesehen. Also teilweise ist es tatsächlich seitens des Parlaments so, dass seine Entscheidungen, und diese wertet jetzt die Finanzkommission nicht, durchaus auch die Folge haben können, dass der Headcount entsprechend ansteigt.

Ich möchte ganz kurz etwas zum Bau- und Gastgewerbeinspektorat sagen, es wurde heute Morgen auch schon von der Fraktionssprecherin des Grünalternativen Bündnisses erwähnt. Gemäss dem Bericht 22 des Regierungsrates wurde per 2023 ein Ratschlag zur Aufstockung der Personaldecke im Bau und Gewerbsgewerbeinspektorat in Aussicht gestellt. Hierfür sind jetzt für das Jahr 2024 vier Vollzeitstellen budgetiert. Gemäss Bau- und Verkehrsdepartement wurde bereits im Jahr 2023 aufgrund der herausfordernden Situation und auch im Hinblick auf die Sicherung des Service Public im Bereich Baubewilligung zusätzliches Personal eingestellt. Aufgrund der Dringlichkeit und des nicht vorhandenen Handlungsspielraums erfolgten diese Stabilisierungsmassnahmen in Kompetenz des Regierungsrates. Um zu vermeiden, dass sich ein Engpass wie im Jahr 2022 ein zweites Mal ereignen könnte und um die angestauten Dossiers baldmöglichst bearbeiten zu können, musste der Kanton rasch handeln, zumal die Rekrutierung angesichts des Fachkräftemangels eine



Herausforderung darstellt und die Einarbeitungszeit von neuen Mitarbeitern selbstverständlich auch jeweils mehrere Wochen bis Monate beträgt. Dementsprechend hat das Departement im Jahr 2023 für das Team Baubewilligungen vier Stellen ausgeschrieben und auch besetzt. Die vier Vollzeitstellen für das Budget 2024 entsprechen den bereits im Jahr 2023 notwendigen Personalressourcen, wobei die vier Stellen im Jahr 2023 dann erst im Verlaufe des Jahres besetzt wurden.

Es wird also kein entsprechender Ratschlag mehr dazu folgen. Wir wollten das hier an dieser Stelle einfach auch noch einmal transparent machen. Wir haben uns auch von der Vorsteherin des Departements, von Regierungsrätin Esther Keller versichern lassen, dass der Betrieb im Bau- und Gastgewerbeinspektorat nun wieder besser funktioniert. Die Einarbeitung erfordert noch etwas mehr Ressourcen und es würden zurzeit Altlasten von 2022 abgearbeitet. Dies sei sehr wichtig, jedoch könne die Drei-Monats-Erfüllungsquote noch nicht erreicht werden, da zuerst immer die alten Dossiers aufgearbeitet werden müssen, bevor die neuen in die Hand genommen werden.

Die Finanzkommission nimmt das so zur Kenntnis und wird selbstverständlich diese Situation rund um das Bau- und Gastgewerbeinspektorat auch weiterhin beobachten.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrätin Esther Keller. Sie verzichtet. Raphael Fuhrer hat das Wort.

Raphael Fuhrer (GAB): Ich darf im Namen der UVEK zum Globalbudget ÖV Stellung nehmen und möchte kurz berichten, worüber wir diskutiert haben und welche Positionen wir einnehmen. Wir haben wie die Finanzkommission festgestellt, dass es ein sehr starkes Wachstum gegeben hat, insbesondere seit 2021 und uns haben die Gründe dahinter interessiert.

Der erste Grund liegt auf der Hand, ein Angebotsausbau. Dieser Grund ist etwa für 10 Prozent der Steigerung seit 2021 verantwortlich. Für die restlichen Prozente, also für den ganz grossen Teil von 90 Prozent fallen andere Gründe ins Gewicht. Der zweite Grund ist die Teuerung, die sich hier bemerkbar macht. Der dritte Grund ist die Umstellung auf Elektrobusse. Immer wenn neue Fahrzeuge in Gebrauch kommen werden, sieht man das auch im ÖV-Globalbudget. Der vierte Grund ist ein anderer Finanzierungsmechanismus in der Infrastruktur, dass also die Traminfrastruktur via Darlehen verrechnet wird, und das schlägt dann im Globalbudget so zu Buche. Es sind keine Mehrausgaben, es ist ein anderer Finanzierungsmechanismus. Der fünfte Grund ist der Ertragsausfall infolge von Covid, der immer noch spürbar ist, und der sechste Grund schliesslich sind gestiegene Energiepreise.

Zum ersten Grund haben wir eine Diskussion geführt und uns auch informieren lassen, wie es aussieht mit dem Budgetpostulat, das die UVEK damals eingereicht hatte und das überwiesen wurde, betreffend den Ausbau am Abend und am Wochenende. Wir konnten sehen, dass es bis jetzt soweit ein Erfolg ist, es konnten schon gewisse Kursverdichtungen umgesetzt werden, im Moment wird das auch koordiniert mit Basel-Landschaft. Wir haben dies zum Anlass genommen, mit dem BVD über die diversen Kursausfälle bei den BVB zu sprechen. Was im Fahrplan ist, ist das eine, das andere ist, wie tatsächlich gefahren wird. Hier konnten wir uns die Ansicht des BVD vergegenwärtigen, dass das nicht geht und dass hier auch Massnahmen laufen. Die UVEK ist damit nicht zufrieden und erwartet hier schnell eine Besserung.

Zum dritten Grund, der Umstellung auf Elektrobusse: Neue Fahrzeuge verursachen auch höhere Kosten. Sie sind aber dann deutlich günstiger im Betrieb und im Unterhalt. Sie sind auch energiesparsamer, was gerade in der aktuellen Zeit ein wichtiges Argument ist. Dieses Thema wird aber sicher wieder kommen, wenn wir über neue Trams sprechen werden. Auch das wird wieder einen Effekt haben auf das ÖV-Globalbudget.

Zum fünften Grund: Wir haben diesen diesen Punkt allgemein zum Anlass genommen, um über die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs zu sprechen. Das eine ist das Angebot, die Preise und die Tarife sind das andere. Hier haben wir nachgefragt, wo der Kanton Basel-Stadt bei neuen Tarifmodellen steht, also bei kombiniertem öffentlichen Verkehr zum Beispiel Tram, Pick-e-Bike und Mobility in einem Tarif und über eine Schnittstelle, und wir haben erfahren, dass hier tatsächlich etwas geht, und mit anderen Städten zusammen soll dies nun bei uns eingeführt werden.

Zum sechsten Punkt, den gestiegenen Energiepreisen: Es wurde uns berichtet, dass es einen neuen Vertrag gibt zwischen den BVB und den IWB und dieser beeinflusst massgeblich die Kosten für die Energiepreise, neben den eigentlich gestiegenen Preisen in der Energie. Dieser neue Vertrag stand unter dem Eindruck der gestiegenen Energiepreise im Herbst/Winter 2022, darum wurde er flexibel ausgestaltet. Gemäss Auskunft des BVD wird der Mehrbedarf der Energiekosten beim Tram sehr wahrscheinlich so eintreffen wie budgetiert, beim Bus aber werden wir wahrscheinlich unter dem budgetierten Wert landen. Die UVEK hat insbesondere nachgefragt, wie dieser Vertrag genau aussieht, was das Preis- und Vertragsmodell ist, denn die Elektrobusse etwa werden ja vor allem über Nacht geladen, wenn eigentlich günstigere Tarife gelten, und seither sind die Strompreise ja auch wieder ziemlich gesunken. Die UVEK wünscht sich, dass dieser finanzielle Mehrbedarf bezüglich Energiekosten im Rahmen des Leistungsauftrags zwischen BVD und BVB genau überprüft wird und genau hingeschaut wird.



Als Gesamteindruck kann ich wiedergeben, dass die UVEK diesen Trend sieht und er wird und soll sich nicht fortsetzen. Da nun bestimmte Gründe dahinter liegen, die mittlerweile zum Teil auch bereits wieder nicht mehr gelten, sind wir der Ansicht, dass diese Entwicklung nicht weitergehen kann, gewisse Themen werden uns aber sicher begleiten.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen.

Somit kommen wir zu den Änderungsanträgen.

Es liegt ein Änderungsantrag der Fraktion SVP vor. Dienststellen Generalsekretariat Städtebau und Architektur, Mobilität, Budgetbuch Kapitel 3.3 auf Seite 84. Erfolgsrechnung. Verbesserung um 360'000 Franken. Der Antragsteller Pascal Messerli hätte das Wort, für ihn spricht jetzt Lorenz Amiet und hat das Wort.

Lorenz Amiet (SVP): 8,5%, 7%, 12,7%: Um so viel wächst das Budget 2024 gegenüber Budget 2023. Das sind selbst dann sehr stolze Wachstumszahlen, wenn man die etwas hoch veranschlagte Teuerung als Grundlage nimmt. Schon heute Morgen haben wir diverse Stimmen gehört, die dieses Wachstum kritisiert haben. Auch wir kritisieren dieses Wachstum selbstverständlich.

Wir haben uns gefragt, was wir tun können, und haben versucht, Positionen zu definieren, bei denen wir der Meinung sind, dass das Wachstum deutlich zu hoch ist. Wir stellen Ihnen hier jetzt den Antrag, beim Bereich Transformationsareale das Wachstum des Headcounts nicht um 3,9 Stellen, wie geplant und von der Regierung beantragt, vorzunehmen, sondern nur um 1,9 Stellen, also das Wachstum um zwei Stellen zu reduzieren.

Das ist kein massiver Eingriff. Wenn Sie nur diese Budgetpositionen, die betroffen sind, zum Nennwert nehmen, ist das eine Reduktion des Budgets um 0,65%. Ja, es ist Symbolpolitik, ja, es ist nicht wirklich viel, aber wir sind trotzdem der Meinung, dass man ein Zeichen setzen muss, um dem grenzenlosen Wachstum des Headcounts in gewissen Bereichen der Verwaltung einen Einhalt zu gebieten. Wir danken Ihnen für die Unterstützung dieses Antrags.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es liegt eine Zwischenfrage vor von Johannes Sieber. Sie wird angenommen.

Johannes Sieber (GLP): Ich versuche es jetzt noch einmal. Die SVP unterhält uns schon den ganzen Tag mit Kürzungsanträgen und ich frage mich wirklich, warum Sie das nicht in die Finanzkommission gebracht haben, um das dort seriös zu prüfen. Wäre das nicht viel sinnvoller gewesen als jetzt ad hoc irgendwelche Symbolpolitik zu betreiben?

Lorenz Amiet (SVP): Unser Vertreter in der Finanzkommission ist der Präsident, ich kenne die Spielregeln in der Finanzkommission nicht im Detail. Ich kann aus unserer Kommission berichten, dass es nicht gern gesehen wird, wenn die Präsidentin diejenige ist, die ständige Anträge einbringt. Und einen zweiten Sitz in dieser Kommission haben wir leider noch nicht.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für die Finanzkommission halt das Wort Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich hätte jetzt auch fast etwas zu Johannes Siebers Zwischenfrage sagen wollen. Ich sehe mich in meiner Rolle als Finanzkommissionspräsident nicht als der, der jetzt Tausende von Anträgen stellt. Aber ich möchte einfach ganz generell sagen, jedes Mitglied dieses Hohen Hauses hat Anspruch und Anrecht, einen Antrag in der Budgetdebatte zu stellen. Sie werden also wahrscheinlich nie vermeiden können, dass es auch noch entgegen dem Antrag der Finanzkommission hier im Parlament Anträge geben kann. Davon lebt eine Budgetdebatte, auch wenn Sie das sich vielleicht ja anders vorgestellt hätten.

Zum Inhalt des Antrags von Lorenz Amiet: Wir haben uns zu den Transformationsarealen auch explizit im Budgetbericht vernehmen lassen und ich verweise gerne auf lassen Seiten 31 und 32. Dort führen wir einerseits auf, weshalb es diese 3,9 neuen Vollzeitstellen geben wird oder weshalb diese beantragt sind, und wir führen dann sogar noch darüber hinaus aus, weshalb es dort auch entsprechende Sachmittel braucht, um dann auch diese verschiedenen Projekte voranzutreiben. Ich bitte Sie deshalb im Namen der Finanzkommission, dem Antrag der SVP-Fraktion nicht zuzustimmen und dem zu folgen, was der Regierungsrat beantragt hat und was auch die Finanzkommission für richtig erachtet.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Der Regierungsrat bittet Sie, diesen Kürzungsantrag nicht zu unterstützen. Ich möchte an dieser Stelle der Finanzkommission wirklich auch danken für die konstruktive Auseinandersetzung, auch für die kritischen Fragen zu den Gebieten, die ja schon genannt wurden, zum BGI, aber auch zu den Transformationsarealen. Hier ist wirklich der denkbar falsche Ort, um zu kürzen, einerseits, um es ökonomisch auszudrücken, weil hier ein grosser Return on Investment da ist. Und damit meine ich nicht nur Steuergelder von Menschen, die hier künftig mehr arbeiten und wohnen, sondern wirklich auch für die ganze Stadt.

Wir haben hier in Basel sieben grosse Transformationsareale. Das ist wirklich eine Chance, die relativ einzigartig ist in der ganzen Schweiz und wir haben Raumpotenzial für über 20'000 Einwohnende und über 40'000 Arbeitsplätze. Das ist eine grosse Chance, aber eben auch eine Verantwortung. Es ist in einer dicht bebauten Stadt nicht einfach, eine solche Entwicklung zu machen. Das muss sehr sehr sorgfältig gemacht werden. Es sind viele Ansprüche da, berechnete Ansprüche. Der Wohnraum muss bezahlbar sein, Grünplanung ist wichtig, Mobilität, die ganzen öffentlichen Nutzungen. Das ist nicht *courant normal*, den wir noch einmal schnell mit unseren bestehenden Mitarbeitenden lösen können. Wir haben diese Stellen auch befristet, weil auch klar ist, dass diese Arealentwicklungen irgendwann abgeschlossen sind und wir sorgfältig mit den Mitteln umgehen möchten.

Aber noch einmal: Das ist wirklich gut investiertes Geld. Wir möchten auch mit den Bauherren, mit den Investoren Schritt halten können. Die können relativ schnell ihre Ressourcen hochfahren und vorwärts machen bei diesen Entwicklungen und wir müssen natürlich als Kanton auch ein Gegenüber sein, das auch die nötigen Ressourcen hat, um diese Prozesse in Angriff zu nehmen. Deshalb darf ich Sie bitten im Namen des Regierungsrats, diese Kürzungen nicht zu unterstützen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine Fraktionssprechenden eingetragen. Als Einzelsprecherin hat sich gemeldet Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (GAB): Wir können diesen Antrag irgendwie ein bisschen nachvollziehen. Wir fragen uns auch, wieso das BVD bei den Entwicklungsarealen nicht in der Lage ist, auf eigene Ressourcen zurückzugreifen und damit Stellen für die Arealentwicklung ein bisschen moderat wachsen zu lassen. Wir erklären das uns damit, dass im Departement interne Probleme vorhanden sind. Abteilungen und Ämter zum Beispiel bekämpfen sich gegenseitig. Es fehlt also diesbezüglich eine Strategie, wie innerhalb des Departements die Zusammenarbeit aussehen soll.

Diese Probleme lassen sich aber nicht mit Kürzungen oder Kompensationen lösen. Hier braucht es Führung. Abgesehen davon finden wir, dass das Mobilitätsamt mehr Stellen braucht, nicht weniger. Aus diesen Gründen lehnen wir diesen Antrag ab. Ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, um unsere Erwartungen zu äussern. Die Stellenaufstockung bei den Entwicklungsarealen soll klar der Bevölkerung bzw. einer harmonischen Quartierentwicklung und dem Klima zugutekommen und nicht einzig den Investoren. In diesem Sinn nehmen wir auch Regierungsrätin Esther Keller beim Wort.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Besten Dank. In der zweiten Runde wünscht Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich muss jetzt trotzdem kurz auf dieses Votum eingehen. Es ist mir wirklich wichtig zu sagen, dass wir selbstverständlich Strategien haben, wie wir mit diesen Arealentwicklungen umgehen. Aber noch einmal, wir sprechen von sieben grossen Transformationsarealen. Das machen Sie nicht *en passant* mit den bestehenden Mitarbeitenden. Also die Strategie ist definitiv vorhanden, aber auch ein riesiges Potenzial über die nächsten Jahre, das wir auch nutzen wollen und werden. Deshalb würde ich mich über Ihre Unterstützung freuen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Joël Thüring verzichtet auf ein Votum. Wir stimmen ab.

Abstimmung

Antrag SVP betreffend Generalsekretariat/Städtebau und Architektur/Mobilität

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung



11 Ja, 78 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002343, 14.12.23 15:40:39]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Antrag abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 78 Nein-Stimmen bei 11 Ja-Stimmen und keiner Enthaltung.

Wir kommen zum nächsten Änderungsantrag der Fraktion SVP. Dienststellen Stadtgärtnerei, Budgetbericht Kapitel 3.3.1 auf Seite 97. Erfolgsrechnung Verbesserung um 153'000 Franken. Der Antragsteller Pascal Messerli hat das Wort.

Pascal Messerli (SVP): Das BVD plant für die Umsetzung des Stadtklimakonzepts eine Headcountaufstockung von einer Stelle. Wir von der SVP-Fraktion sind der Ansicht, dass man diese eine Stelle auch intern kompensieren kann. Wenn man sich den Ratschlag anschaut bezüglich dem Stadtklimakonzept, dann werden hier drei Millionen ausgegeben für ein paar neue Sonnenschirme, es werden Blumentöpfchen aufgestellt, die auch ein paar Millionen kosten. Das soll dann alles auch noch gewartet werden. Hier sind wir wirklich der Meinung, dass man einfach eine gewisse Form von Sauglattismus halt nicht sprechen sollte. Es gibt ja dann auch noch einen Ratschlag. Da kann ich jetzt schon versichern, dass wir hier von der SVP Änderungsanträge, wenn nicht gar Rückweisung beantragen werden. Dementsprechend sind wir der Meinung, dass wir hier diese eine Stelle auch kürzen können.

Bei den Transformationsarealen könnte man noch argumentieren, dass es sieben grosse davon gibt. Aber hier sind es wirklich Punkte des Stadtklimakonzeptes, die mehr als umstritten sind und sehr sehr teuer sind. Dementsprechend kann man hier durchaus auch kürzen. Und bevor jetzt die nächste Zwischenfrage von Ratskollege Johannes Sieber kommt – ich kann mich daran erinnern, dass die GLP gestern einer Staatsbeitragserhöhung zugestimmt hat, entgegen der BKK-Sitzung. Also sich immer die Welt so drehen, wie sie einem gefällt, ist auch nicht immer glaubwürdig. Wenn Sie einer Erhöhung zustimmen können, dann können Sie auch mal einer Kürzung zustimmen, sofern Ihnen die Finanzpolitik als GLP wirklich wichtig ist. Dementsprechend freue ich mich auf ihre Zustimmung.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für die Finanzkommission hat das Wort Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Die Finanzkommission beantragt Ihnen, diesen Antrag abzulehnen. Wir haben auch diese 1,0-Headcount-Aufstockung zur Kenntnis genommen und sind nicht der Ansicht, dass auf diese Stelle verzichtet werden soll. Wir bitten Sie deshalb, den Antrag der SVP-Fraktion abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Auch hier bittet sie der Regierungsrat, diese Kürzung abzulehnen. Pascal Messerli, ich darf Ihnen versichern, wir meinen es sehr ernst mit dem Stadtklimakonzept und ich bin überzeugt, dass Sie sich einmal durch diese fast 100 Seiten gekämpft haben, um mit Details sich hier auszukennen, nämlich dass wir unsere Strategie eben so gestaltet haben, dass überall wo möglich wir eben fixe Lösungen suchen. Wo immer möglich kommt der Baum in den Boden und eben solche Dinge wie dieser Antrag, den sie hier jetzt bekämpfen, die Schwammstadt.

Das ist extrem wichtig, weil die grösste Herausforderung für den Grünbestand in dieser Stadt ist das mangelnde Wasser. Wasser ist ein Thema, das generell in der Schweiz lange unterschätzt wurde und zwar in zwei Richtungen: Die zunehmende Trockenheit, ein Phänomen, das relativ neueren Datums ist. Also wir müssen unsere Stadt so ausrichten, dass künftig mehr Wasser in den Boden fließen kann. Und das bedingt doch eine relativ grosse Umstellung auch der bisherigen Planung, auch der Planungsgrundlagen. Das ist ein initialer Aufwand. Und das andere ebenso grosse Risiko sind Starkregenereignisse. Und auch dafür ist das Schwammstadtprinzip wichtig. Wir sehen immer wie mehr, dass es trockene Zeiten gibt und dann plötzlich Zeiten, in denen sehr viel Wasser kommt. Und auch da ist Stand heute, dass die Kanalisation, wie wir sie heute haben, nicht mehr ausreichen wird.

Wir müssen also andere Wege finden, um die Bevölkerung vor Starkregen zu schützen. Heute sollen wir dieses Geld investieren, um diese Planungen anzupassen. Das sind nicht Dinge, bei denen man jetzt schon auf wahnsinnig viel Bestehendes zurückgreifen muss. Alle Städte sind im Moment am Erarbeiten dieser Planungen und wir nehmen da auch



Rücksprache miteinander. Wir machen das nicht im Alleingang. Aber da müssen neue Dinge erarbeitet werden. Uns zu schützen gegen Starkregen aber eben auch gegen die zunehmende Trockenheit, ist etwas extrem Wichtiges.

Das ist Teil dieses Stadtklimakonzepts, damit wir eben diese Begrünung im Boden realisieren können, nachhaltig Bäume pflanzen, die auch gross werden können. Deshalb bitte ich Sie hier um Unterstützung.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine Fraktionssprechenden eingetragen. Als Einzelsprecher hat sich eingetragen Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Für das Grünalternative Bündnis möchte ich beliebt machen, diesen Kürzungsantrag nicht zu überweisen. Schwammstadt bedeutet, dass mehr Regenwasser versickern kann und nicht in die Kanalisation geht. Starkniederschläge werden zunehmen und wir müssen darum unsere ARA auf diese Ereignisse ausbauen. Da reden wir nicht mehr von ein paar zehntausend Franken, sondern von ein paar Hunderten von Millionen. Es ist darum wirklich gescheit, wenn wir jetzt in dieses Prinzip Schwammstadt investieren, damit wir Lösungen haben, bevor wir diese starken Niederschläge dann alle in die ARA ableiten und dort das Problem haben, sodass dort die viel höheren Kosten anfallen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: In der zweiten Runde wird auf ein Votum verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

Antrag SVP betreffend Dienststelle Stadtgärtnerei

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

10 Ja, 80 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002345, 14.12.23 15:47:13]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Änderungsantrag abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 80 Nein-Stimmen bei 10 Ja-Stimmen und keiner Enthaltung.

Globalbudget öffentlicher Verkehr, mündlicher Mitbericht der UVEK.

Für die Finanzkommission hat das Wort Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Der Kommissionsprecher der UVEK hat vorher schon mehr oder wenig zum Globalbudget ÖV gesprochen. Mir ist es einfach wichtig, an dieser Stelle der UVEK auch zu danken für die gute Zusammenarbeit. Wir sind sehr dankbar, wenn die UVEK uns Inputs liefert bei diesem Globalbudget öffentlichen Verkehr. Wir haben ja auch in der letzten Grossratssitzung einen Nachtragskredit vom Grossen Rat überwiesen bekommen. Die Finanzkommission wird sich mit diesem Nachtragskredit «auseinandersetzen müssen». Die Bedenken oder die Anregungen der UVEK in diesem Zusammenhang sind für die Finanzkommission jeweils sehr wertvoll. Besten Dank dafür.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Raphael Fuhrer verzichtet auf ein Votum für UVEK. Für den Regierungsrat hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort. Sie verzichtet ebenso. Ich habe keine Wortmeldungen mehr eingetragen.

Wir kommen somit zum Erziehungsdepartement, Kommissionsbericht Seite 33. Hier liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion SVP vor. Wir führen zuerst die allgemeine Debatte zum Departement und beraten danach die Änderungsanträge. Das Wort zu diesem Departement hat zuerst Finanzkommissionspräsident Joël Thüring.



Joël Thüring (SVP): Ich habe es bereits heute Morgen erwähnt, es ist beim ED meistens so, dass der Headcount dann steigt, wenn auch die Schülerinnen- und Schülerzahlen wachsen. Das ist bis zu einem gewissen Grad ja auch logisch, dass das so ist. Entsprechend macht dies selbstverständlich dann auch jeweils bei der Headcount-Steigung im ED einen grossen Anteil aus.

Die weiteren Headcount-Steigerungen sind ebenfalls in unserem Bericht abgebildet. Uns ist noch wichtig hervorzuheben das Thema der Nachfolgeplanung an den Schulen. Sie haben darüber auch im Bericht unserer Kommission lesen können. Es geht hier insbesondere auch darum, dass gewährleistet ist, dass das ED ausreichend gute Nachfolgekräfte rekrutieren kann, wenn in den kommenden Jahren mit einer grösseren Pensionierungswelle bei den Lehrkräften zu rechnen ist, und dass diese neuen Lehrkräfte auch zumindest gut begleitet werden. Es ist offenbar vorgesehen, dass alle neuen Lehrkräfte durch ein schulinternes Mentoring begleitet werden. De facto ist es aber offenbar so, dass an vielen Standorten die Mentorate nicht stattfinden oder nur pro forma, so wurde es uns zumindest mitgegeben, auch aus Rückmeldungen von anderer Stelle. Wir haben die Ausführungen des ED zu diesen Mentoraten in der Finanzkommission zur Kenntnis genommen. Das Erziehungsdepartement zieht keinen Handlungsbedarf für andere Formen des Mentorats als die sogenannten schulhausinternen.

Wir möchten an dieser Stelle einfach festhalten, dass die grosse Zahl an jungen und unerfahrenen Lehrkräften sich negativ auf die Unterrichtsqualität auswirken könnte, und im Sinne des effizienten und effektiven Mitteleinsatzes scheint es uns daher sinnvoll, gezielt hier auch mehr zu investieren, um junge Lehrkräfte zu unterstützen. Angesichts der Überlastung aktiver Lehrpersonen scheint es uns daher als eine zumindest sinnvolle Option zu prüfen, ob man allenfalls auch frisch pensionierte Lehrkräfte einsetzen könnte. Das zumindest ist eine Anregung seitens der Finanzkommission.

Claudio Miozzari (SP): Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrat Conradin Cramer.

RR Conradin Cramer, Vorsteher ED: Da jetzt die Mentoratsfrage so prominent hervorgehoben wurde durch den Präsidenten der Finanzkommission kann ich gerne dazu auch im Plenum noch einmal kurz Stellung nehmen. Wir wissen leider nicht, woher die Finanzkommission ihre Informationen hat, dass Mentorate nur pro forma durchgeführt würden. Es fehlt auch eine Quellenangabe im Bericht. Wir wären sehr interessiert zu erfahren, welche Standorte das betrifft.

Wir haben seitens des Erziehungsdepartements nicht diese Erfahrung, im Gegenteil, wir wissen, dass wir für diese Mentorate schweizweit beneidet werden. Wir sind einer der einzigen Kantone oder der ganz wenigen Kantone, der das anbietet und man kann sich vorstellen, dass für eine junge PH-Abgängerin, einen jungen PH-Abgänger es ein immenser Vorteil ist, wenn man nicht einfach in eine Schule kommt und dort allein gelassen wird, sondern wenn man eine Mentorin, einen Mentor zur Seite gestellt bekommt, an den man sich wenden kann, eine Person, die präsent ist. Diese Präsenz ist natürlich ganz wichtig. Ein Mentor nützt einem nur etwas, wenn er oder sie auch da ist Und deshalb ist die Idee, pensionierte Lehrpersonen beizuziehen, für mich nicht so überzeugend. Denn entscheidend für die Qualität eines Mentorates ist eben die Nähe und die Vertrautheit mit dem konkreten Schulkollegium. Einen grossen Verdienst tragen die Lehrpersonen, die diese Mentorate anbieten im Rahmen ihres Berufsauftrags und gegen eine allerdings kleine Entschädigung. Hier ist es selbstverständlich auch wichtig, dass es nicht zu einer Überlastung führt. Wir werden also weiterhin diese Mentorate anschauen.

Wenn wir jetzt so verstanden wurden, dass da kein Handlungsbedarf besteht, dann ist das im Strukturellen grundsätzlich so, aber selbstverständlich sind wir immer bestrebt, das System weiter zu verbessern. Denn es ist einer unserer grossen Standortvorteile in der Gewinnung von Lehrpersonen und da bin ich mit der Finanzkommission ganz einig, es wird entscheidend sein in den nächsten Jahren, dass wir nicht nur genügend Lehrpersonen, sondern eben auch die besten Lehrpersonen bekommen.

Claudio Miozzari (SP): Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Hier hat sich für die SP Tim Cuénod zu Wort gemeldet.

Tim Cuénod (SP): Im Erziehungsdepartement springt natürlich sofort das dreistellige Stellenwachstum ins Auge. Der Headcount steigt ja netto um 113,8 Stellen, über die Hälfte also des gesamten Stellenwachstums des Kantons. Als sozialdemokratische Fraktion gehören wir aber nicht zu denjenigen, die andauernd und pauschal über das uferlose Stellenwachstum lamentieren. Es gibt gute Gründe, die wachsenden Schülerzahlen sind nur einer dieser guten Gründe. Aber selbstverständlich sollte kritisch begutachtet werden, ob wir jede einzelne dieser zusätzlichen Stellen brauchen. Wir sind diesbezüglich sehr dankbar um konstruktive Anregung, am besten schon im Rahmen der Kommissionsberatung, so dass man die Dinge frühzeitig und genau anschauen kann.

Sehr positiv ist aus unser Sicht, dass in Sachen Investitionen im Bereich des Breitensportes endlich vorwärts gemacht wird. Sehr positiv ist doch, dass einige andere Fragen eben angegangen werden, wobei unsere Haltung in Bezug auf die eine



Volksinitiative, deren Umsetzung schon im Budget integriert ist, noch offen ist. Aber es ist nötig, dort relativ schnell zu handeln.

Ich wollte noch Stellung nehmen zu den Kürzungsvorschlägen. Beim Vereinsdienst will die SVP zwei Stellen streichen. Da stellt sich nur die Frage, wie Sie es genau umsetzen wollen, denn es gibt da zwei unterschiedliche Möglichkeiten, die wir beide nicht sehr positiv beurteilen. Die eine Möglichkeit ist, dass man zum Status quo ante zurückkehrt. Nur, dieser ist rechtswidrig, das heisst, dass man den Schulhausabwart weit über 42 Stunden arbeiten lässt und dadurch eine Zusatzverdienstmöglichkeit bietet. Da haben wir aber wirklich eine rechtliche Problematik. Die andere Möglichkeit ist, dass wir die Öffnungszeiten von Sporthallen einschränken. Ich kann mir zwar nicht vorstellen, dass Sie das wollen, aber das sind die beiden Möglichkeiten, wenn man beim Vereinsdienst kürzen möchte, um sicherzustellen, dass das nicht zu Problemen führt. Also entweder Rückkehr zu einem rechtlich sehr fragwürdigen Zustand oder aber Kürzung der Öffnungszeiten der Hallen.

Zur integrativen Schule wird Heidi-Mück auch für uns noch etwas sagen. Hingegen möchte ich noch Stellung nehmen zu einem Punkt, der uns besonders wichtig erscheint. Es ist die Frage der Nachfolgeplanung des Generationswechsels an den Schulen. Der wird in den nächsten Jahren sehr stark ausfallen, wir haben eine Pensionierungswelle vor uns. Wir haben auf Sek 1-Ebene heute schon über 20 Prozent Lehrerinnen und Lehrer ohne Diplom, und da ist es sehr wichtig, dass man diese Lehrkräfte gut begleitet, um dort nicht besonders starke Qualitätsverluste in Kauf nehmen zu können. Ich nehme erfreut zur Kenntnis, dass das Erziehungsdepartement bereit ist, diese Frage noch einmal eingehender zu prüfen, ob diese Mentorate wirklich funktionieren. Wir haben von mehreren Schulstandorten von Leuten, die jetzt vielleicht nicht öffentlich publik werden wollen, aber aussagen, dass es diesbezüglich problematisch ist. Weil es finanziell nicht attraktiv ist, sagen gerade zwar besonders engagierte Lehrkräfte «Ja ja, das mache ich schon auch noch», aber dass diese MenroeRW de facto dann häufig nicht zustandekommen oder häufig auch an der Überlastung dieser Lehrpersonen nur in einem reduzierten Mass stattfinden und dass der Zustand diesbezüglich alles andere als optimal ist. Es ist auf jeden Fall gut, wenn man diese Sachen seitens das Erziehungsdepartement ist noch immer stärker nachgeht. Wir werden selbstverständlich weiterverfolgen, wie es dort aussieht.

Was die Departements Informatik anbelangt und die Sicherheitslücken, so hat ja dAS ED einen eigenen Server. Wir sind in der Diskussion in der Fraktion eher zum Schluss gekommen, dass das keine ED spezifischen Probleme sind, die nur im ED in besonderem Mass vorhanden sind. Da gibt es ein systematisches Problem auf kantonaler Ebene, das angegangen werden muss, in Bezug auf die Sicherheit und viele andere Sachen im Bereich der Informatik.

Ich bin nicht sicher, ob wir schon über die beiden Budgetpostulate der SP-Fraktion reden und werde mich nachher noch einmal äussern.

Claudio Miozzari (SP): Es sind keine weiteren Wortmeldungen eingegangen. In der zweiten Runde verzichtet der Regierungsrat und der Sprecher der Finanzkommission ebenso.

Damit kommen wir zum Änderungsantrag der Fraktion SVP: Es geht um die Dienststellen Zentrale Dienste Budgetbuch Kapitel 3.4.1 Seite 124. Erfolgsrechnung, Verbesserung um 162'927 Franken. Der Antragsteller Pascal Messerli hat das Wort.

Pascal Messerli (SVP): Ich nehme zunächst einmal positiv zur Kenntnis, dass sich auch die SP über den wachsenden Headcount sorgt, spannenderweise nur in bürgerlichen Departementen, aber das ist immerhin schon einmal ein Anfang.

Hinsichtlich dieses Vereinsteam haben wir tatsächlich noch offene Fragen. Wir haben letztes Jahr zwölf neue Stellen begründet. Jetzt sind es zwei neue Stellen. Das erinnert etwas an Salamtaktik. Nächstes Jahr sind es dann wieder zwei, drei Stellen. Und es wurde im Budget 2023, also im Bericht der Finanzkommission damit begründet, dass es bei den Zusatzstellen im Bereich der Abwartzlöhne zu massiven Einsparungen kommt und hier neu ein rechtmässiger Zustand geschaffen wird. Tim Cuénod hat das richtig erwähnt, der alte Zustand war rechtswidrig gemäss dem Bundesrecht oder gemäss dem Arbeitsrecht. Was mich aber dann trotzdem eine stutzig macht ist, dass im neuen Ratschlag Ausgabenbewilligung Erweiterung und Sanierung der Primarschule Christoph Merian eine Passage bei den Kosten zusätzliche Kosten stehen unter anderem im Bereich Hauswartung auf Basis vergleichbarer Standorte. Also bei neuen Bauten möchte man dann trotzdem wieder dieses Hauswartssystem einführen, wo man es doch auf der anderen Seite abgeschafft hat. Hier werden wir einfach das Gefühl nicht los, dass es Doppelspurigkeiten gibt. Vielleicht kann das ja der Regierungsrat dann auch noch erklären.

Ansonsten appellieren wir daran, dass man jetzt diese zwei Stellen nicht spricht und wir dann im nächsten Budget vielleicht mehr Klarheit darüber haben, welche Version wir hier genau wollen. Dann sind wir nicht grundsätzlich gegen den Vereinsdienst, aber dieses Gefühl von Doppelspurigkeit, das werden wir von der SVP-Fraktion in diesem Bereich nicht los. Dementsprechend bitte ich Sie, dem hier so zuzustimmen.



Claudio Miozzari (SP): Das Wort Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Auch wir als Finanzkommission haben von diesen zwei weiteren neuen Vollzeitstellen für den Vereinsdienst Kenntnis genommen und sind nicht zur Auffassung gelangt, dass wir diese Stellen nicht sprechen sollten.

Claudio Miozzari (SP): Der nächste Sprechende ist Regierungsrat Conradin Cramer.

RR Conradin Cramer, Vorsteher ED: Der Fraktionsprecher der SP Tim Cuénod hat alles gesagt zu dem Thema. Es sind die rechtlichen Gegebenheiten und das Mengenwachstum, die zu diesen Mehrausgaben und zu diesen zusätzlichen Stellen führen. Ja, wir brauchen das, damit wir den Vereinsdienst in der Qualität, den wir wollen, weiterhin anbieten können. Und wenn wir dem Mengenwachstum, das ja in jeder Form positiv ist, da unsere Schulhäuser noch besser genutzt werden auch ausserhalb der Schulzeit, dann brauchen wir das. Deshalb bitte ich Sie, den Kürzungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari (SP): Es liegen keine Wortmeldungen vor. Ich nehme an, in der zweiten Runde verzichten der zuständige Regierungsrat und der Präsident der Finanzkommission. Damit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der SVP.

Abstimmung

Antrag SVP betreffend Dienststelle Zentrale Dienste

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

11 Ja, 78 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002347, 14.12.23 16:03:14]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Antrag abzulehnen.

Claudio Miozzari (SP): Sie haben den Kürzungsantrag abgelehnt mit 78 Nein-Stimmen gegen 11 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung. Es liegt ein weiterer Änderungsantrag der Fraktion SVP vor, Dienststellen Volksschulen, Budgetbuch Kapitel 3.4.2, Seite 128. Erfolgsrechnung: Verbesserung um 2,354 Millionen Franken. Das Wort für die Antragsteller geht an Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Ich habe die verwegene Hoffnung, vielleicht auch die Naivität, dass dieser Antrag etwas mehr Unterstützung erfahren wird, denn es geht hier nicht um eine rein politische Frage, sondern es geht um eine Frage der Zeitverhältnisse.

Das Thema Weiterentwicklung integrative Schule ist dem Vernehmen nach jetzt zur Behandlung der BKK zugewiesen, wurde dort aber bisher noch nicht behandelt. Das heisst, selbst wenn man dort Vollgas gibt, wird man nicht vor März einen Bericht vorlegen, also unter günstigsten Voraussetzungen können wir hier im April über dieses Geschäft entscheiden, realistischer sein dürfte Mai oder Juni.

Und dann wollen wir doch tatsächlich auf das Schuljahr 2024/25 die 36 neuen Personen eingestellt haben, um das von der Regierung Geplante im Rahmen der Weiterentwicklung integrative Schule umzusetzen. Ich glaube, das ist schlicht unmöglich. Ich mutmasse, dass man den Zeitplan etwas optimistischer begutachtet hatte, als man das im Budget eingestellt hatte zu Beginn des Prozesses vor einem Jahr, aber die Realität sieht jetzt so aus, dass diese Position mit bestem Gewissen aus dem Budget entfernt werden kann, wir es dann genauso wie wir es hier beschliessen zu gegebener Zeit ein Jahr später auf das Schuljahr 2025/26 einführen und dann auch so budgetieren können. Besten Dank für ihre Unterstützung.



Claudio Miozzari (SP): Das Wort geht an den Kommissionspräsidenten Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich bitte Sie im Namen der Finanzkommission, diesen Antrag abzulehnen.

Wir haben das Wachstum dieser 36 neuen Vollzeitstellen für die Weiterentwicklung der integrativen Schule ebenfalls gesehen, sind aber nicht zum Entschluss gekommen, dass dies aus dem Budget gestrichen werden soll, weder ganz noch teilweise. Wir bitten Sie deshalb, den Antrag abzulehnen.

Claudio Miozzari (SP): Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrat Conradin Cramer.

RR Conradin Cramer, Vorsteher ED: Im Budget finden sich zahlreiche Positionen, für die noch kein rechtskräftiger Beschluss des Grossen Rates vorliegt. Das ist aber eine angemessen vorsichtige Budgetierung, damit wir, wenn der Grosse Rat beschliesst, auch loslegen können. Das ist auch bei den Massnahmen zugunsten unserer Volksschule der Fall. Dem Regierungsrat ist die Dringlichkeit bewusst, dass wir Verbesserungen brauchen für unsere Volksschule und entsprechend möchte der Regierungsrat nach Möglichkeit bereits auf Schuljahr 2024/25 mit ersten Massnahmen beginnen. Da geht es namentlich um die Verstärkung in den Kindergärten und da ist es tatsächlich auch möglich, durchaus kurzfristig fähige Leute anstellen zu können.

Ich glaube, es wäre ein schlechtes Signal gegenüber den Schulen, wenn der Grosse Rat jetzt im Dezember 2023 signalisieren würde, dass es mit Sicherheit keine Umsetzung gibt vor Schuljahr 2025, das würde der Situation an den Schulen nicht gerecht werden. Wir sind ja beide nicht naiv, Lorenz Amiet, und es ist natürlich möglich, dass die Beratung im Grossen Rat länger geht. Es ist ja auch denkbar, dass es eine Volksabstimmung gibt. Das hängt von weiteren Entscheiden des Initiativkomitees ab. Und wenn das der Fall ist, dann wird es nicht reichen für 2024, das heisst dann aber auch, dass diese Budgetmittel selbstverständlich nicht gebraucht werden können, denn dann haben wir keine Rechtsgrundlage. Wir werden das Geld dann nicht irgendwie sonst ausgeben für etwas, was uns gerade einfällt, sondern das ist gebunden an rechtskräftige Beschlüsse des Grossen Rates.

Und ja, die Hoffnung stirbt zuletzt, ich glaube, auch der BKK ist die Dringlichkeit bewusst, auch dem Grossen Rat. Insofern habe ich immer noch die Hoffnung, dass wir mit ersten Massnahmen schon auf Schuljahr 2024/25 starten können und bitte Sie deshalb, den Antrag der SVP abzulehnen.

Claudio Miozzari (SP): Herr Regierungsrat Conradin Cramer, nehmen Sie die Zwischenfrage von Lorenz Amiet an? Sie wird angenommen.

Lorenz Amiet (SVP): Bis wann brauchen Sie einen definitiven rechtskräftigen Entscheid des Parlaments, damit Sie es auf den Sommer 2024 umsetzen können?

RR Conradin Cramer, Vorsteher ED: So früh als möglich, aber wenn wir einen Entscheid hätten im Juni und die Initiative zurückgezogen wird, dann würden wir uns bemühen, bereits auf August erste zusätzliche Kindergartenlehrpersonen anzustellen, dann würden wir möglicherweise das Budget nicht in vollem Rahmen ausschöpfen können, aber erste Massnahmen könnten wir starten. Und das wäre eben gerade ein sehr wichtiges Signal an die Schulen.

Claudio Miozzari (SP): Wir kommen zu den Fraktionsvoten und hier steht Heidi-Mück für das GAB an erster Stelle.

Heidi Mück (GAB): GMan kann zur Förderklasseninitiative stehen, wie man will. Auch bei uns in den Fraktionen SP und GAB, für die ich sprechen darf, gehen die Meinungen weit auseinander. Aber das steht hier gar nicht zur Debatte. Fakt ist, dass die integrative Schule oder die Schule an sich stark unter Druck ist, dass die Lehrpersonen und die weiteren Unterstützenden in den Schulen am Limit sind und dass die Unzufriedenheit riesig ist. Deshalb auch diese Initiative. Von der Praxisseite der Lehrpersonen ist sie klar als Hilferuf zu verstehen.

Aus diesem Grund ist es völlig kontraproduktiv, hier Budgetkürzungen zu beschliessen. Ich wünschte mir sogar, dass das Geld eingestellt wird, egal ob die Initiative jeder der Gegenvorschlag jetzt umgesetzt wird, denn es braucht Massnahmen, es braucht Verstärkungen für die Schule, und zwar jetzt. Wir brauchen mehr Personal und wir brauchen mehr Mittel. Deshalb bitte ich Sie, diesen Antrag abzulehnen.



Claudio Miozzari (SP): Für die Fraktion FDP ist David Jenny an der Reihe.

David Jenny (FDP): In aller Kürze: Ich staue schon, wie uns die SVP da mit bewusster Unkenntnis des Finanzhaushaltsrechtes beschäftigt. Ich werde vielleicht ein Budgetpostulat einreichen, der eine Nachschulung der SVP im Finanzhaushaltsrecht gewährleistet. Als Referent schlage ich den Präsidenten der Finanzkommission vor.

Claudio Miozzari (SP): Joël Thüring hat das Wort.

Joël Thüring (SVP): Einfach als Antwort an Heidi Mück: Das Geld hier ist natürlich vorgesehen für die Stellen. Wenn Sie diese Stellen jetzt nicht schaffen aus den Gründen, die Regierungsrat Conradin Cramer erwähnt hat, dann gibt es auch kein Geld. Das sind Finanzmittel, die für diese Stellen eingestellt sind und für nichts anderes. Nur damit hier keine Missverständnisse entstehen.

Claudio Miozzari (SP): Wir kommen zur Abstimmung über den Kürzungsantrag der SVP.

Abstimmung

Antrag SVP betreffend Dienststelle Volksschulen

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

9 Ja, 78 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002349, 14.12.23 16:11:56]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Antrag abzulehnen.

Claudio Miozzari (SP): Sie haben den Antrag abgelehnt mit 78 Nein-Stimmen 9 Ja-Stimmen und einer Enthaltung.

Wir kommen zum vorgezogenen Budgetpostulat Heidi-Mück. Erziehungsdepartement Dienststelle 290. Jugend, Familie und Sport. Transferaufwand Offene Kinder- und Jugendarbeit.

Es geht um 1,5 Millionen Franken. Der Regierungsrat hat das vorgezogene Budgetpostulat teilweise erfüllt mit einer Budgeterhöhung um 1,1 Millionen Franken. Budgetbuchseite 302. Hier gibt es einen Antrag der SP-Fraktion. Nicole Amacher hat das Wort.

Nicole Amacher (SP): Es ist wirklich erfreulich, dass das ED offenbar bereit ist, 1,1 Millionen mehr für die offene Kinder- und Jugendarbeit zu sprechen. Das ist eine sehr gute und wichtige Entwicklung. Was aber die Planungssicherheit und die Übersicht extrem schwierig macht, ist die Tatsache, dass der Ratschlag Mitte Dezember für die Finanzierung ab Januar 2024 bis 2027 noch immer nicht vorliegt. Da die Regierung im Schreiben nicht erwähnt, wofür die 1,1 Millionen Franken eingesetzt werden haben, hat Heidi Mück versucht, im Budgetbuch zu recherchieren, ob sie das herausfinden könnte, ist aber gescheitert. Es ist viel zu kompliziert. Es ist unübersichtlich, so kommt man nicht zum Ziel. Die Regierung hat in ihrem Schreiben auch nicht gesagt, wieso sie nicht den ganzen Spielraum offenlassen will. Das verstehen wir nicht, denn so hätte sie doch bei Bedarf die Möglichkeit, weitere Gelder zu sprechen.

Was wir aber wissen ist, dass das ED den Antrag der IG-Kinder und Jugend für eine Unterstützung des Projekts der digitalen Jugendarbeit und für das Weiterführen der Jugendapp, die übrigens auch Bestandteil des Politbalkastens ist, gar nicht erst verhandeln wollte, dies mit der Begründung, dass es zu den Aufgaben der einzelnen Anbieter gehöre, Entwicklungen zu beobachten und diese in ihre Arbeit zu integrieren und die Mitarbeiterinnen entsprechend zu schulen. Das hat uns sehr erstaunt, weil sämtliche Anträge der einzelnen Anbieter für die zusätzlichen Finanzmittel zur Stärkung der digitalen



Jugendarbeit wurden in den Verhandlungen mit dem ED mit dem Argument der fehlenden finanziellen Ressourcen leider abgelehnt.

Das ist wiederum unverständlich, denn die Regierung hat sich zur schriftlichen Anfrage von Heidi-Mück im letzten Jahr zur digitalen Jugendarbeit so geäussert: Die OKJA ist der ideale Ort, die Jugendlichen in dieser Welt zu begleiten, zu unterstützen, sie zu stärken und zu schützen. Gleichzeitig bietet der niederschwellige Rahmen der OKJA gute Bedingungen, um den Kindern und Jugendlichen auch die Chancen der Digitalisierung zu vermitteln, ihnen Möglichkeiten aufzuzeigen, selbst kreativ zu werden und nicht nur zu konsumieren. Der Bedarf an professioneller Begleitung der Kinder und Jugendlichen in der digitalen Welt ist gross, ebenso aber auch der Bedarf an fachlicher Begleitung der Jugendarbeiterinnen. Die digitale Kinder- und Jugendarbeit bleibt aber aufgrund nicht vorhandener personeller Ressourcen ein Randgebiet.

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, damit die digitale Jugendarbeit eben kein Randgebiet bleibt, genau dafür war das vorgezogene Budgetpostulat gedacht, das wir gemeinsam im Februar hier mit Zweidrittelmehrheit überwiesen haben. Denn die Förderung der digitalen Jugendarbeit war explizit Bestandteil der Begründung der Erweiterung des finanziellen Spielraums für das ED, und dazu gehörte auch die Finanzierung für das Weiterführen der Jugendapp, die ich bereits erwähnte. Diese war bis anhin von Stiftungen finanziert. Diese Finanzierung läuft aber per Ende März 2024 leider aus, und wenn kein Geld vom Kanton dafür gesprochen wird, bedeutet dies das Ende der mittlerweile ganz gut genutzten Jugendapp und die, wie ich schon gesagt habe, Bestandteil des Politbaukastens ist.

Wegen der genannten Umstände beantragen wir von der SP-Fraktion die Erfüllung des gesamten Budgetpostulats. Für uns ist aber klar, dass die Summe von 1,5 Millionen nicht vollständig ausgeschöpft werden muss. Aber der Spielraum für die Ergänzung oder Erweiterungen des Ratschlags durch die Kommission kann somit erhalten bleiben. Im Namen der SP-Fraktion danke ich Ihnen für die Unterstützung.

Claudio Miozzari (SP): Für die Finanzkommission hat das Wort Joël Thüring: Er verzichtet. Für den Regierungsrat hat das Wort jetzt Regierungsrat Conradin Cramer. Er verzichtet in der ersten Runde ebenfalls. Damit kommen wir zu den weiteren Fraktionssprecherinnen. Hier ist Heidi-Mück an der Reihe.

Heidi Mück (GAB): Ich danke auch Nicole Amacher für das tolle Votum und für den Antrag, den wir vom GAB natürlich auch stellen. Zuerst einmal das Positive: Der Regierungsrat unterstützt die Stossrichtung des vorgezogenen Budgetpostulats und anerkennt damit die enorm wichtige Arbeit der OKJA, die nicht erst seit Corona immer anspruchsvoller wurde. Er möchte, dass die Institutionen der OKJA für ihre wachsende Bedeutung und ihren Mehrbedarf in der Leistungsperiode 2024 bis 2027 mehr Mittel erhalten. Deshalb ist er auch bereit, das vorgezogene Budgetpostulat teilweise zu erfüllen. Das ist eine tolle Ausgangslage und wir sind auch sehr dankbar für diese Bereitschaft und für dieses Entgegenkommen.

Warum stehe ich also hier und plädiere im Namen des GAB für die vollumfängliche Erfüllung des vorgezogenen Budgetpostulats? Es ist keine Zwängerei. Der Hauptgrund und auch der riesige Haken an dieser Sache ist, dass der Ratschlag zur OKJA noch immer nicht erschienen ist. Wir wissen also nicht, wie die ordentlichen Finanzierungen der OKJA aussehen und erst recht nicht, wo die zusätzlichen Gelder hingehen. Wir beraten jetzt über das vorgezogene Budgetpostulat. Wir verabschieden auch heute das Budget 2024 und erst danach erscheint der Ratschlags notabene für die Leistungsperiode, die im 2024 beginnt. Das ist bei aller Freude über die Anerkennung der Wichtigkeit der OKJA einfach stossend.

Nicole Amacher hat es erwähnt: Ich habe versucht herauszufinden, wohin denn die 1,1 Millionen, die da versprochen werden, konkret hingehen und ich bin leider gescheitert. Ich habe das Budgetbuch angeschaut und diese Tabellen studiert und habe versucht, die Zahlen zusammenzurechnen und ich bin nicht auf die 1,1 Millionen gekommen. Das ist wirklich zum Verzweifeln, ich weiss nicht, wo das Geld hinfließt. Und dass der Ratschlag noch nicht erschienen ist, ist für die Anbieter der OKJA mit bestehenden Leistungsvereinbarungen zwar stressig, weil sie im Ungewissen sind, wie ihre Finanzierung ab Januar aussieht, doch wissen wir ja aus Erfahrung, dass in diesem Fall eine Überbrückungsfinanzierung geleistet wird. Ja, sie muss ja geleistet werden. Schliesslich können die OKJA-Anbieter ja nichts dafür, dass der Ratschlag noch nicht genehmigt wurde. Wiederum sehr stossend ist aber, dass diese Überbrückungsfinanzierung für die alten Finanzen läuft und nicht für allfällige Erhöhungen, von denen wir ja noch nichts wissen. Das ist stossend und es ist stressig, aber es ist einfach so.

Für diejenigen, die aber neue Anträge gestellt haben, ist die Situation existenziell. Ich weiss von mindestens zwei Anträgen, die gestellt wurden. Das eine ist die digitale Jugendarbeit, worüber Nicole Amacher sehr ausführlich gesprochen hat, und das zweite ist der Spielboden Klybeck. Vielleicht gibt es ja noch mehr. Zur digitalen Jugendarbeit sage ich jetzt nicht mehr viel. Mir ist auch aufgefallen, dass wir an sich eine übergeordnete Plattform schaffen wollten, die die Anbieter unterstützt, und dann wurde uns gesagt nein, das ist Sache der einzelnen Anbieter und die einzelnen Anbieter, die eingegeben haben, deren Anträge wurden abgelehnt, weil es hiess, es gebe nicht genug Geld, es gebe nicht genug Finanzmittel, der Rahmen sei zu eng. Eben deswegen habe ich ja das Budgetpostulat eingereicht.



Das und der Spielboden Klybeck sind zwei Beispiele, die in der BKK sicher noch zu reden geben. Deswegen möchte ich auch den Spielraum belassen und möchte das Budgetpostulat wirklich als Ganzes überweisen. Nicole Amacher hat das auch schon gesagt: Wir müssen nicht alle 1,5 Millionen ausgeben, aber wir möchten uns diesen Spielraum belassen, den wir dem ED gegeben haben und den es einfach nicht ausschöpfen möchte.

Ich bitte Sie, uns zu unterstützen und dieses Budgetpostulat vollumfänglich zu überweisen.

Claudio Miozzari (SP): Nächste Fraktionssprecherin für die SVP ist Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Heidi Mück hat begründet, dass die 1,5 Millionen mit mehr Kindern und Jugendlichen zusammenhängt, mit mehr Krisen, dass Löhne angepasst werden müssen und Kinder und Jugendliche im digitalen Raum erreicht werden sollen. Ich möchte Sie aber bitten, auch zu berücksichtigen, dass eigentlich die Tagesstrukturen schon einige Aufgaben übernehmen. Daher fallen eigentlich schon einige Aufgaben weg, und nicht nur die Aufgaben fallen weg, sondern auch die Zeit der Kinder und Jugendlichen, die in den Tagesstrukturen sind und somit die Zeit auch verkürzt wird. Somit verschiebt sich die Zeit auf den Abend oder aufs Wochenende. Und die Tagesstrukturen werden ja immer mehr aus- und aufgebaut. Daher finden wir die Aussage, dass bei allen Trägerschaften und Angeboten ein Mehrbedarf besteht, so nicht ganz schlüssig.

Erstaunt bin ich immer wieder, dass bei Jugendarbeit das Alter immer bis 25 Jahre geht. Menschen mit 25 Jahren sind meines Erachtens keine Jugendlichen mehr. Und auch von daher reduziert sich der angesprochene Kreis und somit auch die Kosten.

Sie bekamen in der letzten Periode schon 465'000 Franken mehr und ich habe mir den letzten Bericht der BKK über die OKJA angeschaut, und ich war schon sehr erstaunt, dass bei der Beantragung der Staatsbeiträge einige grosse Beanstandungen von Seiten der BKK gemacht wurden. Letztes Mal lagen zum Beispiel die Kostenrechnungen einiger Organisationen überhaupt nicht vor. Dies gab Diskussionen und die Kommission dachte in ihrem Kommissionsbericht sogar darüber nach, die Gelder erst nach Vorlage der Kostenrechnungen bereitzustellen.

Wir folgen dem Regierungsrat mit einem Betrag von 1,1 Millionen und wünschen uns einen vollständigen Ratschlag für die nächste Staatsbeitragsperiode.

Claudio Miozzari (SP): Für die Fraktion LDP hat sich Catherine Alioth gemeldet.

Catherine Alioth (LDP): Ich möchte daran erinnern, dass wir gestern über die Robi-Spielaktionen und über die Kindertankstellen gesprochen haben. Das ist jetzt nicht mehr im Erziehungsdepartements, sondern die Zuständigkeit ist jetzt neu im Präsidentsdepartement. Hier gibt es auch wieder eine Entlastung des Budgets. Ich finde diese 1,1 Millionen sind absolut berechtigt und möchte Ihnen empfehlen, dem Regierungsrat zu folgen.

Claudio Miozzari (SP): Als erster Einzelsprecher hat sich Bruno Lötscher-Steiger gemeldet.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): An sich gehe ich mal davon aus, und ich finde das grundsätzlich richtig und sinnvoll, dass die Regierung ihre Arbeit gemacht hat. Sie hat geschaut, wo ein Bedarf ist und hat 1,1 Millionen als Bedarf erkannt. Auf der anderen Seite hat der Grosse Rat im letzten Jahr gesagt, dass er gerne bei der ausserschulischen Jugendarbeit etwas mehr Mittel zur Verfügung stellen möchte. Da ist jeder Franken sinnvoll investiert, denn es gibt keine bessere Präventionsarbeit als Jugendarbeit. Wenn der Regierungsrat nun diese Mittel nicht ausschöpfen möchte, ist das in einem ersten Schritt haushalttechnisch gesehen zwar löblich, insgesamt finde ich das aber trotzdem falsch.

Ich möchte Sie bitten, dem Regierungsrat weiterhin die Ermächtigung zu geben, den Verhandlungsspielraum zu behalten und diese 1,5 Millionen dort einzusetzen, wo er den Bedarf erkennt. Wir tun damit etwas Sinnvolles, losgelöst von den normalen Links-rechts-Schemen, weil es um Jugendliche und um Jugendarbeit geht. Wenn wir dort investieren, investieren wir in die Zukunft.

Claudio Miozzari (SP): Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort an Regierungsrat Conradin Cramer für den Regierungsrat.



RR Conradin Cramer, Vorsteher ED: Der Ratschlag kommt in den nächsten Wochen. Es ist uns natürlich auch bewusst als Regierungsrat, dass das jetzt eilt. Es geht ja schon um die Periode ab 2024. Auch die Überbrückungsfinanzierung, die Heidi Mück erwähnt hat, ist aufgegleist und ich bin da sehr optimistisch, dass die auch kommt. Selbstverständlich bezieht sich die Überbrückungsfinanzierung auf die Leistungen, die der Grosse Rat beschlossen hat für die laufende Leistungsperiode, alles andere wäre eine Missachtung des Parlaments. Also das ginge ja nicht, dass man jetzt quasi schon im Vorgriff mehr gibt als Überbrückung.

Nun, der Regierungsrat schlägt vor, das Budget für die Offene Kinder- und Jugendarbeit um 1,1 Millionen zu erhöhen und wir reden hier von einer Erhöhung von jetzt 8 Millionen auf 9,1 Millionen. Das ist enorm, das ist mehr als substanziell. Wenn man vergleicht, wie sonst Erhöhungen in Bereichen passieren, die auch sehr wichtig sind, die auch vom Bevölkerungswachstum betroffen sind, wo es auch Brennpunkte gibt, dann glaube ich, darf man auch als OKJA-Verbandspräsidentin hier mehr als zufrieden sein. Ich habe auch die Zufriedenheit herausgehört aus ihren Voten, aber vielleicht ist es dann auch der Moment, um einzuschwenken und zu sagen, das ist jetzt doch derart substanziell, dass wir den Bogen nicht weiter spannen möchten.

Klarerweise, das wissen Sie ja auch, wenn der Ratschlag kommt, ist es dem Grossen Rat alles andere als verboten, noch zusätzlich Anträge zu stellen und die Erfahrung gerade im Bereich OKJA zeigt ja, dass solche Anträge auch gestellt werden. Ich glaube, wir werden Ihnen eine substanzielle Erhöhung mit dem Ratschlag vorschlagen, die hoffentlich auf breiten Konsens stösst. Entsprechend bitte ich Sie, es jetzt sozusagen gut sein zu lassen mit dieser wirklich sehr substanziellen Erhöhung.

Claudio Miozzari (SP): Joël Thüring verzichtet auf ein Votum für die Finanzkommission. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Vorgezogenes Budgetpostulat Heidi Mück und Konsorten

JA heisst teilweise Erfüllung gemäss Antrag RR, Nein heisst volle Erfüllung gemäss Antrag SP

Ergebnis der Abstimmung

36 Ja, 53 Nein, 4 Enthaltungen. [*Abstimmung # 0002351, 14.12.23 16:30:03*]

Der Grosse Rat beschliesst

Das Budgetpostulat voll zu erfüllen

Claudio Miozzari (SP): Sie haben sich für die volle Erfüllung entschieden mit 53-Neinstimmen gegen 36 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen. Das vorgezogene Budgetpostulat ist damit erledigt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident:

Vorgezogenes Budgetpostulat Barbara Heer, Erziehungsdepartement Dienststelle 290, Jugend, Familie und Sport, Personalaufwand (Frühschwimmen in Gartenbädern)

Fr. 80'000

Der Regierungsrat hat das Vorgezogene Budgetpostulat teilweise erfüllt mit einer Budgeterhöhung von 65'000 Franken.

Budgetbuch Seite 301

Gibt es Anträge? Das ist nicht der Fall

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, das Budgetpostulat ist erledigt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident:

Vorgezogenes Budgetpostulat Barbara Heer, Erziehungsdepartement Dienststelle 290, Jugend, Familie und Sport, Personalaufwand (Öffnungszeiten in Gartenbädern)



Fr. 50'000

Der Regierungsrat hat das Vorgezogene Budgetpostulat teilweise erfüllt mit einer Budgeterhöhung von 40'000 Franken.

Budgetbuch Seite 300

Gibt es Anträge? Das ist nicht der Fall.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, das Budgetpostulat ist erledigt.

Joël Thüring (SVP): Hier kann ich es sehr kurz machen. Wir haben keine weiteren Anmerkungen zu machen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrätin Tanja Soland. Sie verzichtet. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. In der zweiten Runde wird auch auf ein Votum verzichtet.

Es liegt ein weiterer Änderungsantrag vor, auch von der Fraktion SVP. Dienststellen Generalsekretariat FD. Budgetbuch Kapitel 3.5.1. Seite 150. Erfolgsrechnung Verbesserung um 400'000 Franken. Der Antragsteller Lorenz Amiet hat das Wort.

Lorenz Amiet (SVP): Wenn Sie jetzt alle kurz machen, versuche ich es auch kurz zu machen und ich werde die nächsten beiden Anträge gleich in aller Kürze begründen.

Es geht einmal mehr um Stellenwachstum. Es geht einmal mehr darum, das Wachstum etwas einzudämmen, also nicht um Kürzungen, und es geht um zwei Bereiche der Informatik. Ich zitiere unsere Finanzdirektorin: Man wird ineffizient, wenn man zu viel Geld hat. Genau diese Befürchtung haben wir in diesen beiden Bereichen. Zudem kommt dazu, dass wir beim nächsten Antrag eine Stelle schaffen sollen für einen Digital Enabler

Digital Enabler heisst eine strategische Position in der Informatik. Und ob die strategischen Positionen in der Informatik wirklich in der Personalabteilung sitzen soll oder nicht doch besser in ITBS ist eine Frage, die wir uns in der SVP schon gestellt haben. Wir beantragen Ihnen also, diese drei Stellen zu kürzen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für die Finanzkommission hat das Wort Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich bitte Sie im Namen der Finanzkommission, diese beiden Anträge der SVP-Fraktion abzulehnen.

Wir haben diese neuen Stellen, die im FD eingestellt sind, so zur Kenntnis genommen und waren nicht der Ansicht, dass diese ungerechtfertigt sind. Ich bitte Sie deshalb, beide Anträge entsprechend abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich verstehe Lorenz Amiet und die SVP in ihrer Begründung, dass sie sagt, es seien zu viel Stellen und dass sie versucht einzelne zu kürzen. Das kann ich ja nachvollziehen, das ist auch sonst manchmal mein Job. Aber ich möchte Ihnen einfach sagen, bei der Digitalisierung sind wir jetzt sehr ressourcenschonend unterwegs. Wir haben nämlich ein Digital Lab gegründet. Da gibt es mittlerweile etwa 90 Mitarbeitende aus dem Kanton, die bereits angestellt sind, die dort mitarbeiten, ihre Zeit einbringen und zusammen an der Digitalisierung arbeiten. In Basel-Landschaft hat man 58 neue Stellen geschaffen, in Zürich 96 Stellen, der Kanton Graubünden schafft 46 neue Stellen und dort hat gemäss meinem Regierungsratskollegen die SVP sogar noch einen Erhöhungsantrag gestellt. Ich glaube, wir sind mit unserem CDO und diesen zwei Stellen sehr ressourcenschonend unterwegs.

Ich wäre dankbar, wenn Sie bei diesem Antrag die Streichung ablehnen würden, ebenso beim zweiten Antrag betreffend Digital Enabler. Sie haben Recht mit der Frage, warum nicht bei IT. Wir haben bei unseren HR-Themen einen Digitalisierungsrückstand. Wir sind da noch fast in der Steinzeit. Wir haben keine digitalen Dossiers. Wir erhalten immer noch den monatlichen Lohnauszug auf Papier. Wir liegen da leider sehr zurück. Wir müssen da vorwärtsmachen. Wir brauchen die Unterstützung auch bei den Prozessen. Dafür ist diese Stelle gedacht, wir brauchen jemanden, der uns dort unterstützt.

Ich bitte Sie, beide Kürzungsanträge abzulehnen, damit wir hoffentlich das Budget auch noch in diesem Jahr verabschieden können.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Eingetragen als Einzelsprecherin hat sich Michela Seggiani

Michela Seggiani (SP): An die SVP: Sie können nicht auf der einen Seite immer nach Digitalisierung rufen, und wenn es dann gemacht wird es nicht bezahlen wollen. Deshalb bitte ich Sie, diesen Antrag von der SVP abzulehnen. Es ist wichtig, dass dieses Projekt jetzt weitergeführt wird und fortgesetzt werden kann. Es sind zwei Stellen, nicht 20. Und mit dem zweiten Antrag sind es drei Stellen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Antrag SVP betreffend Dienststelle Generalsekretariat FD
JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

9 Ja, 78 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002353, 14.12.23 16:38:12]

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 78 Nein-Stimmen bei 9 Ja-Stimmen und keiner Enthaltung. Wir kommen zum zweiten Änderungsantrag der Fraktion SVP. Dienststellen Human Resources Basel-Stadt. Budgetbuch Kapitel 3.5.6, Seite 164. Erfolgsrechnung. Verbesserung um 180 Millionen.

Der Antragsteller hat vorhin schon begründet. Für die Finanzkommission hat das Wort Joël Thüring. Er verzichtet, Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet ebenso. Ich habe keine weiteren Wortmeldung eingetragen. Wir kommen direkt zur Abstimmung.

Abstimmung

Antrag SVP betreffend Dienststelle Human Resources Basel-Stadt
JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

10 Ja, 79 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002355, 14.12.23 16:39:23]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Antrag abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 79 Nein-Stimmen bei 10 Ja-Stimmen und keiner Enthaltung.

Wir kommen zum Gesundheitsdepartement. Kommissionsbericht Seite 39. Das Wort zu diesem Departement hat Joël Thüring für Finanzkommission. Er verzichtet. Regierungsrat Lukas Engelberger verzichtet ebenso. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen.



Wir kommen zum Justiz- und Sicherheitsdepartement. Kommissionsbericht Seite 42. Hier liegt ein Änderungsantrag der Fraktion SVP sowie ein Änderungsantrag von Eric Weber vor.

Wir führen zuerst die allgemeine Debatte zum Departement und beraten danach die Änderungsanträge. Das Wort hat für Finanzkommission hat Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Wir haben heute morgen bereits als Finanzkommission unser Unbehagen in Bezug auf den Spiegelhof, auf diese Sanierung zum Ausdruck gebracht. Uns ist wichtig, auch noch eine zweite grosse Herausforderung an dieser Stelle zu adressieren. Das ist die Situation bei der Sanität und der Feuerwehr.

Wir haben uns über die Situation in diesem Bereich informieren lassen und der Kommandant Rettung, der für die Dienststellen verantwortlich ist, zeigte auf, dass es seit 2019 eine permanente Steigerung der Einsatzzahlen gibt. Sie sehen das auch im Bericht abgebildet. Bei der Sanität war das Wachstum vor Corona bei konstant 2,5 Prozent. Das lässt sich mit der Alterung der Bevölkerung, der Spezialisierung der Spitäler und so weiter sehr gut erklären. Nach Corona sei nun ein Anstieg um 9,5 Prozent erfolgt, was mit einem Nachholeffekt zu erklären sei. Eine anschliessende Normalisierung ist nicht eingetroffen und auch das Einsatzvolumen der Sanität habe innerhalb von zwei Jahren um 25 Prozent zugenommen, bei der Feuerwehr sei die Anzahl der Einsätze um rund 28 Prozent gestiegen. Die Gründe dafür seien unklar. Und als zusätzliche Herausforderung wurde auch der Fachkräftemangel adressiert. Bei der Sanität beispielsweise rechnet man per 1. Januar 2024 mit 22,3 offenen Vollzeitstellen, was 22,5 Prozent der Belegschaft ausmacht. Auch bei der Feuerwehr gestaltet sich die Stellenneubesetzung schwierig.

Auf diese herausfordernde Situation versucht man selbstverständlich auch entsprechend zu reagieren. Das ist aber durchaus auch nicht ganz einfach. Diese Massnahmen alleine würden auch nicht ausreichen, wenn die Arbeitsplatzattraktivität nicht insgesamt gesteigert werden könnte. Sonst hat die Situation auch Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung in der Region, insbesondere bei der Sanität. Wir haben ja gehört, es wird ab 2024 ein zusätzliches Team bei der Sanität eingesetzt. Man geht aktuell davon aus, dass dann in den Jahren 2025 bis 2027 kein weiterer Personalbedarf notwendig sei, sofern die Einsatzzunahme sich wieder bei etwa 2,5 Prozent einpendeln bei der Sanität. Bei der Feuerwehr werde zurzeit der personale Mehraufwand durch die Einsatzzunahme überprüft.

Die gemeinsame Einsatzzentrale der Rettung ist ja in diesem Jahr in Betrieb gegangen und bei der Planung wurde identifiziert, dass es weitere Querschnittaufgaben gibt und diese auch zusammengelegt werden können. Diese werden in einem neuen Bereich Einsatzunterstützung zusammengefasst. Ein zusätzlicher Personalbedarf diesbezüglich fliesse in den Budgetprozess 2025 ein.

Uns ist wichtig festzuhalten, dass also nicht nur in Anführungszeichen bei der Kantonspolizei ein gewisses Problem besteht, wenn es darum geht, Arbeitsplätze zu besetzen, die entsprechenden Fachkräfte oder Arbeitskräfte zu finden, sondern eben auch bei Sanität und Feuerwehr. Das ist natürlich auch im Kontext der Diskussion über diese doch sehr stark ansteigenden Einsatzzahlen und den Herausforderungen, die in diesem Departement in diesem Bereich anstehen, sicherlich beachtungs- und berücksichtigungswürdig.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrätin Stephanie Eymann. Sie verzichtet. Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Angemeldet hat sich Thomas Gander für die Fraktion SP.

Ich möchte versuchen, anhand einer Präsentation Ihnen Einblick in die Ohnmacht eines Finanzkommissionsmitglieds Einblick zu gewähren. Sie sehen hier zwei Grafiken. Die eine stammt aus dem Ratschlag von 2016, als wir für den Spiegelhof die 49 Millionen Franken bewilligt haben, die andere stellt die Situation heute dar, wo das Projekt 100 Millionen Franken kostet. Die Farben haben sich leicht verändert und verschoben. Es ist wichtig, dass wir kurz darauf eingehen.

Im Ratschlag von 2016 heisst es ganz klar, dass gleichzeitig auch der Bestandesbau technisch und baulich in Stand gesetzt wird, weiter dass der Spiegelhofkomplex teilsaniert wird und einige Einrichtungen den heutigen Normen nicht entsprechen und auch einige Anforderungen an eine Sicherheitsorganisation nicht vollständig erfüllen. Es wird verwiesen auf die Gebäudetechnik, Energieversorgung und auch auf die Lüftung und Kühlung. Es ging damals um den ganzen Komplex.

2011 wurde ein Vorprojekt erstellt, das 2014/15 fertiggestellt wurde. Ein paar Jahre später ist die FKom in der Lage, dauernd neue Investitionsvorhaben als gebunden deklarieren zu müssen, weil es um das Projekt geht, das wir nicht stoppen können.

Thomas Gander (SP): Ich möchte versuchen, anhand einer Präsentation Ihnen Einblick in die Ohnmacht eines Finanzkommissionsmitglieds Einblick zu gewähren. Sie sehen hier zwei Grafiken. Die eine stammt aus dem Ratschlag von 2016, als wir für den Spiegelhof die 49 Millionen Franken bewilligt haben, die andere stellt die Situation heute dar, wo das Projekt 100 Millionen Franken kostet. Die Farben haben sich leicht verändert und verschoben. Es ist wichtig, dass wir kurz darauf eingehen.



Im Ratschlag von 2016 heisst es ganz klar, dass gleichzeitig auch der Bestandesbau technisch und baulich in Stand gesetzt wird, weiter dass der Spiegelhofkomplex teilsaniert wird und einige Einrichtungen den heutigen Normen nicht entsprechen und auch einige Anforderungen an eine Sicherheitsorganisation nicht vollständig erfüllen. Es wird verwiesen auf die Gebäudetechnik, Energieversorgung und auch auf die Lüftung und Kühlung. Es ging damals um den ganzen Komplex.

2011 wurde ein Vorprojekt erstellt, das 2014/15 fertiggestellt wurde. Ein paar Jahre später ist die FKom in der Lage, dauernd neue Investitionsvorhaben als gebunden deklarieren zu müssen, weil es um das Projekt geht, das wir nicht stoppen können. Die Argumentation ist immer die gleiche. Es geht immer um diesen Bestandesbau, bei dem Untersuchungen ergeben haben, dass gravierende Mängel bestehen vor allem im Bereich der Entwässerung, der Wasserversorgung, der Heizungsverteilung, des Brandschusses, also genau in denjenigen Bereichen, welche gemäss Vorprojekt für 50 Millionen instandgestellt werden sollten.

Das geht einfach so nicht. Was sind das denn für Vorprojekte? Wir haben hier eine hundertprozentige Kostenüberschreitung, beim Biozentrum haben wir in der Summe mehr, nämlich 100 Millionen, aber es war eine Kostenüberschreitung von 33 Prozent. Damals haben wir eine PUK eingesetzt, die zum Schluss kam, dass es zwischen Besteller und ausführendem Departement Unstimmigkeiten respektive eine schlechte Absprache gab. Und das ist hier genau auch der Fall. Ich meine ich muss mein Votum nicht nur an das JSD richten sondern auch an das BVD und zurückfragen, wie man so etwas verantworten kann. Wie kann man so einen Ratschlag für 50 Millionen in ein Parlament bringen, wenn der Betrag ein paar Jahre später um 100 Prozent zunimmt, wobei es um den genau gleichen Bau geht. In der FKom können wir diese neuen Ausgaben nicht einfach als neue Ausgaben deklarieren., um noch einmal darüber zu beraten. Aber es gibt ja gar nichts zu beraten, denn der Bau muss ja ausgeführt werden. Wir können ja nicht einen Baustopp verfügen.

Und so müssen wir in Salamtaktik step by step die Beiträge erhöhen, bis wir schlussendlich eine hundertprozentige Kostenüberschreitung haben, die nie vom Parlament abgesehen wurde. Das Projekt wurde in dieser Grössenordnung nie von diesem Parlament abgesehen. Das geht einfach nicht. Das ist unsorgfältige Arbeit. Hier muss sowohl der Besteller, das JSD, aber auch der Durchführer, im 3 Rollenmodell das BVD, dazu Stellung beziehen und hier bessere Arbeit leisten.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Voten mehr eingetragen. Als Einzelvotum hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich möchte in Absprache mit Regierungsrätin Stephanie Eymann einfach kurz reagieren. Es ist eine Thematik, die auch Joël Thüring schon kurz aufgenommen hat. Ich verstehe den Ärger, wenn bei alten Ratschläge die Kosten höher werden. In diesem Fall müssen wir sagen, dass er sieben Jahre alt ist, und die Normen verschärfen sich tatsächlich. Wir möchten sicherstellen, dass wir auch keine Chancen verpassen. Wenn wir merken während eines Projekts, dass es Verbesserungsmöglichkeiten gibt, dann möchten wir diese Chancen auch nutzen.

Ich denke, die Finanzkommission hat sehr wohl Kompetenzen. Wir möchten das rechtzeitig bringen, nicht wenn das Geld schon ausgegeben ist, sondern dann, wenn Entscheide noch gefällt werden können. Das ist unsere Ambition, das rechtzeitig zu Ihnen zu bringen. Sie können dann analysieren, ob Sie der Meinung sind, ob diese Verbesserungen gerechtfertigt sind oder nicht. Gewisse Kosten entstehen aus der Teuerung, gewisse Kosten sind aber auch dem geschuldet, dass man Chancen nutzt und veränderte Rahmenbedingungen antrifft.

Es ist uns sehr wichtig, wir müssen darauf achten, dass rechtzeitig zu Ihnen zu bringen. Es gibt einen Unterschied zu früheren Fällen, als man dann viel zu spät zu Ihnen kam, als dann wirklich nichts mehr zu ändern war. Gerade beim Spiegelhof ist es eine Schwierigkeit, dass es sich um einen laufenden Betrieb handelt mit hohen Sicherheitsanforderungen. Das macht es zusätzlich schwierig.

Aber um nochmals den Bogen zu schliessen zum BVD: Wir sind uns sehr bewusst, dass wir gerade bei der Bestellung, und das ist der wichtige Punkt, zu einem frühen Projektzeitpunkt wirklich sicherstellen, dass wir alle nötigen Bestellungen und Anforderungen kennen. Denn es kommt immer sehr teuer zu stehen, wenn wir die Anforderung während dem laufenden Projekt verändern. Das darf nicht bedeuten, dass man nicht während dem laufenden Projekt je nachdem noch was justiert, um nicht etwas zu bauen, das schon wieder überholt ist, aber wir müssen früh kommen und die Bestellung wirklich solide machen. Da werden wir an Sie, an das Parlament gelangen mit Vorschlägen, wie wir das künftig verbessern können.

Es war mir einfach wichtig, das nochmal kurz aufzunehmen und nochmals zu sagen, dass die Finanzkommission sehr wohl Möglichkeiten, hat das sich das genau anzuschauen, denn wir möchten jeweils früh genug kommen mit diesen Dingen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es liegen zwei Zwischenfragen vor, eine von Raoul Furlano und die andere von David Jenny. Nehmen Sie sie an? Sie werden eingenommen. Raoul Furlano hat das Wort.



Raoul I. Furlano (LDP): Ich kann fast alles, was Sie gesagt haben, nachvollziehen. Können Sie sich aber vorstellen, dass mich das fast schon aufregt und nervt, wenn Sie sagen, die Normen hätten sich verändert? Das stimmt doch einfach nicht. Wie mein Vorredner gesagt hat, waren die Normen vor sieben Jahren bereits klar, man hat es einfach nicht begriffen.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Doch, die Normen verändern sich tatsächlich, beispielsweise bezüglich Energieeffizienz, aber auch bezüglich anderer Bereiche. Die Normen, und ich beziehe mich hier auf die SIA-Normen, verändern sich.

David Jenny (FDP): Wenn ich den Begriff Verbesserungen höre, dann denke ich an neue Ausgaben. Liege ich da finanzrechtlich völlig falsch?

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Die finanzrechtliche Frage müsste ich Ihnen überlassen, aber ich spreche jetzt nicht einfach von Änderungen, weil es dann noch ein bisschen besser wäre, sondern wirklich von Veränderungen im Projekt, Justierungen, die dem ursprünglichen Zweck entsprechen. Sie müssen dann beurteilen, ob dies gebundene oder ungebundene Ausgaben sind.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt noch eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Wenn ich das jetzt so höre, habe ich das Gefühl, dass eine Projektverzögerung eine Chance ist, um das Projekt anzupassen. Ist das wirklich das, was ich vorhin gehört habe?

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Nein, im Gegenteil. Ich glaube, dass längere Projektlaufzeiten problematisch sind, weil eben sich die Ausgangslage wieder verändert, beispielsweise die Zahl der Mitarbeitenden, an Teams und dadurch eben auch an die Anforderungen und an die Räume. Ziel muss es also sein, schneller zu werden.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat der Stephanie Eymann das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ich danke Regierungsrätin Esther Keller für die Stellungnahme im Drei-Rollen-Modell. Ich würde mich auf die anderen vom Präsidenten der FKom angesprochenen Punkte beschränken und kurz darauf eingehen, insbesondere auch auf die Belastungssituation, die wir bis anhin immer nur seitens Kantonspolizei geschildert bekommen haben, aber die doch auch sehr wohl die anderen Blaulichtorganisationen unmittelbar betrifft. Deshalb auch dieser Antrag im Budget, mit dem wir ein weiteres Sanitätsteam beantragen, wohl wissend, dass es auch nicht mehr ganz so einfach ist, die geeigneten Personen, Mitarbeitende zu finden und auszubilden auf diesen Beruf.

Aber es ist insgesamt schon so, dass es mir und uns Sorgen macht, dass diese Einsatzzahlen derart hoch sind und wir das nicht wirklich erklären können. Wir sind zwar daran, das zu monitoren und zu schauen, woran es liegt, dass wir doch derart höher sind als in der Prognose, die ein Wachstum um zweieinhalb Prozent aber nicht um 20 Prozent vorsah. Das ist massiv und es schon wichtig, dass wir in unserem Kantonsgebiet auch die Einsatzzeiten, die Hilfsfristen einhalten können. Dementsprechend werden wir dieser Thematik nur dann Herr, wenn wir auch genügend Personal haben. Aber die Thematik ist tatsächlich eine grössere, da gebe ich dem Präsidenten der Finanzkommission recht. Es hängt natürlich unmittelbar auch zusammen mit dem Thema Fachkräftemangel und Attraktivität des Arbeitgebers. Das werden wir ebenfalls gesondert im Auge behalten.

Vielleicht noch ein Wort. Jemand hat eingangs im allgemeinen Votum gesagt, dass die Polizei schon wieder etwas anderes plane. Ich möchte nur richtigstellen, der Spiegelhof ist nicht ein Kantonspolizeigebäude. Auf jeden Fall der Spiegelhof ist nicht ein reines Kantonspolizeigebäude, das das klingt immer so, Spiegelhof gleich Polizeidepartement. Da sind ganz viele andere Einheiten der des Justiz- und Sicherheitsdepartements beheimatet. Es ist also nicht so, dass wir jetzt da einen verzögerten Umbau haben und schon wieder etwas Neues planen. Dem ist nicht so. Wenn Sie etwas in die Richtung geht, wie die Finanzkommission es im Bericht angesprochen hat, dann werden wir das natürlich zuerst auch abholen, ob es in diese Richtung gehen soll oder nicht.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Joël Thüring hat das Wort.



Joël Thüring (SVP): Sie haben jetzt eine lebendige Diskussion zu diesem Thema erleben dürfen. Thomas Gander hat es aus meiner Sicht auch als Mitglied der Finanzkommission sehr gut auf den Punkt gebracht. Ich muss jetzt schon auch noch einmal ein bisschen nachhaken und an die Adresse des Regierungsrates appellieren. Diese Beurteilung des finanzrechtlichen Status macht ja nicht David Jenny, sondern die Finanzkommission. Aber wir waren natürlich in der Vergangenheit schon etwas überrascht über die nicht sehr detaillierte Begründung, weshalb es nun zu einer Verteuerung kommt. Und so viel kann ich aus der Finanzkommission verraten, wir haben in letzter Zeit auch angefangen detaillierter nachzuhaken. Das ist kein Vorwurf an die Adresse des Regierungsrates. Aber wir wollen schon wissen, weshalb ein Projekt plötzlich 50 Millionen Franken teurer ist. Das hat Thomas Gander in seiner Präsentation ja bildlich und sehr gut dargestellt. Vielleicht sind wir auch als Lehre aus dem Biozentrum heute etwas alarmierter und fragen genau nach. Wir wünschen uns auch von der Regierung – und ich behaupte sagen zu können, es ist besser geworden –, dass wir konkrete und detaillierte Informationen erhalten. David Jenny, Sie müssen sich das so vorstellen: Wir bekommen teilweise einige Tage vor der Finanzkommissionssitzung eine Liste zur Beurteilung des finanzrechtlichen Status. Wenn wir sagen, es ist gebunden, dann winken wir je nach Sitzung ja XY Millionen durch. Wir sind schon auch darauf angewiesen, dass die Informationen, die uns zur Verfügung gestellt werden, möglichst vollständig sind, weil wir ja auch eben wissen, dass dieses Problem der verteuerten Bauten im Kanton Basel-Stadt in der Vergangenheit kein all zu kleines war.

Aber ich glaube, der Regierung ist bewusst, dass dem Parlament dieses Anliegen der präziseren Planung sehr wichtig ist und die Regierung macht jetzt auch in Bezug auf diese Überprüfung des Drei-Rollen-Modells vermutlich das Wesentliche, um das etwas besser in das Parlament zu bringen. Aber es ist natürlich so, wenn der Finanzkommission ein Antrag vorgelegt wird, das als gebunden zu bezeichnen und wir dann entscheiden würden, es ist neu, dann muss es zuerst in dieses Parlament und dann gibt es je nachdem sogar einen Baustopp. Und der wäre dann wahrscheinlich am Schluss des Tages teurer und unnötiger als wenn wir tatsächlich daran festhalten, dass es finanzrechtlich gebunden ist.

Aber wir haben die Hoffnung, um so versöhnlich zu enden, dass dies in Zukunft besser wird und vielleicht ist dieser Spiegelhof auch noch eine eine Planung nach altem Geist des Regierungsrates.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Änderungsanträgen. Erster Antrag ist von der Fraktion SVP Dienststellen Bevölkerungsdienste und Migration. Budgetbuch Kapitel 3.7.6, Seite 212. Erfolgsrechnung Verbesserung um 429'800 Franken. Der Antragsteller Pascal Messerli hat das Wort.

Pascal Messerli (SVP): Es gibt diese Neuorganisation im Justizvollzug und es gibt einen dementsprechenden Ratschlag, der jetzt in der JSSK ist. Wir haben eine ähnliche Diskussion wie bei den Förderklassen. Der Bericht ist in der JTSSK, bis er ins Parlament kommt, wird es März, bis die Referendumsfrist abgelaufen ist Sommer und dann kann ich mir nicht vorstellen, dass diese Neuorganisation noch in diesem Jahr umgesetzt wird. Dementsprechend muss es auch nicht zwingend ins Budget.

Neben dieser formellen Frage stellen wir hier auch inhaltliche Fragen. Wir hatten in den letzten Jahren Personalmangel im Bereich Sicherheit. Gleichzeitig möchte man hier jetzt eine grosse Einlagerung machen und hier Ressourcen für das aufkommen lassen. Wenn ein Security an einem Morgen oder vor allem für einen Schichtenbetrieb ausfällt, dann ist es die private Sicherheitsfirma, die dann einen Ersatz zur Verfügung stellt. Wenn wir jetzt das Insourcen, dann ist der Staat verantwortlich. Also hier stellen wir uns auch inhaltlich die Frage, ob der aktuelle Zeitpunkt, wo wir von Personalmangel reden, wirklich der richtige ist. Wir stellen das nicht generell in Frage. Man muss es dann auch innerhalb der JSSK, mit unseren Sicherheitsexperten, diskutieren. Dann stellen wir im Grossen Rat auch einen entsprechenden Antrag auf Ja oder Nein. Aber man sollte sich die Fragen durchaus stellen. Nebenbei das Formelle, dass es sehr unwahrscheinlich ist, dass dies noch 2024 in Kraft tritt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für die Finanzkommission hat das Wort Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich bitte Sie, den Antrag der SVP abzulehnen. Tatsächlich hat die Finanzkommission sich diese Frage auch gestellt. Wir hören immer wieder, dass es zu Personalengpässen kommt und wenn man etwas outgesourct hat, dann hat das natürlich den Vorteil, dass der Outgesourcte dafür verantwortlich ist, diese Ressourcen trotzdem zur Verfügung zu stellen.

Das wird aber eine Diskussion sein, die wir politisch führen müssen, wenn der JSSK-Bericht zu dieser Idee des Regierungsrates vorliegt. Deshalb hat sich die Finanzkommission damit auch nicht inhaltlich auseinandersetzen wollen. Wir bitten Sie deshalb, den Antrag der SVP-Fraktion abzulehnen.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ich möchte auch nicht inhaltlich auf den Ratschlag eingehen. Es ist richtig, dass dieser Ratschlag noch in der politischen Pipeline ist, dass wir den erst beraten werden. Das ist eine klassische politische Fragestellung.

Aber ich denke, dass jetzt nicht der richtige Zeitpunkt ist. Hier geht es wirklich darum, warum wir dies bereits ins Budget eingestellt haben. Wenn wir diesen Ratschlag noch im 2024 verabschieden werden und er vom Parlament angenommen würde, braucht es doch eine gewisse Zeit, bis wir rekrutieren können. Wir wären einfach entsprechend schneller, wenn wir das im Budget schon eingestellt haben.

Wir haben auch nicht den ganzen Betrag eingestellt. Wir haben einen Teilbetrag eingestellt, der realistisch wäre dann im 2024 noch zu realisieren. Das Einstellen ins Budget ist noch keine Ausgabenbewilligung. Also der Ratschlag ist zwingend. Erst wenn der angenommen wird, wäre es überhaupt möglich, Geld auszugeben. Insofern vergibt man sich nichts, wenn das Budget bereits jetzt eingestellt würde.

Es ist auch nicht so, dass bei Gutheissung des Kürzungsantrags wir die ganzen 1,7 Millionen einfach einsparen, sondern im Gegenteil, wir würden lediglich etwa 400'000 Franken einsparen insgesamt, weil ich dann den Personalbedarf wieder herunterfahren müsste, den ich für Insourcing brauche, aber parallel auch den Sachaufwand wieder hochfahren müsste für das Einkaufen der Security-Leistungen. Insofern ist also das Sparpotenzial hier nicht riesig

Aber das einfach zum Hintergrund, mit dem jetzigen Entscheid wird noch kein Geld ausgegeben, es kommt die politische Diskussion über den Ratschlag, im Gutheissungsfalle eine Ausgabenbewilligung, und dann könnten wir rekrutieren und das etwas in in einer kürzeren Zeit. Und deshalb bitte ich Sie im Namen des Regierungsrates, diesen Kürzungsantrag abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr eingetragen. In der zweiten Runde wird auch auf ein Votum verzichtet.

Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

Antrag SVP betreffend Dienststellen Bevölkerungsdienste und Migration

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

6 Ja, 84 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002358, 14.12.23 17:04:55]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Antrag abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 85 Nein-Stimmen bei 6 Ja-Stimmen und keiner Enthaltung.

Nächster Änderungsantrag ist von Eric Weber. Dienststellen Kantonspolizei, Budgetbuch Kapitel 3.7.4, Seite 205.

Erfolgsrechnung Verbesserung um 39'502'650 Franken.

Der Antragsteller Eric Weber hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich begründe das ganz sachlich und es liegt auf Ihrem Tisch. Die Polizei kommt nicht bei verbotener Demonstration vor das Rathaus Basel. Es heisst nun, Missbrauch von Notruf. Darum stelle ich diesen Kürzungsantrag und es braucht keine Polizei.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Kommissionspräsident verzichtet auf ein Votum. Die Regierungsrätin ebenso. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen.

Wir kommen direkt zur Abstimmung.

Abstimmung

Antrag Eric Weber betreffend Dienststelle Kantonspolizei

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 82 Nein, 0 Enthaltungen. [*Abstimmung # 0002360, 14.12.23 17:07:06*]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Änderungsantrag abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 82 Nein-Stimmen bei einer Ja-Stimme und keiner Enthaltung.

Wir kommen zum Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt. Kommissionsbericht auf Seite 47. Hier liegt ein Änderungsantrag von Eric Weber vor.

Wir führen zuerst die allgemeine Debatte zum Departement und beraten danach den Änderungsantrag. Das Wort hat Finanzkommissionspräsident Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Nur ganz kurz, denn wir haben es heute morgen schon gehört. Das WSU hat uns am Hearing diese Optimierungspotenziale bei KESB, ABES und KJD, das im ED ist, vorgestellt. Wir sind sehr gespannt, wie sich das dann entwickelt. Wir haben wirklich auch den Eindruck gewonnen am Hearing, dass das sehr kompetent und gut aufgeleitet ist und werden das weiterverfolgen. Aber wir sind sehr zuversichtlich, dass hier die wichtigen Massnahmen im WSU auch eingeleitet und angegangen worden sind.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrat Kaspar Sutter. Er verzichtet. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen.

Wir kommen zum Änderungsantrag von Eric Weber.

Dienststellen Sozialhilfe. Budgetbuch Kapitel 3.8.4, Seite 231

Erfolgsrechnung Verbesserung um 8 Millionen.

Antragsteller ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe gesagt, in der Ukraine ist der Krieg nur im Osten des Landes. Ich bin dort gewesen im Sommer 2022 für drei Wochen und das möchte ich einfach einmal festgehalten haben, dass es dann doch nicht okay ist, wenn vom ganzen Land Leute kommen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Kommissionspräsident verzichtet auf ein Votum. Regierungsrat Kaspar Sutter ebenso. Wir kommen zur Abstimmung.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Antrag abgelehnt mit 78 Nein-Stimmen bei einer Ja-Stimme und keiner Enthaltung.



Wir kommen zu den Gerichten. Kommissionsbericht Seite 50. Das Wort zu den Gerichten hat zuerst Finanzkommissionspräsident Joël Thüring. Er verzichtet. Der Vorsitzende des Gerichtsrates verzichtet ebenso. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen.

Wir kommen zu den Behörden und Parlament. Kommissionsbericht Seite 53. Joël Thüring verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen.

Wir kommen zum Regierungsrat. Kommissionsbericht Seite 53. Hier liegt der Änderungsantrag der Finanzkommission zum Teuerungsausgleich der Personalkosten vor.

Wir kommen zur allgemeinen Debatte zu diesem Departement. Sobald diese abgeschlossen ist, erhalten die Antragsteller das Wort und wir führen eine Debatte zu den einzelnen Anträgen. Das Wort hat zuerst Finanzkommissionspräsident Joël Thüring.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Er verzichtet. Für den Regierungsrat hätte Regierungsrätin Tanja Soland das Wort. Sie verzichtet ebenso. Als Einzelsprecher hat sich eingetragen Oliver Bolliger und hat das Wort.

Oliver Bolliger (GAB): Ich bin nicht ganz sicher, ob ich jetzt zum richtigen Zeitpunkt komme, aber ich mache es jetzt einfach trotzdem, auch wegen der Zeit. Das GAB möchte ein kurzes Votum zum Antrag der Finanzkommission halten.

Wir verstehen, dass die Finanzkommission und der Regierungsrat das Budget 2024 aufgrund der tieferen Teuerung im Monat November und der bestehenden Systematik der Festlegung des Teuerungsausgleich um 21,7 Millionen Franken bei den Lohnkosten des Staatspersonals verbessert. Es wurde von einer höheren Teuerung ausgegangen und ehrlich gesagt fühlt sich das Leben auch eher so an. Es geht uns, dem GAB, nicht darum, hier diese Systematik zu hinterfragen. Mit der Reduktion der teuerungsbereinigten Lohnsumme wird das Budget 2024 noch besser und der zu erwartende Gewinn in der Jahresrechnung 2024 wird einfach weiter höher ausfallen. Also so weit so gut, alles korrekt, unserem Kanton geht es prima.

Wir stellen uns aber schon die Frage, was in einer solchen Situation auch noch möglich wäre, denn es ja nicht so, dass wir im Kanton Basel-Stadt keine personellen Herausforderungen hätten. Zum Beispiel könnten mit den nun zur Verfügung stehenden höheren Personalmittel Rückstellungen für strukturelle Lohnerhöhungen in den tiefen Lohnklassen gemacht werden. Ich gehe nicht davon aus, dass das jetzt schon möglich wäre. Dies stärkt aber die Kaufkraft von Menschen mit niedrigen Löhnen, welche von der Teuerung ja auch überproportional betroffen sind, denn der Durchschnitt der Bevölkerung hat seit Jahren nach Abzug aller Fixausgaben immer weniger freie Mittel zur Verfügung.

Eine andere Idee wäre, die nun verfügbaren budgetierten Personalmittel dafür einzusetzen, um die Arbeitsbedingungen in unseren vier Spitälern mittels Reduktion der Wochenarbeitszeit zum Beispiel, Erhöhung des Betreuungsschlüssel auf den Stationen oder weiteren zusätzlichen entlastenden Personalmassnahmen zu verbessern. Dies wäre ja auch im Sinne des zweiten Teils der angenommenen Pflegeinitiative und wäre ein wichtiger Aspekt, um den Fachkräftemangel in der Pflege und im medizinischen Bereich ein wenig aufzufangen.

Es gäbe also sehr wohl Möglichkeiten, die 21,7 Millionen Franken oder zumindest einen Teil davon für bessere Arbeitsbedingungen oder Lohnanpassungen zu verwenden. Diese Chance wird nicht wahrgenommen und dies bedauern wir, denn der Kanton Basel-Stadt hätte sich dies nun wirklich gut leisten können, Im Wissen, dass es vielleicht jetzt mit dieser Systematik schwierig wäre, das einfach so 1 zu 1 umzusetzen.

Aus diesen Gründen werden Einzelne der Fraktion diesem verfahrenstechnischen korrekten Antrag nicht zustimmen und sich symbolisch enthalten, um zum Ausdruck zu bringen, dass es für Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen sehr wohl Notwendigkeiten gäbe.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Jetzt sind wir bei dem Regierungsrat. Das Wort hat Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich verstehe diesen Unmut, er ist hier aber an der falschen Stelle geäussert. Hier geht es nur um den Teuerungsausgleich. Den können wir nicht anpassen, das können wir nicht ändern. Die Frage wegen den Fachkräften haben wir heute auch schon angesprochen. Wir werden ihn in einem separaten Bericht behandeln. Wir haben eine kleine Arbeitsgruppe gebildet, Stephanie Eymann, Kaspar Sutter und ich, in der wir zusammen anschauen, was wir machen gegen den Fachkräftemangel im Kanton. Sie haben auch einige Vorstösse überwiesen, das schauen wir dort inhaltlich an. Rückstellungen dürfen wir nicht machen, das würde auch nicht gehen. Die Teuerung können wir auch nicht ändern, das geht halt auf die Novemberteuerung.



Daher bitte ich Sie, trotzdem zuzustimmen. Hinsichtlich der anderen Themen und Inhalte müssen Sie sich leider noch etwas gedulden.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr eingetragen. Die Finanzkommission beantragt den Personalaufwand um 21,7 Millionen Franken zu reduzieren, da die Teuerung nicht wie prognostiziert 2,8 Prozent sondern 1,2 Prozent beträgt. Für die Finanzkommission hat Joël Thüring das Wort. Er verzichtet auf ein Votum. Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet ebenso. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen, somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Antrag der Finanzkommission betreffend Teuerung

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

73 Ja, 1 Nein, 10 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002364, 14.12.23 17:16:42]

Der Grosse Rat beschliesst

Dem Antrag zuzustimmen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben dem Antrag zugestimmt mit 73 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme und zehn Enthaltungen.

Wir kommen nun zur Detailberatung der Investitionsrechnung. Investitionen ab Seite 305 des Budgetberichts unter Berücksichtigung der Änderungen im Anhang 2 des Berichts der Finanzkommission ab Seite 61. Gibt es Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beratung des Budgets abgeschlossen. Detailberatung des Grossratsbeschlusses. Seite 59 im Bericht der Finanzkommission.

Titel und Ingress

Ziff. 1. Gesamtkantonales Budget 2024 mit folgenden Eckwerten:

Erfolgsrechnung -174'852'705 Franken.

Finanzergebnis 248'316'485 Franken.

Gesamtergebnis 73'463'780 Franken

Ziff. 2 Sollwerte der Globalbudget

Ziff. 3 Kenntnisnahme der Änderungen der Investitionsübersichtsliste.

Publikationsklausel

Schlussabstimmung über das Budget 2024.

Abstimmung

Schlussabstimmung zum Budget 2024

JA heisst Zustimmung zum Budget, NEIN heisst Ablehnung des Budgets

Ergebnis der Abstimmung

83 Ja, 2 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002366, 14.12.23 17:19:02]

Der Grosse Rat beschliesst



1. Das gesamtkantonale Budget 2024 wird wie folgt genehmigt:

Erfolgsrechnung

Betriebsergebnis Fr. -174'852'705

Finanzergebnis Fr. 248'316'485

Gesamtergebnis Fr. 73'463'780

Investitionsrechnung

Ausgaben Fr. -452'881'438

Einnahmen Fr. 26'207'569

Saldo Investitionsrechnung Fr. -426'673'869

2. Die Globalbudgets und die Soll-Werte 2024 der Wirkungsziele der fünf kantonalen Museen sowie das Globalbudget Öffentlicher Verkehr werden genehmigt.

3. Von den Änderungen der Investitionsübersichtsliste (IÜL) wird Kenntnis genommen. [Änderungen siehe Anhang II]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben dem Budget zugestimmt mit 83 Ja-Stimmen bei zwei Gegenstimmen und keiner Enthaltung.

10. Areal Horburg Dreirosen; Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisung von Einsprachen im Bereich Horburgstrasse, Müllheimerstrasse, Badenweilerstrasse und Wiesenschanzenweg (Areal Horburg Dreirosen), Bericht der BRK

[14.12.23 17:19:29, 22.0704.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die Bau- und Raumplanungskommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Für die Kommission das Wort hat deren Präsident Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Wir sprechen heute über ein sehr wichtiges Geschäft, wichtig, weil die Diskussion heute auch eine Signalwirkung auf künftige Bauprojekte in der Stadt haben kann, wichtig, weil dieser Bebauungsplan symptomatisch die Komplexität von grossen Bauprojekten in unserem Kanton aufzeigt.

Bauen wird immer politischer. Viele öffentliche Interessen der Bevölkerung wie der soziale Wohnungsbau, die Schaffung von Grünflächen und öffentliche Nutzungen stehen neben den ökologischen ökonomischen Interessen der Eigentümer und Eigentümerinnen. Ziel muss es sein, allediese Interessen ausgewogen zu berücksichtigen.

Die Kommission hatte sich deshalb in mehreren Sitzungen mit dem Ratschlag befasst und diesen mit Änderungen gutgeheissen. Grundtenor: Eine Mehrheit möchte bauen und Wohnraum entstehen lassen. Die Verträglichkeit muss gegeben sein, auch vor dem Hintergrund eines drohenden Referendums.

Konkret schlägt der Regierungsrat im vorliegenden Ratschlag einen Bebauungsplan für das Gebiet Areal Horburg Dreirosen vor. Das Bild 1 der Präsentation zeigt die Situation auf. Ziel dieser Planung ist die weitergehende Erhaltung des historisch wertvollen Bestands und der erschwinglichen Wohnungen der Siedlung Horburg einschliesslich der grosszügigen Grün- und Freiflächen. Gleichzeitig soll die Schaffung von rund 100 zusätzlichen Wohnungen ermöglicht werden. Die Siedlung Horburg wurde 1947/48 von der Ciba für deren Angestellten errichtet und galt damals als wegweisend und fortschrittlich. Seit 2011 gehört das Areal der Credit Suisse Anlagestiftung, heute Teil der UBS Group. Die Eigentümerin sieht Bedarf an kleinen und



speziellen Grosswohnungen und möchte, dass der Bestand den heutigen Standards in Bezug auf Wärmetechnik, Barrierefreiheit und Erdbebensicherheit entspricht.

Das Areal, wie Sie sehen auf der Abbildung ist der Zone 5A zugeordnet und aus heutiger baurechtlicher Sicht stark unternutzt. Eine Verdoppelung der Geschossflächen wäre möglich. Dies steht jedoch im Konflikt mit dem Erhalt des historisch wertvollen Bestands und der grosszügigen Grün- und Freiräume. Ein Ideenwettbewerb führte 2017 zur Empfehlung des Vorschlags «Une petite arcadie» von Buchner Bründler Architekten, der eine Verdichtung unter Beibehaltung der Gebäudesubstanz des bestehenden erschwinglichen Wohnhaus und den Grün- und Freiflächen vorsieht. Dazu ist ein Bebauungsplan notwendig. Unter anderem ist ein 70 Meter hoher Wohnturm geplant.

Parallel zur Erarbeitung des Bebauungsplans wurde ein Schutzvertrag zwischen der Grundeigentümerin und der kantonalen Denkmalpflege abgeschlossen. Dieser schützt die herausragenden Qualitäten der Siedlung und ermöglicht eine sanfte Weiterentwicklung des Bestands, um die Wohnungen den zeitgemässen Anforderungen anzupassen. Der Vertrag wurde am 19. Oktober 2021 vom Regierungsrat genehmigt, steht jedoch unter der Bedingung, dass der Bebauungsplan abgeseget wird.

Im Rahmen der Kommissionsberatung wurden Anhörungen von drei relevanten Akteuren, namentlich der Verwaltung, der Eigentümerschaft und einer Delegation der Einsprechenden durchgeführt. Die Verwaltung betonte bei der Anhörung die schonende Integration des Projekts von Buchner Bründler Architekten mit dem bestehenden Ensemble der Horburg-Siedlung. Die Neugestaltung, bestehend aus zwei kleineren Hochbauten, wurde als Möglichkeit gesehen, dem Quartier neue Akzente zu verleihen, ohne es zu überverdichten. Der Fokus lag dabei auf der Erhaltung des Heiteren und Atmosphärischen der 1950-er Jahre und der Schaffung von Wohnraum für eine vielfältigere Bevölkerung.

Die Eigentümerschaft präsentierte ihre Investitionsziele und betonte einen ganzheitlichen Ansatz für die Entwicklung des Areals. Dabei sollen bestehende Bauten erhalten und zeitgemäss weiterentwickelt, nachhaltige Neubauten geschaffen sowie eine hohe architektonische Qualität sichergestellt werden. Dabei wurde betont, dass die Parzelle derzeit nur zu 50 Prozent genutzt werde. Obwohl das Quartier insgesamt eine hohe Dichte aufweise, sei das fragliche Grundstück davon ausgenommen. Das Projekt solle auch der politischen Forderung nach Schaffung von Wohnraum gerecht werden. Im Varianzverfahren wurden zwei Projekte favorisiert, wobei das vorliegende Projekt nur 75 Prozent der maximalen Ausnutzungsziffern erreichen würde.

Das zweite Projekt mit 92 Prozent Ausnutzungsziffer würde keinen Bebauungsplan benötigen, da es zonenkonform realisierbar wäre, jedoch zu einer höheren Dichte und weniger Grünraum führen. Man würde einfach zwischen den bestehenden Gebäuden ergänzend neue Gebäude schaffen, die in einer ähnlichen Typologie gebaut würden.

Trotz alternativer Verdichtungsmöglichkeiten wurde das Projekt von Bucher Bründler Architekten als die beste Lösung für alle Beteiligten betrachtet. Die Eigentümerschaft strebt zudem an, bis 2040 CO₂ neutral zu sein und setzt dabei auf die Gebäudezertifizierung und ein ESG-Benchmarking.

Die Delegation der Einsprechenden, hauptsächlich vertreten durch den neutralen Quartierverein Unteres Kleinbasel, äusserte zahlreiche Bedenken. Kritikpunkte umfassen unter anderem die fehlende Anbindung des geplanten Hochhauses an das städtische Leitbild, ökologische Bedenken hinsichtlich Luftzirkulation und Grünflächen sowie Befürchtungen bezüglich Mehrverkehr und Verlust von Lebensqualität im Quartier. Auch wurde die Wahrung des Grünflächenanteils und die Beachtung des bestehenden Servituts als zentral erachtet. Schliesslich wurden die geplant kleinen Wohnungsgrössen als kritisch erachtet, da diese nicht im Sinne der Bedürfnisse aus dem Quartier entsprechen würden.

Die BRK zeigte sich in der Kommission gespalten. Einige Mitglieder unterstützen die behutsame Verdichtung und den Umgang mit den Bestandesbauten, während andere die Bedenken der entsprechenden insbesondere in ökologischer Hinsicht teilten. Die unzureichende Kommunikation seitens der Behörden und der Eigentümerschaft wurde als sehr unbefriedigend bewertet und als Mitgrund für die Ablehnung durch einen Teil der umliegenden Bevölkerung angesehen. Ein Antrag auf Rückweisung des Ratschlags wurde gestellt, jedoch mit einer Mehrheit von 8 zu 2 Stimmen abgelehnt. Die BRK beschloss stattdessen, in einen Dialog mit der Eigentümerschaft zu treten, um den Bebauungsplan im Sinne aller Beteiligten sozial ausgewogener zu gestalten.

Die Kommission arbeitete dazu vier Punkte aus, mit welchen die Eigentümerschaft zwecks besserer Verträglichkeit des Projekts konfrontiert wurde. In den Bestandesbauten sollen die Mieten dauerhaft in den untersten 10 Prozent der durchschnittlichen Mietzinsen des Kantons Basel-Stadt verbleiben. Ein Drittel der neuen Wohnungen soll dauerhaft gemäss Kostenmiete nach Wohnraumförderungsgesetz vermietet werden. Erstellung, Unterhalt und Betrieb aller Bauten haben Ressourcen schonend und effizient zu erfolgen, unter anderem durch Erreichung der Ziele des SIA-Effizienzpfads Energie für Erstellung, Betrieb und Mobilität. Die bestehenden Grünflächen im Innenhof sollen und dürfen nicht weiter unterbaut respektive und unterkellert werden, dies um eine Begrünung mit Bäumen weiterhin zu ermöglichen.

Die von der BRK entworfenen vier Punkte wurden von der Eigentümerschaft schriftlich beurteilt. In Bezug auf Mieten in den Bestandesbauten werde die Einhaltung der neuen Wohnraumförderungsgesetzbestimmungen betont. Die Festschreibung zusätzlicher Mietzinsregulierung im Bebauungsplan sei nicht hinnehmbar. Die Eigentümerschaft sei jedoch bereit, über



moderate Restriktionen zu diskutieren. Zum zweiten Punkt bezüglich dauerhaft vermieteter Wohnungen nach Kostenmiete: Nach WRFG wurde darauf hingewiesen, dass Restriktionen im Rahmen des Bebauungsplans nicht in Frage kämen. Die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum müsse wirtschaftlich tragbar bleiben. Es sei ja bereits so, dass mit den Bestandesbauten über das ganze Projekt fast zwei Drittel günstiger Wohnraum bestehen bleibt. In Hinblick auf den dritten Punkt zur Ressourcenschonung und Effizienz bei Erstellung, Unterhalt und Betrieb der Gebäude betonte die Eigentümerschaft ihre Bereitschaft zur Erhaltung und Einhaltung von Minergie-Standard und Green Property-Standard. Die Festlegung bestimmter Normen im Bebauungsplan erscheinen jedoch fragwürdig, da zukünftige Entwicklungen nicht berücksichtigt werden könnten. Eine vertiefte Diskussion mit der BRK wurde vorgeschlagen. Zum vierten Punkt bezüglich des Schutzes bestehender Grünfläche wurde signalisiert, dass eine grundsätzliche Bereitschaft bestehe, den Anliegen der BRK entgegenzukommen, unter der Bedingung, dass moderate Anpassungen an den Frei- und Grünflächen möglich bleiben müssen.

Die Eigentümerschaft könne nicht alle Punkte der BRK erfüllen, wies jedoch darauf hin, dass ein Referendum oder wirtschaftliche Überlegungen für das Projekt sehr schwierig wären und dieses gefährden. Die Rentabilität müsse berücksichtigt werden und das vorliegende Projekt trage bereits erheblich dazu bei, indem es Bestand unter Schutz stelle, Grünflächen erhalte, Wohnraum schaffe und nicht maximal verdichte.

Die Kommission führte aufgrund voriger Anhörungen und Rücksprachen mit Investoren weitere Diskussionen, die zu vier Anträgen führten, welche die BRK der Eigentümerschaften zur Verbesserung der gesellschaftlichen Akzeptanz des Projekts unterbreitet hatte. Zum einen sollte der Erhalt und die qualitative Aufwertung bestehender Grünflächen im Baubereich A gefördert werden und ein Verzicht auf eine weitere Unterbauung mit Ausnahme für statische Sicherung im Baufeld B vorgesehen werden. Damit möchte die Kommission verhindern, dass einer der grünen Zwischenräume durch den Bau einer grösseren Autoeinstellhalle beeinträchtigt wird. Da in der Nähe die Novartis im Baurecht ein Parking betreibt, welches nicht sehr ausgelastet scheint, jedoch nur für Mitarbeitende genutzt werden kann, soll ein Vorstoss ins Parlament gebracht werden. Dieser fordert den Kanton als Baurechtgeber auf, mit der Novartis zu verhandeln, damit die Bevölkerung das Parking nutzen kann. Die BRK stimmt dem Antrag mit 5 zu 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu.

Zweitens soll eine Ressourcen schonende Bauweise nach dem SIA-Effizienzpfad sowie mit Nachweis zur Reduktion von Treibhausgasemissionen umgesetzt werden. Dies wird einstimmig mit 9 Stimmen angenommen.

Drittens soll im Bebauungsplan folgende Formulierung eingesetzt werden: Die Grundeigentümerin verpflichtet sich zu einem fairen und transparenten Umgang mit ihren Mieterinnen und Mietern. Alle Mieterinnen und Mieter in den Bestandesgebäuden dürfen in ihren Mietverhältnissen verbleiben. Dies gilt auch im Falle einer Sanierung und für die Zeit nach einer Sanierung. Für frei gewordene Wohnungen aufgrund von Kündigungen seitens Mieterinnen und Mietern ist die Eigentümerin verpflichtet, die Anschlussmieten unterhalb der ortsüblichen Miete gemäss Mietpreisstatistik des Kantons Basel-Stadt für vergleichbare sanierte Wohnungen anzusetzen. Diese Formulierung wurde mit 7 Stimmen bei 2 Enthaltung gegenüber einer schärferen Regelung durch die Kommission bevorzugt.

Als vierten Punkt beantragte die Kommission, den Bebauungsplan dergestalt zu ergänzen, dass innerhalb des Bebauungsperimeters mindestens ein Drittel des neu realisierten Wohnanteils als preisgünstiger Wohnraum zu erstellen ist. Dies wurde mit 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Ein Änderungsantrag, dass nur 15 Prozent dauerhaft als preisgünstiger Wohnraum zu erstellen ist, wurde mit 6 zu 3 Stimmen abgelehnt.

Letztlich weist die BRK die Einsprachen mit 5 zu 3 Stimmen bei einer Enthaltung ab und beantragt dem Grossen Rat, den vorgeschlagenen Grossratsbeschluss mit 5 zu 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen anzunehmen.

Nach der Schlussabstimmung in der Kommission und der Publikation des Berichtes hat die Regierung Änderungsanträge formuliert. Sie liegen heute auf ihren tischen verteilt. Im Wesentlichen möchte die Regierung zwei der vier Kommissionsanträge ändern, die im Bereich der unter Bauung der bestehenden Grünflächen und beim Erfordernis des preisgünstigen Wohnraums über einen Drittel. Bei der Beibehaltung der Mieten der Bestandsbauten ist die Regierung zudem juristisch nicht überzeugt, inwiefern eine solche Regulierung zulässig wäre. Ebenfalls hat sich die Vertretung der Eigentümerschaft mit zwei Schreiben an die Kommission gewandt und mitgeteilt, dass sie unter diesen Vorzeichen und insbesondere aufgrund der Festsetzung von einem Drittel preisgünstigem Wohnraum das vorliegende Projekt unmöglich weiterverfolgen könne.

Wir stehen nun vor einer schweren Ausgangslage. Wenn man die Kreuztabelle anschaut, dann führt auch eine Annahme der Änderungsanträge im Sinne der Regierung letztlich dennoch zu einer Ablehnung des Projekts. Gleichzeitig würde aber auch eine Beibehaltung der Kommissionsversion des Ratschlags zu dessen Ablehnung führen. In beiden Fällen würde man vor einem massiven Scherbenhaufen stehen und zehn Jahre Planung wäre für nichts gewesen.

Anlässlich unserer letzten Kommissionssitzung von vergangendem Freitag konnte ich noch einige Stimmen einfangen, wie eine gänzliche Beerdigung und ein Totalausfall des Projekts abgewendet werden könnte. Dabei haben einige angezeigt, dass sie auch aufgrund der erst nach der Beschlussfassung eingebrachten Punkte einen Antrag auf Rückweisung an die Regierung unterstützen würden. Dazu besteht jedoch kein Kommissionsbeschluss. An dieser Stelle könnte jedoch festgehalten werden, dass durch eine Rückweisung gewisse Themen wie ein besserer Einbezug der Quartierbevölkerung



und die Berücksichtigung von deren Bedürfnisse besser einbezogen werden könnte. Kommt es nicht zu einer Rückweisung und es würden die Änderungsanträge der Regierung in der Detailberatung diskutiert, besteht ebenfalls kein Beschluss der Kommission darüber, wie diese sich dazu stellt.

Letztlich möchte ich mich noch bei der Verwaltung und den Mitgliedern der Kommission für die Zusammenarbeit bedanken und bin nun gespannt auf die Diskussion.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Mit Blick auf die Zeit und auch auf die Ausführungen des Präsidenten der BRK versuche ich mich kurz zu halten und je nachdem später noch auf die Voten zu reagieren. Ich möchte gleich vorausschicken, dass die Regierung offen ist für die Rückweisung dieses Ratschlags. Es haben sich jetzt wirklich neue Entwicklungen ergeben. Sie haben es gehört, die BRK hatte Änderungsvorschläge, die Regierung wiederum hat diese inhaltlich aber auch rechtlich geprüft, hat Feedback gegeben. Sie haben diese Änderungsanträge von Seiten der Regierung erhalten. Nun liegt auch noch eine Stellungnahme der Eigentümerin vor. Ich denke, auf gewisse Punkte kann man eingehen, gewisse Punkte sind tatsächlich schwieriger, aber hier im Plenum ist nicht der Ort, wo wir das bereinigen sollten. Wir sollten das wirklich noch einmal zurücknehmen.

Wir werden schauen, was möglich ist, was wir festlegen können und Ihnen noch einmal einen Vorschlag unterbreiten. Deshalb glaube ich tatsächlich im Moment ist eine Rückweisung der beste Weg. Hier gilt auch Sorgfalt vor Tempo. Wir haben diese Zeit, wir sollten Sie uns nehmen, denn ich denke, es ist auch eine wichtige Arealentwicklung, es handelt sich darum eine stattliche Anzahl Wohnungen und Wohnraum, es ist wirklich etwas, was wir dringend benötigen hier in Basel-Stadt. Deshalb wie gesagt, sind wir offen für eine Rückweisung an die Regierung und danken, wenn Sie dem folgen würden.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechern. Erste Fraktionssprecherin für das GAB ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Es wurde bereits angekündigt, wir vom GAB beantragen die Rückweisung des Horburg-Hochhauses, der ganzen Planung, an den Regierungsrat und würden im Fall einer Ablehnung der Rückweisung alle Änderungsanträge des Regierungsrats ablehnen. Was uns der Regierungsrat da vorgelegt hat, ist aus unserer Sicht ein misslungenes Renditeprojekt, das sich nur mit einer unglaublichen Arroganz der Credit Suisse-Anlagestiftung gegenüber der Nachbarschaft, dem Quartier und der gesamten Basler Bevölkerung erklären lässt. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, weshalb der Regierungsrat diese Planung durchgewinkt hat und bis heute nicht den Mut besitzt, für eine quartierverträgliche Variante einzustehen. Wir werden hier das Gefühl nicht los, dass man meint, mit dem Klybeck könne mal das schon irgendwie machen. Aber Sie haben es gemerkt, so einfach ist das nicht, auch wir im Klybeck können uns wehren.

Viele von Ihnen haben in den letzten Wochen Schreiben von Anwohnenden und Quartiervertretenden bekommen. Sie dürften also die schwerwiegendsten Fehler der Horburg-Planung kennen. Auch wenn es jetzt schon spät ist, glaube ich ist es wichtig, dass es hier nochmal aufgezählt wird, auch für das Protokoll möchte ich die wichtigsten nennen.

Es gab keinerlei Mitwirkungsprozesse, obwohl die Auswirkungen auf das Quartier sehr gross sind. Die Bevölkerung durfte aus den Medien von dieser Planung erfahren. Die Anwohnenden hatten nur die Möglichkeit, mit Einsprachen zu reagieren, auf diese wurde in keiner Weise eingegangen. Das Horburg-Areal liegt an der Grenze zwischen den sehr dicht bebauten Quartieren Klybeck und Matthäus, die meisten umliegenden Planungsquadrate sind noch dichter bebaut als diese Quartiere im Durchschnitt. Es gibt auch sehr wenige Grünflächen. Sie kennen die Problematik, die Dreirosenanlage und der Horburgpark sind massiv überlastet. Es braucht mehr Grünflächen und sicher nicht eine Überbauung der Störung der bestehenden Grünflächen und ein Abholzen der bestehenden alten Bäume. Mit dem aus unserer Sicht absolut unsinnigen Sockelbau zerstört dieser Doppelklotz, der hier geplant wird, nicht nur eine Grünfläche, sondern sie verhindert auch die Luftzirkulation in dieses Gebiet, das heute noch relativ gut funktioniert, währenddem es im Rest des Quartiers jetzt schon schwierig ist. Und nicht zuletzt ist auch sehr wichtig zu beachten, dass dieser Bebauungsplan direkt angrenzend an die Klybeck plus-Entwicklungsplanungsfläche, in diesem Gebiet ist eine riesige Umwälzung im Quartier geplant, die sowieso eine grosse Belastung für das Quartier sein wird. In diesem Zusammenhang ist man auch aktuell daran, den Stadtteilrichtplan Klybeck/Kleinhüningen auszuarbeiten. Dazu läuft eine Mitwirkung. Es macht überhaupt keinen Sinn, jetzt wo diese Mitwirkung zu diesem grösseren Entwicklung in diesem Gebiet läuft, einfach eine Planung durchzudrücken.

Ich finde, wir müssen uns auch ganz ernsthaft fragen, warum gerade in diesem Gebiet, in dessen Nachbarschaft wie gesagt eine massive Verdichtung geplant ist mit zusätzlichen 20'000 Einwohnern und 30'000 Arbeitsplätzen, ein paar zusätzliche Wohnungen im Hochhaus so hoch gewichtet werden sollen, dass alle anderen Bedürfnisse aus dem Quartier nichtig sind.



Der Kommissionspräsident hat es ausgeführt, die BRK hat versucht, aus diesem ziemlich misslungenen Bebauungsplan noch das Beste herauszuholen und wenigstens bei der Kostenmiete und dem Schutz der Grünfläche vor einer Unterbauung ein paar Pflaster zu setzen. Aber selbst diese Pflaster werden von der Credit Suisse-Anlagestiftung und dem Regierungsrat bekämpft. Die Regierung will also entgegen dem Stadtklimakonzept verhindern, dass um den Turm herum Bäume gepflanzt werden können, die genügend Wurzelraum haben, um auch gross und alt zu werden. Und sie will, dass die Wohnungen im Turm zu 100 Prozent übersteuert und Rendite maximiert vermietet werden können. Wir von BastA!, den Grünen und vom Jungen Grünen Bündnis fragen uns schon, mit welcher Legitimation sich der Regierungsrat über die Verfassung mit der Klimagerechtigkeit, dem Recht auf Wohnen und dem Wohnschutz hinwegsetzt und damit auch über eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung, die sich für diese Verfassungsgrundsätze ausgesprochen hat, nur um die Rendite der Credit Suisse-Anlagestiftung zu maximieren.

Sie haben es auch vom Kommission sprechend gehört, nach den Fraktionssitzungen gingen wir noch davon aus, dass wir vom GAB die einzigen sind, die hier Rückweisung beantragen. Inzwischen sieht es anders aus. Deshalb möchte ich jetzt noch einmal klar sagen, was der Auftrag im Falle einer Rückweisung ist. Es braucht eine grundsätzliche Neuplanung, also eine einfache Neuauflage des Hochhauses mit ein paar kosmetischen Anpassungen, wie es jetzt in Aussicht gestellt wurde von Regierungsrätin Esther Keller, reicht nicht. Ein solcher Turm hat heute keine Mehrheit und er wird auch in Zukunft keine Mehrheit haben. Es braucht also wirklich eine Neuplanung, eine ergebnisoffene Neuplanung, die die Bedürfnisse der Bevölkerung wirklich ernst nimmt und auch die anderen Planungen und Konzepte, die wir haben, nebenbei ist es auch die Klimaschutzstrategie, das Stadtklimakonzept und der zu erarbeitende Stadtteilrichtplan.

Die Planung, wie sie uns heute vorliegt, ist eine definitiv massiv veraltete Planung, die heute so nicht mehr gemacht würde. Das ist eigentlich allen klar. Es macht also keinen Sinn, jetzt nach einer Rückweisung noch mit etwas ähnlichem zu kommen. Eine Neuplanung dieses Areals und dieses Gebiets ist auch eine Chance, hier endlich für mehr Grünflächen zu sorgen, die dringend notwendig sind. Ich bitte Sie von der Regierung wirklich, das ernst zu nehmen und nicht nochmals mit einem gleichen Projekt zu kommen. Aus unserer Sicht ist eine weitere Verdichtung an diesem Ort ohnehin nicht sinnvoll. Das heisst nicht, dass überhaupt kein Gebäude entstehen kann, aber eine so massive Verdichtung ist nicht sinnvoll. Ich habe es gesagt, gleich nebenan entsteht ein neues Quartier, ein neuer Stadtteil mit 20'000 Einwohnenden. Damit würde die Bevölkerung des Klybeck vervierfacht. Hier noch ein paar Wohnungen rein zu quetschen ist nicht nötig, nicht sinnvoll und auch nicht akzeptabel.

Zum Schluss möchte ich trotzdem noch positiv ändern. Trotz all dem Ärger, der wir hatten und den wir bis jetzt haben, hat es auch etwas Positives bewirkt. Das Untere Kleinbasel hat endlich wieder einen neutralen Quartierverein und damit eine starke, engagierte Gruppe, die sich für die Interessen der Bevölkerung einsetzt und dafür sorgt, dass diese gehört und auch beachtet wird. Ich möchte mich deshalb ganz herzlich bei allen Menschen bedanken, die sich hier dafür eingesetzt haben, dass das Quartier gehört wird und sich auch in Zukunft für das Untere Kleinbasel einsetzen werden.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Auch die SVP-Fraktion bittet Sie, diesen Ratschlag an den Regierungsrat zurückzuweisen. Dieser Neubau hat in den letzten Wochen und Monaten viel zu sprechen gegeben und insbesondere die Quartierbevölkerung bekämpft dieses Projekt vehement. Wir möchten an dieser Stelle betonen, dass wir grosses Verständnis für die Quartierbevölkerung in Kleinbasel haben, insbesondere im Gebiet Dreirosen. Das Kleinbasel ist schon ziemlich dicht besiedelt, Grünflächen sind Mangelware. Die Sicherheitslage, das kann man wirklich auch getrost sagen, grenzt an eine Zumutung im Dreirosenquartier, und es ist auch so, dass sich dort in den nächsten Jahren und Jahrzehnten sehr viel entwickeln wird und man dieser Bevölkerung doch sehr viel zumutet.

Es gibt sehr wenige öffentliche Grünflächen. Man möchte noch den Privaten Grünflächen wegnehmen. Das kann es nicht sein. Es ist völlig klar, dass bei diesem Projekt, bei dem Grünflächen verloren gehen, weniger Parkplätze oder gar keine Parkplätze entstehen sollen, noch mehr verdichtet wird, die Bevölkerung irgendwann einmal sagt, genug ist genug und hier auf die Hinterbeine steht. Aus diesen verschiedenen Gründen kann die SVP-Fraktion hier auch die Quartierbevölkerung verstehen.

Wir finden, der Regierungsrat soll hier ein Projekt ausarbeiten – und ich kann mich hier sehr auch meiner Vorrednerin Tonja Zürcher anschliessen-, das eine Akzeptanz in der Quartierbevölkerung hat. Denn wenn wir hier ein Projekt beschliessen, dann laufen wir in ein Referendum rein und wenn das Volk Nein sagt, dann ist es sowieso beendet. Also dementsprechend wäre es viel einfacher, man würde von Anfang an auch sämtliche Player an einen Tisch holen und ein Projekt lancieren, welches auch in der Quartierbevölkerung eine gewisse Akzeptanz hat. Ich habe jetzt noch von niemandem im Kleinbasel gehört, dass er dieses Projekt gut findet. Jeder sagt, dass ist ein Blödsinn, bitte lehnt das im Grossen Rat ab. Ich frage mich dann schon, warum man hier dieses Gefühl nicht hat. Ich würde sogar behaupten, wenn in anderen Quartieren, in Riehen, auf dem Bruderholz, im Gellert oder im Neubad ein derartiges Projekt geplant wäre und die Quartierbevölkerung derart dagegen gewesen wären, dann wären wir jetzt gar nicht hier im Grossen Rat. Es wäre schon vorher besiegelt gewesen. Hier



habe ich habe einfach auch das Gefühl, dass das Kleinbasel vielleicht eine weniger grosse Lobby hat als andere Quartiere. Ich beispielsweise stamme aus Riehen, wo es sehr viele Grünflächen hat. Auch die Menschen im Kleinbasel haben aus meiner Sicht und aus Sicht der SVP-Fraktion Recht auf Grünflächen. Mit diesem Projekt wird ihnen eher was weggenommen, als dass sie hier wirklich etwas Neues erhalten.

Dementsprechend ist es gut, wenn wir das an den Regierungsrat zurückweisen. Ich möchte noch ein klein bisschen Parteipolitik machen. Das muss man schon auch nochmal erwähnen und betonen: Es wird immer gesagt, es braucht dringend neuen Wohnraum. Gleichzeitig sagt man aber auch immer, eine 10-Millionen-Schweiz, eine 11-Millionen-Schweiz, eine 12-Millionen-Schweiz sei doch alles kein Problem, das schaffen wir alles prima. Meine Damen und Herren, hier haben wir ein perfektes Beispiel, dass diese Rechnung eben nicht aufgeht. Wir reden nur von 100 neuen Wohnungen und die Quartierbevölkerung ist derart stark dagegen, weil schon derart stark verdichtet ist, dass es eben doch ein Problem ist. Und hier sehe ich die SVP-Fraktion nicht zwingend überall in der Verantwortung, jedem neuen Projekt zuzustimmen. Das heisst nicht, dass wir alles komplett ablehnen. Wir haben in den letzten Jahren sehr viele verschiedene Projekte gutgeheissen und mitgetragen. Aber hier in diesem Bereich, wo man wirklich den grossen Widerstand der Quartierbevölkerung sieht, hatten wir einfach auch ein schlechtes Gewissen, dem hier so zuzustimmen, und aus diesem Grund bitten wir Sie auch, das an den Regierungsrat zurückzuweisen, damit eventuell ein neues Projekt kommt. Und wenn halt kein Projekt kommt, ja gut, dann stirbt halt auch mal ein Projekt.

Das heisst ja nicht, dass gänzlich überall nicht mehr gebaut werden kann in diesem Kanton. Wir haben viele Transformationsareale mit Entwicklungspotenzial, dort wird auch vieles entstehen. Dort werden wir auch Hand bieten, das ist ja klar. Aber wenn halt ein Projekt in dieser Form nicht überzeugt, dann muss man halt auch einmal die Courage haben, Nein zu sagen, und genau das machen wir hier in Form einer Zurückweisung in der Hoffnung, dass eventuell etwas besseres kommt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionsprecher für die FDP ist Andreas Zappalà.

Andreas Zappalà (FDP): Ich darf für die FDP-Fraktion und für die LDP-Fraktion sprechen und muss zu Beginn schon sagen, dass ich ein bisschen überrascht bin, in welcher Vehemenz hier argumentiert worden ist von meinen bei den Vorrednerinnen und Vorrednern, vor allem auch wie jetzt dieser Bebauungsplan schlechtgeredet worden ist. Ich bin überhaupt nicht der Meinung, dass ein schlechter Bebauungsplan vorliegt. Man kann immer darüber diskutieren, ob er so angenommen werden kann oder muss oder ob man hier noch Änderungen vornehmen muss. Mir geht es auch nicht um das Kleinbasel, mein Votum würde genau gleich lauten, auch wenn jetzt dieser Bau auf dem Bruderholz liegen würde. Ich bin im Kleinbasel aufgewachsen, ich weiss oder kenne die Situation, wie sie im Kleinbasel ist, vor allem auch in dieser Gegend, die sich in den letzten Jahren zwar verändert hat, aber immer noch sehr dicht bevölkert ist.

Wir diskutieren heute einen Bebauungsplan über ein Grundstück, das stark unternutzt ist. Unabhängig einer konkreten Bebauung besteht also grundsätzlich ein legitimes Interesse der Grundeigentümerin, das Grundstück zu überbauen und das Grundstück auszunutzen. Damit nicht auf der grünen Wiese gebaut wird, zielt auch die Raumplanung in diese Richtung, nämlich dass dort gebaut und verdichtet wird, wo schon eine Bebauung vorhanden ist. Diesem Bebauungsplan ging eine sorgfältige langjährige Planung voraus mit einem Wettbewerb. Das Resultat davon ist dieser Bebauungsplan, den Ihnen der Regierungsvorrat vorgelegt hat. Er versuchte, diverse Anliegen unter einen Hut zu bringen und zwar im Einverständnis mit der Grundeigentümerin. So soll neuer zusätzlicher Wohnraum entstehen. Es wurden ökologische Anliegen berücksichtigt, der Denkmalschutz wurde berücksichtigt und die Grundeigentümerin ist ja auch bereit, preisgünstigeren Wohnraum zu erhalten. Ich glaube, all das ist dem Regierungsrat nicht schlecht gelungen.

Selbstverständlich haben wir Verständnis für das Anliegen und die Ängste in der Quartierbevölkerung. In unmittelbarer Nähe soll ein Hochhaus entstehen, das die Situation und das Erscheinungsbild vor Ort verändert. Mit zusätzlichem Wohnraum wird zusätzliche Wohnbevölkerung angezogen, und das in einem schon dichtbesiedelten Quartier. Dass Opposition entsteht und sowohl die politischen wie auch die rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, ist legitim.

Schwieriger ist es mit der Vorlage, die durch die BRK-Mehrheit beschlossen wurde. Unseres Erachtens wurde damit das Fuder überladen. Im Moment ist niemand mehr zufrieden, weder das Quartier noch die Grundeigentümerin. Der Ausgleich, den die Regierung zu schaffen versuchte, wurde mit den Änderungen durch die BRK-Mehrheit zerstört. Es war von Anfang an klar, dass die Grundeigentümerin unter diesen Voraussetzungen und diesen neuen Umständen nicht im Sinne des Bebauungsplans bauen wird. Die Finanzierung geht in diesem Fall nicht auf, wenn bestehender Wohnraum preisgünstig bleiben muss und im Neubau zudem ein Drittel preisgünstig vermietet werden muss. Mit diesen Eckpunkten ist ein Projekt kaum mehr finanzierbar.

Somit steht der Bebauungsplan, sei es die Vorlage der Regierung, sei es die Vorlage der BRK-Mehrheit, unter schlechten Vorzeichen. SP und Grüne wollen an den Investoren- und Eigentümer-feindlichen Bestimmungen festhalten. Die



Grundeigentümern wird mit diesen Eckpunkten kaum bauen. SVP und Quartier wollen kein Hochhaus, eine unheilige Allianz droht also, ein an und für sich sinnvolles Projekt scheitern zu lassen.

Unter diesem Aspekt scheint eine Rückweisung an die Regierung wohl der gangbarste Weg, wenn auch aus Sicht der FDP mit wenig Hoffnung. Das Hochhaus kann nicht einfach wegradiert werden, will man eine andere Bebauung, so bräuchte ein neues Projekt mit neuer Ausschreibung. Das dauert erneut Jahre, kostet viel und bedarf natürlich auch der Mitwirkung und des Interesses der Grundeigentümerin. Ob sie dazu bereit ist, ist fraglich.

Somit könnte eine Bebauung des Grundstücks auf die Basis der aktuellen baugesetzlichen Normen näher rücken. Es wurde oft gesagt, dass dies wegen der Inventarisierung der bestehenden Gebäude kaum möglich ist. Es wird mit der Unterschutzstellung gedroht. Persönlich würde ich mich nicht darauf verlassen. Das Denkmalschutzgesetz ist dazu da, denkmalwürdige Liegenschaften in globo oder einzeln zu schützen und im Bestand zu bewahren. Es hat aber nicht in Anspruch, eine sinnvolle und baugesetzlich zulässige Bebauung zu verhindern.

Dies gilt vor allem auch in Zeiten, wo von überall her im urbanen Bereich mehr Wohnungen gefordert werden. Eine Bebauung gemäss aktuellen Bauvorschriften würden der Grundeigentümer zwar einen höheren Ertrag bringen, wäre aber als städtebaulicher wie auch ökologischer Sicht wenig sinnvoll. Ob das Quartier mit einer solchen Bebauung besser fahren würde, ist auch nicht gesichert.

Wie eingangs erwähnt, unterstützt die FDP die Änderungsanträge der Regierung, verschliesst sich aber nicht einer Rückweisung an sie. Die LDP schliesst sich hier an. Aus diesem Grund empfehle ich Ihnen namens FDP und LDP Rückweisung dieser Vorlage.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Ivo Balmer.

Ivo Balmer (SP): Die Debatte und auch die Entwicklung, die wir hatten mit diesem Bebauungsplan, erinnert mich doch sehr stark an ein Bild, und das möchte ich Ihnen mitgeben als Abschluss. Kennen Sie die TV-Quizshow 1, 2 oder 3? Man hat drei Felder, eine Frage und drei verschiedene Antworten. Und genau das ist hier passiert.

Zu Feld 1, und das geht an die Regierungsrätin, die noch anwesend ist: Dieses Planungsvorhaben war wirklich von Beginn an mit Problemen bestückt. Das haben meine Vorrednerinnen ausgeführt. Da wurden Quartiersinteressen nicht berücksichtigt, da wurden aber auch übergeordnete Planungsleitlinien einfach vergessen. Und dann selbst die Kommunikation. Das Weiterbauen unserer Städte ist immer eine Herausforderung und deshalb ist ja Kommunikation und Mitwirkung so wichtig. Und ganz wichtig hierbei, das ist nicht Neuland, dazu gibt es Beispiele und dazu gibt es vor allem empirisches Wissen. Es sind drei Faktoren, welche die Akzeptanz von Verdichtungsprojekten immer erhöhen. Erster Punkt ist die Partizipation, zweiter Punkt sind ökologische Begleitmassnahmen und dritter Punkt ist bezahlbarer Wohnraum. Diese drei einfachen Prinzipien, die wir auch aus anderen Bebauungsplänen kennen, wurden in diesem Verdichtungsprojekt sträflich vernachlässigt.

Kommen wir zu Feld 2, das ist der BRK-Kompromiss. Klar, der Zug der Partizipation war hier abgefahren. Wir haben aber über ein Jahr in fünf Sitzungen gemeinsam dieses Geschäft beraten. Wir haben Anhörungen durchgeführt, das wurde ausgeführt von Michael Hug, insbesondere mit der Quartierbevölkerung und natürlich mit dem Immobilienkonzern, die dahinterstehen und dann auch mit dem Bau- und Planungsamt. Wir raufeten uns zusammen und holten verschiedene Positionen dieser involvierten Akteur:innen ab, mit dem Ziel, einen Versuch zu wagen, diesen Bebauungsplan mit den Quartiersinteressen zu ergänzen und somit auch mehrheitsfähig zu machen. Dies führte zu diesen vier klima- und wohnpolitischen Flankierungen, die Michael Hug sehr schön aufgeführt hat. Die SP stand immer klar zu diesen Flankierungen. Und deshalb lehnen wir auch diese Änderungsanträge der Regierung ab, die jetzt auf dem Tisch liegen.

Und damit komme ich zu dem dritten Feld, und das ist eigentlich die Fundamentalopposition gegen diesen BRK-Kompromiss. Es sind die Änderungsanträge des Regierungsrates. Die CS als Teil des neuen UBS-Konzerns, die kam ja wirklich sehr beschwerlich in die Puschen und hat darüber...

Ivo Balmer (SP): Dieses Aufschnüren des BRK-Kompromisses war quasi die sträfliche Nichtberücksichtigung. Dieser Versuch war überparteilich, der Versuch, das wirklich mehrheitsfähig zu machen. Und an alle diejenigen in diesem Saal, die immer bauen bauen und bauen rufen und darin das öffentliche Interesse einfach gleich mal zur Genüge begründet finden, erfolgt folgender Hinweis: Es geht nicht einfach um mehr Wohnraum, sondern es geht um die Frage, mehr Wohnraum für wen? Verdichtung nach innen darf nicht einfach eine Verteuerung nach innen bedeuten. Entwickeln Sie bitte Verdichtungsprojekte mit der Bevölkerung und nicht gegen sie. 1, 2 oder 3, ob der Horburg-Turm jemals steht, seht ihr, wenn das Licht angeht. Wir meinen 1, 2,3, letzte Chance vorbei und beantragen die Rückweisung an die Regierung.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich würde das Geschäft zu Ende beraten, auch wenn es 5 oder 7 Minuten länger dauern sollte,

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der nächste Fraktionssprecher für die GLP ist David Wüest-Rudin.

David Wüest-Rudin (GLP): Ich hätte viel zu sagen, auch viel zu antworten auf Ivo Balmer. Ich werde mich jetzt aber ganz kurz halten.

Wir sind auch für Rückweisung. Wir verstehen aber die Rückweisung nicht im Sinne der SVP. Wir verstehen Sie nicht im Sinne der Grünen/BastA! und auch nicht im Sinne der SP, sondern folgen der Argumentation der FDP und LDP: Wir wollen kein Schlechttreden dieses Bebauungsplans. Es ist kein arrogantes Renditeprojekt. Der Eigner hat sich bewegt, er hätte viel dichter bauen können und es wurden mehr Grünflächen freigehalten. Ich könnte noch mehr Punkte aufzählen.

Wenn Sie Verdichtung hinbekommen wollen, müssen Sie höher bauen. Wie soll das denn anders gehen? Wir sind auch nicht für die Versionen der BRK, also die Erhöhung der Quoten des gemeinnützigen Wohnraums. Es gibt schon heute einen grossen Teil preisgünstigen Wohnraums auf dem Areal. Man darf da nicht überschliessen. Auch der Mietzinsdeckel wurde eingeführt. Und aus diesen Gründen und auch aufgrund der neuen Erkenntnisse, die hervorgekommen sind, sind wir auch für Rückweisungen, aber eben in diesem Sinne und nicht im Sinne der bisher mehrheitlich geführten Voten.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Tonja Zürcher. Nehmen Sie sie an? Sie wird nicht angenommen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Somit habe ich keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Ein Antrag auf Schliessung der Rednerliste ist obsolet und somit hat in der zweiten Runde Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Auch ich möchte es kurz machen, obwohl es tatsächlich viel zu sagen gäbe.

Einfach noch kurz zu Ivo Balmer. Ich verstehe auch den Ärger. Ich bin auch der Meinung, dass man die Ursprünge des Projekts vor zehn Jahren nicht glücklich aufgegleist hat, dass da der Einbezug der Bevölkerung nicht gelungen ist. Ich möchte aber zuhänden von Tonja Zürcher auch sagen, dass nicht einfach das erstbeste Projekt durchgewinkt wurde, im Gegenteil, dass eben zehn Jahre lang geplant wurde. Übrigens ist ja nicht der Kanton Bauherrin, sondern es gibt eine Eigentümerin, die wir begleitet haben in diesem Projekt. Also man hat intensiv Lösungen gesucht

Und wenn die Kommission eine Lösung oder einen Kompromiss gefunden hat, was die Regierung sehr schätzt, dann ist einfach der Punkt, dass wir heute wissen, dass die Eigentümerin sagt, in dem Fall würde nicht gebaut. Und das wiederum bedeutet, dass ein Bebauungsplan wenig Sinn macht, denn dann schneiden wir eine massgefertigte Lösung für ein Projekt, das nicht umgesetzt wird.

Insofern macht es wirklich Sinn, dieses Projekt, diesen Bebauungsplan an die Regierung zurückzuweisen. Ich Sie haben noch heute wieder gehört, wie weit die Meinungen auseinandergehen und ich glaube, das bleibt eine Herausforderung für die Zukunft, diese Areale wirklich mehrheitsfähig zu machen. Ich kann Ihnen versprechen, dass wir das noch mal ganz sorgfältig anschauen und ich denke, einige der Inputs der BRK sind auch wirklich aufnehmbar.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten. Rückweisung wurde beantragt von Tonja Zürcher, Pascal Messerli und Konsorten.

Wir stimmen ab.

Abstimmung

über die Rückweisung an den Regierungsrat

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

84 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002369, 14.12.23 18:06:03]



Der Grosse Rat beschliesst

den Bericht an den Regierungsrat zurückzuweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben sich für Rückweisung entschieden mit 84 Ja-Stimmen bei keiner Gegenstimme und keiner Enthaltung.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, bevor ich die Session schliesse, möchte ich noch mitteilen, dass wir im Januar am zweiten Sitzungstag eine Nachtsitzung haben werden. Bevor Sie Ihre Plätze verlassen, bitte ich Sie, alles mitzunehmen, was Ihnen gehört. Morgen findet ein Anlass statt und es muss sauber sein im Raum.

Ich wünsche Ihnen eine schöne und besinnliche Weihnachtszeit, happy new year und wir sehen uns im nächsten Jahr. Einen schönen Abend.

Schluss der 43. Sitzung

18:06 Uhr



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 1
23.9050

Abstimmungsdatum

06. Dezember 2023 08:43:12

Geschäft

Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Nicht abgestimmt
Gander Thomas (SP)	Nicht anwesend	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht anwesend
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Yilmaz Semseddin (SP)	Nicht anwesend	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Islar-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Nicht anwesend	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht anwesend	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nicht anwesend	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GAB)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nicht anwesend	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
von Wartburg Christian (SP)	Nicht anwesend	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaella (GAB)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht anwesend	Hettich Daniel (LDP)	Nicht anwesend
Irleichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht anwesend	Zappalà Andreas (FDP)	Nicht anwesend
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nicht anwesend	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GAB)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend		
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht abgestimmt	7	1	1	2	1	0	0	1	1	0
Nicht anwesend	93	29	17	13	10	10	8	6	0	0
Stimmberechtigt	7	1	1	2	1	0	0	1	1	0



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 1
23.9050

Abstimmungsdatum

06. Dezember 2023 09:02:30

Geschäft

Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
von Wartburg Christian (SP)	Nicht abgestimmt	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	74	20	13	13	11	8	3	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	75	20	13	13	11	8	3	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	2	2	0	0	0	0	0	0	0
Nicht anwesend	21	8	3	2	0	2	5	1	0	0
Stimmberechtigt	79	22	15	13	11	8	3	6	1	0



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 1
23.9050

Abstimmungsdatum

06. Dezember 2023 09:13:03

Geschäft

Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ent	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ent	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ent	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ent	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ent	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ent	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ent
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
von Wartburg Christian (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ent
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	4	0	0	0	3	0	0	0	1	0
Nein	74	27	16	9	4	6	7	5	0	0
Ent	13	0	0	6	4	3	0	0	0	0
Abgestimmt	91	27	16	15	11	9	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	2	0	0	0	0	1	0	0
Nicht anwesend	5	2	0	0	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	95	28	18	15	11	9	7	6	1	0



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 1
23.9050

Abstimmungsdatum

06. Dezember 2023 09:22:18

Geschäft

Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ent
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
von Wartburg Christian (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ent
Miozzari Claudio (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	14	0	1	0	11	2	0	0	0	0
Nein	75	27	17	14	0	5	7	5	0	0
Ent	4	0	0	1	0	1	0	1	1	0
Abgestimmt	93	27	18	15	11	8	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0
Nicht anwesend	5	2	0	0	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	95	28	18	15	11	9	7	6	1	0



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 1
23.9050

Abstimmungsdatum

06. Dezember 2023 09:37:12

Geschäft

Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ent	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
von Wartburg Christian (SP)	Nicht abgestimmt	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ent
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	76	25	18	15	0	8	7	3	0	0
Nein	13	0	0	0	10	1	0	1	1	0
Ent	3	0	0	0	1	0	0	2	0	0
Abgestimmt	92	25	18	15	11	9	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht anwesend	6	3	0	0	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	94	27	18	15	11	9	7	6	1	0



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 1
23.9050

Abstimmungsdatum

06. Dezember 2023 09:44:21

Geschäft

Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ent	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ent
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
von Wartburg Christian (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	56	18	2	15	0	8	7	6	0	0
Nein	34	7	16	0	10	0	0	0	1	0
Ent	2	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	26	18	15	11	8	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0
Nicht anwesend	6	3	0	0	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	94	27	18	15	11	9	7	6	1	0



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 2
23.9055

Abstimmungsdatum

06. Dezember 2023 09:48:03

Geschäft

Entgegennahme der neuen Geschäfte

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nicht abgestimmt
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabacki Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ent	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nicht abgestimmt
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ent	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ent	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
von Wartburg Christian (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ent
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	67	25	17	12	0	4	7	2	0	0
Nein	16	0	0	2	8	2	0	4	0	0
Ent	5	0	0	0	1	3	0	0	1	0
Abgestimmt	88	25	17	14	9	9	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	6	2	1	1	2	0	0	0	0	0
Nicht anwesend	6	3	0	0	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	94	27	18	15	11	9	7	6	1	0



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 3
23.5519

Abstimmungsdatum

06. Dezember 2023 09:57:13

Geschäft

Zuwahl gemäss § 29 GOG im Sinne temporären Erhöhung der Pensen von Dr. iur. Dorrit Schleiminger und lic. iur. Dominik Kiener aufgrund der gesundheitlichen Beeinträchtigung der Arbeitsfähigkeit zweier Präsidienmitglieder am Strafgericht Basel-Stadt, Ratschlag des Gerichtsrates

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nicht abgestimmt
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ent	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
von Wartburg Christian (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	86	25	18	14	8	8	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	26	18	14	8	8	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	6	1	0	1	3	1	0	0	0	0
Nicht anwesend	6	3	0	0	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	94	27	18	15	11	9	7	6	1	0



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 4
23.1354

Abstimmungsdatum

06. Dezember 2023 10:16:52

Geschäft

Kantonale Volksinitiative "Erhalt des Musical Theater Basel", Bericht des RR zur rechtlichen Zulässigkeit und zum weiteren Vorgehen

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht abgestimmt	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
von Wartburg Christian (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	91	25	18	15	11	9	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	25	18	15	11	9	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht anwesend	6	3	0	0	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	94	27	18	15	11	9	7	6	1	0



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 4
23.1354

Abstimmungsdatum

06. Dezember 2023 10:17:56

Geschäft

Kantonale Volksinitiative "Erhalt des Musical Theater Basel", Bericht des RR zur rechtlichen Zulässigkeit und zum weiteren Vorgehen

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ent	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ent
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
von Wartburg Christian (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	73	26	18	8	0	9	7	5	0	0
Nein	15	0	0	4	10	0	0	1	0	0
Ent	5	0	0	3	1	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	26	18	15	11	9	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht anwesend	6	3	0	0	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	94	27	18	15	11	9	7	6	1	0



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 5
23.1094

Abstimmungsdatum

06. Dezember 2023 10:27:14

Geschäft

Umwidmungen Staatsliegenschaften 2023, Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
von Wartburg Christian (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	78	26	5	14	11	9	7	6	0	0
Nein	12	0	12	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	91	26	17	14	11	9	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	1	1	0	0	0	0	0	0
Nicht anwesend	6	3	0	0	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	94	27	18	15	11	9	7	6	1	0



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 5
23.1094

Abstimmungsdatum

06. Dezember 2023 10:28:04

Geschäft

Umwidmungen Staatsliegenschaften 2023, Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
von Wartburg Christian (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	89	25	17	14	11	9	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	25	17	14	11	9	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	2	1	1	0	0	0	0	0	0
Nicht anwesend	6	3	0	0	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	94	27	18	15	11	9	7	6	1	0



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 6
22.0980

Abstimmungsdatum

06. Dezember 2023 10:30:37

Geschäft

Kantonale Volksinitiative "für mehr Musikvielfalt", Fristverlängerung, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
von Wartburg Christian (SP)	Nicht abgestimmt	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nicht abgestimmt
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	85	24	17	13	11	8	7	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	86	24	17	13	11	8	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	8	3	1	2	0	1	0	1	0	0
Nicht anwesend	6	3	0	0	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	94	27	18	15	11	9	7	6	1	0



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 7
23.1320

Abstimmungsdatum

06. Dezember 2023 10:46:58

Geschäft

Staatsbeitrag zugunsten Jüdisches Museum der Schweiz für den Zeitraum 2024 bis 2027, Ausgabenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
von Wartburg Christian (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	90	26	18	13	11	9	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	26	18	13	11	9	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	2	0	0	0	0	0	0
Nicht anwesend	6	3	0	0	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	94	27	18	15	11	9	7	6	1	0



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 9
23.0740

Abstimmungsdatum

06. Dezember 2023 11:02:56

Geschäft

Umsetzung des Bundesgesetzes zur Behindertengleichstellung (BehiG) auf dem Tram- und Busnetz des Kantons Basel-Stadt, Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
von Wartburg Christian (SP)	Nicht abgestimmt	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	87	25	18	14	10	7	7	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	25	18	14	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	6	2	0	1	1	2	0	0	0	0
Nicht anwesend	7	3	0	0	0	1	1	1	1	0
Stimmberechtigt	93	27	18	15	11	9	7	6	0	0



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 11
23.0506

Abstimmungsdatum

06. Dezember 2023 11:15:08

Geschäft

«Areal Zur Eiche»; Zonenänderung, Festsetzung eines Bebauungsplans, Änderung Lärmempfindlichkeitsstufenplan, Änderung Wohnanteilplan sowie neue Bau- und Strassenlinien und neue Baugrenzen im Bereich Innerer Egliseeweg, Riehenstrasse, Säckingerstrasse, Laufenburgerstrasse, Batschlag des BP

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabacki Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
von Wartburg Christian (SP)	Nicht abgestimmt	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	90	24	18	15	11	9	7	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	24	18	15	11	9	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	3	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht anwesend	7	3	0	0	0	1	1	1	1	0
Stimmberechtigt	93	27	18	15	11	9	7	6	0	0



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 14
23.5543

Abstimmungsdatum

06. Dezember 2023 11:32:21

Geschäft

Motion 2 Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend ganzheitliche Sexualaufklärung im Kanton Basel-Stadt

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nicht abgestimmt
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
von Wartburg Christian (SP)	Nicht abgestimmt	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	57	24	16	0	0	6	6	5	0	0
Nein	28	0	0	15	11	1	0	1	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	85	24	16	15	11	7	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	7	3	2	0	0	2	0	0	0	0
Nicht anwesend	8	3	0	0	0	1	2	1	1	0
Stimmberechtigt	92	27	18	15	11	9	6	6	0	0



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 15
23.5544

Abstimmungsdatum

06. Dezember 2023 14:44:02

Geschäft

Motion 3 Tobias Christ und Konsorten betreffend ein gesundes Stadtklima

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ent
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
von Wartburg Christian (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	48	23	17	0	0	1	7	0	0	0
Nein	42	1	0	15	11	8	0	6	1	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	91	24	17	15	11	10	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	3	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht anwesend	6	3	1	0	0	0	1	1	0	0
Stimmberechtigt	94	27	17	15	11	10	7	6	1	0



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 16
23.5545

Abstimmungsdatum

06. Dezember 2023 15:24:11

Geschäft

Motion 4 Tobias Christ und Konsorten betreffend eine zukunftsfähige Mobilität

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
von Wartburg Christian (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	48	23	16	0	0	2	7	0	0	0
Nein	40	0	0	15	11	8	0	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	23	16	15	11	10	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	6	4	1	0	0	0	0	0	1	0
Nicht anwesend	6	3	1	0	0	0	1	1	0	0
Stimmberechtigt	94	27	17	15	11	10	7	6	1	0



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 18
23.5531

Abstimmungsdatum

06. Dezember 2023 15:32:58

Geschäft

Anzug 2 Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend Anpassung der Förderbeiträge für erneuerbare Heizlösungen

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht abgestimmt	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
von Wartburg Christian (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	66	26	15	10	0	7	7	1	0	0
Nein	21	0	0	2	11	3	0	5	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	88	26	15	12	11	10	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	6	1	2	3	0	0	0	0	0	0
Nicht anwesend	6	3	1	0	0	0	1	1	0	0
Stimmberechtigt	94	27	17	15	11	10	7	6	1	0



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 19
23.5532

Abstimmungsdatum

06. Dezember 2023 15:42:42

Geschäft

Anzug 3 Luca Urgese und Konsorten betreffend Velospur in der St. Jakobs-Strasse

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Sägesser Daniel (SP)	Nicht abgestimmt	Sieber Johannes (GLP)	Ja
von Wartburg Christian (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	81	23	17	15	3	10	7	6	0	0
Nein	8	0	0	0	7	0	0	0	1	0
Ent	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	23	17	15	11	10	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	4	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht anwesend	6	3	1	0	0	0	1	1	0	0
Stimmberechtigt	94	27	17	15	11	10	7	6	1	0



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 46
23.5616

Abstimmungsdatum

13. Dezember 2023 15:04:36

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge Christian von Wartburg, SP)

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Präsident
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	88	26	17	14	11	10	5	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	26	17	14	11	10	5	5	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	10	4	1	1	0	0	2	2	0	0
Stimmberechtigt	90	26	17	14	11	10	5	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 46
23.5616

Abstimmungsdatum

13. Dezember 2023 15:05:48

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge Christian von Wartburg, SP)

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ent	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Präsident
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	85	25	15	14	11	10	5	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	26	15	14	11	10	5	5	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	2	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	10	4	1	1	0	0	2	2	0	0
Stimmberechtigt	90	26	17	14	11	10	5	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 47
23.5617

Abstimmungsdatum

13. Dezember 2023 15:07:09

Geschäft

Wahl des Präsidenten / der Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge Christian von Wartburg, SP)

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ent	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Präsident
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	86	25	15	15	11	10	5	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	26	15	15	11	10	5	5	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	2	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	9	4	1	0	0	0	2	2	0	0
Stimmberechtigt	91	26	17	15	11	10	5	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 48
23.5618

Abstimmungsdatum

13. Dezember 2023 15:08:24

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der Regiokommission (Nachfolge Christian von Wartburg, SP)

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ent	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Präsident
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	86	25	15	15	11	10	5	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	26	15	15	11	10	5	5	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	2	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	9	4	1	0	0	0	2	2	0	0
Stimmberechtigt	91	26	17	15	11	10	5	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 49
23.1592

Abstimmungsdatum

13. Dezember 2023 15:09:59

Geschäft

Wahl des Mitglieds des Ständerates vom 22. Oktober 2023; Validierung, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Präsident
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	87	26	16	15	10	10	5	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	26	16	15	10	10	5	5	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	9	4	1	0	0	0	2	2	0	0
Stimmberechtigt	91	26	17	15	11	10	5	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 51
23.1189

Abstimmungsdatum

13. Dezember 2023 15:23:57

Geschäft

Ausgabenbewilligung für Staatsbeiträge an den Verein Diakonische Stadtarbeit Elim für das Angebot Hey-U Intensiv – Unterbringung von Menschen mit schwerer Substanzabhängigkeit und psychischer Erkrankung mit/ohne Fürsorgerische Unterbringung für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nicht abgestimmt
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Präsident
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	85	26	14	15	10	9	6	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	86	26	14	15	10	9	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	5	0	2	0	1	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	9	4	2	0	0	0	1	2	0	0
Stimmberechtigt	91	26	16	15	11	10	6	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 52
23.1344

Abstimmungsdatum

13. Dezember 2023 15:33:32

Geschäft

Ausgabenbewilligung für die Realisierung des Projekts SomPsyNet (Prävention psychosozialer Belastungsfolgen in der Somatik) für die Jahre 2024 und 2025, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Präsident
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	83	24	17	15	10	8	5	4	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	84	24	17	15	10	8	5	4	1	0
Nicht abgestimmt	8	2	0	0	1	2	1	1	0	1
Nicht anwesend	8	4	1	0	0	0	1	2	0	0
Stimmberechtigt	92	26	17	15	11	10	6	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 53
23.1357

Abstimmungsdatum

13. Dezember 2023 15:50:15

Geschäft

Staatsbeiträge an vier Trägerschaften im Suchthilfebereich des Kantons Basel-Stadt für die Jahre 2024 bis 2027; Staatsbeiträge an die Trägerschaften Stiftung Suchthilfe Region Basel, Stiftung Sucht, Stiftung Blaues Kreuz/MUSUB beider Basel und Verein frau sucht gesundheit, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Präsident
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	88	25	17	15	11	10	6	4	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	25	17	15	11	10	6	4	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	8	4	1	0	0	0	1	2	0	0
Stimmberechtigt	92	26	17	15	11	10	6	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 53
23.1357

Abstimmungsdatum

13. Dezember 2023 15:51:06

Geschäft

Staatsbeiträge an vier Trägerschaften im Suchthilfebereich des Kantons Basel-Stadt für die Jahre 2024 bis 2027; Staatsbeiträge an die Trägerschaften Stiftung Suchthilfe Region Basel, Stiftung Sucht, Stiftung Blaues Kreuz/MUSUB beider Basel und Verein frau sucht gesundheit, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Präsident
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	87	25	17	15	11	10	5	4	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	89	25	17	15	11	10	6	4	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	8	4	1	0	0	0	1	2	0	0
Stimmberechtigt	92	26	17	15	11	10	6	5	1	1

Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 53
23.1357

Abstimmungsdatum

13. Dezember 2023 15:51:57

Geschäft

Staatsbeiträge an vier Trägerschaften im Suchthilfebereich des Kantons Basel-Stadt für die Jahre 2024 bis 2027; Staatsbeiträge an die Trägerschaften Stiftung Suchthilfe Region Basel, Stiftung Sucht, Stiftung Blaues Kreuz/MUSUB beider Basel und Verein frau sucht gesundheit, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Präsident
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	87	25	17	14	11	10	6	4	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	25	17	14	11	10	6	4	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	1	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	8	4	1	0	0	0	1	2	0	0
Stimmberechtigt	92	26	17	15	11	10	6	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 53
23.1357

Abstimmungsdatum

13. Dezember 2023 15:52:47

Geschäft

Staatsbeiträge an vier Trägerschaften im Suchthilfebereich des Kantons Basel-Stadt für die Jahre 2024 bis 2027; Staatsbeiträge an die Trägerschaften Stiftung Suchthilfe Region Basel, Stiftung Sucht, Stiftung Blaues Kreuz/MUSUB beider Basel und Verein frau sucht gesundheit, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabacki Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Präsident
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	87	24	17	15	11	10	6	4	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	24	17	15	11	10	6	4	1	0
Nicht abgestimmt	4	2	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	8	4	1	0	0	0	1	2	0	0
Stimmberechtigt	92	26	17	15	11	10	6	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 54
23.1223

Abstimmungsdatum

13. Dezember 2023 16:04:31

Geschäft

Programm zur Dickdarmkrebs-Vorsorge sowie zum Mammografie-Screening mit dem Verein Krebsliga beider Basel im Kanton Basel-Stadt für die Jahre 2024-2027; Vertragsgenehmigung und Ausgabenbewilligung, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nicht abgestimmt
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Präsident
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	82	24	16	14	11	7	6	4	0	0
Nein	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	83	24	16	15	11	7	6	4	0	0
Nicht abgestimmt	8	1	1	0	0	3	0	1	1	1
Nicht anwesend	9	5	1	0	0	0	1	2	0	0
Stimmberechtigt	91	25	17	15	11	10	6	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 55
23.0849

Abstimmungsdatum

13. Dezember 2023 16:45:44

Geschäft

Ausgabenbewilligung für Staatsbeiträge für 20 Trägerschaften der Quartierarbeit in den Jahren 2024 bis 2027, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Präsident
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	50	26	17	0	1	0	6	0	0	0
Nein	40	0	0	15	10	10	0	5	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	91	26	17	15	11	10	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	4	1	0	0	0	1	2	0	0
Stimmberechtigt	92	26	17	15	11	10	6	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 55
23.0849

Abstimmungsdatum

13. Dezember 2023 16:58:24

Geschäft

Ausgabenbewilligung für Staatsbeiträge für 20 Trägerschaften der Quartierarbeit in den Jahren 2024 bis 2027, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ent
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ent	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Präsident
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Ent
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ent	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ent
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	44	25	17	1	1	0	0	0	0	0
Nein	40	0	0	14	10	9	1	5	1	0
Ent	7	1	0	0	0	1	5	0	0	0
Abgestimmt	91	26	17	15	11	10	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	4	1	0	0	0	1	2	0	0
Stimmberechtigt	92	26	17	15	11	10	6	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 55
23.0849

Abstimmungsdatum

13. Dezember 2023 17:00:04

Geschäft

Ausgabenbewilligung für Staatsbeiträge für 20 Trägerschaften der Quartierarbeit in den Jahren 2024 bis 2027, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht abgestimmt
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Präsident
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	48	26	17	0	1	0	4	0	0	0
Nein	41	0	0	15	10	10	0	5	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	26	17	15	11	10	4	5	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	0	2	0	0	1
Nicht anwesend	8	4	1	0	0	0	1	2	0	0
Stimmberechtigt	92	26	17	15	11	10	6	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 55
23.0849

Abstimmungsdatum

13. Dezember 2023 17:01:18

Geschäft

Ausgabenbewilligung für Staatsbeiträge für 20 Trägerschaften der Quartierarbeit in den Jahren 2024 bis 2027, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Daniela (SVP)	Ent
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht abgestimmt
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ent	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Präsident
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	46	26	17	0	0	0	3	0	0	0
Nein	40	0	0	14	10	10	0	5	1	0
Ent	2	0	0	0	1	0	1	0	0	0
Abgestimmt	88	26	17	14	11	10	4	5	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	1	0	0	2	0	0	1
Nicht anwesend	8	4	1	0	0	0	1	2	0	0
Stimmberechtigt	92	26	17	15	11	10	6	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 55
23.0849

Abstimmungsdatum

13. Dezember 2023 17:03:55

Geschäft

Ausgabenbewilligung für Staatsbeiträge für 20 Trägerschaften der Quartierarbeit in den Jahren 2024 bis 2027, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Präsident
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	40	0	0	14	11	10	0	5	0	0
Nein	49	26	17	0	0	0	6	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	90	26	17	14	11	10	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	4	1	0	0	0	1	2	0	0
Stimmberechtigt	92	26	17	15	11	10	6	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 55
23.0849

Abstimmungsdatum

13. Dezember 2023 17:04:55

Geschäft

Ausgabenbewilligung für Staatsbeiträge für 20 Trägerschaften der Quartierarbeit in den Jahren 2024 bis 2027, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Präsident
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	41	0	0	15	11	10	0	5	0	0
Nein	49	26	17	0	0	0	6	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	91	26	17	15	11	10	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	4	1	0	0	0	1	2	0	0
Stimmberechtigt	92	26	17	15	11	10	6	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 55
23.0849

Abstimmungsdatum

13. Dezember 2023 17:06:51

Geschäft

Ausgabenbewilligung für Staatsbeiträge für 20 Trägerschaften der Quartierarbeit in den Jahren 2024 bis 2027, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Präsident
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	16	0	0	0	11	0	0	5	0	0
Nein	69	26	17	14	0	8	4	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	85	26	17	14	11	8	4	5	0	0
Nicht abgestimmt	7	0	0	1	0	2	2	0	1	1
Nicht anwesend	8	4	1	0	0	0	1	2	0	0
Stimmberechtigt	92	26	17	15	11	10	6	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 55
23.0849

Abstimmungsdatum

13. Dezember 2023 17:18:15

Geschäft

Ausgabenbewilligung für Staatsbeiträge für 20 Trägerschaften der Quartierarbeit in den Jahren 2024 bis 2027, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ent
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ent	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ent	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Präsident
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Ent
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ent	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	44	26	16	0	0	2	0	0	0	0
Nein	36	0	0	13	11	7	0	5	0	0
Ent	8	1	0	0	0	1	6	0	0	0
Abgestimmt	88	27	16	13	11	10	6	5	0	0
Nicht abgestimmt	5	0	1	2	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	7	3	1	0	0	0	1	2	0	0
Stimmberechtigt	93	27	17	15	11	10	6	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 55
23.0849

Abstimmungsdatum

13. Dezember 2023 17:22:46

Geschäft

Ausgabenbewilligung für Staatsbeiträge für 20 Trägerschaften der Quartierarbeit in den Jahren 2024 bis 2027, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ent	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Präsident
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Ent
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ent	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	44	25	17	0	0	1	1	0	0	0
Nein	42	0	0	14	11	9	3	5	0	0
Ent	3	1	0	0	0	0	2	0	0	0
Abgestimmt	89	26	17	14	11	10	6	5	0	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	1	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	7	3	1	0	0	0	1	2	0	0
Stimmberechtigt	93	27	17	15	11	10	6	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 55
23.0849

Abstimmungsdatum

13. Dezember 2023 17:23:40

Geschäft

Ausgabenbewilligung für Staatsbeiträge für 20 Trägerschaften der Quartierarbeit in den Jahren 2024 bis 2027, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ent
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ent	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabacki Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ent
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Präsident
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ent
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	63	25	17	6	0	8	6	1	0	0
Nein	15	0	0	3	11	1	0	0	0	0
Ent	8	0	0	5	0	1	0	2	0	0
Abgestimmt	86	25	17	14	11	10	6	3	0	0
Nicht abgestimmt	6	1	0	1	0	0	0	2	1	1
Nicht anwesend	8	4	1	0	0	0	1	2	0	0
Stimmberechtigt	92	26	17	15	11	10	6	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 56
23.0318

Abstimmungsdatum

13. Dezember 2023 17:52:44

Geschäft

Änderung des Gesetzes betreffend Förder- und Hilfeleistungen für Kinder und Jugendliche (Kinder- und Jugendgesetz, KJG), Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Ent
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Ent
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ent
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Präsident
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ent	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	83	25	14	15	9	10	5	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	5	1	3	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	26	17	15	10	10	5	5	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	10	4	1	0	1	0	2	2	0	0
Stimmberechtigt	90	26	17	15	10	10	5	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 50
23.5583

Abstimmungsdatum

14. Dezember 2023 11:03:14

Geschäft

Bericht der Finanzkommission zum Budget 2024 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Budget 2024 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom, Mitbericht BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nicht abgestimmt	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Präsident
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	91	27	15	15	11	9	7	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	27	15	15	11	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	1	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	2	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	28	16	15	11	10	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 50
23.5583

Abstimmungsdatum

14. Dezember 2023 11:20:58

Geschäft

Bericht der Finanzkommission zum Budget 2024 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Budget 2024 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom, Mitbericht BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Präsident
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	12	0	0	1	10	0	0	0	1	0
Nein	75	27	15	14	1	7	6	5	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	27	15	15	11	7	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	9	1	1	0	0	3	1	2	0	1
Nicht anwesend	4	2	2	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	28	16	15	11	10	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 50
23.5583

Abstimmungsdatum

14. Dezember 2023 11:46:57

Geschäft

Bericht der Finanzkommission zum Budget 2024 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Budget 2024 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom, Mitbericht BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ent	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ent
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Präsident
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ent
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	5	0	0	0	4	0	0	1	0	0
Nein	84	29	15	12	6	9	7	6	0	0
Ent	4	0	0	3	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	29	15	15	11	9	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	4	0	1	0	0	1	0	0	1	1
Nicht anwesend	3	1	2	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	16	15	11	10	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 50
23.5583

Abstimmungsdatum

14. Dezember 2023 11:48:09

Geschäft

Bericht der Finanzkommission zum Budget 2024 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Budget 2024 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom, Mitbericht BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Ent
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Islar-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ent	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Präsident
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ent
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ent
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ent		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	7	0	0	0	5	0	0	1	1	0
Nein	80	29	15	14	1	8	7	6	0	0
Ent	6	0	0	1	5	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	29	15	15	11	8	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	1	0	0	2	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	2	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	16	15	11	10	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 50
23.5583

Abstimmungsdatum

14. Dezember 2023 11:49:18

Geschäft

Bericht der Finanzkommission zum Budget 2024 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Budget 2024 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom, Mitbericht BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Ent
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ent	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Präsident
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ent
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ent		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	5	0	0	0	3	0	0	1	1	0
Nein	84	29	15	13	5	9	7	6	0	0
Ent	5	0	0	2	3	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	29	15	15	11	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	2	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	16	15	11	10	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 50
23.5583

Abstimmungsdatum

14. Dezember 2023 12:01:48

Geschäft

Bericht der Finanzkommission zum Budget 2024 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Budget 2024 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom, Mitbericht BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Präsident
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	11	0	0	0	10	0	0	0	1	0
Nein	80	28	15	15	0	8	7	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	28	15	15	10	8	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	6	1	1	0	1	2	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	2	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	16	15	11	10	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 50
23.5583

Abstimmungsdatum

14. Dezember 2023 15:19:38

Geschäft

Bericht der Finanzkommission zum Budget 2024 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Budget 2024 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom, Mitbericht BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Islar-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Präsident
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	12	0	0	1	10	0	0	0	1	0
Nein	75	26	16	13	1	6	6	7	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	88	26	16	14	11	7	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	0	0	3	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	4	2	1	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	92	26	16	14	11	10	6	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 50
23.5583

Abstimmungsdatum

14. Dezember 2023 15:40:16

Geschäft

Bericht der Finanzkommission zum Budget 2024 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Budget 2024 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom, Mitbericht BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Präsident
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	11	0	0	0	10	0	0	1	0	0
Nein	78	27	15	15	1	7	7	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	27	15	15	11	7	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	7	0	2	0	0	3	0	0	1	1
Nicht anwesend	4	3	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	27	17	15	11	10	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 50
23.5583

Abstimmungsdatum

14. Dezember 2023 15:46:51

Geschäft

Bericht der Finanzkommission zum Budget 2024 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Budget 2024 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom, Mitbericht BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Präsident
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	10	0	0	0	10	0	0	0	0	0
Nein	80	27	16	15	1	7	7	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	27	16	15	11	7	7	7	0	0
Nicht abgestimmt	7	1	1	0	0	3	0	0	1	1
Nicht anwesend	3	2	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	28	17	15	11	10	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 50
23.5583

Abstimmungsdatum

14. Dezember 2023 16:02:51

Geschäft

Bericht der Finanzkommission zum Budget 2024 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Budget 2024 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom, Mitbericht BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Islar-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Präsident
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	11	0	0	0	10	0	0	0	1	0
Nein	78	27	17	14	1	8	5	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	27	17	14	11	8	5	6	1	0
Nicht abgestimmt	8	1	0	1	0	2	2	1	0	1
Nicht anwesend	3	2	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	28	17	15	11	10	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 50
23.5583

Abstimmungsdatum

14. Dezember 2023 16:11:34

Geschäft

Bericht der Finanzkommission zum Budget 2024 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Budget 2024 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom, Mitbericht BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Präsident
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ent
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	9	0	0	0	8	0	0	0	1	0
Nein	78	26	17	13	2	6	7	7	0	0
Ent	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	26	17	13	11	6	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	8	1	0	2	0	4	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	3	1	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	27	17	15	11	10	7	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 50
23.5583

Abstimmungsdatum

14. Dezember 2023 16:29:41

Geschäft

Bericht der Finanzkommission zum Budget 2024 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Budget 2024 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom, Mitbericht BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP, P)	Präsident
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ent
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	36	0	0	14	11	2	2	7	0	0
Nein	53	27	17	0	0	8	1	0	0	0
Ent	4	0	0	0	0	0	3	0	1	0
Abgestimmt	93	27	17	14	11	10	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	1	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	96	28	17	15	11	10	6	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 50
23.5583

Abstimmungsdatum

14. Dezember 2023 16:37:50

Geschäft

Bericht der Finanzkommission zum Budget 2024 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Budget 2024 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom, Mitbericht BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Präsident
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	9	0	0	0	9	0	0	0	0	0
Nein	78	26	16	13	1	9	6	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	26	16	13	10	9	6	7	0	0
Nicht abgestimmt	8	2	0	2	1	1	0	0	1	1
Nicht anwesend	5	2	2	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	95	28	16	15	11	10	6	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 50
23.5583

Abstimmungsdatum

14. Dezember 2023 16:39:01

Geschäft

Bericht der Finanzkommission zum Budget 2024 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Budget 2024 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom, Mitbericht BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Präsident
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	10	0	0	0	10	0	0	0	0	0
Nein	79	27	16	13	1	9	6	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	27	16	13	11	9	6	7	0	0
Nicht abgestimmt	6	1	0	2	0	1	0	0	1	1
Nicht anwesend	5	2	2	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	95	28	16	15	11	10	6	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 50
23.5583

Abstimmungsdatum

14. Dezember 2023 17:04:33

Geschäft

Bericht der Finanzkommission zum Budget 2024 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Budget 2024 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom, Mitbericht BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Präsident
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	6	0	0	0	5	0	0	0	1	0
Nein	84	27	15	15	6	8	6	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	27	15	15	11	8	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	0	2	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	2	3	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	94	28	15	15	11	10	6	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 50
23.5583

Abstimmungsdatum

14. Dezember 2023 17:06:45

Geschäft

Bericht der Finanzkommission zum Budget 2024 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Budget 2024 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom, Mitbericht BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Präsident
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	82	24	15	13	10	7	6	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	83	24	15	13	10	7	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	10	3	0	2	1	3	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	3	3	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	93	27	15	15	11	10	6	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 50
23.5583

Abstimmungsdatum

14. Dezember 2023 17:09:27

Geschäft

Bericht der Finanzkommission zum Budget 2024 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Budget 2024 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom, Mitbericht BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Präsident
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	78	22	13	14	10	8	5	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	79	22	13	14	10	8	5	6	1	0
Nicht abgestimmt	14	5	2	1	1	2	1	1	0	1
Nicht anwesend	7	3	3	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	93	27	15	15	11	10	6	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 50
23.5583

Abstimmungsdatum

14. Dezember 2023 17:16:21

Geschäft

Bericht der Finanzkommission zum Budget 2024 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Budget 2024 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom, Mitbericht BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Ent	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ent	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Ent
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ent
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Präsident
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ent	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ent	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ent	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GAB)	Ent	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	73	27	3	13	10	8	5	7	0	0
Nein	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Ent	10	0	9	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	84	27	13	13	10	8	5	7	1	0
Nicht abgestimmt	9	1	2	2	1	1	1	0	0	1
Nicht anwesend	7	2	3	0	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	93	28	15	15	11	9	6	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 50
23.5583

Abstimmungsdatum

14. Dezember 2023 17:18:41

Geschäft

Bericht der Finanzkommission zum Budget 2024 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Budget 2024 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom, Mitbericht BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Präsident
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	83	28	15	13	9	6	5	7	0	0
Nein	2	0	0	0	1	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	85	28	15	13	10	6	5	7	1	0
Nicht abgestimmt	8	0	0	2	1	3	1	0	0	1
Nicht anwesend	7	2	3	0	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	93	28	15	15	11	9	6	7	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 10
22.0704

Abstimmungsdatum

14. Dezember 2023 18:05:42

Geschäft

Areal Horburg Dreirosen; Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisung von Einsprachen im Bereich Horburgstrasse, Müllheimerstrasse, Badenweilerstrasse und Wiesenschanzenweg (Areal Horburg Dreirosen), Bericht der BRK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht anwesend	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (GAB)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Präsident
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht anwesend
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	84	24	13	14	10	10	6	7	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	84	24	13	14	10	10	6	7	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	13	5	4	1	1	0	1	0	1	0
Stimmberechtigt	87	25	14	14	10	10	6	7	0	1

Anhang B

Neue Ratschläge, Berichte und Vorstösse

Überweisung an Kommissionen

1.	Petition P471 "Ausbau und Erweiterung der Workout-Anlage im Dreirosenpark Basel"	PetKo		23.5553.01
2.	Petition P472 "Kumm guet haim! - Für ein sicheres Basel"	PetKo		23.5554.01
3.	Petition P473 "Für ein Ackermätteli ohne Schulprovisorium"	PetKo		23.5580.01
4.	Anpassung des Schulgesetzes vom 4. April 1929; Änderung §63b Förderangebote inkl. Kantonale Volksinitiative "für den Ausbau der separativen Angebote an der integrativen Schule Basel-Stadt (Förderklassen-Initiative)" sowie Motion Franziska Roth und Konsorten betreffend ergänzende Massnahmen zur Umsetzung des Auftrages der integrativen Schule und Anzug Martina Bernasconi und Konsorten betreffend Aufhebung des Kleinklassenverbots, Ratschlag des RR	BKK	ED	23.1410.01 22.1303.03 20.5343.03 19.5264.04
5.	Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Verein LiteraturBasel für die Jahre 2024 bis 2027, Ratschlag des RR	BKK	PD	23.1342.01
6.	BaselArea: Ausrichtung von Betriebsbeiträgen für die Jahre 2024 bis 2027, Ratschlag des RR	WAK	WSU	23.1308.01
7.	Gesetz betreffend Lohnvergleichsanalysen (Lohnvergleichsanalysengesetz, LAG) sowie Motion Nicole Amacher und Konsorten betreffend Lohngleichheit: Lohnvergleichsanalysen für Unternehmen ab 50 Mitarbeitenden, Ratschlag des RR	WAK	PD	22.0834.01 19.5271.04
8.	Erneuerung des Staatsbeitrags an Basel Tourismus für die Jahre 2024 bis 2027, Ratschlag des RR	WAK	WSU	23.0940.01
9.	Nachtragskredit betreffend Erhöhung des Globalbudgets Öffentlicher Verkehr 2023 zur Deckung der teuerungsbedingten Mehrkosten im Öffentlichen Verkehr, Bericht des RR	FKom	BVD	23.1417.01
10.	Stand der Bemühungen zur Verminderung der Fluglärmbelastung in den Jahren 2021 und 2022, Bericht des RR	UVEK	WSU	23.1480.01
11.	Stand und Entwicklung der Immissionen nichtionisierender Strahlung (NIS) in den Jahren 2020 - 2022; Jährliche Berichterstattung an den Grosse Rat gemäss § 19b Umweltschutzgesetz Basel-Stadt (USG BS), Bericht des RR	UVEK	WSU	12.1105.07
12.	Staatsbeitrag für die Initiative «CLINNOVA - Innovation in Healthcare» für die Jahre 2024 bis 2026», Ratschlag des RR	GSK	GD	23.0958.01
13.	Neunter Bericht über die Leistungs-, Kosten- und Prämiientwicklung sowie die Massnahmen zur Dämpfung der Höhe der Gesundheitskosten gemäss § 67 Abs. 2 des Gesundheitsgesetzes	GSK	GD	23.1505.01
14.	«Areal F. Hoffmann-La Roche AG - Bebauungsplan Grenzacherstrasse (Südareal)» sowie Zweite Grundsatzvereinbarung zwischen dem Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt und der F. Hoffmann-La Roche AG, Ratschlag des RR	BRK / UVEK Mitbericht	BVD	23.1509.01

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

15.	Grenzüberschreitenden Zusammenarbeit 2021 - Mitte 2023, Bericht der RegioKo	RegioKo		23.5563.01
16.	Motion Beat Leuthardt und Konsorten betreffend "Besserer Bahnhofplatz für uns alle". Keine Querfahrten mehr vor dem Bahnhofgebäude und erst noch ein flexibleres Tramnetz, Zwischenbericht des RR		BVD	19.5023.03
17.	Motionen:			
1.	Daniel Seiler und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich des Stockwerkeigentums			23.5572.01

2.	Niggi Daniel Rechsteiner und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich der energetischen Sanierungen	23.5573.01
3.	Pascal Messerli und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich Wohnschutzkommission	23.5574.01
4.	Andrea Elisabeth Knellwolf und Konsorten betreffend Definition Wohnungsnot	23.5575.01
5.	Michael Hug und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen in Bezug auf das Bewilligungsverfahren	23.5576.01
6.	Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend keine finanziellen Fehlanreize für Fahrzeuge mit übermässigem Verbrauch von Ressourcen: Anpassung der Motorfahrzeugsteuer	23.5581.01
7.	Nicole Kuster und Konsorten betreffend "Kontakt- und Anlaufstelle Dreispitz" und die Nähe zum geplanten Primarschulhaus Walkeweg und Kindergarten an der Münchensteinerstrasse 101	23.5585.01
8.	Melanie Eberhard und Konsorten für eine verbindliche Kooperation der Spitäler der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft	23.5586.01
9.	Luca Urgese und Konsorten betreffend fairen Wettbewerb zwischen kantonalen Unternehmen und Privaten stärken	23.5590.01
10.	Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Abbau von Hindernissen bei der Förderung von Photovoltaikinstallationen in den historischen Ortskernen von Basel, Riehen und Bettingen	23.5591.01
18.	Anzüge:	
1.	Anouk Feuerer und Konsorten betreffend Antisemitismusprävention an allen Sekundarschulen	23.5570.01
2.	Philip Karger und Konsorten betreffend Antisemitismusbekämpfung mittels Sichtbarkeit der Geschichte der Juden in Basel	23.5571.01
3.	Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Drohnen statt Helikopter - für eine ökonomischere und ökologischere Kantonspolizei	23.5577.01
4.	Tobias Christ und Konsorten für eine verbesserte und sicherere Veloverbindung vom Neubad Richtung Innenstadt und Bahnhof SBB	23.5578.01
5.	Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Korrektur von Marktverzerrungen für Solarmodul-Produzentinnen bei der Solaroffensive	23.5587.01
6.	Eric Weber betreffend Fahnen und Partei-Fahnen-Ständer sind nicht erlaubt im Wahlzentrum	23.5588.01
7.	Eric Weber betreffend FC Basel Meister Tram bei der BVB	23.5589.01
8.	Oliver Thommen und Konsorten betreffend ein Rathaushof mit Aufenthaltsqualität	23.5592.01
9.	Oliver Thommen und Konsorten betreffend Wahlmaterial-Kakophonie	23.5602.01

Kenntnisnahme

19.	Stiftung für preisgünstigen Wohnraum; Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2022	PD	23.1060.01
20.	Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Basel wächst grün (stehen lassen)	BVD	21.5018.03
21.	Anzug Harald Friedl und Konsorten betreffend Einrichtung eines Stadttaubenkonzepts (stehen lassen)	GD	22.5040.02
22.	Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend Schaffung einer Beratungs- und Präventionsstelle für Menschen mit pädophilen Neigungen (stehen lassen)	GD	21.5497.02
23.	Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Stärkung des Forschungsstandorts im Bereich Klima (stehen lassen)	PD	21.5753.02

24.	Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Politik (stehen lassen)	PD	21.5754.02
25.	Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Netto-Null-Konzept für die Verwaltung (stehen lassen)	PD	21.5746.02
26.	Anzug Dominique König-Lüdin und Konsorten betreffend die Lärmschutzmassnahmen entlang der Osttangente (stehen lassen)	WSU	10.5242.07
27.	Anzug Luca Urgese und Christian von Wartburg betreffend attraktive Gestaltung des Marktplatzes (stehen lassen)	BVD	22.5124.02
28.	Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend öV-Erschliessung der Nordspitze Dreispitz und Gundeldingen (stehen lassen)	BVD	18.5165.04
29.	Anzug Andrea Strahm und Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend Überwachung der Gebühren gemäss NörV (stehen lassen)	BVD	21.5839.02
30.	Anzug Mahir Kabakci und Konsorten betreffend die rechtliche Nichtdiskriminierung der ausländischen Bevölkerung im Kanton Basel-Stadt durch Wohnbaugenossenschaften auf Land des Kantons (stehen lassen)	FD	21.5490.02
31.	Schriftliche Anfrage Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend "Bussen-Falle" Autobahnauffahrt St. Jakobstrasse, Schreiben des RR	JSD	23.5408.02
32.	Schriftliche Anfrage Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend Stausituation St. Alban-Anlage / Zürcherstrasse, Schreiben des RR	BVD	23.4309.02
33.	Schriftliche Anfrage Heidi Mück betreffend Pick-e-Bike in Kleinhüningen / Klybeck, Schreiben des RR	BVD	23.5402.02
34.	Schriftliche Anfrage Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend Mitnahme von Velos in Tram und Bus BVB/BLT, Schreiben des RR	BVD	23.5430.02
35.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend wie sagt der Kanton den Kippen den Kampf an, Schreiben des RR	BVD	23.5484.02
36.	Schriftliche Anfrage Bruno Lötscher-Steiger betreffend Hochschule für Informatik muss nach Basel, Schreiben des RR	ED	23.5432.02
37.	Schriftliche Anfrage Sandra Bothe betreffend der Teilautonomie an Schulen: Harmonisierung, Belastung, Grenzen, Schreiben des RR	ED	23.5412.02
38.	Schriftliche Anfrage Oliver Thommen betreffend Wasserzyklus im Städtebau, Schreiben des RR	WSU	23.5411.02

Schriftliche Stellungnahme zur Antwort des Regierungsrates auf die Interpellation „das traurige Bestattungswesen von Basel (23.5541.02)“

Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung meiner Fragen. Leider lassen mich die Antworten etwas ratlos zurück.

Laut Regierungsrat stieg die Anzahl der Todesfälle auf Kantonsgebiet von 3'145 (2019) auf 3'266 (2022). Laut Zahlen des Statistischen Amtes, Tabelle T.01.3.01, Abschnitt „Gestorbene nach Monat seit 1941/1950“ sind mit Stand 5. Dez. 2023 folgende Todeszahlen veröffentlicht:

2021 = 2'060

2022 = 2'151

Zum Vergleich aus derselben Statistik:

1991 bis 2000 = 2'529 im Jahresmittel

2001 bis 2010 = 2'225 im Jahresmittel

Die Jahresmittel 1991-2010 sind deutlich höher als die Zahlen 2021-2022. Daraus lässt sich schliessen, dass für die wahrgenommene, fragliche Dienstleistungsqualität die Personalsituation höchstens beschränkt verantwortlich gemacht werden kann. Dies auch im Hinblick darauf, dass mit dem wachsenden Anteil der ausländischen Bevölkerung nicht alle oben aufgeführten Verstorbenen auf dem Hörnli, sondern z. Bsp. in ihrem Herkunftsland bestattet worden sein dürften. Zu bemerken ist ferner, dass bei den obigen Jahresmittelzahlen das Bestattungsamt vom Zivilstandsamt geführt worden ist und dies mit 2 Vollzeitstellen à 100% und einer 80% Stelle!

Auch heute verzögert sich die Erdbestattung bis zu zehn Tage. Bei Kremationen mit Anmeldung des Todesfalles am Freitag findet die Kremation erst nach sechs Tagen statt, die Abdankungsfeier nicht vor neun Tagen, da ja noch ein Wochenende dazwischen liegt.

Laut bestens mit der Sache vertrauten Spezialisten treffen die Informationen bezüglich Erreichbarkeit während Teamsitzungen so nicht zu. Teamsitzungen würden wöchentlich abgehalten (wogegen nichts einzuwenden ist), was allerdings die Frage in den Raum stellt, wieso dann während bis zu zwei Stunden niemand erreichbar sei. Der Regierungsrat schreibt hingegen, auch während dieser Zeiten werde das Dienstleistungsangebot „im gewohnten Rahmen“ aufrechterhalten. Dann ist allerdings zu hinterfragen, ob dieser „gewohnte Rahmen“ adäquat ist.

Die vom Regierungsrat erwähnte Erhebung der Kundenzufriedenheit darf aufgrund der belastenden Trauersituation der Hinterbliebenen nur beschränkt als aussagekräftig bezeichnet werden. Interessant wäre hier eine breit angelegte Befragung der Beerdigungsunternehmen, welche mit dem Hörnli zusammenarbeiten.

Ich bin mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden.

Beat K. Schaller (51)

